

Ein neuer Weg zur Bekämpfung des Kriegswuchers.

Man schreibt uns: Das bisherige Verfahren der Kriegswucherämter bestand in der Hauptsache darin, die greifbaren Einzelfälle möglichst der Verhaftung zuzuführen und in Verbindung damit abschließend auf andere, verborgene Wege gehende Kreise zu wirken. Die Erfahrung hat gelehrt, daß diese Art der Wucherbekämpfung nicht zu dem gewünschten Ziele führt und daß sie nur eines der Mittel sein kann, mit denen den Auswüchsen des Wirtschaftslebens begegnet werden kann.

Das Bayerische Kriegswucheramt hat sich auf Grund seiner Erfahrungen schon seit geraumer Zeit auf den Standpunkt gestellt, daß ungleich wichtiger jene Schritte sind, die auf die Verhinderung von Verfehlungen und darauf abzielen, die übertriebenen Preise wieder auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Das genannte Amt hat zu diesem Zwecke in wiederholten Fällen bis jetzt schon, anstatt Untersuchungen einzuleiten, zunächst Besprechungen mit einzelnen hervorragenden Vertretern des in Frage kommenden Geschäftszweiges oder mit den einschlägigen Verbänden angebahnt, was mehrfach von Erfolg war, oder solchen zu bitten verspricht. Diese Methode hat den Vorteil, daß nicht nur ein richtiges Urteil über die kriegswirtschaftliche Lage des Geschäftszweiges gewonnen wird, sondern daß im Benehmen mit den Beteiligten ein Weg zu finden versucht werden kann, auf dem Missethäter bestraft werden und einer Entwicklung zum Schlimmeren vorgebeugt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, ist das Bayerische Kriegswucheramt mit den Handelskammern in Verbindung getreten und hat sie um eine gutachtliche Äußerung über seine Vorschläge angegangen. Nunmehr hat eine Vertreterkonferenz des Bayerischen Handelskammertages hierüber Beratung gepflogen und sie als grundsätzlich richtig anerkannt, wobei der Wunsch geäußert wurde, es möchten Verlastigungen des Handels nach Möglichkeit vermieden werden. Das Letztere ist zweifellos auch der Wunsch des Amtes selbst; denn es erblickt in der Mitwirkung der Handelskammern bei der Erlangung von Auskünften die Voraussetzung für die wirksame Durchführung des neuen Verfahrens und betont, daß das maßgebende Entgegenkommen im Interesse aller Beteiligten liegt. Die Schuldigen können auf diese Weise besser gefast und die Unschuldigen besser ausgeschieden werden, so daß der reelle Handel von der unnötigen Einleitung von Strafverfahren und anderen Verlastigungen so gut als möglich verschont bleibt.

Als eine nicht zu unterschätzende Wirkung dieses Verfahrens hebt das Bayerische Kriegswucheramt hervor, daß es für die Beteiligten eine wesentliche Verbesserung gegenüber den bisherigen Maßnahmen bedeute, und daß die viel besagte Handelsleidenschaft eines großen Teiles der Bevölkerung wohl am raschesten verschwinden werde wenn Handel und Industrie selbst an der Bekämpfung des Kriegswuchers, mit dem der angesehenste deutsche Kaufmannsstand nichts zu tun haben will, mitarbeite.

b. / I. 1918.

6
3

* Erweiterung des städtischen Schulfrühstücks in Charlottenburg. Der Magistrat Charlottenburg hat beschlossen, mit Rücksicht auf die allgemeine Lebensmittelteuerung und die Schwierigkeiten der Ernährung die Verabreichung von warmem Frühstück an bedürftige Schulkinder zu erweitern. Die Zahl der Kinder, die warmes Frühstück erhalten, ist von

800 bis 900 auf 1100 erhöht worden; ferner mußte die Zahl der Lieferungstage wegen des dringenden Bedarfs vermehrt werden, dann ist auch der Preis für Milch ganz erheblich, und in der letzten Zeit auch der Preis für Mehl erhöht worden. Die Mehrkosten betragen 6500 M., hiervon entfallen auf die Milchpreiserhöhung 2530 M., auf die Erhöhung der Gesamtportionen 2600 M. und auf die Mehlerhöhung 735 M., während der Rest zur Deckung etwaiger weiterer Preissteigerungen und für unvorhergesehene Ausgaben bestimmt ist.

6./II. 1918

4

* (Die gute alte Zeit von — 1916.) Es gibt jetzt, so merkwürdig es ist, auch eine „Ersatzraunzerei“. Nachgerade hat man sich die Banalität abgewöhnt, von den Palatschinken und Milchrahmstrudeln der alten Friedenszeit bis zum echten Bohnentaffee und Karolinenreis ein sentimentales Adagio fortzuspinnen. Jetzt kann man eine neue Note der Klagen über entschwundene Genüsse vernehmen. Vor ein, zwei Jahren, heißt es, hat man doch noch hie und da etwas Mehl geschenkt bekommen. Erdäpfel hat es gegeben und Kraut und Kohl waren genug zu haben. Man hat ein Stück echten Strumpfbandgummi kaufen können und ein guter Anzug war um 150 Kronen fast schon etwas teuer erworben. Im Restaurant kostete ein ganz normaler Braten nicht mehr als drei Kronen. Das Defa Wurst zehn, zwölf Heller, Äpfel und Birnen nur ein wenig im Preise erhöht. Gas und Petroleum durfte man nach Belieben brennen. Die Brotkarte existierte zwar schon, aber es gab weder Milch-, noch Kaffee- und Fettarten. Dafür aber Milch, echten Kaffee und sogar Butter. Im Brot war wohl schon Mais, sogar recht viel, aber im Sommer 1915 erschien, frenetisch begrüßt, wieder das leichte poröse Brot neuer Ernte. Ein Paar Schuhe kostete 20 bis 30 Kronen. In den Konfektionsgeschäften kostete ein einfaches Mantelkleid noch keine fünfhundert Kronen. Sogar die Kaffeehausbäckereien waren noch größer und entsprachen im Preise gegenüber den heutigen gezähmten Anforderungen. So kann man jetzt sprechen hören und eine Art perverter Behmut macht sich bemerklich. Nicht mehr in Bezug auf die ohnehin schon halb und halb als vagen Traum empfundene Zeit von 1912 etwa oder früher, sondern direkt schon unter dem Eindruck der Erinnerung an die „ersten Kriegsjahre“. Namentlich die Biertrinker rühmen es, daß man im Jahre 1915 und noch 1916 Bier zu mäßig erhöhten Preisen nicht bloß im Lokal, sondern auch „über“, „neben“ und „zwischen“ der Gasse anstandslos erhielt. Und doch wurde damals eben so radikal und generell geschimpft und Beschwerde geführt wie heute. Gewiß, wir waren damals empfindlicher, wehleidiger, wir hatten nicht die eiserne Entbehrungsdisziplin, die uns vier Kriegsjahre beigebracht haben. Aber wir wären doch gerne zumindest bei dem damals erreichten Maß des Durchhaltens stehen geblieben und nur widerwillig ließen wir uns aus einer der damaligen Positionen nach der anderen delogieren. Deshalb auch jetzt die stille Sehnsucht, das schmerzliche Reminiszenzenerwecken an die „gute alte Zeit“. Nicht mehr von 1913 — ah, so gescheit sind wir schon — nein, nach 1915 und 1916, als man doch noch „etwas bekommen“ konnte.

Bevorstehende Ernährungskonferenzen in Wien.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“)

Budapest, 6. Februar.

Ueber die in Wien demnächst stattfindenden Ernährungskonferenzen erhält Ihr Korrespondent von informierter Seite folgende Mitteilungen: Der Ernährungsminister Prinz Ludwig Windisch-Graetz wird sich am Freitag nach Wien begeben, wo dann Konferenzen mit den österreichischen Faktoren stattfinden werden. In erster Reihe bezweckt diese Reise des Ernährungsministers nach Wien eine persönliche Fühlungnahme mit dem österreichischen Kollegen, da der neue Ernährungsminister in amtlicher Eigenschaft mit seinem österreichischen Kollegen bisher noch nicht verkehrt hatte. In den Besprechungen, die sich an die Wiener Anwesenheit des Ernährungsministers knüpfen werden, handelt es sich um die Erneuerung, beziehungsweise um die Fortsetzung der Besprechungen über die Abmachungen in der Ernährungsfrage. Die österreichische Regierung hat wiederholt Wünsche in bezug auf eine Erhöhung der Zuwendung in verschiedenen Lebensmitteln geäußert. Sofern ihre Erfüllung im Bereiche der Möglichkeit liegt, will der neue Ernährungsminister alles aufbieten, um sie zu erfüllen. Die Requisitionenaktion in Ungarn wird fortgesetzt, und demnächst sollen elf Regierungskommissäre ernannt werden, um die Requisitionen noch schärfer in die Wege zu leiten. Es hat sich als notwendig erwiesen, daß auch in Ungarn eine Reduktion der Kopfquote für Mehl und Brot durchgeführt werde. Diese Verordnung wird im morgigen Ministerrat beschlossen und sofort veröffentlicht werden. Immerhin ist die Lage nicht so ungünstig, daß Oesterreich nicht erwarten könne, daß irgendeine Hilfe in einzelnen Nahrungsmitteln erfolgen werde. Diesbezüglich sollen die Wiener Beratungen volle Klarheit schaffen. Nach den Plänen des neuen Ernährungsministers ist zu hoffen, daß eine Verständigung zwischen Oesterreich und Ungarn zustandekommen wird und daß die Reibungen der letzten Zeit so weit wie möglich werden ausgeschaltet werden.

* **Genossenschaften und Lebensmittelwirtschaft.** Die Erfahrungen, welche in einzelnen Landesgebieten mit der Beteiligung landwirtschaftlicher Genossenschaften in der Erfassung von Lebensmitteln gemacht worden sind, werden als durchaus günstige bezeichnet. In Baden waren im Jahre 1917 bei der Eieraufbringung u. a. auch der Genossenschaftsverband der badischen landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Badische Bauverein mit ihren Eierabsatzgenossenschaften beteiligt. Wie die Denkschrift der badischen Staatsregierung feststellt, wurde mit der Sammlung der den Genossenschaften aufgegebenen Mengen ein erheblicher Ueberschuß geliefert; das bis 31. Oktober 1917 abzuliefernde Soll beträgt 89,5 v. H. der Jahresmenge, während bis dahin die Eierabsatzgenossenschaften bereits 118,4 v. H. ablieferten.

„Der Friede droht!“ Im Gemeinderat wurde heute allen Ernstes behauptet, dieser merkwürdige Angstruf sei in der letzten Zeit auf den Straßen Krakaus laut geworden. Die dortigen Schleichhändler, erzählte ein christlichsozialer Interpellant, hätten ihn ausgestoßen, und es sei diesen vorsichtigen Geschäftsleuten gegenwärtig einigermaßen bange, ob sie die aufgestapelten Lebensmittel und ihre sonstigen Waren mit dem einem braven Kettenhändler angemessen schmeißenden Nutzen auch wirklich an den Mann bringen würden. Es soll mit dem Fragesteller, der vom Ernährungsminister verlangte, er möge diese guten und nahrhaften Krakauer Dinge kurzerhand konfiszieren und nach Wien bringen lassen, darüber nicht gerechnet werden, ob gerade in Krakau die konfessionelle Einheit aller Preistreiber und Kettenhändler über alle Zweifel erhaben ist. Der Wiener Konsument, dessen Blick die Gläser der Parteibrille nicht allzu bedenklich trüben, wird sich darüber seine Gedanken machen. Er kennt nämlich Kettenhändler und Preistreiber aller Art und jeden Stammes. Wir kommen ja alle tagsüber mit so und so viel Preistreibern und Kettenhändlern in geschäftliche Berührung, mit viel mehr, als der Behörde angezeigt, geschweige denn von dieser unschädlich gemacht werden. Es ist eine höchst bedauerliche Tatsache, daß die Not der Zeiten eine gewisse Laxheit der Auffassung zur Folge gehabt hat, als letzten Rest längst verschwundener Wiener Gemütlichkeit. Kato, der jeden ehrbaren Kettenhändlerantrag mit sittlicher Entrüstung zurückweist, den Verführer zur Tür hinauswirft oder gar der Polizei übermittelt, tritt nicht in allzu viel Exemplaren auf. Es ist nicht jedermanns Sache, darauf zu warten, bis und inwieweit seine Lebensmittelkarten honoriert werden, wenn anders er in der glücklichen Lage ist, über jenes Kapital zu verfügen, das die geschäftliche Verbindung mit den Herren Kettenhändlern ermöglicht. Uns allen werden die unverschämtesten Zumutungen gestellt, und es ist ein öffentliches Geheimnis, daß sie keineswegs in der Mehrzahl der Fälle abgelehnt werden. So ist beispielsweise in aller Stille, bei Nacht und Nebel, die Einheitszigarre eingeführt worden, wenigstens was die Preislage anbetrifft. Kuba und Portoriko und Virginia werden gleicherweise zu einer Krone per Stück gehandelt. Man muß wissen, wie einem leidenschaftlichen Raucher zu Mute ist, der sich seine Trafikantin nicht mehr anders vorstellen kann als kopfschüttelnd und achselzuckend, und wird mit ihm nicht allzu streng ins Gericht gehen, wenn er der Versuchung erliegt. Seine Gattin aber erklärt vielleicht ihrerseits, daß Zwirn und Wolle mindestens in ebenso hohem Grade zu den Lebensnotwendigkeiten gehören, wie die Zigarre. In den Kreisen der Wiener Kettenhändler ist leider in der letzten Zeit wieder eine gewisse seelische Beruhigung eingetreten, die selbstverständlich allen jenen, die nicht den Kettenhandel betreiben, das Leben saurer und teurer zu machen geeignet ist. Vielleicht daß die Angst der Krakauer Kollegenschaft auf den Gemütszustand der Wiener Kettenhändler wohlthätig zurückwirkt. „Der Friede droht!“ Man würde sich diese merkwürdige Wortzusammenstellung schließlich auch in unserer Stadt nicht ungern gefallen lassen.

Budapester Approvisionnement nach Wiener
Muster.

Es wurde bereits telegraphisch gemeldet, daß in Ungarn strenge Maßnahmen auf dem Gebiet der Approvisionnement Platz greifen werden. Die Kopfquote für Mehl und Brot wird reduziert und Milch soll nur in Ausnahmefällen dem gesunden Verbraucher (dagegen aber Kindern und Kranken) überlassen werden. Ueberhaupt scheint man in den leitenden Kreisen Budapests die Absicht zu haben, die Wiener Verfügungen nachzuahmen.

Die Ursache dieser Maßnahmen liegt vorerst in dem Bestreben, mit den Vorräten auszukommen und jede überflüssige Verwendungs von Lebensmitteln zu verhindern. Daß aber auch die Berichte jener Fremden, die Oesterreich über das „ungarische Kanaan“ Tag für Tag unterrichten wollten, an den neuen Verfügungen mitschuldig sind, wird kaum zu leugnen sein, wenngleich auch kein Kenner der Verhältnisse bestreiten dürfte, daß diese Berichte wesentlich übertrieben waren. Wohl gab es in manchen Budapester Kaffeehäusern zum Frühstück Kaffee mit Milch, ja sogar Butter und Eier dazu, aber die Qualitäten ließen zu wünschen übrig, und die Preise gingen hoch über Menschliches hinaus. Die Fremden leisteten sich diesen kostbaren, aber keineswegs köstlichen Genuß, die Einheimischen jedoch hatten wenig davon. Deshalb will man in Budapest eine schärfere Kontrolle des Ernährungsamtes, die eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel, insbesondere eine Berücksichtigung der ärmsten Klassen, plant, gern hinnehmen. Kraalich bleibt allerdings, ob die Gourmets und Gourmands, zumal jene, die nach Ungarn kamen, um hier für teures Geld alles Eßbare an sich oder in sich zu bringen, mit der neuen Approvisionnementordnung zufrieden sein werden? Doch ob zufrieden oder nicht, die neuen strengen Maßnahmen sind unausbleiblich, und es wird dafür gesorgt werden, daß endlich auch die Kriegsmillionäre den Ernst der Zeit spüren müssen.

(Wer sucht, der findet.) So manches, was früher allgemeine Geltung hatte, ist jetzt, im Kriege, um seinen Wert gekommen. Daher das oft und zuweilen auch mißbräuchlich angewendete Wort von der „Umwertung der Werte“. So vieles hat seine Daseinsberechtigung überhaupt verloren und wird sie, wenn erst wieder Friede sein wird, aufs neue erringen müssen. Hoffentlich trifft das nicht bei den Sprichwörtern zu. Wer hätte nicht schon sich selbst oder andern versichert: „Wer sucht, der findet“? Und wer könnte jetzt schlanke Weg dieser Gewißheit Ausdruck geben? Viele suchen heute, die einen nach Wahrheit und Menschlichkeit, die andern nach Lebensmitteln und ähnlichen praktischen Dingen. Die meisten behaupten, daß ihre Bemühungen vergeblich wären und daß das alte Sprichwort böllig um seinen Kurs gekommen sei, weil es ihnen nicht möglich gewesen wäre, das Gesuchte zu finden. Man würde also vielleicht gut daran tun, ein für allemal festzustellen: Wer sucht, der findet nicht. Es hat fast den Anschein, als ob auch die Polizei schon zu diesem Standpunkt sich bekehren müßte. Natürlich nur, was die Suche nach Lebensmitteln betrifft. Auch sie findet nämlich keine. Wir berichteten, daß Kommissionen des Kriegswucheramtes dieser Tage in Hotels, Gast- und Kaffeehäusern erschienen, im behördlichen Auftrage die Magazine nach Vorräten durchsuchten und diese mit Beschlag belegten. Diese Maßregel hat, wie sich denken läßt, in den Kreisen der Hoteliers, Wirte und Cafetiers arge Mißstimmung hervorgerufen, und in der letzten Gemeinderatssitzung war sie Gegenstand einer scharfen Interpellation. Der Bürgermeister erklärte, er sei von diesen Mitteilungen überrascht und werde alles unternehmen, um an den zuständigen Stellen gegen solche Requisitionen einzuschreiten. Soweit wäre also die Sache geordnet, weil man ja annehmen kann, daß der Bürgermeister nichts unterlassen werde, was zum Schutze der Gewerbetreibenden nötig ist. Aber nach unsern Erkundigungen wird man auch ohne besondere Schritte des Bürgermeisters zu diesem Kapitel der „Requisitionen“ kaum so bald eine Fortsetzung schreiben. Es wurden nämlich sehr wenig Vorräte vorgefunden und dieses Wenige steht durchaus in keinem Verhältnisse zu dem angebotenen Apparat. Bedigentlich in einem Restaurant in der Inneren Stadt entdeckte man drei Säcke Mehl, fünfzig Kilo Bohnen und fünfzig Kilo Erbsen, und die Eigentümerin des Restaurants fragte die Kommissionsmitglieder: „Was will das bedeuten, da ich doch täglich 1200 Personen zu verköstigen habe? Damit bin ich in fünf Tagen fertig!“ In der Tat, das will nicht allzuviel bedeuten. Und die Bemühungen, die anderwärts veranlaßt wurden, bedeuteten noch weniger. Es heißt eben heute: Wer sucht, der findet nicht! . . .

Erfolge im freiwilligen Ernährungsdienst.

Der freiwillige Ernährungsdienst hat sich im Marktbetriebe Wiens bereits eingelebt und kann auf viele Erfolge hinweisen. Hierbei haben sich namentlich Frauen aus den verschiedensten Ständen der Bevölkerung verdient gemacht. Auf zahlreiche Anzeigen der Ernährungsaufsichtsorgane sind Amtshandlungen eingeleitet worden und in nicht wenigen Fällen konnten diese Organe bei Uebertretungen der Verkaufsvorschriften Abhilfe schaffen. Das Publikum erkennt dies auch dankbar an und unterstützt das Einschreiten gegen Händler nachdrücklich, da es die Tätigkeit der Ernährungsaufsichtsorgane als einen überaus wirksamen Schutz der konsumierenden Kreise gegen Uebervorteilungen schätzen gelernt hat. Es empfiehlt sich daher, diesen Organen, die auf allen Märkten ihren Dienst versehen und dort bereits bekannt sind, alle fällige Klagen zur raschesten Weiterleitung zu übermitteln, um durch ihr Einschreiten Preisstreiberien und Uebergriffe aller Art zu verhindern und der Strafe auszuführen.

Die Ernährungskonferenzen. Minister Prinz Windisch-Grätz über die Aushilfe Ungarns.

Budapest, 7. Februar.

(Telegramm des „Fremden-Blatt“.)

In Wien nehmen morgen die Ernährungskonferenzen ihren Anfang. Gegenstand dieser Konferenz wird die Versorgung der Armee und Oesterreichs mit Lebensmitteln seitens Ungarn sein. Zu diesem Behufe begibt sich der Ernährungsminister Prinz Windisch-Grätz heute nacht nach Wien.

Vor seiner Abreise hat Prinz Windisch-Grätz über sein Approvisionierungsprogramm, das gleichzeitig als Richtschnur bei den Wiener Verhandlungen dienen soll, den Pressevertretern Aufschluß gegeben. Er betonte, daß es vor allem seine Aufgabe sei, die Approvisionierung Ungarns sowie der Armee zu sichern. Eine weitere wichtige Frage bilde die Lebensmittelaushilfe für Oesterreich, damit es bei der ausgezwungenen Fortführung des Krieges aushalten kann und damit seine Widerstandskraft und Kampffähigkeit bei Ueberwindung der Schwierigkeiten der Ernährung nicht nachteilig beeinflusst werden. Denn daß dies nicht geschehen soll, ist bei der einheitlichen Front und bei der im Kriege vor sich gegangenen Verschmelzung des Bündnisses der Zentralmächte unser aller Interesse, und diesen Standpunkt vertritt ich mit der größten Bereitwilligkeit sowohl nach innen wie nach außen. Als Vorbedingung werde ich verlangen, daß auch in Oesterreich alles unternommen werde, was das Auskommen mit den Lebensmitteln erfordert und daß der dortigen Bevölkerung gegenüber ein ebenso strenges System der Durchführung ins Leben gerufen werde, wie wir es eingeführt haben. Die zweite Vorbedingung ist, daß nach der vollen Deckung Ungarns und der Armee uns noch Ueberschüsse zur Verfügung bleiben, durch die wir eben Aushilfe gewähren können.

Im Ministerrat habe ich folgende Vorschläge unterbreitet:

Einen Entwurf über die Aufnahme der Tätigkeit der Preisprüfungscommissionen in Ungarn.

Einen Entwurf über die Errichtung von Ernährungscommissionen unter Ernennung von Regierungskommissären für das Ernährungswesen. In Ungarn wird es zehn Ernährungsdistrikte geben, deren Leitung in allen Approvisionierungsangelegenheiten selbständig vorgehen werden. Nur in Ausnahmefällen wird die Intervention des Landesernährungsamtes angerufen.

Einen Entwurf über die Herabsetzung der Mehlquote, und zwar die bisherige von 7 Kilogramm auf 6,6 Kilogramm. Für die Schwerarbeiter wurde eine entsprechend höhere Quote festgesetzt. So erhalten Grubenarbeiter 16 1/2 Kilogramm, Eisenbahnarbeiter 15 Kilogramm, Nachtarbeiter 12 Kilogramm, Forstungsarbeiter 10 1/2 Kilogramm per Monat.

Ein Programmpunkt, daß eine energische Requirierung unvermeidlich ist, doch werde die Art und Weise der gewaltsamen Requirierung, so lange der Minister im Amte sei, nicht vor sich gehen.

Heute nachmittags fand in Budapest ein Ministerrat statt, in dem mehrere auf die Ernährung bezughabende Fragen zur Besprechung kamen. Der Ministerrat soll darüber Beschluß gefaßt haben, in welchem Maße die Stoppquote für Mehl herabgesetzt werden soll.

Morgen werden mehrere ungarische Minister nach Wien reisen, so der Ernährungsminister Prinz Windisch-Grätz, der Handelsminister Szterenyi und der Ministerpräsident Dr. Bekere. In ungarischen Kreisen sieht man den Besprechungen, die zwischen dem Prinzen Windisch-Grätz und dem General Höfer geführt werden sollen, zuversichtlich entgegen. Man hofft in ungarischen Kreisen, daß es gelingen werde, eine Einigung zu erzielen, und daß die Fragen, die in der letzten Zeit zu Differenzen mit Oesterreich geführt haben, aus der Welt geschafft werden.

Der Budgetausschuß über das Volksernährungsamt.

W i e n, 8. Februar.

Dem Abgeordnetenhaus liegt der Bericht über das Amt für Volksernährung vor. Der Berichtstatter Abgeordneter Kraft betont, daß sein Referat gleichzeitig ein historisches Dokument für das Volksernährungsamt darstellt.

Der Bericht faßt vor allem die Beratung in der Weise zusammen, daß aus den gestellten Fragen und der Beantwortung derselben sich das Ergebnis heranstelle, ob das Amt für Volksernährung seinen Aufgaben gewachsen sei oder nicht. Die Beantwortung dieser Frage sei jedoch keine einfach bejahende und die Empfehlung der Annahme durch den Budgetausschuß stellt gewissermaßen ein politisches Ergebnis dar. Die Ausschüßberatung und Beschlussfassung erging sich vor allem auf dem Gebiete grundsätzlich verschiedener Weltanschauung. Getrennt, aber getragen von grundsätzlichen Verschiedenheiten der leitenden Ideen, bewegten sich die Ausführungen der Sozialdemokraten, dann jene der bürgerlichen Vertreter, die der Agrarier und Städtevertreter auf teilweise verschiedenen Bahnen. Dem Ernährungsminister Höfer fiel die unantworbene Aufgabe der Verteidigung und Versöhnung der Gegensätze zu, und wenn es nicht zu einem schärferen Auseinanderplätzen kam, so hat dessen entgegenkommende, stets gleichmäßig ruhige Haltung und sein verbindliches Wesen gewiß mehr beigetragen als die überzeugende Gewalt seiner Gegenargumente. Die meisten Redner traten für ein Ernährungsministerium ein, das seinen verantwortlichen Platz vollberechtigt im Räte der Krone zu finden hat und das mit allen Attributen der vollziehenden Gewalt auszustatten wäre. Der Wirkungskreis des Ernährungsministeriums muß sich auf die Erzeugung, Aufbringung und Verteilung, Verteilung und Verbrauch, Preisbildung und auf alle Handlungen erstrecken, die mit Ernährungsfragen im Zusammenhange stehen. Dem Ernährungsministerium soll ein entscheidender Einfluß in allen Fragen der landwirtschaftlichen Produktion, die mit der menschlichen Ernährung im Zusammenhange stehen, eingeräumt werden, ebenso in der Frage des Viehverkehres, der für die Versorgung der Städte von außerordentlicher Wirkung ist und nicht allein vom Standpunkte der landwirtschaftlichen Produktion behandelt werden soll. Dem Ernährungsministerium muß bei allen Verhandlungen in Ungarn und dem Zollauslande, welche Vertragsabschlüsse, Zollverträge, Transport- und Verkehrsfragen behandeln, ein entscheidendes Wort eingeräumt werden, aber nicht geringer in allen valutarischen Fragen, denn diese bilden ja die Grundlagen der Preisbildungen, und hiezu einzusetzen ist eine der Hauptaufgaben des zukünftigen Ministeriums.

Die Darstellung der Beratung wurde departementweise gegliedert, damit das Abgeordnetenhaus in die Lage kam, eventuell zu allen einzelnen Abteilungen Stellung zu nehmen und unter Umständen seiner Unzufriedenheit Ausdruck geben zu können, d. h. das eine oder das andere dieser Ämter zur Ablehnung zu beantragen oder nicht. Ueber die einzelnen Departements wurden verschiedene Beschwerden und Wünsche gebracht, welche im Berichte zum Ausdruck kommen. Besonders hervorzuheben ist das über Departement VII „Geos“ Gesagte, wo unter anderem ausgeführt wird, daß der Einfluß des Amtes für Volksernährung hier entschieden in ganz ungenügender Weise eingegriffen hat, und über Departement XI „Preisregelung und Zentralprüfungsstelle“, wo dem Amte der Vorwurf nicht erspart wird, daß es mit unzureichenden Mitteln zur unrichtigen Zeit unzureichende Ziele anstrebte.

Ueber die Verteilung der Lebensmittelbente in Venetien sagt der Bericht unter anderem: „Auf die Anfrage eines Mitgliedes (Abgeordneter Zenker) über die Verteilung der Lebensmittelbente in Venetien berichtete der Minister, daß in diesen Gebieten vorerst eine geordnete Verwaltung eingeführt werden müßte, um die vorhandenen Vorräte festzustellen, und daß mit der Obersten Seeresleitung Verhandlungen eingeleitet wurden. Das Amt für Volksernährung habe weiters gefordert, daß ihm entsprechend große Gebiete für den Anbau von Frühgemüse, Frühkartoffeln überlassen werden. Da seit diesen Verhandlungen (Anfang Dezember 1917) geraume Zeit verfloßen ist, so dürfte wohl der Herr Minister im Plenum Gelegenheit nehmen, über das Resultat dieser Verhandlungen zu berichten.“

Der Budgetausschuß hat sich die Meinung gebildet, daß das gegenwärtige Ernährungsamt unzureichend arbeitet und daß eine Verbesserung der Organisation und der Funktion seines Apparats sehr wünschenswert wäre. Falls die Umwandlung des Amtes in ein Ministerium, selbstverständlich nur für die Dauer der Kriegszeit, angenommen würde, so verlangen die eingebrachten Resolutionen, daß diesem Ministerium in allen Fragen der landwirtschaftlichen Produktion, aber auch bei den Verhandlungen in Ungarn und im Zollauslande und bei der Regelung der Übergangswirtschaft ein entsprechender Einfluß eingeräumt werde.

8. II. 1918

8

13

* **Lebensmittelzuteilung.** Nach einer Verordnung des Magistrats Berlin entfallen auf Abschnitt 5 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin $\frac{1}{2}$ Pfund Kunsthonig und auf Abschnitt 8 der Lebensmittelkarte für Jugendliche $\frac{1}{2}$ Pfund Kunsthonig. Die Preise für Kunsthonig betragen 37 Pf. für $\frac{1}{2}$ Pfund, 73 Pf. für 1 Pfund im Ausstich und 75 Pf. für 1 Pfund in fertigen Pfundpackungen. Die Abschnitte sind nur in demjenigen Geschäft, in dem der Verbraucher zum Zuckerbezug in das Kundenverzeichnis eingetragen ist, gegen Empfangsbescheinigung abzuliefern, und zwar vom Freitag, 8. Februar, bis einschließlich Dienstag, 12. Februar. Nachträgliche Anmeldungen werden nicht berücksichtigt.

8.7.1918

16

Ernährungskonferenzen in Wien.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Der Vorsitzende des Gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor v. Landwehr, der während der vorletzten Woche wichtige Besprechungen in Budapest hatte, weilte jetzt einige Tage in Berlin. Dort hatte er Konferenzen mit den deutschen Behörden über Ernährungsfragen und Kohlenversorgung und nahm

Generalmajor v. Landwehr ist nunmehr wieder in Wien eingetroffen, wo er mit dem ungarischen Ernährungsminister Prinzen Windisch-Grätz und mit Minister v. Höfer über Ernährungsfragen verhandeln wird.

Parlament und Ernährungsamt.

Dem Abgeordnetenhaus liegt seit gestern der Bericht des Budgetausschusses über das Amt für Volksernährung vor. Als Berichterstatter fungiert Abg. Kraft.

Der Bericht faßt vor allem die Beratung in der Weise zusammen, daß aus den gestellten Fragen und deren Beantwortung sich das Ergebnis herausstelle, ob das Amt für Volksernährung seinen Aufgaben gewachsen sei oder nicht. Die Beantwortung dieser Frage ist jedoch keine einfach bejahende, und die Empfehlung der Annahme durch den Budgetausschuß stellt gewissermaßen ein politisches Ergebnis dar.

Die Ausschußberatung und Beschlußfassung erging sich vor allem auf dem Gebiet grundsätzlich verschiedener Weltanschauung. Gefragt von grundsätzlichen Verschiedenheiten der leitenden Ideen bewegten sich die Ausführungen der Sozialdemokraten, dann jene der bürgerlichen Vertreter, die der Agrarier und Städtevertreter, auf teilweise verschiedenen Bahnen. Dem Ernährungsminister M. Söfer fiel die unbahnbare Aufgabe der Verteidigung und Versöhnung der Gegensätze zu. Die meisten Redner traten für ein Ernährungsministerium ein, das seinen verantwortlichen Platz vollberechtigt im Räte der Krone zu finden hat und das mit allen Attributen der vollziehenden Gewalt ausgestattet wäre.

Die Ausschußberatung wurde departementweise gegliedert, damit das Abgeordnetenhaus in die Lage kommt, eventuell zu allen einzelnen Abteilungen Stellung zu nehmen. Ueber die einzelnen Departements wurden verschiedene Beschlüsse erhoben. Hinsichtlich der Geos wurde festgestellt, daß der Einfluß des Volksernährungsamtes hier entschieden in ganz unangenehmer Weise eingegriffen hat. Bei Besprechung der Preisregelung und der Zentralprüfstelle wurde dem Amte der Vorwurf gemacht, daß es mit unzureichenden Mitteln zur unrichtigen Zeit unzureichende Ziele anstrebte.

Ueber die Verteilung der Lebensmittelbeute in Venetien sagt der Bericht unter anderem: „Auf die Anfrage eines Mitgliedes (Abg. Renfer) über die Verteilung der Lebensmittelbeute in Venetien berichtete der Minister, daß in diesen Gebieten vorerst eine geordnete Verwaltung eingeführt werden müßte, um die vorhandenen Vorräte festzustellen, und daß mit der Obersten Seeresleitung Verhandlungen eingeleitet wurden. Das Volksernährungsamt habe weiter gefordert, daß ihm entsprechend große Gebiete für den Anbau von Frühgemüse und Frühkartoffeln überlassen werden. Da seit diesen Verhandlungen (anfangs Dezember 1917) geraume Zeit verlossen ist, so dürfte wohl der Herr Minister im Nennum Gelegenheit nehmen, über das Resultat dieser Verhandlungen zu berichten.“

Zum Schluß bringt der Bericht noch einen knappen Umriss des Ernährungswesens im Deutschen Reich, aus dem ersehen werden kann, in welcher Weise das Deutsche Reich die Organisation auf anderer Basis eingerichtet hat als Oesterreich, ohne gerade in allen Sachen glücklicher zu sein als wir. Der Budgetausschuß hat sich die Meinung gebildet, daß das gegenwärtige Ernährungsamt unzureichend arbeitet und daß eine Verbesserung der Organisation und der Funktion seines Apparats sehr wünschenswert wäre. Falls die Umwandlung des Amtes in ein Ministerium, selbstverständlich nur für die Dauer der Kriegszeit, angenommen würde, so verklaeren die eingebrachten Resolutionen, daß diesem Ministerium in allen Fragen der landwirtschaftlichen Produktion, aber auch bei den Verhandlungen in Ungarn und im Balkanland sowie bei der Regelung der Uebergangswirtschaft ein entsprechender Einfluß eingeräumt werde.

8.7.1918

16

Die Organisation des Getreideverkehrs aus der Ukraine. Der Verlauf der Verhandlungen über einen Frieden mit der Ukraine läßt es ratsam erscheinen, die Organisation für den Getreideverkehr nach der Monarchie sehr bald unter Dach und Fach zu bringen, um zu gegebenem Zeit möglichst viel und möglichst rasch Getreide aus jenem Gebiete einzuführen, selbstverständlich ohne es durch die Konkurrenz der österreichischen, ungarischen und deutschen Wettbewerber zu verteuern. Zwischen den Vertretern des österreichisch-ungarischen und des deutschen Getreidehandels ist, wie mitgeteilt worden ist, eine Einigung nicht zustande gekommen; dadurch wird jedoch die Organisation des Getreideverkehrs aus der Ukraine nicht in Frage gestellt. Nach der Eröffnung dieser Besprechungen haben die in Berlin anwesenden Vertreter der deutschen, österreichischen und ungarischen Staatsagenten zentralen Verhandlungen gepflogen, und es wird ein Weg gefunden werden, der den in Betracht kommenden Ländern den Bezug russischen Getreides, und zwar unter Mitwirkung des Handels, sichert. Diese Konferenzen sind noch nicht abgeschlossen, dürften jedoch in den nächsten Tagen zu Entschliessungen über ein bestimmtes Projekt führen. Man wird sich, um möglichst rasch und ohne Verteuerung das Getreide aus der Ukraine hereinzubringen, vorerst mit provisorischen Massregeln begnügen, zumal man über die Verhältnisse in Rußland nicht genau unterrichtet ist. Nach den vorliegenden Berichten dürften die Getreidevorräte in den Hafensplätzen der Ukraine im Verlaufe des Krieges wesentlich gemindert sein, doch sollen sich bei den Bauern noch erhebliche Getreidemengen befinden. Allerdings muß die Leistungsfähigkeit der russischen Bahnen gehoben werden, was wieder voraussetzt, daß sowohl die erforderlichen Fachkräfte als auch die technischen Hilfsmittel vorhanden sind.

9.12.1918

17

* (In der Einkaufsstelle.) Mitten im politischsten Gespräch im Kaffeehaus beim „Schwarzen“ erhebt sich plötzlich ein Herr und sagt, er habe Eile, denn um 2 Uhr müsse er doch in der Einkaufsstelle sein. Die übrigen Herren sehen ihn eher neidisch, denn verdugt über dieses eilige Entfernen vom Stammtisch an. Der eine erkundigt sich, was es denn heute bei ihm gebe, der zweite meint, er wäre ein Glücklicher, weil er berechtigtes Konsumgenossenschaftsmitglied sei und so in die angenehme Lage komme, etwas nach Hause mitbringen zu können. Alle aber finden es nicht sonderbar oder merkwürdig, daß ihr Stammtischkollege — einkaufen gehe. In der Einkaufsstelle angelangt, heißt es vor allem, sich „anstellen“. Es ist zwar nicht so schlimm, wie bei einem Zuckergeschäft oder einer Tabaktrafik, aber „anstellen“ muß er sich auch hier. Während er sich zuerst an der Ankündigungstafel informiert, was es gibt, manchmal „noch“ gibt, macht er beim langsamen Sichvortwärtsschieben allerlei interessante Beobachtungen. Das Interessanteste ist allenfalls das Publikum. In früheren Zeiten, das heißt in den Tagen des Friedens, die man sich heute kaum noch vorstellen kann, da sah man in den Lebensmittelgeschäften nur die dienstbaren Geister, die beim Einkauf höchstens mit den Lehrlingen der Geschäfte neben ihrem Dienst einige Worte über den freien Sonntag wechselten. Im Lebensmittelager von heute gibt es nur ehrbare Frauen und ernste Männer. Sie stehen hier angestellt, erscheinen sich selbst nicht sonderbar. Jeder hat sein Buch krampfhaft in der einen Hand und in der anderen Hand den — Warenbehälter. Ja, über diesen muß ein besonderes Wort gesagt werden. In einer Einkaufsstelle, die noch so viele Kunden birgt, gibt es wohl kaum zwei Leute mit denselben Warenbehältern. Der eine hat eine Markttasche alten Stils aus Leder mit seinem Verschluss, der zweite eine Kriegstasche aus farbigem Stoff, der dritte bringt eine Reisetasche, der vierte, zweifellos ein Beamter, begnügt sich mit seiner Aktentasche. Und so geht es abwechslungsreich fort. Immer näher rückt unser Freund dem Schalter zu. Plötzlich wird die idyllische Einkaufsruhe gestört. Ganz rückwärts spricht eine unzufriedene Dame in erregtem Tone. Sie hätte etwas nicht erhalten, was sie bezahlt hat. Der Streit zwischen dieser Dame und der Angestellten nimmt halb größere Dimensionen an. Es beteiligt sich das Publikum daran und bald ist dasselbe in zwei kampflustige Lager geteilt. Auch dieses Intermezzo geht vorüber und nun erhält der treulos gewordene Stammtischkollege seinen Warenbehälter — es ist ein aufrangiertes Reiseneccessaire — mit allerlei guten Sachen und Surrogaten gefüllt. Sein ernstes Antlitz verändert sich beim Anblick dieser Schätze, das Gesicht verrät eine innere Freude, die Freude, zu Hause mit den eingekauften Dingen wieder Freude bereiten zu können. Endlich ist der Einkaufstag vorüber, Frau und Kinder jubeln über den glücklichen Donnerstag, der immer wieder Ueberraschungen bringt, und trotz der ernsten Zeiten ist im dritten Stock der 2ten Gasse ein Kreis froher Gesichter zu sehen. Die Einkaufsstellen tragen zweifellos zur zeitweisen Zufriedenheit der Menschen und zum Durchhalten bei.

Sieht das Kriegswucheramt nichts? Wozu haben wir ein Kriegswucheramt, wenn derartige Preise möglich sind, wie man sie jetzt so oft sieht? fragt man sich, wenn man in den Schaufenstern von Wiener Geschäften ganz ungeheuerliche Preise sieht, die offen einbekannt und nicht bekämpft werden. Da ist eine Gänsehandlung, die für 1 Kilogramm gezeichnetes Gansfleisch 50 Kronen verlangt. Das Fleisch ist nur ganz leicht überfärbt, um die Preistreiberei bemänteln zu können. Im Frieden hätte man für diesen Preis vier ganze Gänse bekommen, heute wagt man es, für ein Kilogramm 50 Kronen zu verlangen. Gänsebrater haben es schon längst eingeführt, daß ein Kilogramm gebratener Gans 35 bis 40 Kronen, ein Kilogramm Gansleber 45 bis 55 Kronen kostet. Wenn das auch heute Luxuswaren sind, so ist es doch bezeichnend, wie weit sich die Preistreiberei entwickeln konnte. Uebrigens stehen derartige Preise nicht allein da. Man verlangt ja heute für 1 Kilogramm ungarischer Salam in Wien 60 Kronen, für heimische Schinkenwurst 22 bis 30 Kronen. Ganz unglaublich mag es klingen, daß man in einem Schaufenster den Preis für 1 Kilogramm Haselnüsse in der Schale mit 32 Kronen anschreibt. Wenn die ausgelöst werden, müssen sie ja 50 Kronen kosten! Als ob die Haselnußernternte jetzt mühevoller wäre als früher. Und wie rechtfertigt man es, daß heute für 1 Kilogramm Pilze 60 bis 80 Kronen verlangt werden? Paprika, der so gut wie verschwunden ist, steht heute mit 90 Kronen im Kurs, obwohl er vor einem Jahre schon mit 32 Kronen ganz außerordentlich teuer war. So viel Backwaren können gar nicht aus Ungarn hereingeschmuggelt werden, als man jetzt in den Wiener Delikatessen- und Zuckerwarenhandlungen sieht. Da findet man ein Stück Keks mit 60 bis 80 Heller, kleine Stücke Maronen mit Zuckerüberzug für eine Krone, 1 Kilogramm schlechter Keks für 23 bis 30 Kronen, ein Kilogramm „Königbrot“, das dunkelgefärbtes, mit Zucker versetztes Gebäck ist, mit 18 bis 20 Kronen, ein Stück Preßburger Beugel mit einer Krone angeschrieben. Wie viel ist davon aus Mehl gemacht, das im Schleichhandel im Inland erworben und verarbeitet wurde! Solange das Wucheramt es den Preistreibern so leicht macht, müssen derartige Preise bestehen bleiben. Man sollte einmal in den Geschäften nach dem Lieferanten fragen. Dann käme man auf den Schwindel. Nicht nur Lebensmittel, auch andere Gebrauchswaren steigen andauernd auf wahnsinnige Höhen. Da ist in der Nähe des Wucheramtes ein Bazar, der für ein Bahnbüfchel mit Zelluloidgriff, das im Frieden 60 Heller kostete, nun 4-80 Kronen anschreibt. Ein anderes Geschäft bewertet einen Lederfleck von der Größe eines Fünfstrohenstückes, der als Schuhabsatz verwendet werden soll, mit 50 bis 60 Heller. Ist das Wucheramt blind oder unfähig?

9. II. 1918

R

* Das Ende eines Preistreiberbetriebes. Zu der unter diesem Titel veröffentlichten Notiz, welche uns von der Polizeikorrektur zuzuging, erhalten wir vom Besitzer der Kaffeerösterei in der Hamburgerstraße 6, Herrn Josef Haag, folgende Darstellung: Zunächst bemerke ich, daß ich als ehrlicher Geschäftsmann mit großer Kundschafft seit 22 Jahren am Blaye bekannt bin und mein Unternehmen kein Kriegerunternehmen ist. Es ist allgemein bekannt, daß leider sehr viele Artikel nur über dem Höchstpreis zu haben sind, woran wir Detailhändler ganz gewiß nicht schuld sind. Ich hatte mich stets bemüht, durch die Zentralen Ware zu erhalten, jedoch ohne Erfolg. Ich mußte ebenso wie viele andere zur Selbsthilfe schreiten. Ich kaufte fertige Kaffeesurrogate per Kilogramm um 8 Kronen, Feincaffee um Kr. 10.80. Gekanntlich kaufte ich 1000 Kilogramm Rohware, um die gekaufte Ware zu verbessern. Mit dieser Ware war meine Kundschafft stets zufrieden. Mein ganzes Bestreben ging darauf hinaus, meine alten Kunden zufrieden zu stellen. Die bei mir gefundenen 500 Kilogramm Obstreste und 30 Kilogramm Eicheln habe ich in Kommission zum Trocknen als Viehfutter erhalten. Die Annahmen, von denen die oben mich erhobenen Anzeigen ausgingen, sind also unrichtig, was sich ja auch bald bei der Prüfung der Tatsachen herausstellen wird.

9. II. 1918

Ernährung und Versorgung.**Die Wiener Ernährungskonferenzen.**

Die Wiener Ernährungskonferenzen des Ernährungsministers Prinzen Ludwig Windischgrätz haben heute ihren Anfang genommen. Diesem vorausgehend hat der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungsausschusses in Berlin geweilt. Ueber den Zweck seines dortigen Aufenthaltes wird aus dem L. u. I. Kriegspresquartier gemeldet: Der Vorsitzende des gemeinsamen Ernährungsausschusses G.M. von Landwehr, der während der vorletzten Woche wichtige Besprechungen in Budapest hatte, weilte jetzt einige Tage in Berlin. Dort hatte Erzellenz v. Landwehr Konferenzen mit den deutschen Behörden über Ernährungsfragen und Rohlebensversorgung und nahm auch an den anderen Berliner Besprechungen teil.

Ueber den Wiener Aufenthalt des Prinzen Windischgrätz wird von dort berichtet: Der ungarische Volksernährungsminister Prinz Ludwig Windischgrätz ist heute früh mit seinen Fachreferenten hier eingetroffen und in seinem Palais abgestiegen. Der Minister widmete den Tag Austrittsbesuchen; dann hatte er mit dem Vorsitzenden des gemeinsamen Ernährungsausschusses G.M. v. Landwehr und mit dem österreichischen Volksernährungsminister v. Höfer Besprechungen. Nach den bisherigen Abmachungen bleibt der Minister bis Samstagabend in Wien.

Die Kompetenz des Ernährungsministers.

Wir haben gestern gemeldet, daß Ernährungsminister Prinz Ludwig Windischgrätz dem Ministerrate einen Entwurf über die Ausdehnung seines Machtkreises unterbreitet hat, der noch nicht die Billigung seiner Ministerkollegen gefunden hat. Unsere Information wird heute vom „Magh. Lud.“ dahin ergänzt, daß die Unterbreitung des hierauf bezüglichen Vorschlages des Ministers von dem gestrigen Ministerrate wegen der vorgerückten Zeit noch nicht verhandelt werden konnte.

Ein zweiter Staatssekretär im Ernährungsamt.

Wie wir erfahren, wird Oberintendant Otto Demján demnächst zum zweiten Staatssekretär im Landes-Ernährungsamt ernannt werden. Vor seiner Ernennung wird er seine militärische Stellung niederlegen. Dem neuen Staatssekretär wird die Sektion für die Versorgung der Armee unterstellt sein.

Maximalpreise für Stärke.

Das Amtsblatt wird morgen eine Verordnung über die Regelung des Stärkeverkehrs veröffentlichen. Laut der Verordnung wird der Preis für Stärke im Großhandel mit 2 Kronen 50 Heller maximiert. Wiederverkäufer dürfen einen um 15 Prozent höheren Preis fordern.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Ukraine.

In ganz anderem Maße als vor dem Kriege wendet sich jetzt die allgemeine Aufmerksamkeit der Ukraine zu, die jetzt nach Abschluß des Friedens bestimmt ist, in der wirtschaftlichen Versorgung der Mittelmächte eine bedeutende Rolle zu spielen. Die Ukraine, die beiläufig 800.000 Quadratkilometer umfaßt, mit rund 35 Millionen Einwohnern, kommt für uns natürlich in erster Linie als Ackerbaugbiet und als Getreideverorgungsland in Betracht. Mit ihrem durch unerschöpfliche Fruchtbarkeit berühmten Schwarzerdeboden bildete sie schon vor dem Kriege die Kornkammer des russischen Reiches und das durch die südliche Lage und durch die Nähe des Meeres beeinflusste Klima begünstigt von jeher den Anbau von Bodenerzeugnissen, die weiter nordwärts infolge zunehmender Kälte nicht gedeihen. Mehr als 35% der gesamten russischen Getreideernte entfielen daher allein auf die Ukraine und in der Zuckerrübenherzeugung stand der Kiwer Rayon mit rund 70% der Gesamtproduktion weitans an erster Stelle unter allen russischen Generalgouvernements. Ähnliches gilt auch von der russischen Tabakerzeugung, in der die Ukraine bis vor Ausbruch des Krieges mit zirka 70% beteiligt war und noch mehr von der russischen Montanindustrie, die sich in letzter Zeit mehr und mehr in dem sogenannten Donezrevier und in der Umgebung von Charkow konzentrierte. Rußland ist verhältnismäßig arm an Kohle und seit dem Verlust des polnischen Reviers war es ausschließlich auf die reichen Steinkohlen- und Anthrazitlager am Donez angewiesen, der bekanntlich von Ursprung bis zur Mündung rein ukrainisches Gebiet durchströmt. Nicht ganz so liegen die Dinge in der Eisenerzgewinnung, in der der Ural mit dem ukrainischen Krimaj Rog konkurriert. Es ist nun ein alter volkswirtschaftlicher Satz, daß das Erz immer zur Kohle wandert und nicht die Kohle zum Erz und die Folge davon war, daß die Montanindustrie des Ural (bei Perm) gegenüber den ukrainischen Eisenwerken immer mehr ins Hintertreffen geriet. Jetzt im Kriege hat sich diese Verschiebung im Innern des russischen Wirtschaftslebens noch ganz außerordentlich beschleunigt und die Folge davon war, daß der wirtschaftliche Schwerpunkt des russischen Reiches immer mehr dem Süden, d. i. der Ukraine zustrebte. Diese Tatsache trat am augenfälligsten in den letzten Wochen in Erscheinung, wo die Abschließung der ukrainischen Produktionsgebiete genügte, um ganz Zentral- und Nordrußland in die Gefahr der Hungersnot zu bringen. Das von den Moskowitern bewohnte Rußland kann aber ohne die Ukraine kaum leben und eine Losreißung, bezw. Selbständigmachung bedeutet völlige wirtschaftliche und damit auch politische Lahmlegung der von den Bolschewiken beherrschten Gebiete. In dem zaristischen Rußland war man sich über die Gefahren, die der ukrainische Separatismus in sich barg, sehr wohl im klaren. Daher einerseits der rücksichtslose Kampf gegen

die national-ukrainische Bewegung, daher aber auch auf der andern Seite das Bestreben, das Land wirtschaftlich zu heben und so mit dem Moskowitentum zu versöhnen. Nirgends im ganzen russischen Reich (mit Ausnahme vom Moskauer Fabriksrayon) gibt es so viele Eisenbahnen wie in der Ukraine. Nirgends im ganzen russischen Reich sind allerdings auch die natürlichen Vorbedingungen für einen regen Außenhandel derart günstig wie in der Ukraine. Die ganze nördliche Küste des Schwarzen Meeres wird zum überragenden Teil von Ukrainern bewohnt; mächtige, weitbin schiffbare Flüsse wie Dnjepr und Don reichen in das Land hinein und fördern den Warenaustausch und die vielen Städte am Meer, vor allem Odessa, deuten allein schon auf ein reiches Hinterland hin. In diesen Hafenstädten beherrschte vor dem Kriege die englische Flagge das Feld. Was an österreichischen und deutschen Schiffen nach Odessa und Nikolajew kam, verschwand hinter der Masse der englischen Schiffe, die z. T. allerdings auch den Getreideverkehr nach Rotterdam und damit nach den Rhein- und Nordsee-Verbindungen vermittelten. Der Krieg und die Dardanellen-Sperre haben diesem Handelsverkehr mit einem Schlage ein Ende bereitet und erst jetzt, wo der Friede mit der Ukraine geschlossen, ist mit einem Wiederaufleben des ukrainischen Außenhandels zu rechnen. Nur wird er jetzt nicht mehr seinen Weg durch den Bosporus ins Mittelmeer, sondern durch die Donau aufwärts nach Budapest, Wien und Regensburg nehmen. Eine ganz neue, gewaltige Aufgabe fällt damit den großen mitteleuropäischen Wasserstraßen zu, die damit erst zu dem mächtigen Bande wird, daß Ost und West miteinander verbindet.

Die Bedeutung des Friedensvertrages für die Ernährung Oesterreichs.

Wien, 9. Februar.

Bisher liegt die Mitteilung über die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Ukraine ohne weitere Angabe über seinen Inhalt vor. Es ist jedoch mit Bestimmtheit anzunehmen, daß sich die Vertreter der Mittelmächte auch Gewißheit darüber verschafft haben, daß die Ukraine geneigt ist, ihr überschüssiges Getreide an Oesterreich-Ungarn und an Deutschland abzugeben. Ob man sich hierbei auf ein Mindestquantum geeinigt hat, ist nicht bekannt; überdies fragt es sich auch, ob die Einhaltung einer solchen Verpflichtung durch die bestehenden Verhältnisse in der aller-nächsten Zeit verbürgt werden könnte. Die Lage in der Ukraine ist eine ungeklärte, und es werden Wochen verstreichen, ehe die ersten Getreidesendungen von dort abgehen werden. Sollten sich aber die Erwartungen erfüllen, die man hinsichtlich der Ergänzung unserer Getreidevorräte durch die Ukraine hat, dann eröffnet sich eine neue Quelle der Ernährung, die schon in einer verhältnismäßig kurzen Zeit, ganz besonders aber für eine spätere Zukunft von der allergrößten Bedeutung sein wird. Oesterreich braucht gegenwärtig für die Nichtselbstverfolger ungefähr 370 Waggons Getreide täglich. Vor der letzten Kürzung der Quote wurde dieser Bedarf auf etwa 431 Wagen geschätzt. Schlägt man dazu den Verbrauch der Selbstverfolger, so käme man zu einer Gesamtziffer von ungefähr 560 Wagen im gegenwärtigen Zeitpunkt; vor der letzten Kürzung der Verbrauchsquote dürfte er sich auf etwa 660 Wagen täglich gestellt haben. Das Eisenerz können bei einer Höchstanspruchnahme der Leistungsfähigkeit täglich ungefähr 20 Schlepper passieren, die man im Durchschnitt mit ungefähr 50 Wagen gleichstellen kann. Das würde im Tage 1000 Wagen ausmachen, was allerdings ein Höchstmaß darstellen würde. Dieses Quantum wäre zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn aufzuteilen, und wenn man annehmen wollte, daß auf Oesterreich davon nur 300 Wagen kämen, so wäre das mehr als die Hälfte des gegenwärtigen gekürzten Gesamtverbrauches in Oesterreich. Falls also die Ukraine, was natürlich die erste Frage ist, über so bedeutende Getreidemengen verfügt, als man vielfach erwartet, so könnten von dort bei Aufwendung der größten Leistung, die bei den begrenzten Verkehrsverhältnissen am Eisernen Tor möglich ist, täglich mehr als die Hälfte des jetzigen verringerten Gesamtconsums Oesterreichs bezogen werden.

Diese Ziffern sollen nur eine Vorstellung über die Bedeutung des Friedensvertrages für die Ernährung Oesterreichs geben. Ob und wann die Einfuhr solcher Getreidemengen aus der Ukraine möglich sein wird, hängt von einer Reihe von Voraussetzungen ab, über die im gegenwärtigen Augenblicke noch keine Gewißheit besteht. Die Kardinalfrage ist, wie bereits erwähnt, welche Getreidequantitäten in der Ukraine jetzt überschüssig sind. Die Angaben darüber, beziehungsweise über die Bezugsgebiete, schwanken. In einzelnen Häfen soll viel Getreide lagern, in anderen sollen die Vorräte sehr gelichtet sein; im Innern des Landes bei den Bauern und Landwirten sollen sich immerhin noch sehr erhebliche Mengen befinden. Diese müßten dann, wenn man den für Getreidetransporte überwiegend in Betracht kommenden Schiffsverkehrs ins Auge faßt, aus dem Innern des Landes in die Häfen der Ukraine gebracht werden. Hierbei kommt wieder die Leistungsfähigkeit der Bahnen der Ukraine für rasche und sichere Transporte in Betracht. Gewiß ist, daß für diesen Zweck technische und anderweitige Reformen notwendig sein werden. Ferner ergibt sich angefaßt der Kämpfe mit den Bolschewiki die Frage, wer heute die Häfen in der Ukraine in der Hand hat, ob und welche im ausschließlichen Machtbereich der Ukraine sind oder ob vielleicht manche Häfen durch die Gegner beherrscht werden. Darüber wird man wohl in den nächsten Tagen Klarheit erlangen. Dann ist noch zu berücksichtigen, daß wenigstens im Augenblicke Rumänien über ein allerdings unbedeutendes Stück des Wasserweges bei Galatz verfügt und die Verbindungen

stören kann. In den politischen Kreisen glaubt man jedoch, daß nach dem Frieden mit der Ukraine auch eine Verständigung mit Rumänien nur eine Frage kurzer Zeit sein dürfte, in welchem Falle eine solche erhebliche Behinderung beseitigt wäre. Im entgegengegesetzten Falle würden wohl Zwangsmaßnahmen gegen Rumänien zur Geltung kommen müssen. Zu den weiteren Voraussetzungen des Getreideverkehrs gehört selbstverständlich ein entsprechender Schiffsraum, an dem es allerdings nicht fehlen dürfte und eine Organisation für die Beschaffung des Getreides. Eine solche wird in den aller-nächsten Tagen zustandekommen. Die Schwierigkeiten sind mit all diesen Vorbedingungen noch nicht erschöpft. So muß zum Beispiel, wenn schon eine Einigung über den Einkaufspreis erzielt sein wird, die Valutafrage bei der Bezahlung vereinigt werden. Wiederholt ist berichtet worden, daß auch die Möglichkeit des gegenseitigen Warenaustausches in Erwägung gezogen worden ist.

Es muß somit, wenn man die erhofften Ergebnisse erzielen will, nach Erfüllung der ersten Vorbedingung, daß die Ukraine über die entsprechend großen Getreidebestände verfügt, der große Apparat im ganzen und in seinen Teilen klappen. Hat man alle Stadien des Schiffsverkehrs glücklich überwunden, dann muß das Getreide mit der Bahn an die Plätze des österreichischen Konsums gebracht werden, wozu wieder ein entsprechend großer Fahrpark im Innern er-

forderlich ist. Eine richtig ineinandergreifende Organisation ist daher eine unbedingte Notwendigkeit; wenn sie vorhanden ist, eröffnen sich aber für eine nahe, ganz besonders aber für eine spätere Zukunft für die Ernährung Ausflüchte von ungewöhnlicher Tragweite. Man glaubt, daß mit Ende März bei entsprechenden Vorkehrungen die Schiffsverkehrswege von der Ukraine her berücksichtigt werden und nicht auch die Benützung der Eisenbahnen, die von der Ukraine zum österreichischen Schienenetz führen. Die ukrainischen Bahnen haben an jene der Mittelmächte eine Anzahl von Anschlüssen, die in der Wiederherstellung begriffen sind. Der neue Anschluß bei Husiatyn, den die Russen während der Offensive gebaut haben, ist wohl von geringerer Bedeutung, da diese Bahnstrecke kaum über die Leistungsfähigkeit einer Lokalbahn hinausgehen dürfte. Der Anschluß bei Russisch-Nowosielitza kann feindlichen Störungen unterworfen sein. Anders sieht es mit den nördlichen Anschlüssen bei Rodowoloczyska und Brody und den beiden Linien, die in Kowel zusammenfließen und bei denen die Grenze zwischen uns und Rußland ungefähr bei den Stationen Soloby und Powursk sein dürfte. Diese vier Anschlüsse liegen entweder unmittelbar oder in Abzweigungen der Linien, die aus den Getreidegebieten der Ukraine kommen, und befinden sich an der ukrainischen Front. Bei einer entsprechenden Benützung der Eisenbahnen, die allerdings erst erprobt werden muß, könnten natürlich die früher erwähnten, auf dem Schiffswege hereinzubringenden Importe eine weitere Ergänzung erfahren.

Die Früchte des Friedensvertrages werden, soweit die Ernährung Oesterreichs in Betracht kommt, erst dann voll ausreifen, bis die Reibungen und Widerstände, die sich erfahrungsgemäß bei einer großen Organisation in der ersten Zeit ergeben, überwunden sein werden. Aber die Hauptsache ist, daß wir bis zur nächsten Ernte durchhalten und das wird durch die Zuschüsse aus der Ukraine, wie man bestimmt annimmt, der Fall sein. Die kritischste Periode sind die nächsten Wochen bis zu dem Zeitpunkte, in welchem Getreidetransporte aus der Ukraine einsetzen können. Die Tatsache, daß solche zu erwarten sind, muß die Zuversicht heben, und wenn die jetzigen Verhandlungen mit Ungarn, in denen der Ernährungsminister Prinz Windisch-Grätz eine entgegenkommende Haltung annimmt, zu einem befriedigenden Ergebnisse führen sollten, ist auch aus Ungarn auf etwas bessere Zuschüsse zu rechnen. In Sachkreisen nimmt man an, daß auch in Oesterreich noch gewisse Mengen Getreides vorhanden sind, die sich verborgen halten. Für eine spätere Zeit, wenn die Schwierigkeiten der Organisation bewältigt sind, eine Verständigung mit Rumänien erzielt und der allgemeine Friede geschlossen sein wird, ist auf eine weitere Ergänzung der Getreideeinfuhr zu rechnen. Dann mag der Tag kommen, an welchem, wenigstens bei der Beschaffung des Getreides, jede Nahrungssorge und jede zu Schwierigkeiten führende Abhängigkeit Oesterreichs verschwindet.

Die Ukraine als Bezugsgebiet für die Mittelmächte.

Die Ausichten, den Bedarf der Mittelmächte an Nahrungsmitteln und Rohstoffen aus Rußland nach Abschluß eines Sonderfriedens verhältnismäßig schnell zu decken, werden nicht selten stark überschätzt. Schon die letzte vollständig verfügbare russische Handelsstatistik des Jahres 1916 läßt eine riesige Verminderung der erwähnten Ausfuhr gegenüber dem letzten Friedensjahr 1913 ersehen, und seit Ende 1916 ist mit einer weiteren erheblichen Verschlechterung der Verhältnisse im Verkehrs- und Währungsweisen sowie in der wirtschaftlichen und innerpolitischen Sicherheit Rußlands zu rechnen.

Die Ausfuhr von Eisen sank 1913 bis 1916 von 3571 auf 125 Millionen Stück, jene von frischem und Salzfleisch von 0.704 auf 0.07 Millionen Pud (1 Pud rund ein Tschetel Meterzentner), Geflügel und Wild von 0.807 auf 0.05, Fische von 0.445 auf 0.336, Weizen von 203.1 auf 14.4, Roggen von 39.5 auf 6.2, Leinfaat von 6.528 auf 1.285, Kleesaat von 0.533 auf 0.250, Detsuchen von 44.636 auf 4.448, Flach von 16.625 auf 6.321, Hanf von 3.265 auf 1.198, Felle und Häute von 3.303 auf 0.279 Millionen Pud. Die russische Ausfuhr von Gerste, Hafer, Mais, Erbsen, Butter fiel von den großen Beträgen des Jahres 1913 auf kaum nennenswert kleine Lizenzen im Jahre 1916.

Freilich stand im Jahre 1916 der russischen Ausfuhr fast nur der Weg über Archangelsk und der beschwerliche Landweg über Finnland zu Gebote, abgesehen von den zumaligen kleineren Versendungen über die rumänischen und asiatischen Grenzen. Nunmehr könnte man, neben einer Anzahl Eisenbahnverbindungen, auch über die Dänie, das Schwarze Meer und die Donau russische Waren beziehen. Aber auch in diesem Falle handelt es sich hauptsächlich vorwiegend um die Leistungsfähigkeit der Ukraine, die auf einem Flächenraum von 700.000 bis 750.000 Quadratkilometer etwa 36 bis 40 Millionen Einwohner zählt.

Die Ukraine lieferte in den letzten Friedensjahren: ungefähr drei Viertel der russischen Kohlenförderung, etwas mehr als die Hälfte der russischen Salzgewinnung, den überwiegenden Teil der russischen Eisenerz- und Eisenhüttenproduktion (in Friedenszeiten gingen süd-russische Eisenerze auch nach Polen und Schlessen); einen bedeutenden Teil der russischen, den Mittelmächten sicherlich höchst willkommenen Manganerzförderung (der größere Rest stammt aus dem nord-westlichen Transkaukasien); ein Drittel der russischen Getreideernte (zum Beispiel im Jahre 1910 21.5 Millionen Tonnen Weizen, Gerste und Roggen) und, da etwa 27 Prozent der ukrainischen Ernte ausgeführt wurden, fast neun Zehntel der russischen Getreideausfuhr; rund vier Fünftel des russischen Anbaues von Zuckerrüben und der Zuckerraffination, siebzig Prozent des russischen Tabaks. Mit etwa dreißig Millionen Kindern umfaßte die Ukraine ungefähr ein Drittel des russischen Kinderbestandes.

Das europäische Großrußland, das ohne Ostseeprovinzen (in diese Petersburg nicht eingerechnet), Polen, Litauen und Weißrußland rund 75 Millionen Einwohner besitzt, war schon im Frieden bei seinem rauheren Klima, minder fruchtbaren und zumeist schlecht bearbeiteten Boden, seinen industriereichen und lebhaften Handel treibenden Städten und Gegenden (Moskauer und Petersburger Industriebezirke u.) auf Zufahren von Lebensmitteln aus der Ukraine und Krim sowie aus Sibirien angewiesen; in einzelnen Rohstoffen, wie Holz, Hanf, Flach, Häute u., mochte Großrußland

immerhin selbstgenügsam sein. Uebrigens konnten auch die Ostseeprovinzen, Polen, Litauen, Weißrußland nicht ihren ganzen Getreidebedarf selbst decken.

In Friedenszeiten vermochte Großrußland Nahrungsmittel und Rohstoffe über die Ostseehäfen sowie Archangelsk auszuführen und Ersatz aus der Ukraine und Sibirien zu beschaffen. Nach dreieinhalb Weltkriegsjahren sind Verkehrs- und Währungsverhältnisse sowie die innere Ordnung Rußlands nicht derart, den Nachschub aus Sibirien sicherzustellen, auch wenn man den guten Willen Sibiriens hierfür annimmt, der gemäß mancherlei Nachrichten über Selbständigkeitsgellüste Russisch-Asiens zweifelhaft geworden ist.

In den ersten zwei Jahren des Weltkrieges wurde öfter die Meinung ausgesprochen, daß in Südrußland infolge der Zurückhaltung zweier oder dreier Ernten bedeutende Getreidemengen für Ausfuhrzwecke bereit lägen. Inzwischen hat aber die niemals sehr große technische Leistungsfähigkeit des süd-russisch-ukrainischen Ackerbaues durch Mangel an Arbeitskräften, Arbeitsvieh und Dünger stark abgenommen. Die Beseitigung des Großgrundbesitzes hat vorläufig zahlreiche technisch höher stehende landwirtschaftliche Betriebe zum Stillstand gebracht und den Ankauf von Getreide erschwert; dieser muß nämlich viele kleine Vorräte statt weniger großer ergreifen.

Andererseits hat sich freilich die Abfuhr nach den russischen Städten und Industriegebieten selbst stark verringert infolge der Verkehrsstockungen, der Währungsschwierigkeiten (Unlust der ukrainischen Bauern, Banknoten sogar zu hohen nominalen Preisen in Zahlung zu nehmen; abweisende Haltung der bisherigen ukrainischen Regierung gegen die großrussischen Banknoten überhaupt) und der innerpolitischen Unsicherheit. Daher dürften bei Bezahlung in vertrauenswürdigeren deutschen und österreichischen Geldzeichen oder bei Austausch von ukrainischem Getreide gegen Fabrikate der Mittelmächte,mäßig große Getreidemengen für diese Mächte wohl doch im Frühjahr erhältlich sein; diese wären in Anbetracht der gegenwärtigen österreichischen Ernährungs-schwierigkeiten immerhin von bedeutendem Nutzen. Noch günstigere Ausichten dürften für den Bezug von Häuten, Borsten, Federn u. zu verzeichnen sein. Jedenfalls könnte die Ukraine für einen Teil des türkischen (besonders Konstantinopler) Bedarfes an Getreide und sonstigen Nahrungsmitteln aufkommen und hierdurch zur Entlastung Bulgariens und Rumaniens beitragen; diese Länder wären sodann befähigt, Oesterreich-Ungarn und Deutschland in stärkerem Maße anzubasteln.

[Die Lebensmittelvorräte der Ukraine.] Da es an amtlichen Daten über den Bodenertrag in den einzelnen Gouvernements Rußlands für das Jahr 1917 fehlt, lassen sich nur an der Hand der Ernteziffern des ganzen Landes und des normalen Anteiles der Ukraine an denselben Schätzungen anstellen. Für die 46 europäischen Gouvernements Rußlands hat nun das statistische Amt des russischen Landwirtschaftsministeriums folgende Ernteziffern pro 1917 mitgeteilt:

	Millionen Rub (1 Rub = 16375 Kilogramm)
Roggen	1059
Winterweizen	288
Sommerweizen	333
Gerste	431
Hafer	552

Von der Ernte Rußlands pflegt mehr als ein Drittel auf die Ukraine zu entfallen, demgemäß könnte man vielleicht für die Ernte der Ukraine im letzten Jahre eine Ziffer von etwa einer Milliarde Rub oder rund 16 Millionen Tonnen annehmen. In der Regel gab die Ukraine 25 bis 30 Prozent ihrer Ernte als Ueberschuß über den eigenen Bedarf an das innere Rußland, beziehungsweise an die Schwarzsee-Meerhöfen zur Ausfuhr ab, so daß sich bei Zugrundelegung dieser Verhältnis-ziffer der letztjährige Ernteüberschuß der Ukraine an den genannten Hauptgetreidearten auf 4 bis 5 Millionen Tonnen veranschlagen ließe, wobei jedoch zu bemerken ist, daß heute auch nur halbwegs verlässliche Ziffern nicht gegeben werden können. Die früher erwähnte Menge dürfte jedoch aus verschiedenen Gründen als Mindestziffer anzusehen sein. Der Minderertrag der russischen Ernte, der sich von einem Kriegsjahre zum andern verschärfte, bis er 1917 etwa 40 Prozent der Durchschnittsernte Rußlands ausmachte, ist in erster Linie auf den Rückgang der Anbauflächen zurückzuführen, der durch den Mangel an Arbeitskräften und hohe Arbeitslöhne verursacht wurde. Ein Gartenlandsbericht des russischen Landwirtschaftsministeriums vom Mai 1917 stellte fest, daß auch die Gürtung unter den Bauern auf die Vornahme der Aussaat von Einfluß war. Unter den obwaltenden Umständen betraf der Rückgang der Anbauflächen weit mehr den großen und mittleren Grundbesitz als die bäuerlichen Wirtschaften, bei denen sich die Aussaatflächen selbst in den zentralen Gouvernements, wo der Rückgang 25 bis 50 Prozent ausmachte, oft noch vergrößert hat, wie dies zum Beispiel amtlich aus Woronesch gemeldet wurde. In der Ukraine herrscht die Bauernwirtschaft vor, und dort ist auch der geringste Rückgang der Anbaufläche zu verzeichnen. Hinsichtlich der Ukraine vermerkt auch der oben erwähnte amtliche Bericht: „Im kleinrussischen Gebiete Gouvernements Joltawa, Charkow und Ichniow ist, wenn auch eine gewisse Verminderung der Anbauflächen unter Sommergetreide vorkommt, diese doch sehr unbedeutend und übersteigt nicht 12 Prozent, und zwar nur in einigen Gegenden, wo sich Mangel an Arbeitskräften und Arbeitsvieh bemerkbar machte.“ Etwas größer, aber auch noch immer geringer als im zentralen und nördlichen Rußland war die Anbaufläche in Besarabien, Taurien, Cherson, Podolien und Kiew. Im Gegensatz zu den Berichten aus dem übrigen Rußland lauteten auch die Berichte aus der Ukraine über den Stand sowohl der Winter- als der Sommersaaten fast durchwegs als gut oder doch befriedigend. Die Ukraine verfügt auch über Futtermittel, Hülsenfrüchte und andere Nahrungsmittel, wie zum Beispiel vortreffliche Fische, die in geräucherter Zustände in großen Mengen ausgeführt werden.

* **Lebensmittelzuteilung.** In der folgenden Woche beträgt in Berlin die Kartoffelmengen wieder 7 Pfund, von denen 1 Pfund wieder aus der eisernen Ration zu entnehmen ist. — Auf Abschnitt 4 der allgemeinen Lebensmittellkarte der Stadt Berlin entfallen 150 Gr. Graupen oder Grütze. Außerdem werden auf Abschnitt 3 der Lebensmittellkarte der Stadt Berlin für Jugendliche 150 Gr. Graupen oder Grütze abgegeben. Die Abschnitte beider Karten sind bis zum 13. Februar in den Kleinhandelsgeschäften gegen Empfangsbcheinigung abzugeben. Die Ware wird nach Ablauf der üblichen Frist ausgegeben werden. Die Sonderverteilung der Fettstelle Groß-Berlin erfolgt nicht in der Zeit vom 11. bis 20., sondern in der Zeit vom 18. bis 24. Februar, und zwar nach Maßgabe der Aushänge in den betreffenden Geschäften.

In Charlottenburg werden ausgegeben: Auf die allgemeine Groß-Berliner Lebensmittellkarte (4) bis 16. Februar 150 Gr. Hülsenfruchtmehl, (5) bis 16. Februar $\frac{1}{2}$ Pfd. Inlandsmarmelade, (6) vom 14. bis 23. Februar 1 Pfd. Inlandsmarmelade, (8) vom 14. bis 23. Februar 100 Gr. Nahrungsmittel. Auf die Groß-Berliner Nahrungsmittellkarte für Jugendliche (3) vom 11. bis 17. Februar 150 Gr. Graupen. Bis 15. Februar für Kinder, die in der Zeit vom 1. Januar 1907 bis zum 31. Dezember 1912 geboren sind einmalig 1 Paket Thorer Katharinen und den über 70 Jahre alten Personen einmalig $\frac{1}{4}$ Pfd. Gebäck.

In Neukölln wird der Verkauf von Grieß und Graupen auf Abschnitt 3 und 4 der allgemeinen Lebensmittellkarte fortgesetzt. Ende der nächsten Woche gelangt $\frac{1}{2}$ Pfund Kunsthonig auf einen weiteren Abschnitt der Lebensmittellkarte zur Ausgabe. Auf Abschnitt 36 der Eierkarte wird bis auf weiteres 1 Ei zum Preise von 43 Pf. abgegeben. In den Fisch- und Räucherwarengeschäften, sowie in den beiden städtischen Fischhallen, Bergstraße 21 und Pommerstraße 13, gelangt auf Abschnitt 89 und 90 der Neuköllner Warenbezugskarte je $\frac{1}{2}$ Pfund Frischfisch und $\frac{1}{2}$ Pfund Räucherwaren zum Verkauf. Auf Abschnitt 93 wird 1 Hering abgegeben. In den städtischen Fischhallen und den Fisch- und Räucherwarengeschäften gelangt Klippfisch markenfrei zum Preise von 3 M. je Pfund zum Verkauf.

In Wilmersdorf werden zugeteilt auf Abschnitt 2 der Groß-Berliner Lebensmittellkarte 150 Gr. Teigwaren, auf Abschnitt 1 der Groß-Berliner Lebensmittellkarte für Jugendliche ebenfalls 150 Gr. Teigwaren und auf Abschnitt 2 100 Gr. Graupen. Kinder bis zu 7 Jahren erhalten einen Bezugsschein für 1 Liter Milch, Kinder bis zu 2 Jahren außerdem einen Bezugsschein für 1 Pfd. Nahrungsmittel.

Der Friede mit der Ukraine und die Ernährung Oesterreichs.

Von M. Kohn.

Vizepräsident der Wiener Börse für landwirtschaftliche Produkte.

Wien, 9. Februar.

Man ist in die Verhandlungen mit der Ukraine mit großen Erwartungen eingetreten. In welchem Maße sie sich hinsichtlich der Ernährung Oesterreichs erfüllen werden, hängt von einer Reihe von Voraussetzungen, in erster Linie naturgemäß davon ab, welche Mengen an Getreide in der Ukraine verfügbar sind. Die Ukraine hat einen vorzüglichen Boden, der gewöhnlich gute Ernten liefert und es besteht daher in kaufmännischen Kreisen die begründete Vermutung, daß sich dort Vorräte aus mehreren Ernten befinden, zumal das Getreide infolge der schwierigen Verkehrsverhältnisse nicht in dem Umfange, als zum Beispiel in Nordrußland, fortgebracht werden konnte. Die gleiche Hoffnung haben wir hinsichtlich Syriens, das dem Kriegsschauplatz noch ferner gelegen ist als die Ukraine und noch schlechtere Kommunikationsverhältnisse hatte.

Sehen wir von der Voraussetzung aus, daß in der Ukraine genügende Getreidemengen vorhanden wären, und die Schwierigkeiten der Beschaffung dank einer zweckentsprechenden Organisation überwunden werden. Ob man das Getreide vom Verkäufer weg rasch weiterbefördern und in den Konsum bringen kann, hängt — von anderen Umständen abgesehen — von den Witterungsverhältnissen ab. Wenn im Februar und März Kälte herrscht, sind die Wege benützlich, während das Tauwetter auf so guten Böden die Straßen vielfach in abgrundtiefe Moräste verwandelt. Würden die Verkehrsverhältnisse uns unterstützen, dann könnte das erste Getreide vielleicht schon Ende März in Oesterreich ankommen. Da für den Getreideverkehr überwiegend der Schiffsahrtsweg in Betracht kommt und die Eisenbahnen nur eine Ergänzung desselben bilden können, wäre es, um den Wasserweg lückenlos zu benützen, notwendig, mit Rumänien zu einer Verständigung zu gelangen, weil es ja auf seinem Gebiet

die Transporte stören könnte. Ueber den Umfang des Verkehrs am Eisernen Tor sind richtige Angaben veröffentlicht worden. Bei der höchsten Verkehrsleistung können täglich ungefähr 1000 Wagen auf den Schlepfern passieren, und unter der Voraussetzung, daß genügend Getreide in der Ukraine vorhanden ist, müßten davon Oesterreich mehrere hundert Wagen zugewiesen werden, wodurch der größte Teil des jetzigen gekürzten Bedarfes gedeckt wäre. Zunächst wird man jedoch abwarten müssen, wie die Dinge in der Ukraine liegen, welche Machtverhältnisse dort bestehen und vor allem, welche Mengen an Getreide verfügbar sind und in welchem Umfang sie unter den gegebenen Verkehrs- und anderweitigen Hilfsmitteln den Weg zu uns finden können.

In finanziellen Kreisen wird die Frage vielfach erörtert, in welcher Art die Bezahlung des Getreides an den Verkäufer erfolgen soll. Ich könnte mir hierbei zwei Wege vorstellen: Der eine ist der, daß die Banken in Rußland, die auch früher dort das große Getreidegeschäft gemacht haben, es wieder in die Hand nehmen und daß das Akkreditierungsverfahren Platz greift, wonach der österreichische Käufer von Getreide auf Grund des Akkreditivs seiner hiesigen Bankverbindung bei einem russischen Institut Rubel bezieht und damit das Getreide bezahlt. Der zweite Weg wäre ein Kompensationsverfahren von Regierung zu Regierung, das beispielsweise darin bestehen könnte, daß die Ukraine uns einen Kredit für den Einkauf von Getreide einräumt, dagegen die Einfuhr bestimmter Waren, zum Beispiel landwirtschaftlicher Produkte, Maschinen, Sensen usw., beansprucht und der Saldo zwischen den Bankinstituten beider Länder verrechnet und ausgeglichen wird. Wir würden Bescheinigungen für das Getreide geben, das wir empfangen, und der Besitzer einer solchen Bescheinigung könnte den darin bezeichneten Wert bei einer von seiner Regierung bezeichneten Stelle einziehen.

Ueber die Form, in der das Getreide in der Ukraine aufgebracht werden soll, sind Verhandlungen auf verschiedenen Grundlagen geführt worden. Es ist begreiflich, daß die Regierung den größten Wert darauf legt, daß die Organisation zur Beschaffung des Getreides so rasch als möglich ins Leben gerufen wird. In den nächsten Tagen wird eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet, die durch die hierfür bestimmten Gesellschafter das Getreide in der Ukraine kauft, die Baluta von der Regierung angewiesen erhält, von derselben auch die Getreideschiffe zugewiesen bekommt und die Ware nach Sulina und Braila sendet, wo sie die drei Getreidezentralen übernehmen und in den Konsum bringen. Der Handel würde also die Tätigkeit eines Kommissionärs entfalten, dem auf Grund der Instruktionen der Regierung der Einkauf und die Verschiffung obliegt. Von Seiten der Regierungsorgane müßte für die Seeschiffe vorgesorgt werden, die von Odessa nach Sulina gehen und ebenso für die Schlepper, welche den Transport von Braila aus durchzuführen haben. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen, wir hoffen jedoch, daß dem Handel mit Rücksicht auf seine langjährigen Erfahrungen die ihm gebührende Stellung in dieser für unsere Ernährung so wichtigen Aktion eingeräumt werden wird.

Ziffern aus der Lebensmittelaktion der Gemeinde Wien.

In einem Berichte, den Ezz. Dr. Weiskirchner im Stadtrat vorlegte, gab der Bürgermeister ein anschauliches Bild der Tätigkeit der Wiener Gemeindeverwaltung auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung im zweiten Halbjahre 1917, dem wir folgende Angaben und Ziffern entnehmen:

Vom Beginne ihres Eingreifens bis 31. Dezember 1917 wurden von der Gemeinde Wien insgesamt 25.358 Waggons Mehl, und zwar 4828 Waggons Surrugat- und 20.530 Waggons Edelmehl ausgegeben. Bei Zugrundelegung einer 50prozentigen Ausmahlung waren zu der Erzeugung dieser Mehlmenge 31.700 Waggons Getreide nötig.

Anfangs Dezember wurde der Zuckerverkauf offiziell rationiert; seither hat der Verbraucher seinen Zuckerverbrauch nur mehr bei dem von ihm freigewählten Zuckerslieferanten zu decken. Seit Beginn der Zuckeraktion wurden von der Gemeinde Wien 2329 Waggons Zucker umgesetzt. Die Viehbezüge der Gemeinde Wien aus Polen belaufen sich im zweiten Halbjahre 1917 auf 5415 Kisten, das sind 7.798.320 Stück mit einem Werte von rund 2.217.000 Kronen 50 Heller. Mitte Dezember wurde mit der Ausgabe der von der Gemeinde Wien im Frühjahr konservierten Eier begonnen. Die von der Gemeinde beim Amte für Volksernährung wiederholt gestellte Bitte, Fische in den böhmischen und mährischen Teichrevieren anzufordern, blieb auch im zweiten Halbjahre 1917 ohne Erfolg, weshalb die Fischversorgung Wiens vielfach zu wünschen übrig ließ. Aus dem Okkupationsgebiete in Polen wurden 11.272 Kilogramm Fische im Gesamtwerte von rund 65.028 Kronen bezogen. Der Gemeinde Wien waren so wie im Vorjahre zur Ausbringung und Ausfuhr von Geflügel zwei Kreise im Okkupationsgebiete in Polen zugewiesen. Im zweiten Halbjahre wurden 68.542 Stück Gänse in einem Werte von 2.068.237 Kronen nach Wien gebracht. Die Gänse wurden an die Bevölkerung zu einem weit billigeren Preise als die ungarischen abgegeben. Die städtische Uebernahmestelle für Wildbret, der über Verordnung des Amtes für Volksernährung auch die Kronländer Böhmen und Mähren Wildbret in größerer Menge liefern mußten, erfuhr eine bedeutende Ausgestaltung. Die Wildlieferungen betrugen im zweiten Halbjahre 1917: 650 Sirsche, 3453 Rebe, 13 Gamsen, 28.000 Hasen, 1620 Wildkaninchen, 16 Fasane, 28 Rebhühner.

Im zweiten Halbjahre wurden an die Gemeinde Wien 9756 Bahnwagen Kartoffeln im Werte von rund 25 Millionen Kronen geliefert. Der Wert der von der Stadtverwaltung seit Beginn des Krieges gekauften Kartoffeln hat bereits die Ziffer von 48 Millionen Kronen erreicht. Die städtische Kartoffeltrocknungsanlage wurde im Dezember in Betrieb gesetzt. Während des Sommers hat die Gemeinde Wien 584 Bahnwagen Gemüse (Wert: 7.8 Millionen) aus Ungarn, 1200 Bahnwagen aus Böhmen, Mähren, Niederösterreich, 804 aus Polen erhalten: 500 Bahnwagen Salmrüben. Ein Teil des Gemüses (Kraut und Rüben) wurde auf Dauergemüse verarbeitet. Trotz der argen Trockenheit sind die Ernteerträge auf den von der Gemeinde bebauten Flächen in Leopoldau und in der Lobau, wenn von der sehr geringen Rechnung in Bohnen und Erbsen abgesehen wird, im allgemeinen recht zufriedenstellend gewesen. So wurden 61.389 Kilogramm Korn, 98.000 Kilogramm Kornstroh, 39.369 Kilogramm Hafer, 25.000 Kilogramm Haferstroh, 400.680 Kilogramm Kartoffeln, 14.150 Kilogramm Gerbstroh, 2500 Kilogramm Futterrüben, 355 Kilogramm Sonnenblumensamen geerntet. Sehr bedeutend war die Ernte, die in den 3300 Kriegsgemüsegärten der Gemeinde Wien erzielt wurde. Sie kann bei einer bewirtschafteten Grundfläche von rund 1.300.000 Quadratmeter auf 280 Waggons Gemüse und Kartoffeln geschätzt werden. Außerdem wurden in den Schulkriegsgemüsegärten Wiens auf einer Fläche von 300.000 Quadratmeter 89.000 Kilogramm und 340.000 Stück Gemüse, sowie 51.500 Kilogramm Kartoffeln im Werte von mindestens 230.000 Kronen geerntet. Der Erntertrag der Schulkriegsgemüsegärten fiel allein den Schulkindern zu. Im Herbst getroffene umfassende Maßnahmen werden den Anbau im Frühjahr 1918 möglichst ertragreich gestalten.

Trotz mannigfacher Schwierigkeiten, die sich in den Weg stellten, gelang es, 1217 Bahnwagen Obst, zum größten Teile Äpfel, im Werte von 9.101.551 Kr. aufzubringen. Die chemisch-pharmazeutische Fabrik Tribuswinkel, der die Verarbeitung der Äpfel zu Marmelade übertragen wurde, hat bis Jahreschluß 118 Bahnwagen Marmelade und 91 Bahnwagen Obstmark erzeugt. Der Wert der

fertigen Marmelade beziffert sich auf dreieinhalb Millionen Kronen. Bekanntlich hat der Stadtrat (und zwar über Anregung des Vgm. Dr. Weiskirchner) die Errichtung eines „Landwirtschaftsamtes der Gemeinde Wien“ beschlossen, das die landwirtschaftlichen Betriebe der Stadt leiten soll, auf denen für die Erzeugung von Fett und Fleisch durch die Errichtung einer Schweinemastanstalt und für die Gewinnung von Milch durch Einstellung von Melkkühen gesorgt wird. Im August 1917 wurden 500 Stück Ferkel auf dem Gute Bernhofen an der niederösterreichisch-mährischen Grenze für Rechnung der Gemeinde Wien eingestellt. Die Tiere mit einem Anfangsdurchschnittsgewicht von 10 Kilogramm wurden auf 135 Kilogramm in Trockennast aufgefüttert, eine beachtenswerte Leistung, wenn man bedenkt, daß die aus Ungarn heute einlangenden Fettschweine ein Gewicht von höchstens 110 Kilogramm haben. Die bei diesen ersten Versuchen gewonnenen Erfahrungen und Einblicke veranlaßten die Gemeindeverwaltung, diese Aktion auszubauen, um so mehr, da die zur Aufzucht der Schweine aus dem Ferkelzustande bis zur Mastreife erforderlichen Futtermittel nicht der menschlichen Nahrung entzogen werden. Dagegen wird das zur Fettmästung erforderliche Körnerfutter in kürzester Zeit und auf rationellste Weise in das so wertvolle Fett umgesetzt. Der Stadtrat hat über Antrag des StR. v. Steiner mit der Gutsverwaltung Bernhofen ein Uebereinkommen getroffen, nach welchem beide Vertragsteile auf diesem Gute eine Mastanlage mit allen dazu gehörigen Baulichkeiten und Maschinen errichten. Diese Anlage ist für Mastung, bezw. Aufzucht von 5000 bis 6000 Schweinen für eine Mastperiode, also zur Erzeugung von vorläufig 10.000 bis 15.000 Fettschweinen jährlich bestimmt. Die Kosten der Anlage, die auf sich auf ungefähr 1.5 Millionen Kronen stellt, werden von beiden Teilen je zur Hälfte getragen. Nach einer genau aufgestellten Berechnung werden sich die Kosten für ein Kilogramm Fettschwein voraussichtlich niedriger stellen, als die amtlich festgesetzten Höchstpreise. — Der zwischen der Gutsverwaltung Sacshaus und der Gemeinde Wien Ende 1915 auf zwei Jahre abgeschlossene Milchwirtschafts- und Zuchtvertrag wurde auf weitere anderthalb Jahre erneuert. Mit der Aktiengesellschaft für Zuckerindustrie in Göding wurde ein Vertrag über die Einstellung von 150 bis 240 Melkkühen der Gemeinde Wien auf dem Meierhose Rotensee bei Laa an der Thaya zum Zwecke der Milchgewinnung abgeschlossen. Mit den

auf dem Gute Bernhofen eingestellten Rühen verfügt nunmehr die Gemeinde über einen Melkviehstand von mehr als 1200 Stück; die gewonnene Milchmenge reicht nicht nur aus, um sämtliche eigene Anstalten der Gemeinde Wien (Jubiläumshospital, alle Versorgungshäuser, Waisenhäuser und die dem städtischen Jugendamte unterstehenden Anstalten) zu decken, es ist außerdem noch möglich, eine Menge von 7000 Litern täglich, also 56.000 Achtelliterportionen dem freien Verkehr zuzuführen. Die städtische Milchgewinnung ist also ein nicht unbedeutender Faktor in der Wiener Milchlieferung geworden. Die Gemeinde Wien betreibt jedoch nicht reine Abmelkwirtschaft, da hochwertiges Jungvieh, das auf den verschiedenen Gütern gewonnen wird, auf dem von der Gemeinde Wien im Vorjahre gepachteten Gute „Weiher Hof“, wo bereits eine Almwirtschaft für Jungriinder besteht, weiter gezogen wird.

Es bieten diese im Auszug wiedergegebenen Mitteilungen nur ein beiläufiges Bild der Tätigkeit der Gemeindeverwaltung auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung. So viel aber zeigen sie gewiß, wie rastlos und zielbewußt an der Erfüllung der zahlreichen schwierigen Aufgaben gearbeitet wird.

Die Ernährungskonferenzen in Wien.

Aus Wien wird telegraphiert: Ueber die Konferenzen in Angelegenheit der Ernährungsfrage wird von amtlicher Seite folgendes verlautbart: Die Beratungen über Ernährungsfragen, die Freitag und Samstag in Wien zwischen dem Vorsitzenden des gemeinsamen Ernährungsausschusses, General von Landwehr, dem österreichischen Minister für Volksernährung D. M. Häfer und dem ungarischen Minister für Volksernährung Prinzen Ludwig Windischgrätz stattfanden, werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Bisher ergaben die Konferenzen eine Uebereinstimmung der Auffassung betreffend jene Verfügungen, die getroffen werden müssen, um die Vorräte in beiden Staaten der Monarchie voll erfassen zu können. Von allen Seiten wurde hinsichtlich einer gegenseitigen Aushilfe das loyalste Entgegenkommen bekundet, und zwar sollen nicht nur was Lebensmittel, sondern auch was Industrieartikel betrifft, bei weitestgehender Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse die berechtigten Wünsche nach Möglichkeit ihrer Befriedigung zugeführt werden. Die in Aussicht stehenden Zuschüsse aus Rumänien lassen eine Erleichterung in den Ernährungsverhältnissen erhoffen.

— (Geringe Einfuhrmöglichkeiten aus der Ukraina.) An die Friedensverhandlungen mit Rußland, insbesondere aber an den Friedensschluß mit der Ukraina, werden von manchen Seiten sehr übertriebene Erwartungen in bezug auf die Ernährungsfragen geknüpft, so daß eine arge Enttäuschung unausbleiblich ist. An dieser Stelle wurden wiederholt nüchterne Betrachtungen über die Einfuhrmöglichkeiten aus Rußland und speziell aus der Ukraina angestellt. In vollständiger Übereinstimmung mit der hier geäußerten Ansicht führt ein genauer Kenner der Verhältnisse in der Ukraina im Prager Tagblatt, wie uns telegraphiert wird, unter anderem aus: Was die Ukraina geben kann, sind nur die Rohprodukte der Erde, die in der inneren Ukraina aufzubringen sein werden, und da die Eisenbahnen zum Transport entsprechender Mengen über so große Distanzen keineswegs ausreichen, kämen nur die großen Flußwege des Dnjestr, Don sowie das Schwarze Meer und jener der Donau in Betracht. Außerdem muß dem irrigen Glauben entgegengetreten werden, als ob etwa in Odessa große Mengen von Getreide aufgestapelt wären, die nur des Transportes harren. Keineswegs. Odessa ist ein Exporthafen, und da sich der russische Getreideverkehr während des Krieges in andere Richtungen gelenkt hat, stehen die Speicher in Odessa ebenso leer wie in Hamburg. Unser Bedarf an Lebensmitteln ist so groß, daß er nur durch einen regelmäßigen Transport von mehreren Hunderten Waggons Getreide täglich völlig befriedigt werden kann. Bedenkt man nun, wie viele Hunderte Waggons auf der Tausende von Kilometern langen Zufuhrstrecke bis zu den Flußhäfen laufen müßten, so wird man einsehen, daß der Optimismus, der damit rechnet, daß sofort nach Friedensschluß von der Ukraina her wir mit Getreide überschwemmt werden, wenig zutrifft und daß man bei aller Erkenntnis der wirtschaftlichen Bedeutung des Friedensschlusses gut daran tun wird, für die nächsten Wochen, ja Monate keine bemerkbare Beeinflussung unserer Lebensmittelfuhr von der Ukraina her zu erwarten.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Friedensschlusses mit der Ukraine.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 9. Februar.

Nach den letzten Nachrichten scheint der Bestand der ukrainischen Volksrepublik, wie sie in der ersten Friedensnachricht aus Brest-Litowsk genannt wird, gesichert zu sein. Die Bolschewikelemente verlieren immer mehr an Einfluß und die Truppen der Rada schreiten siegreich vorwärts. Präsident der Republik ist jetzt Holubowicz, der erste Vorsitzende der ukrainischen Delegation in Brest-Litowsk, der auch den wichtigsten Teil der Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten geführt hat.

Die Grenzen der Ukraine.

Die Grenzen des neuen Staatsgebietes stehen geographisch noch nicht endgültig fest. Gegen den europäischen Westen, Polen und Oesterreich, sind sie, wie verlautet, im Friedensvertrag festgesetzt worden und gegen Bessarabien bildet der Pruth die Scheidungslinie. Ganz unbestimmt scheint die Grenze gegen das übrige Rußland zu sein. Mit Rumänien und Südrußland (Krim, Kaukasus und Odessa) dürfte man ein Einverständnis erzielt haben. Auch mit den Donkosaken soll die Ukraine eine Einigung erzielt haben. Ebenso ist der entsprechende Teil der Schwarzen-Meer-Küste gesichert.

In diesem Zusammenhang weist die „B. F. am Mittag“ auf die Konferenzen zwischen Kühlmann und Czernin einerseits und Ludendorff andererseits hin, die sich, wie die Blätter meinen, auch auf die praktischen Maßnahmen bezogen haben, die wir zusammen mit der ukrainischen Rada gegebenenfalls auch jetzt noch werden treffen müssen, um die Vollstreckung des Friedensvertrages und den Bestand der Ukraine gegen Nordrußland zu sichern. Der deutsch-russische Wirtschaftsausschuß nennt folgende Gouvernements, die in das Gebiet der Ukraine fallen: Kiew, Wolhynien, Cherson, Podolien, Poltawa, Tschernigow, Zekaterinoslaw, Charkow. Dazu kommt noch das Gouvernement Cholm, das Gebiet der Pripjetsümpfe, die nördliche Hälfte des Gouvernements Taurien und eine Fläche des Gouvernements Kursk. Die Stadt Odessa ist noch strittig.

Die Ukraine und die Nahrungsfrage.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Friedensschlusses beweisen folgende Zahlen: In den genannten acht Gouvernements wurden im Jahre 1910 an Weizen 38 Prozent und im Jahre 1911 53 Prozent der gesamten Ernte der 50 Gouvernements des europäischen Rußland geerntet. Für Roggen beträgt das Verhältnis in den beiden genannten Jahren 20 und 21 Prozent. Hinsichtlich der Zuckerrübenproduktion ist die Ukraine das Hauptgebiet Rußlands. Ebenso ist der Tabakbau von größerer Bedeutung. An Rohstoffen wurden im Donezbecken im Jahre 1911 1218 Millionen Pud Kohlen und 306 Millionen Pud Eisenerz gewonnen. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß durch die Kriegereignisse zahlreiche große Industrieunternehmen aus den bedrohten Gebieten nach dem Süden übergedelt sind, wo sie seit dieser Zeit festen Fuß gefaßt haben.

Hiesige Bankkreise, die mit Rußland in enger finanzieller Beziehung stehen, erklären, daß man über die kommenden finanziellen Beziehungen zur Ukraine einstweilen kein klares Bild sich machen könne. Die Ukraine als solche ist bei den Zentralmächten weniger verschuldet, dagegen käme bei einem Gesamtfrieden nach Osten die Aufteilung der gesamten russischen Schuld an die Zentralmächte auf die einzelnen neuen Republiken nach einem noch zu vereinbarenden Schlüssel in Frage. Was die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen des Friedensschlusses betrifft, so erwartet man, daß die Ukraine besonders Nahrungsmittel in erheblichem Umfang, vor allem Getreide, liefern werde. Auch dürfte sie in der Lage sein, die Verbündeten mit einer Anzahl wichtiger Rohstoffe zu versorgen.

Besprechungen in Berlin über den Warenverkehr mit der Ukraine.

Wien, 9. Februar.

Der dem Generalkommissariat des Handelsministeriums zugeteilte Dr. Drucker wird sich nach Berlin begeben, um dort an Konferenzen über den Warenverkehr mit der Ukraine teilzunehmen.

„Selbsterziehung oder Schleichhandel im Palais Schwarzenberg?“ Vor einigen Tagen langte im Franz Josefs-Bahnhof ein von Pretiviu verladener, nach Wien Palais Schwarzenberg adressierter Möbelwagen an, zur dessen Herausgabe sich ein Abgesandter des Palais Schwarzenberg lebhaft und dringend bekümmerte. Im Bahnhof beschäftigte Personen stellten fest, daß sich in diesem „Möbelwagen“ unter anderem befinden: 999 Eier, 100 Kilogramm Minkschmalz, 50 Kilogramm Schweinschmalz, 30 Säcke Kartoffeln, 6 Säcke Mehl, 2 Säcke Fischen und 18 Säcke Kaffee. In dem Möbelwagen lagerten noch weitere 98 fest verschlossene „Kunzagskoffi“. Von dieser interessanten Feststellung wurden die Aufsichtsorgane im Franz Josefs-Bahnhof verständigt. Von der Bahnhofswelzerei bis zur Stationsvorrichtung herunter fanden alle behördlichen Organe alles in bester Ordnung. Es kam auch ein Polizeinspektor an Ort und Stelle mit dem Bescheid, daß gegen die Freigabe der Sendung kein Aufstandsworte, denn die erforderlichen, aber nicht vorgezeigten Transportschritte wären angeblich da. Im Palais Schwarzenberg wohnt bloß die Fürstin Ida Schwarzenberg, der auch als Selbsterzogerin heute ein Bezugsanspruch auf diese Unmenge von Lebensmitteln nicht zusteht. Der Zweck dieser Sendung wird jedoch einleuchtender, wenn man berücksichtigt, daß im Palais Schwarzenberg auch die fürstlich Schwarzenbergische „Administrations- und Kassenkasse“ untergebracht ist, die sich als Deckadresse für einen etwa von der Güterdirektion eingerichteten Schleichhandel natürlich vorzüglich eignet. Es muß deshalb gefragt werden, mit welcher Begründung die zuständige böhmische Bezirkshauptmannschaft den auf so verdächtige Weise bewerkstelligten Abtransport so vieler Lebensmittel bewilligt hat und die Ueberwachungsorgane im Franz Josefs-Bahnhof deren endgültige Wegschaffung erlauben konnten.

**Prinz Windischgrätz über die Wiener
Konferenz.**

Aus Budapest 11. d., wird uns telegraphiert:

Ernährungsminister Prinz Windischgrätz erklärte einem Berichterstatter über den Verlauf der Wiener Konferenz, es sei nicht davon die Rede, daß Ungarn neue Opfer bringe. Es wurde verhandelt, was mit den importierten Getreidemengen zu geschehen habe, und diesbezüglich kamen wir zur Verständigung, daß der größte Teil des rumänischen Weizens Österreich zukomme. Es ist damit wieder für eine lange Zeit versehen. Was die aus der Ukraine zu importierenden Getreidevorräte betrifft, ist in den Friedensabmachungen in den betreffenden Artikeln dafür Vorsorge getroffen, daß die über-
Getreidemengen aus der Ukraine zu uns exportiert werden. Das kann aber im besten Falle erst im Laufe des Monats Mai geschehen.

Die Bedeutung des Friedensvertrages mit der Ukraine.

Wien, 11. Februar.

Unser nunmehriges Verhältnis zum jüngsten Staat Europas, der Ukraine, stellt sich anders dar als gegenüber Rußland. Der Friede mit der Ukraine ist unter der Regide Oesterreich-Ungarns zustande gekommen. Man kann darauf hinweisen, daß hier die alten Methoden der Diplomaten gesiegt haben. Die Ukrainer haben Beweise von ihrer Klugheit und Friedensliebe geliefert und im schroffen Gegensatz zu Trotki alles getan, was ein rasches Ergebnis herbeizuführen geeignet war. In dieser Beziehung waren wir stets in voller Uebereinstimmung mit der Ukraine. Wir begegneten uns beide in dem Wunsche, einen raschen Friedensschluß zu erreichen.

Was den Friedensvertrag mit der Ukraine betrifft, so stimmen wir mit den in der Einleitung der Rede des Vorsitzenden der ukrainischen Delegation, Herrn Sevojuk, ausgedrückten Grundsätzen der demokratischen Verständigung überein, was ja auch durch Annahme des Prinzips: keine Kontribution und Annexion, erhellt.

Im Artikel II sind die Grenzen im großen ganzen gegeben. Die Absteckung der definitiven Grenzen wird von einer gemischten Kommission, in der auch polnische Mitglieder wirken werden, durchgeführt. Die Form der Kommission ist noch nicht festgestellt. In den Rahmen des Artikels II fällt auch die Frage der Bestimmung der Zugehörigkeit des Cholmer Gebietes. Hier konnte die historische Auffassung des polnischen Staatsrechtes nicht ganz akzeptiert werden.

Da wir das von Rußland vorgeschlagene Selbstbestimmungsrecht der Völker Rußlands als Grundgedanken angenommen haben, soll die territoriale Frage unter Rücksichtnahme auf die tatsächlichen ethnographischen Verhältnisse zur Erledigung kommen. Man konnte daher den historischen Standpunkt nicht ganz akzeptieren.

Bezüglich der im Artikel III vorgesehenen Räumung der besetzten Gebiete ist zu bemerken, daß die Räumung durch Bevollmächtigte unverzüglich in die Wege geleitet werden wird. Es wird hiebei auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Ordnung Rücksicht genommen werden.

Artikel VII bezieht sich auf die wichtige Frage der Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen mit der Ukraine. Es sind hiebei drei Stadien vorgesehen. Das erste Stadium läuft am 31. Juli d. J. ab und wird benützt werden, um die Ueberschüsse in den Ländern der Vertragsteile soweit als möglich zum Austausch zu bringen. Das zweite Stadium währt vom 1. August bis sechs Monate nach dem Abschluß des allgemeinen Friedens. In dieser Periode wird der alte russische Handelsvertrag in Wirksamkeit treten. In dem folgenden dritten Stadium treten dann die mittlerweile zustande gekommenen definitiven Abmachungen in Wirksamkeit.

Was das zu erwartende wirtschaftliche Ergebnis der Wiederaufnahme unserer Beziehungen zur Ukraine betrifft, sollte man sich in dieser Hinsicht nicht überschwinglichen Erwartungen hingeben. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Ukraine im Laufe der letzten zwei Jahre ihre Produkte nicht ausführen konnte. Man sollte daher bei vorsichtiger Schätzung mit einer eventuellen Ausfuhr von ungefähr einer Million Tonnen rechnen dürfen. Man muß jedoch hiebei mit den ganz bedeutenden Transport-schwierigkeiten im Lande rechnen, bei deren Behebung wir allerdings mitzuwirken bereit sind. Man kann unter Berücksichtigung dieser Umstände erwarten, daß es gelingen wird, ein beträchtliches Quantum von Nahrungsmitteln und Rohprodukten verschiedener Gattung von der Ukraine zu erhalten.

Die Frage des Austausches der Kriegsgefangenen wird von den entsprechenden Kommissionen erledigt werden. Die Erledigung dieser Frage ist nicht von einem formellen Frieden abhängig, kann daher unverzüglich in Angriff genommen werden.

Die Ratifizierung des Friedensvertrages mit der Ukraine wird in der kürzesten Frist in Wien erfolgen. Die Kommissionen, insbesondere die Kommission für den Austausch von Produkten, werden jedoch sofort ihre Arbeit beginnen.

Der Schwundel mit Kochrezepten. Der Lebensmittelmangel im Kriege hat die meisten alten guten Kochbücher außer Kurs gesetzt und uns dafür eine ganze Menge recht zweifelhafter „Ersatzkochbücher“ beschert. Ein solches nennt sich jetzt wieder „Die schwachhafte Kartoffelküche unserer Zeit“ und will in „hundert neuen, praktisch erprobten Rezepten“ Anweisung geben, was man alles aus Kartoffeln herstellen kann. Da gibt es ein aus Kartoffeln bereitetes „Spanisches Frutto“ mit „Milch und Sahne“, „Pettersilienkartoffeln“ mit „Et. hundert Gramm Butter und so viel Mehl und Grieß“, „Buttermilchkartoffeln“, zu denen man „einen Liter Buttermilch“ benötigt, und noch viele andere Kartoffelweifen mit lauter Zutaten, die die Hausfrauen in nicht geringe Verlegenheit bringen werden. Derartige Kochrezepte, mit denen man uns verschonen sollte, werden natürlich gern gekauft, weil manche Frauen meinen, daß sie wirklich neue Kochanleitungen erhalten, mit denen sie sich über die Schwierigkeiten dieser Zeit hinwegsetzen können. Es ist natürlich schade ums Geld und man sollte vor dem Ankauf derartiger, mindestens zweifelhafter Kochrezepte überall warnen.

Der Friede mit der Ukraina.

Der Wirtschaftsvertrag und „Mittel Europa“.

Schon bei den Verhandlungen mit Rußland ist es deutlich zum Ausdruck gekommen, daß sich die Mittelmächte und ihre Bundesgenossen mit der Absicht tragen, sich in den zukünftigen Wirtschaftsverträgen eine gegenseitige Vorzugsbehandlung angeheihen zu lassen, und daß sie mithin dem Grundsatz der Meistbegünstigung hinsichtlich ihrer Gebiete die unbeschränkte Geltung verweigern werden. Dieser Gedanke bildet in dem Friedensabkommen mit der Ukraina zum erstenmal den Gegenstand einer besonderen Vertragsklausel. Sie lautet: „Im wirtschaftlichen Verkehr zwischen dem Vertragszollgebiete der beiden Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie einerseits und der Ukraina andererseits wird die Ukraina keinen Anspruch erheben auf die Begünstigungen, die Oesterreich-Ungarn an Deutschland oder an ein anderes mit ihm durch ein Zollbündnis verbundenes Land gewährt, das an Oesterreich-Ungarn unmittelbar oder durch ein anderes mit ihm oder Deutschland zollverbundenes Land mittelbar angrenzt.“ Die gleiche Bestimmung gilt reziprok für die Ukraina. Sie wird allerdings nicht so bald verwirklicht werden können. Denn nach dem bisher veröffentlichten Auszug aus dem sehr ausführlichen Artikel VII, der die zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Bierbund und der ukrainischen Volksrepublik regelt, ist bis Ende Juli dieses Jahres die Zollfrage überhaupt gegenstandslos. Bis dahin kann es sich nur um einen Kompensationsverkehr handeln, der vorwiegend rein staatlich oder staatlich kontrolliert sein dürfte, wenn auch der freie Verkehr vertraglich zugelassen ist. Vom 31. Juli 1918 bis sechs Monate nach Abschluß des allgemeinen Friedens wird wieder ein provisorisches Übereinkommen in Kraft treten, das „die gegenseitigen Verträge zollfrei, die bis zum Ausbruch des Krieges im Verkehr zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland galten“, für den Verkehr unserer Monarchie mit der Ukraina festsetzt. Kommt sechs Monate nach Abschluß des allgemeinen Friedens ein endgültiger Handelsvertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und der Ukraina nicht zustande, so gilt das provisorische Übereinkommen zumindest bis 31. Dezember 1919. Es dürfte aber dann noch durch einige Zeit weiter in Kraft bleiben, da es selbst nach Abschluß des allgemeinen Friedens nicht so bald möglich sein wird, die durch den Krieg gänzlich veränderten Wirtschaftsverhältnisse und Wirtschaftsbeziehungen der Völker in endgültige Handelsvertragsformen zu zwingen, so daß Handelsvertragsprovisorien mit den meisten Staaten vorläufig die Regel bilden dürften.

Der Warenverkehr Galiziens mit Rußland.

Um dem Warenverkehr zwischen Galizien und Rußland eine intensivere Pflege angeheihen zu lassen, ist kürzlich in Bembera eine Gesellschaft gegründet worden, der neben privaten (kaufmännischen und industriellen) Firmen auch zahlreiche öffentlich-rechtliche Verbände angehören. Zu letzteren zählen die Gemeinden Bembera und Krakau, die Handelskammern Krakau, Bemberg und Brody, die Landeszentrale für den Wiederaufbau Galiziens, die Galizische Kriegskreditanstalt u. a. Die neue Vereinigung, deren Kapital vorläufig 1 Million Kronen beträgt, wird den Außenhandel Galiziens sowohl mit Rußland als auch mit der Ukraina pflegen, in diesen Ländern Niederlassungen und ähnliche Institutionen errichten und erhalten, sich an Unternehmungen gleicher Art beteiligen, usw. Zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates wurde Wda. Stejslowicz, zu seinen Stellvertretern die Vizepräsidenten der Städte Bemberg und Krakau gewählt.

Die christlichsoziale Partei wird gegen Marktbeamte aufgeboten.

M. H. Unsere Mitteilungen über das Verhalten der christlichsozialen Partei gegen die Marktbeamten im allgemeinen und die des 9. Bezirkes im besonderen ist vom Rathaus nicht beantwortet worden. Die auffällige Nachsicht der Marktbeamten gegenüber den Händlern hat schon bisher unter den Verbrauchern Beunruhigung erregt und es ist etwas Alltägliches, daß beim „Abend“ einige Dutzend Verbraucher sich über Händler beschwerten und auf den Vorhalt, doch die Anzeige zu machen, erwidern: „Beim Marktamt richtet man nichts“. Da die Verbraucher erfahren haben, daß das nachsichtige Vorgehen der Marktbeamten von den christlichsozialen Würdenträgern als ungebührliche Strenge gebrandmarkt wird, machen sie für das sehr unbefriedigende Verhalten der Marktbeamten die christlichsozialen Machthaber verantwortlich und die Herren im Rathaus würden schon darum sehr gut daran tun, wenn sie baldigst der Bevölkerung mitteilen wollten, wie sie sich zu dem Zwiste zwischen Marktbeamten und Händlern stellen.

Weitere Gewichtsverkürzungen beim Mehl.

Mehrere Berufsgenossen Breiningers, die auch im 9. Bezirk Mehlabgabestellen innehaben, verweisen zur Erklärung der bei Breininger vorgekommenen Gewichtsverkürzung darauf, daß sie fast nie das Mehl unverkürzt zugestellt bekommen. Ein Mindestgewicht sei die Regel.

Die Abgabestellen des 9. Bezirkes beziehen das Mehl von der Firma Raing u. Partik. Diese liefert es in plembierten Säcken so, wie sie es im Lagerhaus übernommen hat und ist daher für Gewichtsverkürzungen oder zu niedrigen Abschlag des Sackgewichtes nicht verantwortlich. Mit Berufung hierauf lehnen auch Raing u. Partik jede Entschädigung ab, so daß den Inhabern der Mehlabgabestellen eigentlich die Anregung gegeben wird, sich an den Verbrauchern schuldlos zu halten. Dieser Zustand ist ein arges Unrecht und muß schleunigst beseitigt werden. Bei der gekürzten Mehlaquote spielt jedes Defagramm eine Rolle.

Wir hören, daß die Inhaber sämtlicher Mehlabgabestellen des 9. Bezirkes über die Mehlabgänge in den letzten Tagen amtlich einvernommen worden sind. Was die Behörden aber tun wollen, darüber erfährt man noch nichts.

12. / 11. 1918

6A

[Der Friede im Osten und die Märkte.]

Die großen Ereignisse der letzten Tage haben einen starken Eindruck auf die Auffassung des Wiener Marktes geübt. Allgemein kam die Ansicht zum Ausdruck, daß die wichtigen Ergebnisse der Mittelmächte bedeutende wirtschaftliche und militärische Vorteile bieten und die weitere Entwicklung der Gesamtlage maßgebend beeinflussen werden. Die Beurteilung der Situation wirkte auf die Preisbewegung des Aktienmarktes um so stärker ein, als sowohl auf dem Wiener wie auch auf dem Budapester Plage während der letzten Monate umfassende Positionslösungen und Abgaben vorgenommen worden waren, die eine wesentliche Ermäßigung des Preisstandes und eine Aenderung in den Engagementsverhältnissen hervorgerufen haben. Zu den Käufen des Publikums traten daher auch umfassendere lokale und Budapester Rückkäufe, denen nur geringeres Angebot gegenüberstand. Die Preisentwicklung war infolgedessen sehr lebhaft und vollzog sich auf einzelnen Gebieten in sprunghafter Weise. Die Nachfrage trat namentlich bei Beginn des Verkehrs stark hervor. Das leitende Bankpapier und die führende Transportaktie setzten sofort um 40 K. höher ein. Einzelne ungarische Bankwerte stiegen um 60 K., ungarische Kohlenaktien um 77 K. und türkische Werte um 41 bis 70 K. Mehrere Bankpapiere sowie österreichische Eisenindustrieaktien wiesen Preiserhöhungen von je 20 K. auf, ungarische Eisenindustrieaktien besaßen sich um 40 K. Noch umfassender waren die Preiserhöhungen im Schranken, in welchem sich allgemein nur kleines Angebot zeigte und die Käufe daher durchwegs zu bedeutenden Preisbewegungen führten. Flußschiff- fahrtsaktien stiegen um 200 K., Seeschiffaktien um 70 bis 140 K. Mehrere Industriepapiere des Schrankens erhöhten ihren Preisstand um 80 bis 100 K. Unbeachtet blieben fast nur die Rüstungsaktien, die auch zum Teile unter Realisationen zu leiden hatten. Erst in der zweiten Hälfte des Verkehrs lenkte die Geschäftstätigkeit wieder in ruhigere Bahnen ein, wobei auch einige Nullseepapiere ihre Preisbesserungen nicht voll behaupteten. Die allgemein feste Tendenz blieb jedoch ungeändert in Geltung. Auf dem Anlagemarkte führte die günstige Auffassung der Lage zu großen Käufen des Publikums, die sich vornehmlich den österreichischen und ungarischen Staatswerten zuwendeten. Einige Rentenkategorien, in denen auch Anschaffungen für Berliner Rechnung vorgenommen wurden, erzielten Steigerungen um ein halbes Prozent. — An der Budapester Börse trat gleichfalls eine allgemeine Preiserhöhung ein, die aber schließlich nicht auf sämtlichen Gebieten behauptet wurde. Auch der Berliner Markt zeigte eine einheitlich feste Haltung. Besonders Interesse begegneten österreichische und ungarische Renten sowie russische Papiere.

Der Abend

12. II. 1918

66

Die christlichsoziale Partei wird gegen Marktbeamte aufgeboten.

M. H. Unsere Mitteilungen über das Verhalten der christlichsozialen Partei gegen die Marktbeamten im allgemeinen und die des 9. Bezirkes im besonderen ist vom Rathaus nicht beantwortet worden. Die auffällige Nachsicht der Marktbeamten gegenüber den Händlern hat schon bisher unter den Verbrauchern Beunruhigung erregt und es ist etwas Alltägliches, daß beim „Abend“ einige Duzend Verbraucher sich über Händler beschwerten und auf den Vorhalt, doch die Anzeige zu machen, erwidern: „Beim Marktamt richtet man nichts“. Da die Verbraucher erfahren haben, daß das nachsichtige Vorgehen der Marktbeamten von den christlichsozialen Würdenträgern als ungebührliche Strenge gebrandmarkt wird, machen sie für das sehr unbefriedigende Verhalten der Marktbeamten die christlichsozialen Machthaber verantwortlich und die Herren im Rathause würden schon darum sehr gut daran tun, wenn sie baldigst der Bevölkerung mitteilen wollten, wie sie sich zu dem Zwiste zwischen Marktbeamten und Händlern stellen.

Weitere Gewichtsverkürzungen beim Mehl.

Mehrere Berufsgenossen Breiningers, die auch im 9. Bezirk Mehlabgabestellen innehaben, verweisen zur Erklärung der bei Breininger vorgekommenen Gewichtsverkürzung darauf, daß sie fast nie das Mehl unverkürzt zugestellt bekommen. Ein Mindestgewicht sei die Regel.

Die Abgabestellen des 9. Bezirkes beziehen das Mehl von der Firma Kainz u. Partik. Diese liefert es in plombierten Säcken so, wie sie es im Lagerhaus übernommen hat und ist daher für Gewichtsverkürzungen oder zu niedrigen Abschlag des Sackgewichtes nicht verantwortlich. Mit Berufung hierauf lehnen auch Kainz u. Partik jede Entschädigung ab, so daß den Inhabern der Mehlabgabestellen eigentlich die Anregung gegeben wird, sich an den Verbraucher schuldlos zu halten. Dieser Zustand ist ein argeß Unrecht und muß schleunigst beseitigt werden. Bei der gekürzten Mehlaquote spielt jedes Defagramm eine Rolle.

Wir hören, daß die Inhaber sämtlicher Mehlabgabestellen des 9. Bezirkes über die Mehlabgänge in den letzten Tagen amtlich einbernommen worden sind. Was die Behörden aber tun wollen, darüber erfährt man noch nichts.

[Der Rest ist Fasten.] Der Rest nämlich, der bis auf weiteres von der vielbesprochenen Gasthausverordnung übrig bleibt, die in zweimal vierundzwanzig Stunden in Wirksamkeit treten sollte. Die Gastwirte erklären die Hauptreform, das Einheitsmenü, als derzeit undurchführbar und wollen sich nur zu der einheitlichen Speisezeit bequemen. Wer nicht innerhalb dieser Stunden sich zum Speiskartenrapport meldet und am Wirtshausstisch antritt, muß, wenn er sich, gleichviel, ob aus Leichtsinne oder aus zwingenden Gründen, verspätet, mit knurrendem Magen und, wenn er außerdem will, mit geballter Faust abziehen. Die Gastwirte haben gewiß gewichtige Gründe dafür, wenn sie über das Einheitsmenü mit kaltem Lächeln einfach zur Tagesordnung übergehen. Sie berufen sich auf die knappe Mehluweisung und richten ihrerseits, was das Fleisch und seine Preise anlangt, einige indiscrete Fragen an das Ernährungsamt, von denen sie mit gutem Grund annehmen, daß sie unbeantwortet bleiben werden. Immerhin sieht es nicht gut aus, wenn Verordnungen von denen, die sie befolgen sollen, als undurchführbar bezeichnet werden, die Behörde aber sich zum Stokfenzler bequemen muß; Na, dann nicht! und mit einem „Schwamm drüber“ ihre Verfügungen von gestern in den Papierkorb befördert. Kein Geringerer als Erzellenz Franz Klein hat auf die Lückenhaftigkeit mehr als einer Kriegsverordnung hingewiesen, auf bedenkliches Uebersehen und noch bedenklicheren Widerspruch, den die notgedrungene Hast im Befolge hatte, mit der Verordnungen hinausgegeben wurden, bevor noch die Unterschrift auf dem Papier recht trocken war. Diesmal läßt sich die Sache leider noch ärger und bedenklicher an. Wenn die Behörden zugeben müssen, daß die Gastwirte im Recht sind, daß für sie die glatte Unmöglichkeit besteht, sich nach der neuen Verordnung zu richten, so entsteht die Frage, ob solche Erkenntnis nicht vielleicht einige Wochen früher bereits hätte reifen können. Man sollte keine Reform ankündigen, wenn schließlich alles beim alten bleibt. Aber nein, einen Teil der Verordnung wollen ja die Gastwirte befolgen. Es ist wie bei einem Konkursverfahren. Ein Ausgleich wird geschlossen und seine Opfer sollen jene Enterbten des Schicksals sein, die ihr Veruf wider ihren Willen zu Originalen, zu Sonderlingen stempelt, die nicht zur selben Stunde ihre Mahlzeiten einnehmen können, wie das Gros der Bevölkerung. Wer bisher infolge seines Berufes erst nach 3 Uhr sagen wir ins Gasthaus kam, mußte mit aufgewärmtem Essen vorlieb nehmen, mußte sich ohne die Gunst des Zahlkellners mit den Dingen begnügen, die alle anderen Gäste verschmäht haben, und manchmal wurden seine Mahlzeiten dadurch gewürzt, daß die ungedulbigen Kellner die Fenster aufrißen oder das Lokal auszukehren begannen. Jetzt wird mit dem Mann radikaler vorgegangen. Er bekommt einfach überhaupt nichts mehr zu essen. Die Voraussetzung der einheitlichen Speisezeit ist aber die einheitliche Arbeitszeit. In Städten, wo durchgearbeitet wird, wo die überwiegende Mehrzahl der Aemter, Fabriken, Geschäfte und sonstigen Betriebe dieselbe Arbeitszeit eingeführt hat, unterliegt es auch gar keinem Anstand, daß alle Gasthäuser zur selben Zeit offen und zur selben Zeit geschlossen sind. Bei uns aber wurde wieder einmal das Pferd vom Schwanz aus aufgezäumt. Eine so einschneidende Maßregel, wie etwa die Einführung der einheitlichen Arbeitszeit, erwies sich mitten im Kriege naturgemäß als undurchführbar. Folglich begnügte man sich damit, die Leute, die zu einer Stunde, wo die Gasthäuser offen halten, noch im Amt sitzen müssen, einfach zum Hungern zu verurteilen. Es sei denn, man verläßt sich darauf, daß nicht alle Verordnungen eingehalten werden und daß die Leute, die später durch eine Hintertür das Gasthaus betreten, einfach nicht so heiß essen werden als gekocht wurde.

Die achte Tagung des Ernährungsrates.

Morgen vormittag tritt im Sitzungssaale des niederösterreichischen Landhauses der Ernährungsrat unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Grafen Tausch-Moennich zu seiner achten Tagung zusammen. Die Tagesordnung beginnt mit einem Berichte des Mitgliedes Dr. Tausche über eine neue Fassung des Statuts und der Geschäftsordnung für den Ernährungsrat. Die Gehabung der Gemüse-Obst-Verzorgungsstelle G. m. b. H. („Geos“) bildet den Gegenstand zweier Anträge der Mitglieder Dr. Denis, Gräfin Walterstruchen und J. Pacher. Ein Antrag des Mitgliedes Dr. Tausche betrifft das Verbot des Tauschverkehrs mit staatlich bewirtschafteten Artikeln. Mitglied Dr. Mussoni erscheint als Antragsteller hinsichtlich der Heranziehung von Zivilsträflingen als Arbeiter bei größeren Gemüsebaunternahmen und betreffend die Erstellung der Genprelle.

Wenig Ware — großer Gewinn.

Vor dem Bezirksgericht Döbling war gestern der Kohlenhändler Anton K e r n d l wegen Preistreiberei angeklagt, weil er für Kohlen, von denen ihn der Meterzentner 7.01 Kronen kostete, 9.60 Kronen verlangt hatte, während er nur 1.60 Kronen zuschlagen durfte. Der Angeklagte gab an, mit diesem Aufschlag könne er sein Auskommen nicht finden. Er bekomme oft in der Woche nur eine Kohlenladung mit 70 bis 75 Meterzentner und der Verdienst von 120 Kronen sei ihm zu gering. Bezirksrichter Dr. S c h ö r g erklärte die Verhältnisse als einen sehr mildernden Umstand und verurteilte den Angeklagten nur zu zweihundert Kronen Geldstrafe.

Untere Wirtschaftsbeziehungen mit der Ukraine.

Von
G. Zuckermann.

Mit der Beendigung des Kriegszustandes auf der ganzen russischen Front können nun die seit August 1914 unterbrochenen, aber auf Umwegen, wenn auch in geringerem Umfange, erhaltenen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland wieder in direkte Bahnen geleitet werden. Die Basis hierfür bietet der Artikel VII des mit der Ukraine abgeschlossenen Friedensvertrages, der im wesentlichen auf die zwischen Rußland und Deutschland vor dem Kriege bestehenden wirtschaftlichen Abkommen fußt, vor allem der Handels- und Schiffsfahrtsvertrag von 1894-1904 mit einigen Abänderungen und Ergänzungen und der allgemeine russische Zolltarif vom 13./28. Januar 1903 (richtiger wäre die Bezeichnung „allgemeiner Zolltarif von 1908“, da darin mehrere für den Handelsverkehr wichtige Bestimmungen Aufnahme gefunden haben, die vor oder nach 1903 getroffen worden sind).

Das Provisorium mit der Ukraine, aufgebaut auf den früheren Grundlagen und angepaßt an die durch den Krieg bedingte Lage, dürfte aus Zweckmäßigkeitsgründen in ähnlicher Weise auch auf das übrige Reich Anwendung finden. Die beteiligten Kreise hätten wie drüben werden daher sofort die allergrößten Anstrengungen zu machen, um frühere Beziehungen aufzuzuschließen, neue anzuknüpfen und den Warenaustausch zu bewirken. Der Krieg hat indessen eine Lage geschaffen, die, schon im Interesse der zukünftigen ungehinderten Entwicklung des deutsch-russischen Handelsverkehrs, die größte Vorsicht und Neuorientierung gebietet.

Dem die Ziffer 1 des Artikels VII des Friedensvertrages mit der Ukraine, betreffend den „gegenseitigen Austausch der Ueberflüsse der wichtigsten landwirtschaftlichen und industriellen Produkte zur Deckung der laufenden Bedürfnisse“, wird schon sehr bald eine überaus spekulative und schwer zu überwachende Tätigkeit in den weitesten Kreisen des rührigen Südwesten Rußlands hervorgerufen. Und da es in der Ukraine sehr viel außerordentlich tüchtige und raffinierte Geschäftsleute gibt, die, durch die lange Dauer des Krieges und die wechselnden Ereignisse gewöhnt und durch die bestehende größere Freiheit ermutigt, jede sich bietende Gelegenheit auszunutzen versuchen werden, so wäre es nur im Interesse des deutsch-russischen Handelsverkehrs, wenn die maßgebenden Stellen, aber nicht allein die amtlichen, in Deutschland und in der Ukraine schon von Anfang an den Gang des deutsch-russischen Warenaustausches sehr scharf im Auge behalten. Zweckmäßig wäre auch die Zentralisierung eines besonderen Nachrichtendienstes, um die Ursachen des einen oder des anderen sich einstellenden Uebelstandes schneller festzustellen und dauernden schädlichen Wirkungen rechtzeitig und energisch entgegenzutreten.

Die Notwendigkeit dieser und ähnlicher Vorsichtsmaßnahmen ist auch mit Rücksicht auf die geographische Lage der Ukraine erforderlich, die von Deutschland durch Polen, Litauen und Oesterreich-Ungarn getrennt ist. Dadurch wird aber so manches russische Produkt der in vielfacher Beziehung so reichen Ukraine erst auf Umwegen nach Deutschland gelangen. Daß hierbei nicht allein mit einer Veräufertung, sondern auch mit einer „Veredelung“ der russischen Produkte gerechnet werden muß, dafür haben schon vor dem Kriege u. a. die „galizischen“ Eier genügend Beweis geliefert.

Einer solchen Benachteiligung des deutsch-russischen Handelsverkehrs könnte man u. a. dadurch entgegenwirken, daß man schnellmöglichst den direkten Wasserweg mit der Ukraine herstellt, also den Dnjepr mit der Weichsel durch das bestehende Kanalsystem verbindet. Das könnte sehr bald geschehen. Daneben sollte man den direkten Wagganverkehr zwischen der Ukraine und Deutschland mit Hilfe der Reichsregierungen vorstellbaren Ufden in weitestem Umfange pflegen.

Nur auf diese Weise könnte Deutschland diejenige Menge landwirtschaftlicher Produkte aus der Ukraine erhalten, die man in weitesten Kreisen erwartet und wovon doch nach amtlicher Berechnung die Verhördungen in West-Litauen und Berlin eine Bestätigung ergeben haben.

Neben den oben erwähnten Maßnahmen ist zur ungehemmten Entwicklung der deutsch-russischen Handelsbeziehungen auch eine Neuorientierung derselben dringend erforderlich. Vor allem muß sofort und mit allen Mitteln ein umfassender Austauschverkehr in Deutschland wie in Rußland organisiert werden, damit einer solchen Hege, wie sie vor dem Kriege so häufig betrieben wurde, rechtzeitig der Boden entzogen wird. Was bisher geschehen ist, genügt auch nicht im entferntesten, für die Zukunft sind aber große Aufgaben zu lösen. Mit der Leitung sollte man bei allen deutschen Organisationen zwar energische, gleichzeitige aber auch solche Passivität betreiben, die die russischen Bedürfnisse nicht allein aus dem Druckmaterial und Gegenstände des Warenaustausches mit Rußland kommen. Was durch solche Maßnahmen der „Veredelung“ (man durch die von ihnen geleiteten Organisationen ab und zu der Dossant bereit unterbreitet wurde, trägt miteinander nur zur Bewahrung der so entstand in Deutschland die auch von der Wirtschaft der so oft beschäftigte schädliche Anzeichen der Wirtschaftlichen Bedürfnisse Rußlands.

Daher muß in der ersten Reihe gerufen werden, die nach dieser Richtung hin in Deutschland und Rußland die nötige Tätigkeit entwickeln können. Und je eher dieses geschieht, um so leichter wird der Verkehr des Friedensschluß mit der Ukraine angebahnte Handelsverkehr zwischen Rußland und Deutschland vorantreiben gehen, um so schneller wird man sich zu einem neuen und langfristigen deutsch-russischen Handelsvertrag verständigen und um so enger wird in sich die Handelsbeziehungen zwischen Rußland und Deutschland gestaltet.

15./II. 1918.

47

Was ist „Gegenstand des täglichen Bedarfs“?

Die sich täglich wiederholenden Anfragen bei der Preisprüfungsstelle lassen erkennen, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung, insbesondere des Handels, über die Auslegung des Begriffs „Gegenstand des täglichen Bedarfs“ keine Klarheit herrscht. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts sind die Gegenstände als solche des täglichen Bedarfs anzusehen, „für die in der Gesamtheit des Volkes täglich ein Bedürfnis vorliegen kann, das Befriedigung heischt“.

Es gehören demnach hierher neben allen Lebensmitteln auch alle andern Gegenstände, die zur Lebenshaltung irgendwie benötigt werden. Zu den „Lebensmitteln“ in diesem Sinne gehören auch alle Genussmittel, wie Bier, Wein, Kognak, Rum, alle Spirituosen, auch die feineren Schnäpse, Liköre, Schaumweine und selbst französischer Champagner, Tabak, Zigarren, Zigaretten, Fleischbrüh- und Suppenwürfel sowie deren Ersatzmittel, Gewürze aller Art usw. Zu den Gegenständen, die für die Lebenshaltung benötigt werden, gehören außer allen Kleidungsstücken, wie Anzüge, Kleider, Stiefel, Schuhe, Hüte, Strümpfe, Wäsche, Pelze und dergleichen, auch die zur Erhaltung und Verwendung dieser Kleidungsstücke notwendigen Sachen, wie Schuhbänder, Schuhsette, Knöpfe, Nähgarne, Waschmittel, Stärke, sowie die zur Pflege des menschlichen Körpers notwendigen Gegenstände, wie Kämm, Bürsten, Hautcreme, Salben, Seifen, Kasserseifen und deren Ersatzmittel.

Für die Lebenshaltung erforderlich sind ferner alle Gegenstände, die zur Ausattung von Wohn- oder Arbeitsräumen dienen, also sämtliche Möbel, auch Klaviere, Baden- und Kontoreinrichtungen, Heizungs- und Beleuchtungsmittel, Kochapparate, Küchengeräte, Kessel und dergleichen, sowie auch alle zur Herstellung von Wohnungen und Häusern erforderlichen Baumaterialien. Auch Gegenstände, die für einen größeren Kreis der Bevölkerung aus beruflichen oder andern Gründen von Bedeutung sind, wie Bücher, Noten, Schreibhefte, Schreibutensilien, Schreibmaschinen, Nähmaschinen, Musikinstrumente sowie alle Werkzeuge und Maschinen, sind hierher zu rechnen. Nach einer Mitteilung des Kriegsernährungsamts in Berlin sind jetzt auch Galanteriewaren, bessere Lederwaren, Koffer,

Waschgarnituren, Spielwaren und Kristallwaren, Rauchservices, Rauchfische, Nippes, künstliche Blumen, Geschenkartikel mit Gebrauchswert, Blumenständer usw. als Gegenstände des täglichen Bedarfs bezeichnet worden. Alle diese Gegenstände unterliegen der Bundesratsverordnung gegen übermäßige Preiserhöhung vom 23. Juli 1915; die Erzielung eines übermäßigen Gewinns durch ihren Verkauf ist mit schweren Strafen bedroht.

Die achte Tagung des Ernährungsrates.

Wien, 14. Februar.

Die achte Tagung des Ernährungsrates wurde vom Präsidenten Dr. Grafen Parisch-Moennich mit einer Ansprache eröffnet, in welcher er der allgemeinen Genugtuung über den Abschluß des Friedens mit der Ukraine und die Einstellung des Kriegszustandes mit Rußland sowie der Hoffnung Ausdruck gab, daß dank dem Heldennute unserer Truppen und der unvergleichlichen Opferwilligkeit der Bevölkerung des Hinterlandes in nicht zu fernher Zeit auch der allgemeine Friede zustande kommen werde.

Der augenblickliche Stand des österreichischen Transportwesens.

Ueber ein in der letzten Sitzung des Ernährungsrates gestelltes Ersuchen gab sodann als Vertreter des Eisenbahnministeriums Sektionschef v. Enderes ausführliche Aufklärungen über den gegenwärtigen Stand des Transportwesens. Sektionschef v. Enderes wies darauf hin, daß die vielfach umlaufenden Gerüchte über die außerordentliche Höhe von Verlusten an Lokomotiven und Waggons durch feindliche Einwirkung und über große Zuanpruchnahme übertrieben seien. An der Hand genauer statistischer Daten wies er nach, daß die Erzeugung von Lokomotiven während des Krieges auf das Zweieinhalbfache der Friedensproduktion gestiegen sei, daß im Laufe der letzten dreieinhalb Jahre 40.580 gedeckte Güterwagen neu angeschafft worden seien und daß sich die Zahl der offenen Wagen um mehr als 20.000 vergrößert habe. Uebrigens habe die deutsche Regierung Oesterreich aus der belgischen Beute mehrere tausend Waggons überlassen. Bei einer Wagenzählung fehlten im ganzen nur etwa 3000 Waggons, von denen aber ein Teil auch in Oesterreich-Ungarn oder einem der verbündeten Reiche sein mochte; tatsächlich seien seither auch wieder über 200 von diesen Wagen zum Vorschein gekommen. Der Reparaturstand habe sich wohl erhöht, erreiche aber keineswegs die vielfach angegebene Höhe. Er habe bei Waggons im Frieden 34 Prozent, bei Lokomotiven 14 bis 16 Prozent ausgemacht und betrage jetzt bei ersteren etwa 7 bis 8 Prozent, bei letzteren 23 bis 24 Prozent.

Die Lebensmittelzufuhr aus der Ukraine.

Hierauf gelangten die Dringlichkeitsanträge der Mitglieder Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller und Freiherrn v. Panz über die Möglichkeit einer Lebensmitteleinfuhr aus der Ukraine zur Diskussion, in welchen Anfragen an die Regierung hinsichtlich der Beschaffung von Getreide und Futtermitteln aus diesem neuen Reiche gestellt wurden.

Erklärungen des Ministers Gm. Höfer.

In Beantwortung dieser Anfragen besprach Minister Gm. Höfer, in welcher Art die Einfuhr an Lebensmitteln aus der Ukraine geplant sei. Der Friedensschluß und die Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu einem großen Agrarstaat ließen erhoffen, daß wir einer besseren Zeit entgegengehen, doch werde es mit Rücksicht auf die obwaltenden Verhältnisse noch längere Zeit dauern, ehe auf eine Einfuhr von Lebensmitteln in geordnetem großen Maßstabe gerechnet werden könne. Eine große Reihe von Fragen, insbesondere jene der Ausbringung, der Bezahlung und des Transports, müßten gelöst werden. In diesen Fragen wurden derzeit Besprechungen in Berlin statt, bei welchen auch die Beteiligung Oesterreich-

Ungarns und des Deutschen Reiches an der Einfuhr geregelt werden solle. Die Grundlage der neu aufzunehmenden wirtschaftlichen Beziehungen bilde der Friedensvertrag. So viel könne bereits gesagt werden, daß Oesterreich, Ungarn und das Deutsche Reich gemeinsam vorgehen würden und daß hinsichtlich der Getreidebeschaffung eine Abmachung der drei Getreidestellen: der Kriegsgetreideverkehrsanstalt in Wien, der Kriegsproduktions-Aktiengesellschaft in Budapest und der Reichsgetreidestelle in Berlin, bereits abgeschlossen sei. Die im Friedensvertrage vorgesehene Kommission, welche insbesondere auch die Aufgabe habe, die Menge und Art der einzuführenden Artikel zu vereinbaren, werde in den nächsten Tagen abreisen.

Bei den Beratungen dieser Kommission werde auch festgestellt werden, hinsichtlich welcher Artikel die Einfuhr durch staatliche oder staatlich kontrollierte Zentralstellen erfolgen werde. Bei der Einfuhr werde der Handel zur Mitwirkung herangezogen werden, aber regellos könne man Händler zum freien Einkauf in jenen Gebieten nicht zulassen; die Folge wäre ein Hinausschnellen der Preise durch gegenseitiges Ueberbieten und ein ebenso ungeheurerlicher als gemeinschädlicher Schleichhandel. Nachdem der Minister noch die Transportmöglichkeiten und die Schwierigkeiten erörtert hatte, die sich auf dem Landwege hauptsächlich aus den Verkehrsmängeln des ehemals russischen Bahnnetzes und den Zufahrtsmöglichkeiten zu den Stationen ergeben, erklärte er sich zum Schlusse gern bereit, den Ernährungsrat oder ein eigenes Komitee über diese Angelegenheit stets auf dem Laufenden zu erhalten, er warnte aber, sich jetzt etwa schon auf die Importe verlassen zu wollen; es stehe noch eine harte Zeit der Entbehrungen bevor, aber man könne doch die Hoffnung hegen, daß es nun nicht mehr lange bergab, sondern bald bergauf gehen werde.

An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller die Mitglieder Reichsratsabgeordneter Dr. Laginja, Dr. Tausche, Regierungsrat Dr. Horowitz, Granitsch, Ebersch, Freundlich, Gräfin Walterskirchen, Freiherr v. Panz, Kammerat Mendl, kaiserlicher Rat Soyke und Struk.

Die „Lebensmittelerlöse“. Von der volkswirtschaftlichen Abwicklung des deutschen Kriegsernährungsamtes ist kürzlich festgestellt worden, daß im Deutschen Reich während des Krieges nicht weniger als zehntausend verschiedene „Ersatzlebensmittel“ in Verkehr gesetzt wurden. Obwohl es nun bei uns wie in vielen anderen Dingen auch hier an der statistischen Ermittlung fehlt, wird man wohl daran nicht zweifeln brauchen, daß der Umfang des Handels mit „Ersätzen“ nicht viel geringer sein dürfte. Wer sich jetzt auf den Märkten und in den Lebensmittelgeschäften umsieht, wird jedenfalls zugeben, daß wir mit unserem Bedarf schon recht stark auf alle möglichen Surrogate angewiesen sind. Der Unterschied ist aber auch hier der, daß man in Deutschland mit verschiedenen gesetzlichen Maßnahmen die Verbraucher zu schützen sucht, während man sich bei uns an die Ersatzlebensmittelfabrikanten offenbar nicht recht herantraut. Künftig, wie es in Deutschland bereits geschehen ist, die Erzeugung und den Verkehr mit „Ersätzen“ davon abhängig zu machen, daß eine genaue amtliche Prüfung solcher Erzeugnisse vorgenommen werden müsse, begnügt sich die kürzlich erschienene Verordnung „zum Schutze der Verbraucher im Warenverkehr“, eine solche Prüfung erst dann vorzuschreiben, wenn sich im Zuge eines anhängigen Verfahrens Bedenken gegen eine Ware ergeben. Bei dem Bucher, der gerade auf diesem Gebiet getrieben wird, wäre schon zu wünschen gewesen, daß man den verschiedenen Spekulanten in Lebensmittel-erlösen besser und schärfer auf die Finger zeigt.

* Gründung einer Niederbarnimer Kriegswirtschaftsgesellschaft. Der Kreisaußschuß des Kreises Niederbarnim hat, um die Erfüllung kriegswirtschaftlicher Aufgaben des Kreises in engerer Anlehnung an die bewährten Erfahrungen und Gepflogenheiten des Handels zu gewährleisten, unter der Firma „Niederbarnimer Kriegswirtschaftsgesellschaft m. b. H.“ eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung errichtet, deren Sitz sich in Berlin NW., Alexanderufer 7, befindet. Diese Gesellschaft wird jedoch nur die rein geschäftliche und finanzielle Seite der betreffenden kriegswirtschaftlichen Aufgaben als Organ des Kreisaußschusses übernehmen, während die bei der Verbrauchsregelung und Verteilung in Frage kommende Verwaltungstätigkeit des Kreises nach wie vor dem Kreisaußschuß selbst vorbehalten bleibt. Alle Schreiben in reinen Verwaltungsangelegenheiten sind daher künftig an den Niederbarnimer Kreisaußschuß in Berlin NW. 40, Friedrich-Karl-Ufer 5, alle Briefe geschäftlicher Art an die Niederbarnimer Kriegswirtschaftsgesellschaft m. b. H. in Berlin NW. 40, Alexanderufer 7, zu richten. Zu Geschäftsführern der Gesellschaft sind Regierungsrat v. Burkhardt und Rechtsanwalt Pitsch, zum Prokuristen ist Rechnungsrat Wittenberg bestellt worden.

Der Ernährungsrat.

Die Beschlüsse der letzten Tagung.

Gestern fand die letzte Tagung des Ernährungsrates ihr Ende. Ueber die Beschlüsse und Resolutionen dieser Tagung erfahren wir folgendes:

Zuerst wurde ein Resolutionsantrag von Dr. Tausche (Reichenberg) angenommen, der sich hauptsächlich mit dem Friedensschlusse mit der Ukraine beschäftigt und die Forderung aufstellt, daß die Einfuhr von Lebensmitteln aus der Ukraine durch eine zentrale Organisation erfolgt und dem Inlande in der Weise zugeführt werde, daß jede Preistreiberei beim Ein- und Verkaufe, jeder Schleichhandel und Kettenhandel damit ausgeschlossen ist.

Dr. Tausche warnt auch noch vor allzu großen Hoffnungen und fordert die strikteste Durchführung der Vorschriften für die Aufbringung und Verteilung und den Verbrauch der eingeführten Lebensmittel.

Weiters wurde über den Antrag des Dr. Bennisch (Krautau) über den Rechenschaftsbericht der „Geos“ verhandelt, dessen Vorlage er verlangte, und ferner über einen Antrag der Gräfin Walterstirchen und Josefine Bacher über die Obst- und Gemüsepreise der „Geos“. Die Damen stellten die Anfrage, warum es an Gemüse, besonders an Dauergemüse, so sehr mangle. Der Direktor der „Geos“, Dr. Kurt Schechner, beantwortete diese Anfragen in längerer Rede, worauf die Anträge zur weiteren Beratung an den Ausschuss gewiesen wurden.

Dr. Bennisch (Krautau) fragt weiters über die Einfuhr von Lebensmitteln aus Galizien nach dem Zollauslande und forderte die schärfsten Maßnahmen zur Verhinderung dieser Einfuhr.

Der Ernährungsrat hat ferner über den Antrag des Doktor Tausche zwecks Verhinderung des Tauschverkehrs mit staatlich bewirtschafteten Artikeln beraten.

Endlich kommt ein Dringlichkeitsantrag des Bürgermeisters von Göbing, Herrn Koblisch, zur Sprache, der die Fleischversorgung staatlich geregelt wissen will und Zentralisierung der Schlachtung, wie die Einführung einer Fleischkarte fordert.

Ein Antrag Mussonts (Salzburg) über Seupreise und Heranziehung ziviler Sträflinge für den Gemüseanbau wird auch noch besprochen.

Die Fleischfrage.

Wie wir aus dem Ernährungsamte erfahren, sind die Vorbereitungen zur zentralen Schlachtung bereits im Gange, doch dürfte es noch einige Zeit dauern, bis die Durchführung der Fleischregulierung erfolgt sein wird. Im St. Marger Schlachthause ist man noch mit den Kennzeichnungs- und Adaptierungsarbeiten beschäftigt. Diese Arbeiten werden auch noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen. Es ist daher heute noch nicht von einem Termin der Verabreichung des „Einheitsfleischs“ zu sprechen, ebenso wenig von der Art, wie die Belieferung des Fleisches an die Konsumenten erfolgen wird. Erst nach der erfolgten Durchführung der zentralen Schlachtung wird man eine Uebersicht über die disponiblen Vorräte haben, und dann erst wird die Einteilung des Fleisches an die Groß- und Kleinconsumenten durchgeführt werden können.

16./II. 1918.

53

Batodi über die Ernährungspolitik.

N. Berlin, 14. Februar. In der gestern in Königsberg zusammengetretenen Vollversammlung der ostpreussischen Landwirtschaftskammer nahm der Oberpräsident von Batodi das Wort, um seine Tätigkeit als Leiter des Kriegsernährungsamtes vor den ostpreussischen Landwirten zu rechtfertigen. Er führte etwa aus, seine Tätigkeit als Präsident des Kriegsernährungsamtes habe ihn genötigt, Anordnungen zu treffen, die die landwirtschaftliche Bevölkerung mit Recht als schwere Eingriffe in den Bereich ihrer Erzeugungsweise ansehe. Dann fuhr er fort:

Nach gewissenhafter rückblickender Prüfung habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß, vorbehaltlich selbstverständlicher Irrtümer und Mißgriffe in Einzelheiten, der von mir in den Fragen der Volksernährung beschrittene Weg der richtige gewesen ist, daß uns jeder andere Weg ins Verderben geführt hätte. Wenn ich etwas bedauere, so ist es nur die Tatsache, daß die mir damals gegebene Zuständigkeit nicht ausreichte, um den von mir eingeschlagenen Weg gegen alle Widerstände mit dem vollen, notwendigen Nachdruck zu verfolgen. Der berechtigte Interessenstandpunkt eines ganzen Berufsstandes muß vor dem Ernst der Stunde in den Hintergrund treten. Es wäre Feigheit, den Dingen nicht klar ins Auge zu sehen. Die Lage ist ernst. Wir werden durchkommen, aber nur dann, wenn jeder Landmann weit mehr als seine Pflicht tut und lieber das Neueste an Schwierigkeiten und wirtschaftlichen Nachteilen auf sich nimmt, als das geringste von dem, was abgegeben werden soll und kann, vorenthält. Rücksichtslos und hart gegen die eigenen Wünsche und Interessen, opferwillig bis zum Neuesten gegenüber dem Vaterlande wird das Feldgeschrei sein, mit dem wir den Sieg behaupten.

17. II. 1918

54

(Das Ausreibtuch.) Es stand unter allem Hausgerät stets auf der untersten sozialen Stufe. Die niedrigsten Arbeiten waren ihm zugeordnet, und es war zum Stiefelabwischen gerade noch gut genug. Man nahm seinen Dienst in Anspruch, aber man beachtete dabei, daß jede Arbeit ihren Mann ehren soll. Es mußte erst der Krieg kommen, jener Krieg, der das Oberste zu unterst und das Unterste zu oberst kehrt, um auch dem Ausreibtuch Ansehen zu verschaffen. Jetzt ist seine Arbeit in das richtige Licht gerückt, jetzt weiß man den einst so verachteten Flecken zu schätzen. Jetzt, da die Ausreibflecken ebenso wie sehr viele andere Dinge die Eigenschaft angenommen haben, daß man sie nicht mehr bekommt. Oder doch nur um ein horrendes Geld. Solch ein Lappen kostete einst sechsunddreißig oder, wenn es hoch aima, vierunddreißen Heller, heute aber verlangt man für ihn vier Kronen, sechs Kronen oder noch mehr. Vorausgesetzt, daß man ihn überhaupt bekommt. Dabei ist aber für den achtfachen Preis die Qualität entsprechend schlechter. Ist das Ausreibtuch nicht ein Symbol unseres gesamten Kriegslebens? Es zeigt uns mit fürchterlicher Deutlichkeit den drückenden Mangel und die den Kaufverkehr lähmende Entwertung des Geldes. Es beweist uns aber auch, wie nötig selbst die kleinsten und unscheinbarsten Dinge des täglichen Lebens sind und wie schwer wir sie missen, wenn sie uns plötzlich entzogen werden. Jetzt schreien die Frauen noch davor zurück, sechs Kronen für einen Ausreibfleck zu herzugeben, und sie stöbern alles durch, um einen Ersatz zu finden. Ein alter Matragengradel oder die Reste eines einstigen Wintermantels werden zum Ausreibtuchersatz ernannt und erschöpfen ihre letzte Lebenskraft auf den Fliesen der Küche oder bei noch grauenvollerer Arbeit. Wenn aber das letzte Gradelrestchen und alles andere, was man als Flecken verwenden kann, verbraucht ist, was dann?

Hotelpreise und Lebensmittelteuerung

Neuerdings wird in der schweizerischen Hotelfachpresse wieder darauf hingewiesen, daß die letztes Jahr durchgeführte Erhöhung der Hotelpreise in keinem Verhältnis mehr stehe zu der seither in unheimlicher Weise fortgeschrittenen Lebensmittelteuerung. Wie schwer namentlich der Küchenbetrieb der Hotels durch die Teuerung beeinträchtigt werden muß, erhellt vielleicht am besten durch eine Zusammenstellung des schweizerischen Statistischen Bureaus, wonach der durchschnittliche Preisaufschlag einiger wichtiger Bedarfsartikel vom Mai 1914 bis November 1917, in Prozenten ausgedrückt, folgendes Bild ergibt:

Mai 1914 bis November 1917

	Preisaufschlag %
Schweinefleisch, frisches	119,7
Speck, geräucherter, magerer	164,5
Schweineschmalz, inländisches	219,7
Nierenfett, rohes	287,6
Ochsenfleisch, mit Knochen	86,1
Vollbrot	93,0
Vollmehl	86,7
Vollmilch	40,6
Tafelbutter	69,1
Emmentalerkäse, I. Qualität	50,9
Trinfeier, inländische	217,0
Leigwaren, prima, offen	123,5
Würfelzucker aus Säden, im Anbruch	157,2
Kartoffeln, inländische	70,8
Kohlen, Koks, Briketts, Anthrazit	144,0—166,5
Tannenholz und Buchenholz	56,0

Der Bundesrat hat in seiner Botschaft an die Bundesversammlung betreffend Ausrichtung von Kriegsteuerungszulagen an das eidgenössische Personal auf Grund der vorstehenden Zahlen die Indexziffer der Lebenshaltung einer Beamtenfamilie im September 1917 auf 192 Prozent gegenüber 100 Prozent im Juni 1914 berechnet. Das ist also eine Verteuerung um nahezu das Doppelte. Für die Hotels rechnet man mit einer Mehrbelastung aus der Teuerung von mindestens 50—60 Prozent.

18. II. 1918

18
57

* Eine Geschäftsübersicht für die Lebensmittelversorgung hat die Stadt Berlin-Lichtenberg für ihren Bereich herausgegeben nebst Uebersicht über die ihr angegliederten Einrichtungen und Dienststellen. Das Büchlein erlaubt mit Leichtigkeit, sich in der weit verzweigten Organisation zurechtzufinden, so daß jeder, der irgendwie mit den Stellen zu tun hat, ohne Mühe erfahren kann, wohin er sich zu wenden hat.

Es wäre sehr zu wünschen, daß die anderen Gemeinden, vor allem auch Berlin selbst, ähnliche Zusammenstellungen herausgeben würden; viele vergebliche Anfragen, Wege und Schreibereien würden dadurch vermieden werden, denn es ist gar nicht möglich, sich in der Fülle von Einrichtungen und Beamten, die die Kriegsnotwendigkeiten entstehen lassen, ohne weiteres zurechtzufinden.

Die Fehler unserer Kriegsernährung.

Von Marie Briester.

Als in den Hungerjahren Ende des 18. Jahrhunderts durch General Rumsford die „Rumsfordsuppe“ eingeführt wurde, erreichte er seinen Zweck: die Hungernden wurden gesättigt. Die Suppe bestand aus Erbsen, welche durch Eiweißgehalt sättigende Grundlage bieten, und aus Graupen, Gemüse und Kartoffeln, die den Bedarf an Kohlehydraten deckten. In diesem Kriege jedoch haben wir eine Versorgung, welche den physiologischen Bedarf der Bevölkerung nicht genügend berücksichtigt. Prof. v. Noorden schreibt vor kurzem: „Wiedel können wir aus der Viehhaltung, wo jeder Fortschritt am Geldbeutel gemerkt wird, lernen“. Unsere Gelehrten haben in unermüdlicher Arbeit Richtlinien gegeben. Würden sie aber befolgt, wie z. B. durch die Abschachtung der Schweine zur Rettung unseres Kartoffelbedarfs 1915, erhoben sich Stürme der Entrüstung. Man verlangte Fleisch, und die dringenden Ermahnungen unserer Gelehrten: Hülsenfrüchte sind ebenso vollwertig, blieben unbeachtet. Es fehlte die Nachfrage, rechtzeitiger Anbau wurde veräußert, und jetzt leiden wir Mangel an vollwertigen Eiweißträgern. Während der Bedarf an Kohlehydraten nach dem Grade körperlicher Beschäftigung wechselt, ist der Bedarf des Menschen an Eiweiß unveränderlich, da unser verbrauchtes Zelleneiweiß ersetzt werden muß. Ist ein Organismus gezwungen, dieses aus minderwertigen Nahrungsmitteln zu holen, braucht er Umengen, um satt zu werden, und daher stammen unsere Gemütsnöte trotz der erweiterten Kriegsproduktion.

Prof. Rubner sagt: „Viel Gemüse sättigt mechanisch, aber nicht physiologisch“ und hat ausgerechnet, daß erst 14-Kilo Wurst ein Kilo Fleisch ersetzen. Sobald wir uns in Gemüse ganz unverantwortlich ist, wir werden trotzdem nie nachhaltig satt. Es ist einfacher und elementarer Eiweißhunger, der zum Streik, zum Stehlen, Hamstern zwingt, der den entsetzlichen, die Volkseele vergiftenden Schleichhandel groß gezogen, ja ihn geradezu notwendig gemacht hat. Aus diesem Hunger heraus werden jetzt Bohnen mit 2 Mark per Pfund bezahlt. Präsident von Waldow hat recht, wenn er sagt: „Nur eine ausreichende Versorgung kann den Schleichhandel bekämpfen.“ Diese muß sich aber nach unseren Lebensbedingungen und den Nahrungsmitteltabellen richten. Es ist das System der Systemlosigkeit bezüglich der Nährwerte unserer rationierten Nahrungsmittel, welches jedes noch so glänzend organisierte Verteilungssystem immer wieder zusammenbrechen läßt. Die Hinweise auf die Einfachheit der Lebenshaltung unserer Vorfahren, ebenso die auf die Vegetarier, sind in sehr oberflächlicher Weise als Trostgründe verwertet worden. Gewiß brauchte man von 100 Jahren weniger Fleisch, aber nur weil Hülsenfrüchte in Hülle und Fülle gebaut wurden. Gewiß hat auch Hindbeere recht, wenn er bewies, daß man schon mit 60 Gr. gesund und arbeitsfähig bleiben kann, man betrachte aber die Zusammenstellungen in seinem Ernährungssystem! Welche Quantitäten an stärkehaltigen Nahrungsmitteln liegen diesem zu Grunde! Es ist falsch, den Vegetarier immer als Grassfresser, Gemüse-

fanatiker zu bezeichnen. Er betrachtet wohl Gemüse und Obst als unentbehrliche Spender der nötigen Nährsalze und als Energie-spender, die sättigende Grundlage seiner Nahrung aber bildet die reife Frucht auf dem Baum, im Halm, d. h. in „Nährmitteln“ und unbegrenzten Mengen seines beliebten Vollkornbrot. Stehen ihm diese zur Verfügung, braucht er quantitativ ebenso geringe Mengen an Nahrungsmitteln wie die Fleischesser. Denn sie bieten sein Minimum an Eiweiß in der zur Assimilierung nötigen Verbindung mit Stärkemehl. Nach Dr. Suchier** ist nötig, daß der Mensch zu der Eiweißmenge die er einnimmt, eine bestimmte Quantität Stärkeldörper, die für den Erwachsenen etwa das Fünffache beträgt, hinzusetzt. Die Feststellung von Prof. Abderhalden, daß gerade der geringe Eiweißgehalt in der Kartoffel vom Organismus reiflos assimiliert wird, bestätigt diese Erfahrung. In der Hülsenfrucht haben wir nun einen Eiweißträger, der nicht nur dem Fleisch in seinem Gehalt an Eiweiß überlegen ist, sondern der auch in seinem 55proz. Stärkemehlgehalt dieses bei richtiger Zubereitung der Assimilierung zugänglich macht. Nationeller Anbau bringt schon auf 500 Quadratmeter 425 Zentner Bohnen, wie die Versuche der badischen Landwirtschaftskammer ergeben haben. („Ueber Land und Meer“ Nr. 18). Lieferungsverträge, hohe Erzeugerpreise, durch Straßburger System für Minderbemittelte erträglich gemacht, Gratislieferung von Samen nicht nur für Feldbohnen, sondern auch an den Kleingartenbau, dürften nicht nur den Eiweißbedarf befriedigen, sondern die Ernährungsfragen überhaupt lösbar machen. Denn ihr hoher Stärkemehlgehalt als Fettbildner erleichtert auch die Fettnot nach der Formel: 50 Gr. Fett können durch 90 Gr. Kohlehydrate ersetzt werden. Vielleicht sind jetzt auch aus der Ukraine Lieferungen zu erreichen, welche dann gleichmäßig verteilt werden könnten.

Wenn irgend etwas, müßten gerade Hülsenfrüchte streng rationiert und auf Karten verteilt werden für fleischlose Tage, mit Anweisungen zur Zusammenstellung und Zubereitung. Sie sind noch niemals im Kriege ihrem Nährwert entsprechend bewertet worden. Man aß Erbsen mit Rippsteck und Schweinsohren, solange man sie hatte, anstatt mit diesen Karitäten die Kartoffelsuppe zu einem sättigenden vollwertigen Gericht zu machen. Nur durch diese zwar wohlgeschmeckenden, aber vom hygienischen Standpunkte falschen Zusammenstellungen sind Hülsenfrüchte in den Ruf schwerer Verdaulichkeit gekommen. In Massen-speiseanstalten kochte man an einem Tage Erbsensuppe und Fisch, also doppelten Fleischersatz, während an vier anderen Tagen überhaupt kein Eiweißträger das Fleisch ersetzte. Nach Art der Rumsfordsuppe konnte mit den Erbsen am Fischtage an vier anderen Tagen das Essen vollwertig gemacht werden.*** Ebenfalls werden

** „Der Orden der Trappisten und die vegetarische Lebensweise.“ (Berl. der „Aerztl. Rundschau“ O. Smelin München).

*** Passende Zusammenstellungen für 260 Tage nebst Kochvorschriften in den Kriegsgerichten „Ohne Fleisch“ und „Ohne Fett“, 35 Pfg. Verlag M. Briester, Frankfurt a. M. und „Kriegskochbuch für fleischlose Tage“, Verlag Engert und Schloffer, Frankfurt. Empfohlen und mit einem Vorwort versehen von Prof. Dr. Carl v. Noorden.

noch im vorigen Winter an Bohnentagen weiße Bohnen in Mengen in Massenflächen verteilt, als ob es Gemüse wären. Ihr Eiweißgehalt ist bedeutend höher als der von Fleisch. Gibt oder genießt man denn je einen ganzen Keller voll gehackten Fleisches zum Mittagessen? Mit diesen Bohnenportionen konnte an sechs Mittagen die Mahlzeit sättigend gemacht werden. Man verwende sie in ebenso kleinen Mengen wie Fleisch, wie sie uns die jegliche Feuerung aufzwingt, und es werden genug für jeden Deutschen da sein, auch für die Notleidenden in diesem Kriege: im Beamten- und Mittelstande. Durch eine quantitativ noch so geringe sättigende Eiweißgrundlage wird sich auch die so schwierige Preisfrage für Obst und Gemüse von selbst lösen. Nur die überstarke Nachfrage führt zu Ueberzahlungen, welche die Ware dem Markt entziehen.

In der Bewertung der Hülsenfrucht bezüglich des Nährwertes sowohl wie des Preises berechnen wir nie, daß Fleisch 75 Prozent Wasser enthält. Wir bezahlen in jedem Pfund Fleisch dreiviertel Pfund Wasser, während wir die Hülsen- und Körnerfrucht trocken kaufen und bezahlen und uns zu Speisen daraus, die ebenso vollwertige Beilagen bilden wie Fleisch, dieses Quantum Wasser aus der Leitung holen. Wir erhalten also aus einem viertel oder Drittel Pfund Bohnen (je nachdem wie sie quellen, d. h. Wasser auffaugen) ein ganzes Pfund fertige Speise, die ebensoviele Nährwert hat, wie ein Pfund Fleisch. 3 B. Erbsen- und Sauerkraut, Bohnenbrot zu grünen Bohnen usw. Man behandle in der Küche abgekochte Hülsenfrüchte genau so wie Fleisch, indem man falschen Hasen oder Feilanden bereitet, dem gewöhnlichen Geschmack möglichst entgegenkommend. Am besten werden sie ausgenüßt, wenn man sie als Brötaustrich nach Art der Leberwurst zubereitet. Die Stadt Danzig verwendet Graupen in dieser Weise und gibt Austrich das Pfund zu 60 Pfennig ab. Diese Verwendung wäre besonders solchen Städten zu empfehlen, die eigene Wurstbereitung haben, daran anschließend. Aus Bohnen, am besten aus braunen, bayerischen, ist er noch vollwertiger, Fleisch und Wurst ersetzend, und gibt mit Leberwurstgeschmack eine willkommene Abwechslung für Marmelade. Jede Hausfrau kann ihn selbst bereiten und er kostet bei einfacher Herstellung 25 bis 30 Pfennig das Pfund (Rezepte in den genannten Kochbüchern), die man natürlich auch nach Herzenslust verteuern kann durch Butter, Speck, Erbsellen, Trüffel usw. Auch Fleisch schmeckt nicht ohne Salz oder Gewürz zubereitet. Solche Speisen geben ein vollkommenes Gefühl der Sättigung, und wir werden auch „am Geldbeutel“ sparen, wie viel leichter bei sorglicher Einteilung ein tapferes Durchhalten werden kann. Nach Hindbeere ist der Kalorienwert für 1 Pfg. in magerem Fleisch 7, bei Erbsen 87, bei Kartoffeln sogar 150. Also ist selbst bei hohen Erzeugerpreisen ein wohlfeiles Haushalten möglich bei strenger, gewissenhafter Rationierung an jeder Mahlzeit. Man sagt, es sei für unsere Ernährung gleichgültig, ob wir unsere Fleischration oder ein Pfund Bohnen an einem Mittag verzehren oder auf 2 bis 3 Tage verteilen. Gewiß, es schadet nicht, aber: es ist nicht sparsam, und darauf kommt es jetzt an. Es fehlt unserer inneren Front aus Mangel an Vorbereitung auf den Hungerkrieg das System der Disziplin, der strengen Ordnung und Gewissenhaftigkeit, das uns brauchen unüberwältig macht. Das

System, welches die Feinde mit „Militarismus“ brandmarken, das leider sehr oft in ungeschickten Händen hängen zeitigt, die bitter und schwer empfunden werden, das aber bisher gesiegt hat und siegen wird, sobald die Kraft und der Entgangswille, der unsere tapferen Feldgrauen zu Titonen macht, auch die Heimarmee beselen. Vor allen Dingen aber ist es nötig, daß man erfahren lernt, daß und wie man, ebenso wie unsere Vorfahren vor hundert Jahren, mit wenig Fleisch und Fett satt werden, billig leben und trotzdem gesund und arbeitsfähig bleiben kann.

Wenn soziale Volkswirtschaftler für später eine allgemeine Versorgung und Sicherstellung des Volkes durch Brot und Kartoffeln erstreben, Sorge man auch für ein Minimum an Hülsenfrüchten. Nur dann können wir bestehen in der kommenden Welt-hungernot, können wir siegen auch im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf nach dem Kriege.

Di. Zeit. Oltend
19. II. 1918

60
19

Beförderungen im Ernährungsamt.

Der Kaiser hat im Stando des Amtes für Volksernährung den Ministerialrat im Handelsministerium Dr. Johann Löwenfeld-Ruß zum Sektionschef, ferner den Hofrat im Ministerium des Innern August Freiherrn v. Fries bei gleichzeitiger Verleihung der vierten Rangklasse sowie den Sektionsrat im Handelsministerium Dr. Laurenz Steitner zu Ministerialräten, endlich den mit dem Titel und Charakter eines Statthaltereirates bekleideten Bezirkshauptmann im Ministerium des Innern Hieronymus Grafen Olsafredi sowie den mit dem Titel und Charakter eines Sektionsrates bekleideten Ministerialsekretär im Ministerium des Innern Rudolf Eblen v. Sorraf zu Sektionsräten ernannt.

Sektionschef Dr. Löwenfeld-Ruß fungiert bekanntlich seit dem Uebertritt des Geheimen Rates Sektionschef Dr. R. von Keller in den Hofdienst als Vicepräsident des Ernährungsamtes und als Stellvertreter des Ministers Grafen Söfer. Infolge seines konstanten Wesens und seiner weitverbreiteten Tätigkeit erfreut sich Sektionschef Löwenfeld-Ruß, der im Jahre 1897 in den Staatsdienst eintrat, allgemeiner Wertschätzung. Vor seinem Uebertritt in den Ernährungsdienst war Sektionschef Löwenfeld-Ruß der industriepolitischen Sektion im Handelsministerium zugeteilt, deren Aufgaben er jetzt auch zum größten Teil im Ernährungsamt insoweit führt, als es jene Industriezweige und alle die Regenerationszentralen als oberster Leiter überwacht, die mit der Approvisionierung zusammenhängen.

Hofrat Baron Fries ist bekanntlich der Leiter der Zentralpreisprüfungscommission.

Chbared in Blumenkörben. Ein Leser schreibt uns: In den letzten Tagen fiel mir bei einem Blumenhändler in der Innern Stadt auf, wie sehr sich die Geschmacksrichtung des Schenkens gegen den Frieden veränderte. Damals jeder Blumenkorb in den Geschäften, die für den Luxus der Reichen bestanden, beladen mit den prächtigsten farbenreichen Gebilden, die aus den Glashäusern des Südens, aus Frankreich oder Holland stammten. Blumen waren um diese Zeit nie selten. Jetzt hat ihre Einfuhr aufgehört, weil sie verboten wurde. Nun begnügen sich viele Händler, ihre eigenen Blumenzüchterfolge zu zeigen, die für diese Zeit noch immer recht ansehnlich sind. Aber es scheint, als ob selbst die Reichsten, denen dieser Luxus dient, nützlicheren Dingen den Vorzug geben würden. Ich staunte heute vor einem Schaufenster, das allerlei Fier aufwies. Da stand ein großer Blumenkorb, dessen Henkel und Rand mit prächtigen Tulpen, roten Hyllamen und Maiglöckchen kunstvoll verziert waren. In der Mitte, wo sonst ein Blumengeschenk von besonderer Art Platz fand, lagen auf frischem Moos etwa zwei Hände voll kleiner Steinpilze, frisch gewachsen in irgend einem warmen Keller. Für 60 Kronen waren diese Körbchen zu haben. Noch auffällender schien mir ein nicht zu großer Korb, umgeben von Maiglöckchen und roten Kamelien der etwas Besonderes barg: vielleicht 4 Kilogramm Kefel von vier Sorten, Keinetten, Edelrot und anderen. Es war davon nicht überwältigend viel, aber doch für die Zeit der herabgestimmten Ansprüche genug. Dennoch dürfte sich ein Kriegsgewinner mit dem darauf angelegten Preise von 120 Kronen für die paar Kefel und Blumen gefunden haben. Gemüß eine neue originelle Form, wie man Freistreiberer drapieren kann. Wohl das am meisten begehrte Stück war ein größerer Korb, an dem Marzissen, Enzian, Hyllamen durch ihre Farbe ein harmonisches Ganzes bildeten, das den Glanz dieser Schaustellung umgab: die Tiefe des Korbes, geschmackvoll zusammengestellt aus grünem Kohl und Rotkraut, Petersilie und Sellerie, Zwiebeln, Porree, Salmrüben, roten und gelben Rüben, die für einen Haushalt jetzt das Willkommenste sind, was man sich wünscht. Frisches Gemüße dieser Art ist selten. Das macht es nun zu dem feinsten Geschenk. Einen Preis sah man dabei nicht. Er wird schon weit über 100 Kronen für das bißchen Gemüße sein. Offenbar war er so hoch, daß ihn der Blumenhändler der Reichsten ba verschwieg. Wer hätte je gedacht, daß Gemüße, in diesen Tagen hoffähig wird!

Unterredung mit Prinz Ludwig Windischgrätz.

Unser Lst.-Minister hatte heute früh eine Unterredung mit dem ungarischen Ernährungsminister Prinzen Ludwig Windischgrätz, der mit dem Handelsminister Josef Szerényi in Berlin eingetroffen ist, um an den heute einsetzenden Verhandlungen mit den österreichischen Delegierten Dr. Riedel und Dr. Graß in unserem Reichsernährungsamt unter Vorsitz des Staatssekretärs von Waldow teilzunehmen. Die Unterredung nahm folgenden Verlauf:

„Die Ernährungsfragen stehen heute im Mittelpunkt der Erörterung. Was läßt sich über die heute einsetzenden Verhandlungen sagen?“

„Wie die Politiker und Feldherren der verbündeten Nationen von Zeit zu Zeit das dringende Bedürfnis empfinden, durch persönliche Aussprache eine Verständigung über gemeinsame Lattiz oder Beseitigung herbeizuführen, so stellt sich in der letzten Phase des Krieges das nahelegende Bedürfnis von selbst ein, daß die Ernährungsminister der verbündeten Staaten jeweils zusammenzutreten, um durch einen mündlichen Gedankenaustausch die Regelung des Waren- und Güterausstausches rechtzeitig herbeizuführen.“

„Dem Ministerrat habe ich gleich beim Amtsantritt meine Vorschläge betreffend den Beginn und der Tätigkeit der Preisfeststellungskommissionen unterbreitet, worauf dieser die Ernennung von Regierungskommissionen für Volksernährung vollzogen und die Organisation der Volksernährungskommissionen nach meinen Vorschlägen gutgeheißen hat. Ich vertrete den Standpunkt, daß bei der öffentlichen Ernährungsfürsorge in Kriegszeiten die Methode der energischen Requirierungen unumgänglich notwendig ist.“

„Es ist wichtig, die Legende zu zerstören, als ob in Ungarn derartige Ueberschüsse vorhanden wären, daß man ohne Schaden für die eigene Volksernährung den befreundeten und verbündeten Staaten von seinem Vorrat abgeben kann. In erster Reihe geht es, Österreich jene Hilfe zu gewähren, deren es in seiner zweifellos schwierigen Lage bedarf, um angesichts der uns aufgezwungenen Fortführung des Krieges durchhalten zu können und zu verhindern, daß die Ernährungsschwierigkeiten seine Widerstandsfähigkeit und Schlagfertigkeit nachteilig beeinflussen könnten.“

„Wie gestaltet sich nach diesem von Ihnen entworfenen Programm die zukünftige Regelung der Ernährungsfrage? Wie ist es ferner zu verstehen, daß ein so reichgelegnetes Getreideland wie Ungarn, das man früher die Kornkammer Europas genannt hat, gerade in diesem Jahre vergleichsweise wenig Ueberschüsse aufzuweisen hat?“

„Es ist mir erwünscht, der deutschen Öffentlichkeit über diese beiden Fragen Aufschluß zu geben. Ein vollständig durchdachtes Appropinquierungsprogramm läßt sich selbstverständlich nur zu Beginn der Ernte aufstellen, wo die Produkte von der Regierung noch erfaßt werden können. Wenn Ungarn in diesem Jahre, das eine reichere Ernte aufwies als das vergangene, keinen wesentlichen Getreideüberschuß aufweist, so liegt das an der verfehlten Ernährungspolitik, die bisher in Ungarn vorgeherrscht hat. Man hat nämlich im letzten Jahre die Brotfrüchte dem freien Handel überlassen, worauf sie vom Markte verschwunden sind. Teilweise wurden sie versteckt, teilweise dem Schleichhandel zugeführt.“

„Mein Ernährungsprogramm beruht, im Gegensatz zu dem bisher befolgten System, darauf, schon bei der Ernte die ganze Produktion zu erfassen, zu kontingentieren und zu rationieren, um den alsdann noch verbleibenden Ueberschuß dem freien Verkehr, wenn auch nicht der freien Arbitrage, zu überlassen. Denn bei unseren zu erwartenden Ueberschüssen im neuen Jahre haben wir in erster Linie zu berücksichtigen, was unsere Verbündeten brauchen, und in welchem Maße wir sie an unserer Produktion partizipieren lassen können.“

„Darf aus diesen Darlegungen geschlossen werden, daß sich die heutigen Verhandlungen auf der hier angedeuteten Linie bewegen werden?“

„Da ich erst vor kurzem das Ernährungsamt übernommen habe, hege ich den begreiflichen und nahegelegenden Wunsch, gemeinsam mit meinem österreichischen Kollegen eine enge Fühlung mit dem deutschen Wirtschaftsamt herzustellen, um die Ernährungs-politik wie sie im Reiche getrieben wird, näher kennen zu lernen und unsere Ernährungssysteme einander anzugleichen. Solche Zusammenkünfte stellen einen gemeinsamen wirtschaftlichen Generalstab dar, der gleichsam eine Einheitsfront für die Ernährung dieses Jahres herzustellen bemüht ist.“

„Halten Sie durchläucht den Ertrag des ungarischen Bodens an Brotfrüchten in der kommenden Ernte für steigerungsfähig?“

„Das ist der primäre Punkt meiner Tätigkeit. Neben der Regelung der Requisitionen betrachte ich es als meine oberste Aufgabe, die Mehrproduktion Ungarns in allen Getreidearten nach besten Kräften zu fördern. Der ungarische Boden ist so ergiebig, daß man bei Anwendung richtiger Methoden unvergleichlich mehr aus ihm heraus schlagen kann, als bisher geschehen ist. Erfassen wir die neue Ernte rechtzeitig, dann werden wir im kommenden Jahre nicht bloß unseren eigenen Bedarf reichlich zu decken imstande sein, sondern ernstlich bemüht bleiben, unseren Verbündeten beizuspringen. Der neue Ackerbauminister Graf Szerényi hat die Steigerungsfähigkeit des Ernteertrages als grundlegendes Programm seiner Tätigkeit anlässlich seines jüngst erfolgten Amtsantrittes verkündet. Unsere gemeinsame Aufgabe wird es nunmehr sein, dem ungarischen Boden in diesem Erntejahre insolge vervollkommener Methoden und planmäßigeren Anbaues wesentlich höhere Erträge abzugewinnen, als es in den letzten Jahren der Fall war. Werden wir vom Wetter begünstigt, und erfassen wir rechtzeitig durch planmäßigen Zugriff die gesamte ungarische Ernte am Produktionsorte, dann dürfen wir die Zuversicht hegen, im neuen Erntejahre nicht nur die eigene Heimat zu befriedigen, sondern die gesteigerten Erträge unseren Verbündeten zuführen zu können. Es liegt mir daran, die Legende zu zerstören, als ob Ungarn der gute Wille gescheit hätte, seinen Bundesgenossen mit seinen Vorräten zu Hilfe zu eilen. Es soll auch gar nicht in Abrede gestellt werden, daß bei richtiger Organisation und einem Ernährungssystem, das auf der Höhe der Kriegswirtschaft stünde sich auch bei der letztjährigen Ernte Ueberschüsse ergeben hätten. Das Unvermögen beruht vielmehr auf dem hier dargelegten Systemfehler, den ich mit allen meinen Kräften zu beseitigen als meine oberste Aufgabe betrachte.“

Ober Abend
20. II. 1918

64

Der Krieg und die Lebensmittel

Die Anstellungen bei der Großmarkthalle begannen schon um 3 Uhr morgen-, denn sowogt in der Halle nur das alltägliche arbeitsame Angebot zu erwarten war, bot selbst dieses immer noch bessere Aussichten für die Erringung eines Stückchen Fleisches, als das Angebot in den Läden und auf den Bezirksmärkten. Als die Tore geöffnet wurden, hatten sich vor den Toren schon 6000 Menschen angesammelt, die durchweg den teilweise sehr weiten Weg zur Halle im nachtlischen Dunkel zu Fuß zurückgelegt hatten. An Rind-, Kalb- und Schaffleisch lag sehr wenig vor. Um 750 Kilogramm Rindfleisch stellten sich weit über tausend Personen an und da der größere Teil dieses Fleisches in Mengen von einem halben Kilogramm verkauft wurde, dauerte der Verkauf bis gegen Mittag, während alle anderen Fleischsorten viel früher erschöpft waren. Die Gemeinde hatte 3000 Kilogramm polnisches Schaffleisch zu K 17-50 in die Halle gebracht. Dieses scharf gewürzte und teure Fleisch war früher der mindest geschätzte Ladenbüter, heute aber bildet es einen heiligumstrittenen Gegenstand und wurde unter starkem Andrang restlos verkauft. An Rindsinneren gab es ganze 100 Kilogramm, an Würsten noch weniger. Es trifft sich gut, daß die „Dzög“ endlich in der Lage war, den Preis der eingeführten Blockwürst herabzusetzen, so daß diese von heute an nur K 14-90 fürs Kilogramm kostet.

An die Mindestbemittelten wurde heute gefrorenes Schaffleisch von annehmbarer Beschaffenheit ausgegeben. Es kam aus Graz, doch sind die erwarteten weiteren Sendungen heute nicht eingetroffen und infolgedessen muß morgen wieder Rindfleisch ausgegeben werden.

Nach den Ankündigungen der Regierung sollte heute das Einheitsfleisch mit seinem billigeren Preise Tatsache geworden sein. Man hat sich wieder einmal verrechnet und mußte den Zeitpunkt verschieben, vorläufig auf den 1. März.

Der Geflügelmarkt zeigte das gewöhnliche Bild. Sehr wenig Fettware, einige Magergänse und sehr teure Hühner. Auf dem Fischmarkte belamen einige Händler von der „Dzög“ je 50 Kilogramm kleine Schellfische zu K 3, die reizend abgingen. An Flußfische gab es wenige Karpfen zu K 10 und K 10-50 und Kerslinge, die den Karpfen ähneln, aber klein sind und tödliche Bauchfloßen haben, zu K 8.

Der Raschmarkt hatte 1300 Kilogramm Zwiebel zu K 1-75 und drei Bahnwagen Apfel. Auch einige Vertriebsmärkte hatte die Gemeinde mit Zwiebeln versehen und diese gingen reizend ab. Gemüse fehlen ziemlich allgemein und werden von morgen an durch Dörrengemüse ersetzt.

m. h.

Abgabe von Dörrengemüse.

Die Gemeinde hat Dörrengemüse verteilt, welche für Mitglieder von Verbrauchervereinigungen bei diesen, für alle anderen Verbraucher in leinlich gemachten Verkaufsstellen zum Verlaufe gelangen. Haushaltungen bis zu drei Mitglieder bekommen 100, größere 150 Gramm. Nur auf den Einkaufschein. Die Preise im Kleinhandel sind: Möhren K 1-12, Karotten K 1-16, Salatrüben K 1-06 für 100 Gramm.

Morgen die Buchstaben A bis H.

Selbstversorgung oder Schleichhandel im Palais Schwarzenberg?

Unter dieser Ueberschrift brachten wir am 10. Februar eine Notiz, worin wir der Oeffentlichkeit mitteilten, daß in einem Möbelwagen nebst 93 festverschlossenen „Umzugskolli“ 4000 Eier, 100 Kilogramm Rindschmalz, 50 Kilogramm Schweineschmalz, 30 Säcke Kartoffeln, 6 Säcke Mehl, 2 Säcke Kirschen und 18 Säcke Hafer von Protivin an das Palais Schwarzenberg in Wien einlangten. Wir knüpften an diese Mitteilung die obige Frage. Nun erhalten wir in der nachstehenden Berichtigung Aufklärung:

Unter Bezugnahme auf die in Nr. 38 Ihres geschätzten Blattes am 10. d. unter der Aufschrift „Selbstversorgung oder Schleichhandel im Palais Schwarzenberg?“ gebrachte Notiz erlaube ich mir, Sie in Vertretung Seiner Durchlaucht des Fürsten Johann Schwarzenberg um Annahme nachstehender Berichtigung im Sinne des § 19 des Preßgesetzes zu eruchen.

Unwahr ist, daß die erforderlichen, von den zuständigen Behörden ausgestellten Transportscheine nicht vorgezeigt wurden, richtig ist vielmehr, daß diese Transportscheine bei der Behebung der Sendung nicht nur vorgezeigt, sondern bei dem Bahnamt hinterlegt wurden, wo sie auch heute noch erliegen. — Unwahr ist ferner, daß im Palais Schwarzenberg „bloß Fürstin Ida Schwarzenberg wohnt“, richtig ist vielmehr, daß Fürst Johann und Fürstin Therese Schwarzenberg mit ihrer Familie, sonstigen Begleitung und Dienerschaft im Palais wohnen und daß diese Personen ebenso wie noch demnächst eintreffende Mitglieder der fürstlichen Familie und Dienstpersonale unter der Selbstversorgung des Fürsten stehen und daß die eingeführten Lebensmittel für deren Bedarf bei einem bis Ende Mai in Aussicht genommenen Wiener Aufenthalt ausschließlich zu dienen bestimmt sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung zeichnet ergebenst

Dr. Otto Reich v. Rohrwig.

Nachdem diese Berichtigung alles Tatsächliche nicht bestreitet, sehen wir uns genötigt, die Frage anders zu stellen: Selbstversorgung oder öffentlicher Skandal? Diese Berichtigung deckt den unerhörten Mißbrauch des Selbstversorgungertums auf. In der eingetragenen Absicht, die in der Landwirtschaft Selbsttätigen wegen der Eigenart der landwirtschaftlichen Arbeit und wegen des auf dem Lande bestehenden Mangels an manchen Nahrungsmitteln, die dem Städter zu Gebote stehen, reichlicher mit Brot zu versorgen, ist das Privileg der sogenannten Selbstversorger eingeführt worden. Offenbar sollte der Landwirtschaftsbetrieb und jeder in ihr Tätige diese Günstigkeit erhalten. Die Vorschrift bestimmt (Verordnung vom 12. Mai 1917, § 3):

Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe — somit nicht etwa „Eigentümer von Grundbesitzungen“ — können zu ihrer Ernährung und zur Ernährung der Angehörigen ihres Haushalts (Wirtschaft) — der Zusatz „Wirtschaft“ weist unabweisend auf den mit der Betriebsführung verbundenen, auf dem Lande selbst gelegenen Haushalt des Selbstwirtschafters hin — einschließlich jener Arbeiter und Angestellten, denen freie Kost oder Brotgerichte und Mahlprodukte als Lohn gebühren — 250 Gramm täglich verbrauchen.

Dieser Gesetzestext ist in den Punkten, auf die es hier ankommt, sonnenklar. Der bloße Grundbesitzer, der seinen Betrieb nicht an Ort und Stelle selbst führt, sondern etwa verpachtet, ist nicht selbst Unternehmer — das ist der Pächter. Wenn er ihn als Magnat durch Beamte oder durch eine Güterdirektion bereiben läßt, führt er selbst keinen Betrieb und ist kein Unternehmer eines Betriebes. Wenn er noch dazu in seinem Palais in Wien haust, so besteht nicht der geringste Rechtsgrund für eine Begünstigung: Die Arbeit, die er hier leistet, läßt sich mit der halben Normalration auch noch bestreiten! Trotzdem hat man es zugelassen, daß sich alle Gutsbesitzer als Selbstversorger betrachten und in jeder Form — wenn auch nicht immer in Möbelwagen und in Umzugskolli — sich reichlich eindecken, während die arbeitende Welt rings um sie darbt!

Sie mißbrauchen dieses angemessene Recht weiter, indem sie ihr ganzes Palaienvolk mit den erhöhten Rationen bedenken, derart, daß sie Hofmeister, Souteniers, Fürstler und alles sonstige Volk, das in den Palais Maulaffen feilhält, wie in Sonne und Wind hart arbeitendes Bauernvolk behandeln lassen; desgleichen alle Bettler und Vagabunden, die ihr Haushalt mitschleppen und denen das Standesvorurteil Pflicht und Recht auf Faulheit zubilligt. Dafür aber enthält § 3 auch nicht eine Andeutung. Ausdrücklich schließt er bloß jene Arbeiter und Angestellten ein, denen freie Kost oder Mahlprodukte als Lohn gebühren, somit also Betriebsarbeiter und Betriebsangestellte mit ganzem oder teilweisem Naturallohn. Hauspersonal und Gesinde sind weder Angestellte noch Arbeiter! Welchen Umfang dieser Mißbrauch annimmt, ist daraus zu ersehen, daß die Güterdirektionen mit ihrem ganzen Anhang von Angestellten und Haushaltsangehörigen dasselbe Vorrecht ausnützen. Diese Mißbräuche sind so kraß, daß sie angesichts der darbenenden Massen als öffentlicher Skandal zu bezeichnen sind. Wenn unser Mitarbeiter die wohlwollende Vermutung hegte, daß diese Lebensmittel von den Mustern des Durchhaltens und der Gesetzmäßigkeit selbst verbraucht werden, sondern von untergeordneten Bediensteten dem Schleichhandel zugeführt werden, so tritt er hiemit den hohen Herrschaften das angetane Unrecht ab. Er und wir sind nunmehr ehrlich überzeugt, daß sie als Selbstversorger auch selbst verzehren!

Die Lebensmittelverteilung im Kanton Bern

Am 9. Februar hat der Regierungsrat eine Ausführungsverordnung zum Bundesratsbeschluss vom 2. Februar über die Abgabe von Monopolwaren durch Vermittlung der Kantone erlassen. Die Verordnung ist am 16. Februar vom Bundesrate genehmigt worden und gelangt nun zur Veröffentlichung. Wir notieren daraus:

Lebensmittelamt

Zum Zwecke der richtigen Verteilung der vom schweizerischen Militärdepartement ausschließlich an die kantonalen Regierungen zu liefernden Lebensmittel unter die nachstehend angeführten Handelsorganisationen und zur Sicherung einer gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung des Kantons mit diesen Lebensmitteln wird ein kantonales Lebensmittelamt eingesetzt. Dasselbe steht unter der Oberaufsicht der Direktion des Innern. Der Vorsteher des kantonalen Lebensmittelamtes wird vom Regierungsrat auf unbestimmte Zeitdauer gewählt. Demselben werden die nötigen Hilfskräfte von der Direktion des Innern beigegeben. Die Besoldung des Vorstehers wird vom Regierungsrat, die Entschädigungen der Hilfskräfte werden durch die Direktion des Innern festgesetzt.

Die Verteilungsorgane

Das kantonale Lebensmittelamt verteilt das vom schweizerischen Oberkriegskommissariat dem Kanton Bern gelieferte monatliche Kontingent von Lebensmitteln, für welche der Bundesratsbeschluss vom 2. Februar 1917 über die Abgabe von Monopolwaren durch Vermittlung der Kantone als anwendbar erklärt wird, unter nachgenannte Handelsorganisationen mit folgender Zweckbestimmung: 1. Die Sektion Bern des Verbandes Schweizerischer Grossisten der Kolonialwarenbranche für die Abgabe an die Kleinverkäufer, die Bäcker und Konditoren, die Apotheken, an die öffentlichen und privaten Speiseanstalten, die Gasthäuser und Wirtschaften, die öffentlichen und privaten Spitäler, Pflgeanstalten u. dergl. im Kanton Bern; 2. die Konsumgenossenschaft Bern, für sich und die andern Konsumvereine und Genossenschaften des Kantons, die dem Verband Schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) angehören, für die Abgabe an ihre Mitglieder.

Die Verteilung der Waren unter die Handelsorganisationen geschieht durch das Lebensmittelamt prozentual auf Grund ihrer Angaben über den gewöhnlichen Umsatz der Kleinverkäufer und den Bedarf der genannten grösseren Konsumenten, die von ihnen bedient werden sollen. Die Angaben sind auf Verlangen durch Buchauszüge und nötigenfalls durch Vorlage der Geschäftsbücher zu belegen.

Die grösseren Konsumenten (Ziff. 1 der genannten Konsumenten) haben sich für den Bezug von kontingentierten Lebensmitteln beim kantonalen Lebensmittelamt in Bern anzumelden. Die Angaben der Anmeldung müssen von der Ortspolizeibehörde verifiziert und als wahrheitsgetreu bescheinigt werden. Auf Verlangen sind die Geschäftsbücher vorzuweisen. Für die Lieferung an die Kleinverkäufer und an die Konsumvereine ist deren bisheriger Umsatz maßgebend.

Die monatliche Lieferung von Quantitäten unter 25 Kilogramm kann vom kantonalen Lebensmittelamt bestimmten Kleinverkäufern übertragen werden.

Die Abgabe

Die Abgabe der Waren durch die Handelsorganisationen erfolgt jeweilen nach dem Verhältnis des zugeteilten Kontingentes zum gewöhnlichen Bedarf. Der Kleinverkauf der kontingentierten Lebensmittel zum Verbrauch in der Haushaltung darf nur erfolgen gegen Vorweisung und Abgabe einer Karte, die eine Person zum Bezug einer bestimmten Quantität des betreffenden Lebensmittels für einen Monat berechtigt. Die Karten werden vom kantonalen Lebensmittelamt zu Anfang jeden Monats den Ortspolizeibehörden geliefert. Diese haben dem Lebensmittelamt rechtzeitig die notwendige Zahl mitzuteilen.

Die Karten sind jeden Monat von der Ortspolizeibehörde zu beziehen. Jede Haushaltung ist zum Bezug von so viel Karten berechtigt, als Personen von ihr regelmäßig befristigt werden. Kleinere Kostgebereien sind den Haushaltungen gleichzustellen, sofern die Kostgänger die Hauptmahlzeiten regelmäßig bei ihnen einnehmen.

Abgabemenge

Die Quantität, die vom Kleinverkäufer mittelst Abgabe einer Karte bezogen werden kann, wird jeden Monat auf Grund des vom Bund gelieferten Kontingentes vom Lebensmittelamt festgesetzt. Die Festsetzung wird öffentlich bekanntgemacht, sowie den Gemeindebehörden durch Kreis Schreiben mitgeteilt. Das kantonale Lebensmittelamt sorgt dafür, daß die dem Kanton zugeteilten Waren gleichmäßig, den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechend, unter die Kleinverkäufer, die Konsumgenossenschaften eingeschlossen, verteilt werden. Die Abgabe von Waren an Kleinverkäufer oder Verbraucher außerhalb des Kantons ist untersagt.

Preis

Die vom Lebensmittelamt zugeteilten Waren sind bei der Lieferung bar zu bezahlen. Der Preis wird auf den vom schweizerischen Oberkriegskommissariat berechneten Preis festgesetzt mit einem Zuschlag von 50 Rappen per 100 Kilogramm, der ausschließlich zur Deckung der durch diese Verordnung dem Kanton erwachsenden Kosten verwendet wird.

Aufsicht

Die Aufsicht über die Verteilung der Waren unter die Kleinverkäufer und die grösseren Konsumenten wird vom Lebensmittelamt mit Hilfe der kantonalen Lebensmittelinspektoren und der Ortspolizeibehörden ausgeübt. Beschwerden gegen das Lebensmittelamt werden von der Direktion des Innern unter Vorbehalt des Rekurses an den Regierungsrat beurteilt.

Den Bäckern und Konditoren, sowie den Apothekern ist untersagt, den ihnen zugeteilten Zucker anders als zur Herstellung von Produkten zu verwenden, die im eigenen Geschäft verkauft werden. Die Ortspolizeibehörden haben die bezügliche Kontrolle auszuüben.

Es folgen die bekannten Strafbestimmungen gegen Uebertretungen.

Die Verordnung ist mit der Genehmigung durch den Bundesrat in Kraft getreten.

Der Abend
21. II. 1918

67 A
21

Der Kampf der Christlichsozialen gegen die Marktbeamten.

M. H. Das „Neuigkeits-Weltblatt“ veröffentlicht unter der Überschrift „Eine Dankesfundgebung von Gewerbetreibenden“ folgenden Bericht:

„In einer vorgestern in Rudolfs Gastwirtschaft, 9. Bezirk, Lustbändlgasse, abgehaltenen Wählerversammlung sprach W. Polzer im Namen der Ortsgruppe 9 des Deutschösterreichischen Gewerbebundes dem G. N. Partik den herzlichsten Dank für dessen Verdienste um den Gewerbe- und Handelsstand aus und hob namentlich dessen mannhaftes Eintreten zum Schutze der Gewerbetreibenden gegen das oft allzu scharfe Vorgehen einzelner Behörden hervor. Die Versammlung ehrte Gemeinderat Partik, der Obmann des Wählervereines ist, durch Erheben von den Sitzen.“

Die einzelnen Behörden, die oft allzu scharf vorgehen, sind natürlich die Marktbeamten des 9. Bezirkes. Gegen sie hat Gemeinderat Partik die Gewerbetreibenden mannhaft in Schutz genommen und sogar den Bürgermeister angerufen. Man ersieht aus dem Berichte des „Neuigkeits-Weltblattes“, daß die Gewerbetreibenden die Hege gegen die Marktbeamten fortsetzen, man ersieht auch — und das müssen sich die Verbraucher besonders merken — daß für die Christlichsozialen eine Wählerversammlung gleichbedeutend ist mit einer Versammlung von Gewerbetreibenden und sonstigen Gändlern. Dagegen erfährt man noch immer nicht, was die Wächter im Rathause in dem Kampfe der Händler gegen die Marktbeamten zu tun gedenken, und doch wäre dies das wichtigste, denn wenn sich auch der Sturm gegen die Marktbeamten richtet, so handelt es sich in der Hauptsache doch darum, ob Gemeindebeamte noch das Recht haben, sich der Verbraucher anzunehmen, oder ob es ihre Pflicht ist, ausschließlich die Händlerstand zu schützen. Für die Händler hat die christlichsoziale Partei wiederholt in unzweideutiger Weise Partei genommen. Hat sie für die Verbraucher gar nichts übrig?

Außerdem sollte man die Verbraucher amtlich darüber aufklären, wie es sich mit den Gewichtsabgängen bei Mehllieferungen verhält, ob dies nun die Firma Rainz u. Partik oder einen anderen Großhändler betrifft. Es kommt hierbei nicht bloß die Frage des Geldverlustes in Betracht, denn weit mehr handelt es sich darum, wie alle Verbraucher zu der ihnen gebührenden Mehlmenge gelangen, wenn der Kleinhändler das hierzu erforderliche Mehl nicht in vollem Gewichte bekommt. Von Rainz u. Partik erfährt man, daß sie für größere Gewichtsabgänge Ersatz leisten, doch geschieht dies in Geld, nicht in Mehl. Wie kommen da die Verbraucher zu ihrer Mehlgeldgebühr?

Die Versorgungsfragen.

Die verspätete Preisfestsetzung.

Die Fleischhauerkäden Wiens blieben heute größtenteils geschlossen. Auf den einen war eine Tafel angebracht: „Wegen Warenmangel gesperrt“, auf den anderen aber stand zu lesen: „Wegen noch nicht festgesetzter Höchstpreise wird nicht verkauft“. Also es gab Läden, die über Fleisch verfügten, aber es einfach nicht verkauften, weil die Preise nicht festgesetzt sind. Dafür durften die Käufer sich bei den wenigen Läden, die offen hielten, zu Hunderten anstellen, um dann zu erfahren, daß, wie es z. B. in der Großschlächtereier in der Allee-gasse der Fall war, nur für beiläufig 40 Personen Fleisch ausgegeben werden konnte.

Ähnliche Klagen kommen uns über die Tatsache zu, daß der Feigenkaffeezusatz zwar bei vielen Firmen schon vorrätig ist, aber nicht verkauft wird, weil die Höchstpreise noch nicht festgesetzt wurden. Da wäre es wohl gut, wenn sich der Amissschimmel einmal in Trab setzen möchte.

Die Erhebung des Rindfleischbezuges.

Der Magistrat verkündet: Freitag, den 22. d., beginnt bei den magistratischen Bezirksämtern die Anmeldung des Rindfleischbezuges. Anmeldepflichtig sind: Rindfleisch verarbeitende Selcher und Konervenfabriken, Hotels, Gastwirtschaften, Fremdenpensionen, Speisewirtschaften, Auslochereten, Kantinen, Messen, Klubs, Volksläden, Kriegs-, Gemeinschafts- und Betriebsküchen, Bildungsanstalten, Klöster, Heilanstalten, Sanatorien, Versorgungshäuser, Waisenhäuser, Gefangenenhäuser u. dgl. Kaffeebieder und Delikatessenhändler, die bisher ständig befugtermäßig zubereitetes Fleisch abgegeben haben, die bisher Rindfleisch an ihre Mitglieder abgebenden Konsumentenvereinigungen, Lebensmittelmagazine u. dgl. Es wird hier bemerkt, daß im Sinne der Verordnung unter Rindfleisch auch die Innereien zu verstehen sind.

Es ist für alle Betriebsstätten oder Abgabestellen nur am Sitz des Hauptgeschäftes die Anmeldung zu erhalten. Ferner kann ein Anmeldepflichtiger, auch wenn er mehrere Betriebsstätten oder Abgabestellen hat, nur für alle entweder Extrameat oder Einheitsfleisch anmelden. Fremdenpensionen, Anstalten und auf Mitglieder beschränkte Küchen haben die Anzahl der verköstigten Personen, Körperschaften die Anzahl der bisher Rindfleisch beziehenden Mitglieder anzugeben. Eine Vermehrung dieser Mitglieder darf nicht mehr stattfinden. Die Anmeldung findet beim zuständigen magistratischen Bezirksamte statt, und zwar nach den Anfangsbuchstaben der Anmeldepflichtigen (Familienname, Firma, Anstaltsname, Vereinsname), und zwar A bis G am 22., H bis L am 23., M bis S am 25., Sch, St, T bis Z am 26. d. M. in der Zeit von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends. Ueber die erfolgte Anmeldung werden Amisbestätigungen ausgesolgt, die im Interesse des Anmelders gut aufzubewahren sind.

Der Lebensmittelmarkt.

Auf dem Fleischmarkt der Großmarkthalle war der Verkehr ein äußerst lebhafter. Das Anstellen um Fleisch begann um 3 Uhr früh und bis zur Hallenöffnung warteten über 6000 Personen, Rindfleisch in sämtlichen Sorten war äußerst knapp, Kalbfleisch war nur in ganz geringen Mengen angeboten, Lamm- und Schafffleisch in für den Bedarf unzureichenden Mengen. An die Mindestbemittelten wurden 500 Kilogramm Rindfleisch guter Beschaffenheit abgegeben, seitens der Viehverwertungsgesellschaft wurden 750 Kilogramm Fleisch von notgeschlachteten Tieren zu 5 Kr. unter großem Andrang des Publikums restlos abverkauft. An Rindsinnereien kamen 100 Kilo an Selbstverbraucher zur restlosen Abgabe.

Die Kilogrammpreise im Detailhandel stellten sich heute in der Großmarkthalle wie folgt: Inländisches Rindfleisch: vorderes mit Zuwage Kr. 8.98 bis —, ohne Zuwage 9.48 bis —, hinteres mit Zuwage 8.— bis —, ohne Zuwage 10.98 bis —, ausländisches Rindfleisch: vorderes mit Zuwage Kr. 7.80, ohne Zuwage 8.60, hinteres mit Zuwage Kr. 8.—, ohne Zuwage —, Volksrindfleisch Kr. 8.— bis —, Weiried, Lungenbraten, Rostbraten nicht ausgelöst und ohne Zuwage Kr. 11.62 bis 13.—, Jede hier nicht genannte Sorte Kr. 6.98 bis 9.48. Rindszunge frisch 5.56 bis 6.50, Rindfleisch von notgeschlachteten Tieren 5 Kr., Schweinefleisch mit Karree 10.60 bis 18.—, abgejogenes Schweinefleisch Kr. 10.60 bis 18.—, frisches Schweinefleisch Kr. —, Selb-fleisch Kr. 17.50 bis 18.—, Schinle Kr. — bis —, Speck frisch 9.60 bis 14.—, ger. — bis —, Bauchfleisch 18.— bis 20.—, Schweineschmalz 30.— bis 36.—, Gänsefett roh Kr. — bis —, ausgelassen —, Margarine —, Kalbfleisch: vorderes 5.58 bis 6.20, hinteres 7.40 bis 9.—, Schnitzel und Dries 9.— bis 9.20, Schafffleisch: vorderes 9.— bis 11.—, hinteres 11.— bis 14.—, Lammfleisch: vorderes 8.— bis 9.50, hinteres 10.— bis 12.—, Rihlfleisch: vorderes 8.— bis 9.—, hinteres 9.50 bis 10.—, Rindfleisch: extremer Qualität, vorderes — bis 12.60, hinteres — bis 14.60, Bratenfleisch — bis 17.60 per 1 Kilogramm.

Aus den Beständen der Gemeinde Wien wurden an die Hallenparteien 5000 Kilogramm polnisches Rauchfleisch sehr guter Beschaffenheit, das Kilogramm zu Kr. 17.50 abgegeben. An die Fleischhauer kamen 120 Viertel böhmisches Rindfleisch im Gewichte von 3600 Kilogramm und 276 Stück ungarische Schafe zur Aufteilung. Die Zufuhren per Achse betragen 5153 Kilogramm Rindfleisch und 724 Kilogramm Würste, per Bahn kamen 3 Waggons — 10.600 Kilogramm Fleischwaren, und zwar 1 Waggon aus Ungarn mit 1000 Kilogramm Kleinfleisch Fleisch und Innereien, 1 Waggon mit 5200 Kilogramm Schafen aus Ungarn und 1 Waggon aus Oberösterreich mit 4400 Kilogramm Rindfleisch. Einem sehr starken Besuch erfreute sich der Geflügelmarkt, doch war die Beschickung desselben mit Fettware eine ungenügende, alle übrigen Sorten konnten den Bedarf decken. Wildpret fehlte gänzlich. Der Verkehr auf dem Fischmarkt war sehr lebhaft, doch waren Fluß- und Seefische in nur spärlicher Menge vorhanden. Es gab Karpfen zu Kr. 10.— bis 10.40, Perstlinge zu Kr. 8.— und etwa 300 Kilogramm Schellfische zu Kr. 3.— per 1 Kilogramm, die alle restlos abverkauft wurden. In der Viktualienhalle gelangten nur 1000 Kilogramm Burgunderribben zur Abgabe, an Fleisch wurden 230 Kilogramm Volksrindfleisch abgegeben. An Grünwaren sowie an Äpfeln herrschte Mangel; weiters wurden 50 Kilogramm Brinsen, 10 Dekagramm zu Kr. 1.60, abgegeben. Bahnzufuhren fehlten heute. Auf dem Nachmarkt mußte man sich mit den spärlichen Resten der vorhergehenden Tage begnügen, da keine Zuweisungen eintrafen. Zwiebel kamen 1300 Kilogramm, das Kilogramm zu Kr. 1.74 zum Verfaufe. An Äpfeln kamen 30.000 Kilogramm unter starkem Andrang von Käufern zum restlosen Verfaufe.

Vom Schweinemarkt.

Morgen, Donnerstag, den 21. d., findet im Schweineschlachthause in St. Margrein Verkauf von Schweinen statt, dagegen Innereien mit den Nummern 154 bis 169.

Kerzen gegen Lebensmittel. Daß der Lauscherhandel mit staatlich bewirtschafteten Artikeln unter den Augen der Behörden noch immer weiter gedeiht, beweist wieder ein Inserat im Kleinen Anzeiger der gestrigen „Reichspost“. Dort sucht nämlich ein Herr Steinböck aus Hütteldorf „Kerzen gegen Lebensmittel“ einzutauschen. Daß nun auch die „Reichspost“ für derartige „Geschäftsvermittlungen“ dienen muß, daran ist wohl die Meinung schuld, daß es unter ihren Lesern Leute gibt, die Kerzen zu wenig und Lebensmittel zu viel haben.

21. II. 1918

3A

Minister Prinz Windisch-Grätz über sein Ernährungsprogramm.

Berlin, 20. Februar.

Mit dem ungarischen Ernährungsminister Prinzen Ludwig Windisch-Grätz, der mit dem ungarischen Handelsminister Szterenyi in Berlin eingetroffen ist, um an den heute beginnenden Verhandlungen mit den Delegierten der österreichisch-ungarischen Monarchie, den Sekretionschefs Riedl und Dr. Gray, in unserem Reichsernährungsamt teilzunehmen, hatte ein Mitarbeiter der „Bösischen Zeitung“ eine Unterredung. Der Minister sagte unter anderm, er vertrete den Standpunkt, daß bei der öffentlichen Ernährungsfürsorge in Kriegszeiten die Methode der energischen Requirierung unumgänglich notwendig sei. Es sei wichtig,

sagte er weiter, die Legende zu zerstreuen, als ob Ungarn derartige Ueberschüsse vorhanden wären, daß man ohne Schaden für die eigene Volksernährung den befreundeten und verbündeten Staaten von den Vorräten abgeben könne. In erster Linie gelte, Oesterreich jene Hilfe zu gewähren, deren es in seiner zweifellos schwierigen Lage bedarf, um angesichts der ausgedrungenen Fortführung des Krieges durchhalten zu können. Wenn Ungarn in diesem Jahre, das eine reichere Ernte aufwies, als das vergangene, keinen wesentlichen Getreideüberschuß aufweise, so liege das an der verfehlten Ernährungspolitik, die bisher in Ungarn vorgeherrscht habe. Man hat in den letzten Jahren die Brotsfrüchte dem freien Handel überlassen, worauf sie vom Markte verschwunden seien. Teilweise wurden sie versteckt, teilweise dem Schleichhandel zugeführt. Der ungarische Ernährungsminister will dies dadurch verhüten, daß in Zukunft schon bei der Ernte die ganze Produktion erfasst, konsigniert und eingeteilt wird, um den verbleibenden Ueberschuß dem freien Verkehr, wenn auch nicht der freien Arbitrage, zu überlassen, denn bei den zu erwartenden Ueberschüssen im neuen Jahre habe man in erster Linie zu berücksichtigen, was auch die Verbündeten brauchen und in welchem Maße man sie an der eigenen Produktion teilnehmen lassen könne.

Ueber die Verhandlungen in Berlin sagte er: „Solche Zusammenkünfte stellen einen gemeinsamen wirtschaftlichen Generalstab dar, der gleichsam eine einheitliche Front für die Ernährung dieses Jahres herzustellen bemüht ist.“

Zunahme der Nahrungsmittel- fälschungen.

Der Direktor der Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genussmittel des Allgemeinen Apothekervereins Dr. Moritz Mansfeld erstattet in der Zeitschrift dieses Vereins einen Bericht über die Tätigkeit im abgelaufenen Jahre, dem wir unter anderem folgendes entnehmen:

Im abgelaufenen Berichtsjahr hat sowohl die Zahl der Analysen als auch die Zahl und der Prozentsatz der Beanstandungen den höchsten Stand seit dem Bestehen der Anstalt erreicht. Es betrug die Zahl der untersuchten Proben 1430, von denen 609, also 42,6 Prozent, als verfälscht, verdorben oder gesundheitschädlich erklärt wurden. Es wurde also der Prozentsatz der Beanstandungen von 35 Prozent des Vorjahres noch um ein Beträchtliches überschritten. Eine der Ursachen dieser Erscheinung liegt in dem Umstand, daß die Ueberwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln wegen Verlegens der mit der Aufsicht betrauten Organe infolge Ueberbürdung mit anderen Arbeiten eine sehr mangelhafte geworden ist, so daß Fälscher und andere schädliche Elemente ungestört ihr Handwerk treiben können. Sonst wäre es zum Beispiel unmöglich, daß heute noch, trotzdem vom Sachkomitee des Ernährungsamtes der Handel mit Kakaochalen als Lebensmittel untersagt wurde, dieser Artikel als „Kakaoersatz“ oder auch als „Kakao“ in den Handel gebracht wird.

Die meisten Untersuchungen und Beanstandungen fanden bei Mehl und Mahlprodukten, Konserven und diabetischen Präparaten, Fruchtstücken und Marmeladen, Kakopreparaten, Gemüsen, Fleisch- und Wurkwaren, Essig und Milch statt.

Bei Brotuntersuchungen wurde festgestellt, daß sich darunter ein solches mit mehr als 40 Prozent Wasser, ferner ein Brot mit einem Zusatz von Solamehl (Sägespäne) und anderes Gebäck wieder mit anderen gesundheitschädlichen Zusätzen befand. Die meisten Beanstandungen von Mürken erfolgten wegen Mehlsauertes zu Sorten, bei denen ein solches nicht üblich ist, insbesondere zur Salami.

Was geschieht mit den Warenmengen?

Wie im Morgenblatte berichtet wurde, hat das Kriegswucheramt in einer Reihe von Betrieben, insbesondere bei Speditoren, Fuhrwerkern, Obsthändlern sowie auch in Hotels, Gast- und Kaffeehäusern Nachschau gehalten, bei diesen — noch nicht abgeschlossenen — Hausdurchsuchungen wurden nicht unbeträchtliche Mengen an Lebensmitteln gefunden, so unter anderem 5000 Kilogramm Hülsenfrüchte, 6000 Kilogramm Mehl, 13,000 Kilogramm Körnerfrucht, 4000 Kilogramm Zucker, nahezu 5000 Dosen Kondensmilch und viele andre Waren, die alle beschlagnahmt worden sind. Nun ist die Frage aufgetaucht, was mit diesen Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln geschehen wird.

Handelt es sich nur bloß um geringfügige Quantitäten, so werden dieselben im Besitze der Partei belassen, der jedoch bei rationierten Lebensmitteln für die entsprechende Zeit der Bezugsschein entzogen wird, so daß sie nur in der Lage ist, ihre eigenen Vorräte in genau demselben Ausmaße zu verbrauchen wie alle andern Bezahler solcher Lebensmittel auf Grund des Einkaufsscheines und der Lebensmittelmarken. Erst nach Ablauf der genau zu berechnenden Frist können also diese Personen bei ihren Brotkommissionen wieder einen Einkaufsschein beziehen. Handelt es sich aber um Lebensmittel und Bedarfsartikel in so großer Menge, daß daraus die Hamsterei, respektive der beabsichtigte Handel von selbst erschichtlich ist, so werden die Waren den Parteien unbedingt abgenommen und sichergestellt. Zugleich werden die Vorräte in genauer Spezifizierung sowohl dem Volksernährungs- als dem betreffenden magistratischen Bezirksamte oder je nach der betreffenden Ware der zuständigen Zentralstelle — so zum Beispiel bei Stoffen, Wirkwaren und Schuhen dem Amt für Volksbekleidung — bekanntgegeben. Auf Weisung der Zentralstelle gelangen die Waren sodann durch Vermittlung der magistratischen Bezirksämter auf den

Märkten und in den übrigen Verkaufsstellen zu den gerichtlichen Höchstpreisen zum Verkauf.

In dem Berichte des heutigen Morgenblattes über eine Arbeitswoche des Kriegswucheramtes war die Mitteilung enthalten, daß der Inhaber der Firma Zeltfcher u. Philipp, Herr Edmund Zeltfcher, verhaftet worden wäre. Diese Angabe ist, wie uns mitgeteilt wird, unrichtig. Gegen die Firma wurde das gerichtliche Verfahren eingeleitet, eine Verhaftung des Firmainhabers ist jedoch nicht erfolgt.

Ernährungskonferenzen in Wien.

Aus Budapest, 21. d. M., wird uns berichtet: Kommenben Sonntag findet in Wien eine gemeinsame Ministerkonferenz statt, die sich vorwiegend mit den Ernährungsfragen beschäftigen wird. Von Seiten der ungarischen Regierung werden Ministerpräsident Dr. Wekerle, die Minister Szterehyi, Serenyi und Prinz Windisch-Grätz an den Beratungen teilnehmen.

Eine ernste Mahnung des Ministers Windisch-Grätz.

Aus Budapest, 21. d. M., wird gemeldet: Der Minister für Volksernährung Prinz Windisch-Grätz hat an die Komitatsmunicipien ein Rundschreiben gerichtet, worin es heißt: Die bis zur neuen Ernte noch bevorstehenden Monate bedeuten den schwierigsten Abschnitt für unsere Volksernährung. Die Lebensinteressen des Landes verlangen, daß wir in diesen bevorstehenden schweren Zeiten in Ehren durchhalten. Ich werde mit voller Hingebung trachten, daß alle Bedingungen für eine ausreichende Volksernährung vorhanden seien, und alles

daran setzen, daß die im Lande vorhandenen Lebensmittelvorräte gesammelt und in gerechter Weise an diejenigen verteilt werden, die ihrer am dringendsten bedürfen. Unter den heutigen schwierigen Verhältnissen bedeutet jeder Mißbrauch auf dem Gebiete der Volksernährung ein schweres Verbrechen gegen das Heer, den Staat und die Gesellschaft. Im Bewußtsein meiner Verantwortung werde ich mich mit dem ganzen Einfluß meiner Amtsgewalt gegen diejenigen wenden, die sich ein solches Verbrechen zuschulden kommen lassen.

Zur Anmeldung des Rindfleischbezuges.

Vom Wiener Magistrate wird mitgeteilt, daß bei der heute Freitag für Gastwirte, Körperschaften etc. beginnenden Anmeldung des Wochenbezuges von Rindfleisch und Rindsinnereien diese beiden Fleischgattungen getrennt zur Aufnahme gelangen.

Die Krise im Ernährungsamt.

Im Laufe des gestrigen Tages wurde es bekannt, daß Minister Höfer, der Leiter des Amtes für Volksernährung, sich mit Rücktrittsgedanken trage, eine Nachricht, die niemanden, der nur einigermaßen Gelegenheit gehabt hat, in das Getriebe des Ernährungsamtes hineinzusehen, überraschen wird. Es dürfte ebensowenig überraschen zu erfahren, daß G.M. Höfer sich ernstlich krank fühlt und außerstande ist, den hohen Ansprüchen, welche die Führung der Geschäfte des Ernährungsamtes auch an seine physische Leistungsfähigkeit stellt, gerecht zu werden.

Minister Höfer hat vor mehr als Jahresfrist sein schweres Amt angetreten. Er hat den besten Willen mitgebracht, seiner Aufgabe gerecht zu werden, umfassende Kenntnisse und, was besonders hervorgehoben zu werden verdient, ein tiefes soziales Empfinden. Er war mit ganzem Herzen bei der Sache. Aber seine Amtsführung litt an den aus seinen Vorzügen sich ergebenden Fehlern. Er war unstreitig ein bequemer Minister, bequem für jedermann, nur nicht für sich selbst. Vor eine vollkommen neue Aufgabe gestellt, im Mittelpunkt einander widerstreitender Parteiinteressen, ungeschult im politischen Verkehr, an der Spitze eines Amtes, das er sich erst selbst ausbauen mußte, dessen Leitung einen unbeugsamen Willen, eine eiserne Faust erfordert, gezwungen, stets auf der Hut zu sein vor den Kriegshänen, die skrupellos in der Wahl der Mittel, die Kriegsnot des Staates zum eigenen Vorteil auszubeuten trachten, im immerwährenden ehrlichen Kampf gegen unehrliche Gegner ist Minister Höfer schließlich zermürbt worden.

Schon seit langem war es klar, daß Minister Höfer in diesem Kampfe nicht Sieger bleiben werde. Sein ehrliches Bestreben, allen Wünschen gerecht zu werden, hat ihn aus einer unerquicklichen Situation in die andere gebracht, das Nachgeben auf der einen Seite hatte Repressalien auf der anderen zur Folge, die rückwärtend die Ursache neuer Kämpfe bildeten. Kämpfe, bei denen G.M. Höfer zu seinem eigenen Schaden allzusehr mit seinem Herzen engagiert war. Er war zu weich, wo er hätte hart sein sollen und unnachgiebig; er hat sich zu sehr führen lassen, wo er hätte führen sollen. Und als er nicht mehr Richtung halten konnte, wurde er nervös und vertrug nicht einmal mehr die Kritik. Das Ausschalten der Kritik aber hat noch jedem in gleicher oder ähnlicher Lage mehr geschadet als selbst ein gehässiges Herabsetzen der vollbrachten Leistungen. Man hat seit einiger Zeit vom Ernährungsamt kaum etwas gehört, nichts Schlechtes, aber auch nichts Gutes. Und so hat man in der allgemeinen Not vergessen, was Minister Höfer Gutes und Bleibendes geschaffen hat, was aber der Allgemeinheit nicht in dem Maße zu Nutzen gereichen konnte, wie es wünschenswert gewesen wäre und von der Not der Zeit geboten. Eine Reihe der bestgemeinten und auch gut angelegten Maßnahmen haben vollkommen versagt oder das gerade Gegenteil von dem erreicht, was sie bezweckt haben, aus dem Grunde, weil alle möglichen und unmöglichen Einflüsse von Zwischeninteressenten imstande waren, vom eingeschlagenen Wege abzulenken. So ist es gekommen, daß heute alle unzufrieden sind, die Produzenten, weil sie zusehen müssen, wie andere mühelos an den Dingen verdienen, die sie selbst hervorgebracht, die Verbraucher, weil sie, ohne sich helfen zu können, das Opfer einer immer steigenden, nie in dem Maße gerechtfertigten Teuerung werden und in ihrem Unmut das Ernährungsamt auch für

Vorgänge verantwortlich machen, auf die es keinen Einfluß hat.

G.M. Höfer scheidet aus seinem Amt, weil es ihm nicht gelungen ist, das Schicksal zu meistern, das ihm andere bereitet.

Nach den Äußerungen des Ministerpräsidenten Dr. R. v. Seidler soll Ernährungsminister Höfer tatsächlich so ernstlich erkrankt sein, daß er unmöglich sein Amt weiter versehen kann. Als Nachfolger wird G.M. Seidler genannt. Die deutschen Agrarier sind jedoch der Meinung, daß es besser wäre, wenn man diesen Posten nicht mehr mit einem Militär, sondern einer zivilen Persönlichkeit besetzen würde und schlagen den Grafen Larisch, den Sohn des Landespräsidenten von Schlesien, vor. Graf Larisch jun. ist Mitglied des Ernährungsbeirates und hat infolge seiner umfangreichen Kenntnisse auf dem Gebiete des Ernährungswesens wiederholt die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf sich gelenkt.

Der Rücktritt des Ministers Generalmajor Höfer.

Wien, 21. Februar.

Generalmajor Höfer hat die Absicht kundgegeben, von seiner Stelle an der Spitze des Ernährungsamtes zurückzutreten. Als er vor vierzehn Monaten sein Amt antrat, hat er gewiß den besten Willen mitgebracht, er ist manchem vernünftigen Ratschlag zugänglich gewesen und seine guten Intentionen sollen nicht bezweifelt werden. Aber zunächst fand er bei seinem Amtsantritte ganz unmögliche Verhältnisse vor. Trotzdem die gesamte Deffentlichkeit, insoweit es die damals herrschenden Penjurverhältnisse gestatteten, mit aller Energie dafür eingetreten war, daß die Ernährungsfragen in einer Hand vereinigt, in einem Amte konzentriert werden sollen, war dieser Ruf ungehört verhallt. Nebeneinander und gegeneinander arbeiteten die Zentralstellen, die Landesstellen in der Ernährungsfrage. Die Befehle einer Behörde wurden durch die Verordnungen der anderen durchkreuzt, und so herrschte beim Amtsantritte des Generalmajors v. Höfer ein wahres Chaos. Wenn nun endlich unter seiner Leitung eine Zentralisierung aller Fragen des Ernährungswesens erfolgte, so ist man doch auch hier nicht bis zur äußersten Konsequenz gegangen und hat nicht ein eigenes Ernährungsministerium errichtet, so daß in vielen Fällen dieser eigenartigen Behörde des Ernährungsamtes die entsprechende Exekutive fehlte, und wir hatten wohl einen Ernährungsminister, aber kein Ernährungsministerium. Dieser Ernährungsminister trat, beladen mit den Sünden einer Vergangenheit, ins Amt, er schleppte diese Sünden in vielen Fällen, sogar in den wichtigsten Belangen weiter fort.

Oesterreich war in der Ernährung in Friedenszeiten von Ungarn abhängig, geradeso wie Ungarn seinen Bedarf an Industrieprodukten nicht ohne Mithilfe Oesterreichs decken konnte. Diese Abhängigkeit mußte sich während des Krieges noch wesentlich verschärfen, als die Ernteerträge nicht bloß durch die Ungunst des Wetters, sondern durch die nicht entsprechende Feldbestellung immerfort zurückgingen, als wichtige Gebiete, aus denen in Friedenszeiten Oesterreich Getreide, Kartoffeln, Vieh, Gemüse bezog, Kriegsschauplätze wurden und sohin nicht mehr ihre Ueberflüsse den Großstädten und den Alpenländern zuführen konnten. Man hatte ruhig zugeesehen, daß Ungarn sich von Oesterreich absperrte und sich weigerte, mit Oesterreich einen gemeinsamen Ernährungsplan festzustellen. Ueber jeden Waggon Getreide, Vieh und Fett oder Futtermittel, der nach Oesterreich zugelassen werden sollte, mußten lange Konferenzen stattfinden, bei denen auf den

Bedarf Oesterreichs nie Rücksicht genommen, sondern nur gewissermaßen gnadenweise bestimmte Kontingente nach Oesterreich entsendet wurden, wobei nicht einmal immer die von Ungarn gegenüber Oesterreich übernommenen Verpflichtungen tatsächlich eingehalten wurden. Es ist sicher, daß GM. Höfer zu wiederholtenmalen versucht hat, diesen unglücklichen Zustand zu ändern. Aber selbst die Besteuerung des OM. v. Landwehr, welcher berufen war, diese Differenzen zwischen beiden Reichshälften auszugleichen, konnte hier nicht Wandel schaffen und ein Großteil der Ernährungsschwierigkeiten in Oesterreich ist auf diese Haltung Ungarns zurückzuführen.

Aber auch innerhalb Oesterreichs verzochte der scheidende Minister die Schwierigkeiten in der Ernährungsfrage nicht zu besiegen. Bald gab es Widerstände in einzelnen Ländern, durch welche versucht wurde, selbst innerhalb Oesterreichs die Einheitlichkeit des Produktions- und Verkehrsgebietes in Ernährungsfragen zu durchbrechen, bald war es der Widerstand der Agrarier, die nicht nur in der Preispolitik in ungünstiger Weise eingriffen, sondern auch manchen anderen Maßregeln teils aktiven teils passiven Widerstand entgegensetzten. Und als zuletzt angesichts der steigenden Mehlnot die Herabsetzung der Verbrauchsquote für Selbstverfolger festgesetzt wurde, eine Maßregel, deren Durchführung an Schwierigkeiten stoßen mußte, die aber doch vom Standpunkte der Gerechtigkeit unerläßlich war, fand er wieder den energischen Widerspruch der agrarischen Kreise. Dadurch wurde wohl nicht die Aufhebung dieser Maßnahme durchgesetzt, aber der passive Widerstand der ländlichen Bevölkerung gegen alle Verfügungen des Ernährungsamtes gesteigert; der Rest ist ungleichmäßige Versorgung von Stadt und Land und das Blühen eines beispiellosen Scheinhandels, der sich zum Teil als Tauschverkehr vollzieht.

Wenn der Minister heute aus seinem Amte scheidet, so wird ihm der redliche Wille, Einheitlichkeit in das Chaos zu bringen, nicht abgesprochen werden, aber die Anzahl der erlassenen Verordnungen steht im umgekehrten Verhältnis zu dem erreichten Resultat. Manche unter seinem Regime aufgestellte Theorie — es sei nur an die widerspruchsvollen Maßnahmen in der Kartoffelfrage erinnert — wurde vom Ernährungsamte in nicht zu langer Zeit nach ihrer Veröffentlichung selbst zum alten Eisen geworfen und so die Gleichgültigkeit der Bevölkerung gegen kriegswirtschaftliche Maßnahmen der Regierung unterstützt, die auch ganz gesunde Ideen lebensunfähig machte. Doch stand sein Schicksal in erster Linie in unlöslichem Zusammenhang mit der Haltung Ungarns.

Die ungarische Regierung hat die Verpflichtung, in der Ernährungsfrage Oesterreich entsprechend Hilfe zuzuführen, nicht in genügender Weise erfüllt. Sie dazu zu zwingen, konnte der Wille und der Wunsch eines Ministers nicht genügen, sobald nicht die gesamte Regierung, hinter welcher allerdings ein einiges Parlament stehen mußte, ihm zur Seite stand. Auch den Agrariern gegenüber konnte General Höfer insoweit seinen Willen nicht durchsetzen, als auch diese Kreise aus politischen Gründen den besonderen Schutz politisch mächtiger Parteien genossen. So ist sein guter Wille und seine zweifellos vorhandene Energie an der Macht der Verhältnisse gescheitert.

Der Krieg und die Lebensmittel

Wieder sammelten sich schon in den ersten Nachmittunden vor der Großmarktgasse einige tausend Wienenser an, die ihre Nachträge geordert hatten, um nur in dem Kampfe ums Fleisch nicht zu spät zu kommen. Die Gasse verfügte über 8000 Kilogramm Rindfleisch, 10.000 Kilogramm gesalzenes und 4000 Kilogramm frisches Schweinefleisch, einige Schweine und einige Kalber. Dant diejen (verhältnismäßig) besseren Angebot konnten die meisten der erschienenen Verordner ein Stücken Fleisch erringen und so kam die Verlegung schon um 8 Uhr statt ab. Während der Preis des frischen Schweinefleisches K 10.60 betrug, kostete das milder gewagte gesalzene K 13 und so wandte sich die Menge vor allem dem frischen zu, doch in den späteren Stunden wurde auch das gesalzene flott gekauft. Das zugeführte Schafffleisch stammt von sehr mageren Tieren und kostet seit gestern K 14.60 (für Vorderes) und K 15.20 (für Hinteres). Trotzdem ging es reißend ab. Die Kalber, die zu Maritz kommen, sind sehr unentwickelt, aber dennoch ist das Kalbfleisch wegen seiner Billigkeit überaus begehrt und wo ein Kalb ausgehakt wurde, wimmelte es von Bewerbern. An Notschlachtungsfleisch gab es nur 200 Kilogramm. Das Angebot des Wildbretmarktes bestand in 80 ungarischen Hasen und etwas Firschefleisch.

Deutliche Kennzeichen der Lage sind auf dem Geflügelmarkt wahrzunehmen. Gestern wurden die Preise erhöht und nun kosten: Fettgänse und Fetteenten K 26.75, Truthühner K 18.50, Junghühner K 18.50 und Suppenhühner K 17.50, alles für 1 Kilogramm. Und zu diesen Preisen finden sich Käufer! Man stelle sich vor, über welches Einkommen Leute, die sich das leisten können, verfügen müssen. Die polnischen Gänse der Gemeinde zu K 11.60 und einige Fleischgänse der Verkaufsgesellschaft zu K 14.60 fanden reißenden Absatz.

Auf dem Fischmarkt hatten nur zwei Stände geöffnet. Bei Hofbauer gab es, wie täglich, lebende Karpfen zu K 10 und bei der „Nordsee“ tote Karpfen zu K 10.40. Die „Nordsee“ hat in Ungarn eine größere Lieferung abgeschlossen und wird von heute an täglich in allen Verkaufsstellen ungarische Karpfen feilhalten.

Nach längerer Pause gab es heute wieder einmal Gartenergemüse, auf dem Raschmarkt sogar 4000 Kilogramm. Außerdem kamen Möhren zu Markte, einiges Wurzelgemüse und Äpfel.

Endlich eine günstige Botschaft aus Galizien! Die erste größere Eierlieferung, die mehrere Bahnwagen umfaßt, ist unterwegs und wird in wenigen Tagen in Wien eintreffen. Später als sonst kommen heuer die galizischen Eier, daß sie auch teurer sein werden, ist selbstverständlich, denn die Not hat die Verbraucher wehrlos gemacht und die Behörden verlagern gegenüber den heutehungrigen Agrariern. m. h.

**Erschöpfung der Vorräte an Lebensmitteln in
den besetzten Gebieten von Italien.**

Das Kriegsministerium veröffentlicht einvernehmlich mit dem Armeekommando folgende, in „Streffleus Militärblatt“ reproduzierte Weisung: Die Lebensmittel der besetzten Gebiete Italiens reichen nicht mehr aus, um den Bedarf der Armee und der Bevölkerung zu decken. Da die Vereifung zur Orientierung über Vorräte oder die Vornahme von Käufen zwecklos und unter den gegenwärtigen Verhältnissen störend ist, können Einreisewilligungen für den Bereich der Südwestfront zum Zwecke der Beschaffung von Lebensmitteln nicht erteilt und Gesuche um solche vom Kommando der Südwestfront oder vom Armeekommando nicht berücksichtigt werden.

Die Leitung des Ernährungsamtes.

Der Nachfolger des Ministers G.M. Höfer.

Gestern wurde als Nachfolger des Ministers für Volksernährung G.M. Höfer, dessen Rücktritt gestern gemeldet worden ist, der Bürgermeister von Linz Reichsratsabgeordneter Dr. Dinghofer genannt. Dr. Dinghofer brächte für dieses verantwortungsvolle Amt hervorragende Fähigkeiten mit, die sich schon praktisch erwiesen haben. Er hat in allen Körperschaften, in denen er bisher auf dem Ernährungsgebiete tätig war, Hervorragendes geleistet, und seinen Bemühungen ist es zu danken, daß Linz heute zu den bestversorgten Städten Oesterreichs gehört.

Eine Reihe von Vorkehrungen, die später in anderen Städten Oesterreichs und von Staats wegen getroffen wurden, sind schon weit früher in Linz dank der Anweisung Bürgermeister Dr. Dinghofers getroffen worden. So hat die Stadt das sogenannte Straßburger System unter Anpassung an die lokalen Verhältnisse vor allen anderen Städten Oesterreichs und dem Staate übernommen, der dieses System dann beim Fleischverkauf an die Mindestbemittelten anwendete.

Die Persönlichkeit des zurückgetretenen Ministers G.M. Höfer wurde bereits gestern gewürdigt. Ergänzend sei noch bemerkt, daß G.M. Höfer auch an den Folgen der Unterernährung leidet. Er gehört nämlich, wie er selbst einmal den Arbeitern erklärt hat, zu den wenigen Leuten, die sich trotz ihres höheren Einkommens und ihrer gehobenen sozialen Stellung streng an die Ernährungsvorschriften halten, ohne sich auf Hintertreppen irgendwelche Zubußen zu verschaffen. Dieser Umstand hat das Befinden des arbeitseifrigen Mannes sehr beeinträchtigt, und wenn auch mancherlei amtliche Widerwärtigkeiten und politische Quertreibereien seinen Rücktrittsentschluß beeinflusst haben, hat der Gesundheitszustand G.M. Höfers gewiß eine entscheidende Rolle gespielt.

Einschränkung der Lebenshaltung

Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement teilt mit:

Der Bundesrat hat einen Beschluss über die Einschränkung der Lebenshaltung gefasst, der im wesentlichen die folgenden Bestimmungen enthält:

Fleischlose Tage

a) Einschränkung des Fleischgenusses. Sowohl in Gasthäusern und Restaurants, als auch in Privathäusern ist an zwei Tagen der Woche (Dienstag und Freitag) der Genuss des Fleisches von Haustieren des Rindvieh-, Schweine-, Ziegen-, Schaf- und Pferdegeschlechtes jedermann verboten. Mit Rücksicht auf die Interessen des Gasthof- und Wirtschaftsgewerbes musste indessen der Genuss von Leber, Nieren, Hirn, Milken, Herz, Lungen, Kutteln, Gefröse, Blut- und Leberwürsten gestattet werden, zumal als die Eierbestände und die Eierproduktion des Landes äußerst bescheiden sind und die Schweiz nicht über viele Fische verfügt. Die Billigkeit gebot, daß Privathaushaltungen keinen andern Bestimmungen unterworfen wurden als Gasthäuser und Wirtschaften.

Nur für die letztgenannten Betriebe gilt eine weitere Bestimmung des Beschlusses, wonach mit einer Mahlzeit nur eine Fleischspeise oder eine Eierspeise genossen werden darf. Als Fleischspeisen gelten auch Geflügel und Wildbret, nicht aber Fische. Von einer Anwendung auch dieser Bestimmung auf die Privathäuser wurde Umgang genommen.

Von den beiden Bestimmungen können für besondere Festlichkeiten und Feierlichkeiten die Kantonsregierungen oder von diesen bezeichnete Amtsstellen Ausnahmen bewilligen. Ebenso sind solche vorgesehen für Spitäler und Sanatorien.

Verbot der Rahmabgabe

b) Im Interesse der Milchversorgung wird allgemein verboten, Rahm in irgend einer Art und Weise zu verkaufen oder in den Verkehr zu bringen. Damit wird also insbesondere die Abgabe von Schlagrahm (geschlagener Nidel) auch in Gasthäusern und Cafés, sowie in Konditoreien in jeder Form untersagt.

Besondere Vorschriften für das Gastgewerbe

c) Für Gasthäuser, Wirtschaften, Konditoreien und ähnliche Betriebe gelten ferner die folgenden Einschränkungen: Es dürfen mit Kaffee Tee und andern Getränken für eine Portion nicht mehr als 15 Gramm Zucker abgegeben werden. Die Verwendung von Zucker zum Ueberziehen von Konditoreiwaren (Glacieren), sowie der Verkauf solcher Waren sind verboten.

Butter darf nur noch zum ersten Frühstück oder zu Zwischenmahlzeiten verabreicht werden, bei denen weder eine Eierspeise noch Fleisch verzehrt wird. Es fällt somit in Gasthöfen und Restaurants die Möglichkeit weg, Butter mit Vorspeisen (hors d'oeuvres) den Gästen anzubieten. Die gleichzeitige Abgabe von Butter und Käse, zum Beispiel zum Frühstück, wird untersagt.

Verbot der Herstellung von Eierteigwaren

d) Die Herstellung von Eierteigwaren zum Zwecke des Verkaufes ist verboten. Unsere Eierbestände sind, wie schon erwähnt, gering, so daß die Fabrikanten von Eierteigwaren um die Erlaubnis einkamen, kleinere Quantitäten von Eiern, als die Lebensmittelpolizeigesetzgebung vorschreibt, für die Teigwaren zu verwenden. Der Bundesrat zog vor, durch ein direktes Verbot eine klare Situation zu schaffen.

Der Vollzug

Der Vollzug des Beschlusses steht dem Volkswirtschaftsdepartement zu, welches Ausführungsvorschriften erlassen und Ausnahmen gestatten kann. Die Durchführung der Vorschriften des Bundesratsbeschlusses und der Ausführungsbestimmungen des Volkswirtschaftsdepartements ist Sache der kantonalen Verwaltungs- und Polizeiorgane, ebenso die Verfolgung und Beurteilung der Zuwiderhandlungen gegen die Strafbestimmungen, die im Beschlusse enthalten sind.

Der Beschluß tritt am 5. März in Kraft.

Batocki über den Ernährungsplan 1917.

Der zur Beratung der Ernährungsfragen eingesetzte besondere Ausschuss des Reichstages trat heute zu seiner ersten Sitzung zusammen, um den Wirtschaftsplan für das kommende Erntejahr zu beraten.

Präsident v. Batocki verwies auf die Notwendigkeit, den Plan so rechtzeitig festzustellen, daß alle Beteiligten sich danach einrichten könnten. Die Grundsätze des Planes sollten spätestens bis 15. März veröffentlicht werden. Ueber den Plan selbst könne er sich vorerst nur unverbindlich äußern, da zuvor die Bundesregierungen, der Bundesrat und der große Ernährungsbeirat sich damit zu befassen hätten, und das weite Ende nächster Woche geschehen. Der Präsident äußerte sich sodann über die Bestandsaufnahme und die vorhandenen Vorräte, die knapp seien und vorzüglich bewirtschaftet werden müßten. Die Bestandsaufnahme bedürfe einer sorgfältigen Nachprüfung, zumal noch nie so viel ungedroschens Getreide dabei festgestellt worden sei, wie diesmal. Auch die Kartoffelaufnahme habe kein vollständig richtiges Bild ergeben, da wegen des ungewöhnlich starken Frostes die Mieten nicht geöffnet werden konnten. Die vorzugsweise Zuwendung von Aufträgen an die östlichen Mühlen habe sich infolge der Transportschwierigkeiten nicht als gut erwiesen. Die Mühlenpolitik werde also eine Uenderung erfahren müssen. Die Erfassung aller vorhandenen Lebensmittel sei eine Notwendigkeit. Er hoffe, daß alle Beteiligten dafür volles Verständnis haben und die Rationierung willig hinnehmen werden.

Der Verfall von Brotgetreide müsse durch verschiedene Mittel entgegengetreten werden. In den meisten Bezirken geschehe auch in diesem Punkte das Mögliche. Die Ablieferungsstellen auf dem platten Lande würden immer mehr und systematischer ausgebaut. Von der Reichsstelle in Berlin aus könne nicht alles gemacht werden, es müßten die Landesstellen tatkräftig mitwirken. Ein Hauptaugenmerk sei auf die Bereitstellung von Frühgemüse und Frühobst zu richten, das durch die öffentliche Wirtschaft den Verbrauchern zuzuführen sei. Der Anbau von Frühkartoffeln insbesondere im Rheinland und Westfalen solle nachdrücklich gefördert werden und die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln ab 1. Juli erfolgen.

Der Präsident besprach sodann die Vorschläge der 12 Hochschul-Lehrer auf eine andere Preisfestsetzung für Brotgetreide sowie für Vieh und Fleisch. Er begrüße diese Vorschläge, deren Objektivität sich schon aus den Angriffen ergebe, denen sie von rechts und links ausgesetzt gewesen seien. Er müsse erklären, daß eine Erhöhung des Weizen- und Roggenpreises ohne gleichzeitige Herabsetzung der Rindvieh- und Schweinepreise unannehmbar sei. Eine Preis-erhöhung für Brotgetreide sei bedingt durch die Lage des Weltmarktes und die Bedürfnisse der Produktion, die Herabsetzung der Viehpreise durch die Rücksicht auf die Verbraucher. Der Bayerische Ernährungsbeirat habe bereits im Juli vorigen Jahres dahingehende Vorschläge gemacht, die jetzt den Kern des neuen Planes bildeten.

Das Reich werde infolge des großen Fleischbedarfes des Heeres bei der Preisherabsetzung mehrere hundert Millionen einsparen, die nach den Vorschlägen der Verbrauchervertreter verwendet werden sollten, um eine Preissteigerung der Lebenshaltung der Minderbemittelten hintanzuhalten. Schließlich wäre auch möglich, trotz Erhöhung der Brotgetreidepreise den Brotpreis auf der gleichen Höhe zu halten; dabei müßten die Gemeinden mitwirken und sich auch dazu äußern.

Die vom Reichstagsausschuss geforderte Untersuchung der Spannung von Vieh- und Fleischpreisen sei im Gange. Es gebe Fleisch, die nur 50 Pfund wöchentlich absetzen und einen Zuschlag für ihre Lebenshaltung erheben. Ob hier eine Zusammenlegung angebracht sei, werde zu erwägen sein. Ähnlich lägen die Verhältnisse im Gemüsehandel, so daß einzelne Gemeinden z. B. auf Kohl-rüben bis zu 500 v. H. Preiszuschlag auf Kosten der Verbraucher bewilligt hätten. Hier müsse eingegriffen werden, und es sei verwunderlich, daß über derartige Vorläufe in der Öffentlichkeit wenig oder gar nicht gesprochen werde, obwohl sie bei der Preisbildung eine geringe Rolle spielten. Die Bewirtschaftung der Getreide solle anders erfolgen als bisher. Getreide werde in der Hauptsache zur Brotbereitung verwendet, sie werde deshalb der Futtermittelstelle entzogen und der Reichsgetreidestelle überwiesen.

Bezüglich der Kartoffeln sei geplant, den Preis im ganzen Reich und für das ganze Jahr auf 5 Mark den Zentner festzusetzen; dabei solle unter Aufsicht der Reichskartoffelstelle den südlichen Bundesstaaten und dem Westen gestattet sein, bis zu 6 Mark zu gehen.

Vom Standpunkt der Verbraucher sei das Wichtigste die Versorgung mit Brotgetreide und Kartoffeln. Die Zuweisung eines Mindestmaßes habe die Bevölkerung mit wahren Heldenmut ertragen, und dafür gebühre ihr die höchste Anerkennung. Ausreichende Versorgung in Getreide und Kartoffeln müsse für alle, in Milch mindestens für Kinder und Kranke ermöglicht werden. Eine Erhöhung der Fleischration könne jedoch nicht mehr wie früher in Aussicht gestellt, zugesagt werden. Eine Hauptsache sei, Erhaltung der Milchleue und Förderung der Milch- und Buttererzeugung.

* (Einkäufe.) Früher hatte man die Qual der Wahl — jetzt hat man die Wahl der Qual. Was mit anderen Worten ungefähr folgendes heißt. Wenn man früher einmal in einen Laden gegangen ist, um eine Krawatte zu kaufen, so lag, kaum daß man diesen Wunsch am geeigneten Orte, vor dem bedienenden Herrn — der sich inzwischen in eine bedienende Dame verwandelt hat — vorgebracht, ein wahres Krawattenparadies vor einem ausgebreitet, türmten sich auf dem Ladentisch Seidenmärchen zuhauf, haushalten, blähten sich, in hundert Farbennuancen schillernd, wahre Schlips- und Schärpenwunder. Von allen Seiten kamen die Schachteln angefliegen, mindestens drei jüngere Kräfte waren aufgeboten worden, die Kartons von den obersten Regalen, aus den tiefsten Kellerräumen zu holen, so daß der Käufer, angesichts dieses verschwenderisch ausgebreiteten Reichthums in die töblichste Qual der Wahl geraten mußte, da seine Absicht war, bis zum Höchstpreis von fünf Kronen sich zu versteigen . . . Aber so waren die Geschäftsleute in früheren Zeiten, daß sie, um fünf Kronen einzunehmen, Waren im Werte von einigen tausend Kronen herbeischleppen ließen. Der Kommiss konnte sich nicht genug Verneigungen, Verbeugungen leisten. Wer eine Krawatte — immer dieselbe, unscheinbare, armselige Krawatte erstanden hatte, den entließ er erst, nachdem er nach dem Hemdenvorrat, nach seinem Wäschebestand überhaupt sich auf das angelegentlichste erkundigt, nachdem er ihm die neuesten Pyjamamuster, Strumpfbänder, natürlich auch in allen Farben, Taschentücher, Hosenträger, Parfüms und Kragen vorgelegt. Es war einmal . . . Es gehörte innerhin Energie und Geschicklichkeit dazu, diesen Unpreisungen, Verlockungen und Zudringlichkeiten zu entfliehen. Hatte man die Straße, die Krawatte in der Tasche, glücklich erreicht, atmete man auf und war zufrieden. Nun versuche man heute irgend etwas, ein halbes Paar Strümpfe einzukaufen. Den Bezugsschein muß man natürlich in der Tasche haben. Das ist unerlässliche Bedingung und Voraussetzung, da man, ohne ihn, vor den Augen feiner Verkäuferin Gnade finden würde. Hat man sich mit diesem wichtigen Dokument ausgewiesen, kriegt man endlich ein Paar Strümpfe vorgelegt. Wirklich ein Paar. Das ist die Auswahl, die einem geboten wird. Wer besonders mutig veranlagt ist und irgend etwas von „zu stark in der Ausführung“ murmelt, der bekommt höchstens ein Achselzucken zur Antwort. Das ist das einzige vorrätige Muster. Es ist direkt ein Glücksfall, ein Zufall natürlich auch, daß es überhaupt noch vorhanden ist. Strümpfe, die aus wirklicher Wolle gefertigt sind . . . Einmal hätte man natürlich — falls irgend ein Kommiss der Welt es gewagt hätte, diese oder eine ähnliche Antwort zu geben, gefragt, woraus Strümpfe denn sonst gemacht sein sollten? Wer heute darf man sich das natürlich nicht trauen. Erstens, weil die Verkäuferin empfindlich sein kann und man dann gezwungen ist, abzugeben und in einem anderen Geschäft mit seinem Bezugsschein sein Glück zu versuchen, zweitens und wichtigstens aber, weil man gewärtig sein muß, eines Tages zu hören, daß die Strümpfe aus Vinoleumabfällen oder Korkrobenprodukten nunmehr hergestellt werden . . . Da nimmt man also das vorgelegte Paar. Verlangt man — ohne Rücksicht auf den geforderten Preis noch fünf Paar, damit das halbe Duzend voll ist, so wird einem dieses nur wenn besondere Protektion am Werk ist, ausfolgt. Die Verkäuferin unterläßt jedoch nicht, zu bemerken: „Sie tun uns gar keinen Gefallen, wenn Sie gleich sechs Paar nehmen . . . Das können wir nur ganz ausnahmsweise geben. Schließlich wollen ja die anderen Leute auch noch was kaufen . . .“ So haben die Zeiten sich geändert . . .

Volksernährung.

Der Leiter des Amtes für Volksernährung hat seine Demission gegeben. Das nunmehr verwaisete Amt arbeitet in den alten ausgefahrenen Gleisen weiter, ohne auch nur im entferntesten imstande zu sein, der Not des Augenblicks gerecht zu werden. Wir sind beim Amt für Volksernährung an unliebsame Ueberraschungen gewöhnt. Die Bevölkerung hat derartige Phasen, wie wir eine jetzt wieder zu erleben Gelegenheit haben, schon zu oft mitgemacht. Der Vorgang ist immer derselbe. Zuerst Versprechungen, ein verhältnismäßiges rosiges Ausmalen der Zukunft, dann, wenn die Bevölkerung auf ihrem Scheine zu bestehen beginnt, vorerst ein Zurückweichen, das Eingeständnis eines Rechenfehlers, dann Unterdrückung der Kritik, Abwälzen der Schuld auf alle möglichen und unmöglichen Faktoren und als Endergebnis das zwar nicht eingestandene, aber unleugbar vorhandene Unvermögen, auch nur bescheidenen Ansprüchen an eine der wichtigsten Organisationen des Staates zu genügen. Es fällt keinem Menschen bei, vom Ernährungsamt Unmögliches zu verlangen, es fällt niemandem bei, das Ernährungsamt als eine Art Tischlein deck dich anzusehen, das uns plötzlich mitten in der allgemeinen Kriegsnot mit auserlesenen Genüssen in reichster Fülle beschert. Was wir aber verlangen können, was wir verlangen müssen, ist ein restloses Erfassen des Vorhandenen, eine nach einheitlichen Gesichtspunkten zu erfolgende Disponierung des Lebensmittelverkehrs und eine gerechte Verteilung unter die Verbraucher.

Seit gestern gibt es wieder „Störungen“, d. h. das Versagen der Verkehrsdispositionen hat dazu geführt, daß in Wien ein hoffentlich vorübergehender Fleisch- und Brotmangel eingetreten ist. Eine äußere Ursache für das augenblickliche Versagen des Zuschubes ist mit dem besten Willen nicht ersichtlich. Wir haben in der letzten Zeit weder Schneeverwehungen gehabt, noch Hochwasser, noch scharfe Fröste; im Gegenteil, die Witterung war günstig wie in anderen Jahren selten um diese Zeit, günstig sogar für den Transport von Kartoffeln, Rüben und anderen wasserhaltigen Früchten. In die letzte Zeit fallen auch keinerlei militärische, den Lebensmitteltransport behindernde Maßnahmen. Es kann nicht ein einziger Umstand angeführt werden, der die Lebensmitteltransporte in irgend einer Form ungünstig hätte beeinflussen können und der nicht als gegebene Tatsache schon längst hätte vorausgesehen und berücksichtigt werden müssen. Was soll erst werden, wenn wirklich irgend ein unvorhergesehenes Ereignis eintritt, dem gegenüber menschliche Kraft machtlos ist? Jedermann erinnert sich noch an die Versprechungen, die Minister Höfer im vorigen Herbst gemacht hat. Wir alle wußten, daß mit dem Minderertrag der letzten Ernte zu rechnen sein werde. In uns allen wurde die Hoffnung auf große Zuschübe aus Rumänien erweckt. Als diese Zuschübe nicht in dem erwarteten Maße eintrafen, hieß es, Verkehrsschwierigkeiten behinderten die regelmäßigen Transporte. Hat sich denn das Ernährungsamt nicht ausgerechnet, wieviel Eisenbahnzüge und in welchen Zwischenräumen zur Bewältigung der notwendigen Mengen erforderlich sein werden? Konnte das Ernährungsamt damals wirklich nicht voraussehen, ob es möglich sein werde, die Bedürfnisse der weniger produzierenden Gegenden zu befriedigen oder nicht? War es wirklich angezeigt, durch Austeilung von kleinen Zubußen unter dem gleichzeitigen Versprechen einer baldigen Erhöhung der Mehlgelöhne der Bevölkerung eine günstigere wirtschaftliche Lage vorzutauschen, wenn man sich die Notwendigkeit vor Augen hielt, später nicht einmal die dringendsten Bedürfnisse befriedigen zu können?

Wir haben, ohne daß ein positives Resultat zu verzeichnen wäre, eine Reihe von Ernährungsdebatten in beiden Häusern des Reichsrates über uns ergehen lassen, wir haben von sein ausgeklügelten Plänen gehört, ohne daß auch nur ein einziger dieser Pläne in fühlbarer Weise verwirklicht worden wäre. Wir waren nur Zeugen einer ziel- und zwecklos hin

und herschwankenden Ernährungspolitik, deren höchste Weisheit darin bestand, ein Loch aufzureißen, um ein anderes zuzustopfen. Als eine berechtigte Kritik einsetzte, nicht um dem Staate zu schaden, sondern um die Verhältnisse zu bessern, wurde diese Kritik nicht nur unterdrückt, es wurde sogar der durch nichts zu rechtfertigende Versuch unternommen, durch schönfärbische Artikel der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. Nun ist unsere Ernährungspolitik bei dem Ende angelangt, zu dem es kommen mußte. Der Leiter des Amtes hat demissioniert, niedergebeugt in einem Kampfe, den durchzustehen er zu schwach gewesen war, das Amt selbst ist verwaiset, ein Tummelplatz einander widerstreitender Interessen. Nicht Minister Höfer hätte demissionieren sollen, sondern das System der Organisationslosigkeit und Unfähigkeit hätte kapitulieren müssen.

Wird der neue Mann, dem die Leitung des Amtes anvertraut werden wird, auch imstande sein, Wandel zu schaffen, wird er die Kraft haben, alle die Fesseln, die ihm, innerhalb seines Machtbereiches, innerhalb des Amtes selbst, über Willkür, Bürokratismus und Sonderinteressen anlegen, zu sprengen, um unbehindert, ohne rechts und links zu sehen, nur das eine gesteckte Ziel zu verfolgen? Wir brauchen ebenso notwendig wie unser tägliches Brot — soll unser Ernährungswesen nicht in sich selbst zusammenbrechen — nicht nur einen neuen Minister, wir brauchen eine durchgreifende Reorganisation des gesamten Betriebes, an Haupt und Gliedern. Denn die Aufgabe der nächsten Monate wird keine leichte sein: Sicherstellung und Verteilung der Vorräte, um das Durchhalten bis zur nächsten Ernte zu ermöglichen und die Vorarbeiten zur Einbringung und restlosen Erfassung der nächsten Ernte. Das sind Aufgaben, denen das Ernährungsamt, wenn es in derselben Weise weiter wirtschaftet, wie bisher, nicht gerecht werden können. Wir aber wollen vor einer Neuaufgabe der Ernährungskrise bewahrt sein.

Ein Ernährungsdictator.

Die Aufgaben des künftigen Ernährungsministers.

Von Reichsratsabgeordneten Dr. Alois Seifinger.

Jedermann muß zugestehen, daß Minister Höfer, der seine Demission gegeben hat, ein Mann war, der von den besten Absichten geleitet die Geschäfte des Ernährungsamtes übernommen hat. Freilich mag es angenehmer und vorteilhafter sein, an die Spitze eines Amtes zu treten, das man selbst nach eigenem Ermessen und Erfahrung eingerichtet hat. Wie man ein Kleidungsstück nicht ohne weiteres in ein anderes zurechtschneiden kann, so vermag man auch einem Amt, das nach bestimmten Normen geschaffen wurde, nicht ohne weiteres ein anderes Gesicht zu verleihen. Vielfach wurde dem gewesenen Ernährungsminister der Vorwurf gemacht, er hätte nicht genügend Energie gehabt, um gegen die einzelnen Interessentengruppen vorzugehen, er wäre viel zu nachgiebig nach allen Seiten gewesen, kurz ein Mann voller Kompromisse.

Betrachten wir aber die Verhältnisse wie sie wirklich sind, so müssen wir sagen: Was nützt alle Energie, wenn dem betreffenden Minister die Förderung und Unterstützung sowohl des Gesetzes als auch der Verwaltung fehlt. Die gesetzlichen Bestimmungen, die hinsichtlich des Ernährungswesens bestehen, geben ihm nur ein Teilrecht. Wegen der verschiedensten Aktionen mußte er die Zustimmung der anderen Ministerien erbitten, was Zeit in Anspruch nahm, übrigens wurde die Unterstützung nicht selten verweigert. Was den Verwaltungsorganismus, der ihm unterstand, anbelangt, so war er zum großen Teil gar nicht für Ernährungsfragen, beziehungsweise zur Abstellung der bestehenden Schwierigkeiten eingerichtet.

Das beschaufliche Leben mancher Bezirkshauptleute mußte gründlich gestört werden, die Autonomie vieler Gemeinden mußte in vielen Punkten beiseite gesetzt werden. Die Folge waren Widersprüche und Proteste aller Art. Unter diesen Umständen wäre es ein Wunder, wenn jemand dieses Amt, mit dem, was man „Energie“ nennt, führen könnte, da ihm überall Widersacher, allerorts gestützt, entgegenstanden. . . . Was Minister Höfer fehlte, war die diktatorische Macht in allen Ernährungsfragen. Er mußte allein in allen Fragen entscheiden können, alle anderen Institutionen, wie immer sie hießen, militärische und zivile, Ministerien, Landesstellen und Gemeinden, sie sollten sich seinem Urteil und seiner Entscheidung fügen.

Wer immer nunmehr die Stelle des Ernährungsministers erhält, sei es nun ein Militär, ein höherer Staatsfunktionär oder ein Parlamentarier — er vermag nichts auszurichten, wenn nicht dem Ernährungsminister volle Unabhängigkeit und diktatorische Gewalt in Ernährungsangelegenheiten zugewilligt wird. Es ist höchste Zeit, daß das Ernährungsamt reformiert und in ein Ministerium verwandelt werde, dessen Entscheidungen nicht erst die vorherige Approbation anderer Faktoren bedürfen. Der Minister muß aber auch gegenüber Ungarn mit allem Nachdruck auftreten können. Der Mann, der an die Spitze gestellt wird, bedarf des Vertrauens der Allgemeinheit. Auch Ungarn muß wissen, daß das, was der Minister will, als der Allgemeinheit entsprechend und deren billige Forderung angesehen wird.

Der neue Ernährungsminister muß vor allem trachten, der schwer geprüften Bevölkerung von Wien, die durch den Krieg am härtesten mitgenommen wurde, beizuspringen. Das „Durchhalten“ wurde den Wienern bisher nicht leicht gemacht. Wer die Straßen der Stadt durchschreitet und die Gesichter der Kinder, die abgehärmten Frauen und Männer sieht, der kann sich ein Bild von dem machen, was die Wiener Bevölkerung im Krieg erduldet und still erträgt. Die Irresponsibilität

Sorgensgüte der Wiener ist es, die sie alle Mühsal mit Geduld ertragen läßt. Pflicht des neuen Mannes, des kommenden Ministers, wird es sein, für die Ernährung der Großstädte seine volle Kraft einzusetzen und durch entsprechende Requisitionen, wo sie notwendig sind, aber auch durch Verhinderung der Verderbnis der Waren in den Lagerhäusern und anderen Orten, weiter durch Vermittlung von Zuschüssen aus Ungarn der Bevölkerung Wiens und der übrigen Städte, über das letzte und schwerste Stadium des Krieges hinwegzuhelfen.

Hamburgs Wirtschaftslage.

Eine nationalliberale Tagung.

* Hamburg, 23. Februar.

Dreißig Mitglieder der nationalliberalen Reichstagsfraktion sind in Hamburg eingetroffen, um sich über die Wirtschaftslage unseres Welthafens, die durch den Krieg zu einer Notlage geworden ist, zu unterrichten.

Reichstagsabgeordneter Dr. Stübmann, der den Vorsitz der Versammlung übernahm, erklärte: Hamburg müsse befürchten, daß man den Wert der ersten Seehafenstadt des Reiches im Binnenlande noch nicht erkannt habe.

Führende Männer der Hamburger Kaufmannschaft hielten sodann neun Vorträge, die Hamburgs Sorgen im Kriege und seine Wünsche für die Zeit nach dem Kriege eindrucksvoll schilderten.

Der Präsident der Handelskammer, Hege, klagte über die Konzentrierung des gesamten Geschäftsverkehrs bei den Berliner Kriegesgesellschaften und über die fast ausschließliche Vergebung von Seereslieferungen an die Berliner Industrie. Zum Schluß forderte er besondere Rücksichtnahme auf den Außenhandel, die Ausfuhrindustrie und die Schifffahrt bei der Demobilisierung.

Ueber „Einfuhrhandel und Uebergangswirtschaft“ sprach Alfred O'Swald. Er lehnte Staatsmonopole oder Zwangs syndikationen für Einfuhrartikel ab. Während der möglichst kurz zu bemessenden Uebergangszeit müsse die Ueberwachung der Einfuhr nur durch eine Reichswirtschaftsstelle an den Einfuhrplätzen geschehen. Ferner forderte er den Abbau des Reichskommissariats für Ein- und Ausfuhrbewilligungen und möglichst schnelle Beseitigung der Devisenordnung, bei deren Fortbestand der Wiederaufbau des Ueberseegegeschäfts vollkommen unmöglich sei, ebenso das Aufhören der Kriegswuchererverordnungen. Ueber die Zuteilung des Schiffsraumes ist nach den neuen Grundsätzen, die das Reichswirtschaftsamt aufstellt, eine Verständigung zwischen den Wirtschaftsstellen und der Reedereivertretung herbeizuführen.

Die Maßnahmen zur Wiederaufnahme des Außenhandels nach dem Kriege skizzierte George Simon, Vorsitzender des Vereins Hamburger Exporteure. Er forderte die Ersetzung der den Exporteuren von den Feinden zugefügten Schäden, damit nicht die großen Ausfuhrhäuser, die Pioniere der deutschen Industrie und des Ausfuhrhandels den Mut verlieren. Möglichst umfangreiche und baldige Lieferung von Waren nach dem Kriege sei nötig. Für den Ausfuhrhandel dürften weder Mindest- noch Höchstpreise festgesetzt werden, die Exporteure müßten über ihre Auslandsguthaben frei verfügen können. Solange die Einfuhr von Rohstoffen kontingentiert wird, müssen diejenigen Fabrikanten besonders berücksichtigt werden, die sich verpflichten, einen bestimmten Teil davon an Ausfuhrwaren zu verarbeiten, da für die Verbesserung der deutschen Valuta wie für die Wiederanknüpfung der überseeischen Handelsbeziehungen eine sofort einsetzende Ausfuhr von größter Wichtigkeit ist. Die unter dem Schlagwort Mitteleuropa ins Auge gefaßte Ausdehnung des deutschen Handels kann nach Ansicht des Redners die Ausfuhr nach Uebersee nicht ersetzen, wie er an Hand der Ausfuhrstatistik belegt.

Für den Großhandel forderte Herr Klöpper dessen möglichst baldige Wiedereinschaltung, sowie Milderung und baldige Aufhebung der Kriegsverordnungen und nachdrückliche Vertretung der Forderungen im feindlichen Auslande.

Unter den Vorträgen, die Otto Friedeberg für das Thema „Getreidehandel und Krieg“ aufstellte, ist zu erwähnen, daß Deutschland außer Getreide noch mehr der Futtermittel und Delaateinfuhr bedürfte. Professor Dr. Brud sprach über die „Zukunft der Exportversicherungen“, die künftig auf nationaler Grundlage aufzubauen seien. Dr.-Ing. Stenzel schilderte die Hamburgische Industrie vor, während und nach dem Kriege. Da für den Schiffbau und die Exportindustrie geeignetes Gelände nur noch wenig vorhanden sei, sollte Hamburg geeignetes Industriegebiet durch Abtretung oder Austausch an der Elbe überweisen werden. Schließlich schilderte Direktor Bernhard Sulzmann von der Hamburg-Amerika-Linie die Sorge der Seeschifffahrt. Man solle sich nicht auf Grundsätze für die Regelung der Uebergangswirtschaft festlegen, angesichts der noch unabsehbaren Dauer des Krieges, der stetigen Wandlung der Weltwirtschaftslage, dem zunehmenden Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen. Für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte wird angesichts der ständig steigenden Materialpreise außer dem Reichszuschuß eine erhebliche Kapitalanwendung der Reeder selbst erforderlich. So ist als eine der wichtigsten Friedensforderungen der deutschen Reeder die Erlangung einer Entschädigung für die Abnahme und Vernichtung der deutschen Handelsschiffe durch die

feindlichen Staaten zu bezeichnen. Unbedingt erforderlich sei eine lückenlose Wiederauslieferung sämtlicher früher von Schifffahrt und Handel in Uebersee benutzten und von den feindlichen Regierungen beschlagnahmten Anlagen.

25./II. 1917

91

Die Tätigkeit des Landes-Volksernährungsrates.

Budapest, 24. Februar.

Das Arbeitsprogramm, das der Landes-Volksernährungsrat zu bewältigen hat, ist so reichhaltig und umfaßt so wichtige Fragen, daß ihre Lösung der gründlichsten Vorbereitung bedarf. Zu diesem Zwecke wurden mehrere Subkommissionen gebildet, die sich mit den einzelnen Fragen zu beschäftigen und ihre Vorschläge dem Plenum zu unterbreiten haben.

Eine der Subkommissionen hat sich der Lösung der wirtschaftlichen Fragen zu widmen und besteht aus

zwei Teilen, deren Aufgabe die Regelung der Produktion, beziehungsweise der Verwendung der Vorräte bildet. Als Präsident der wirtschaftlichen Subkommission fungiert Alexander v. Weferle, die beiden Gruppen der Subkommissionen leiten Nikolaus v. Ostrołuczky und Ladislaus v. Beöthy.

Das Arbeitsprogramm der wirtschaftlichen Subkommissionen ist: Vorbereitung der neuen Ernte; Steigerung der Produktion von Fleisch, Fett und Milch; Verwendung der Getreideernte und der Milchvorräte; Verhinderung der mehrfachen Verletzung der einzelnen Konsumenten; Verwendung der Eiervorräte; Regelung des Verkehrs von Kaffeesurrogaten und von Paprika; Feststellung der Preise der Zuckerwaren.

Nicht minder reichhaltig ist das Programm der Subkommission, in deren Wirkungskreis alle Fragen industrieller Natur gehören, und zwar: Verhinderung von Mißbräuchen auf dem Gebiete des Warenverkehrs und Bekämpfung des Kettenhandels; Beschaffung der zur Produktion von Lebensmitteln nötigen Arbeitskräfte und Regelung der Arbeitslöhne; Verpflegung der in der Kriegsindustrie beschäftigten Arbeiter; Erzeugung von Fett usw.

Die Beratungen dieser Subkommission leitet Ladislaus v. Beöthy oder dessen Stellvertreter Dr. Gustav Graf. Außerdem gibt es noch eine Subkommission für polizeiliche und Rechtsfragen, die folgende Aufgaben hat: Kontrolle der Zentralen und Regelung aller einschlägigen Rechtsfragen; Schutzmaßnahmen gegen den Schmuggel; Kontrolle der Preise; Ausdeutung und Ahndung aller Mißbräuche auf dem Gebiete des Warenverkehrs.

An der Spitze dieser Subkommission stehen Graf Karl Rhuen-Héderváry und dessen Stellvertreter Reichstagsabgeordneter Kószta.

Die einzelnen Subkommissionen haben sich bereits an die Verwirklichung ihres wichtigen Programms gemacht, und schon bisher fanden mehrere Sitzungen zur Besprechung der brennendsten der erwähnten Fragen statt. Die wirtschaftliche Subkommission hielt gestern eine Sitzung, auf deren Tagesordnung die Frage einer Steigerung der Fleisch-, Fett- und Milchproduktion stand. Bezüglich der Steigerung der Fleischproduktion wurden der Subkommission von Seiten des Volksernährungsamtes folgende Fragen vorgelegt:

Ist unter den jetzigen Verhältnissen eine Steigerung der Fleischproduktion notwendig und möglich?

Mit welchen Maßregeln könnte eine solche Steigerung erzielt werden? Besonderes Gewicht ist hier auf die Regelung der Futtermittelfrage, Inanspruchnahme des Tierbestandes und Abwicklung des Schlachtviehverkehrs zu legen.

Ist eine Ausdehnung der Höchstpreise auch auf die lebenden Tiere wünschenswert?

Sollen die Höchstpreise für das ganze Land festgesetzt werden?

Wie man sieht, bietet schon die Frage der Steigerung der Fleischproduktion allein der Subkommission so reichen Stoff, daß sie zu dessen gründlichen Verarbeitung mehrerer Sitzungen bedarf. Die nächste Sitzung findet Montag nachmittags statt.

Heute vormittag wurden außerdem die Regelung des Verkehrs von Paprika und Kaffeesurrogaten besprochen, während im Laufe des Nachmittags unter dem Voritze des Ministerialsektionsrates Julius v. Kékely eine Sitzung mit folgender Tagesordnung abgehalten wurde:

Verhinderung einer mehrfachen Versorgung der Konsumenten. Viele Konsumenten werden nämlich von zwei oder mehr Seiten mit Lebensmitteln versehen. Es gibt z. B. Genossenschaften, die ihre Mitglieder mit Mehl, Fett usw. versehen; diese Mitglieder werden also nicht nur von der Behörde versehen, die für die ganze Bevölkerung zu sorgen hat, sondern auch von ihrer Genossenschaft. Durch Abschaffung dieses Anfalls würde eine bedeutende Streckung der vorhandenen Vorräte erzielt werden können.

Die Subkommissionen fassen bindenden Beschlüsse, sie haben bloß die Aufgabe, Vorschläge zu erstatten, die erst vor das Plenum des Volksernährungsrates und in letzter Instanz vor den Präsidenten des Volksernährungsamtes gelangen, der dann endgültig über die einzelnen Fragen entscheidet.

In den letzten Tagen wurde in der Hauptstadt davon gesprochen, das Volksernährungsamt trage sich mit der Absicht, das Verbot des Verkaufs von Milchkafee zurückzuziehen und zu versuchen, die Milchfrage ohne diese Maßnahme zu regeln. Wie wir nun von zuständiger Seite erfahren, ist wohl diese Idee angeregt worden, kann jedoch derzeit nicht verwirklicht werden. Es bleibt also vorläufig alles beim alten!

25./II. 1917

92

(Fragen der Mehrproduktion.) Im Rahmen des gestrigen Diskussionsabends der Soziologischen Gesellschaft hielt — wie bereits im Morgenblatte erwähnt — Gustav Leopold unter dem Titel „Agrarfrage und Mehrproduktion“ einen interessanten Vortrag. In seinen Ausführungen ging der Vortragende von dem Grundsatz aus, daß die Fragen der Besitzpolitik und der Mehrproduktion von dem großen Komplex der Wirtschaftsfragen und insbesondere der sozialen Probleme nicht getrennt verhandelt werden können. Der Hinweis auf Deutschland und dessen hohen Bodenertrag kann nicht ohne weiteres als Vergleichsbasis herangezogen werden, wenn wir die Rückständigkeit der ungarischen Landwirtschaft behandeln. Gar groß sind die Unterschiede der Produktionsbedingungen zwischen Ungarn und dem Deutschen Reiche auch auf dem Gebiete der Agrikultur. Die deutsche Landwirtschaft arbeitet mit billigerem Kredit und mit wohlfeilerem künstlichem Dünger; auch die in der Landwirtschaft benötigten Industrieartikel, Maschinen, Geräte, Hilfsmittel und Materialien sind dort bedeutend billiger, so daß die Produktionskosten weit hinter jenen der ungarischen Landwirtschaft zurückbleiben. Und wie groß ist erst der Unterschied der Kulturstufe zwischen den deutschen und den ungarischen Landwirten? Soziale Organisation, Hygiene, Arbeiterversicherung, Wohnungswesen und Wohlfahrtsinstitutionen befinden sich hierzulande gegenüber Deutschland in den ersten Anfängen. Die unerläßliche Vorbedingung der Mehrproduktion bildet also eine umsichtige, wohlwollende Sozialpolitik, die dem Bauernstande eine gesunde Entwicklung sichert. Was die heizumstrittene Frage der landwirtschaftlichen Verlärtigung unserer Großbanken betrifft, so ist der Vortragende der Ansicht, daß die großen Pachtungen von seiten der Banken dem Zwecke der Mehrproduktion zweifellos förderlich sein werden, doch hält er dieses System aus besitzpolitischem Gesichtspunkt für gefährlich, da es statt einer gesunden Bodenverteilung der Konzentrierung der Grundbesitze, also der Latifundienbildung Vorschub leiste. Die Mehrproduktion hänge aber von der Schaffung zahlreicher intensiv wirtschaftender Kleinbetriebe ab, in denen der auf eine höhere Kulturstufe emporgehobene Bauer all jene Produktionsmethoden verwirklicht, die zu einer Steigerung des Bodenertrages zu führen vermögen.

25. / I. 1917

93

(Vorträge über die Mehrproduktion.) In der Soziologischen Gesellschaft wurde heute die Diskussion über die Fragen der Mehrproduktion fortgesetzt. Eugen Varga behandelt die Arten, durch die die Arbeitsleistung des Landes gesteigert werden könnte. Hier kommt zunächst die Förderung der Produktivität der Arbeitsmethode in Betracht. Dieser Weg ist jedoch für Ungarn in den nächsten 10 bis 20 Jahren ungangbar, da das Vermögen und das Kapital im Kriege kleiner geworden sind. Die zweite Art wäre die Rationalisierung der Arbeit: mit denselben Einrichtungen größere Leistungen zu erzielen. In Ungarn steht der Landwirt aber noch immer auf der Grundlage des Nahrungsprinzips. Nur zu Zeiten, als die Landwirte kein standesgemäßes Auslangen fanden, schritten sie zur Steigerung der Produktivität ihrer Wirtschaft. Der kleine Landwirt, das Bauerntum ist aber jedem Fortschritt abgeneigt. Eine wichtige Grundlage der Mehrproduktion wäre eine durchgreifende Reform des Unterrichtswesens. Der Zusammenhang zwischen der Schulung der Bevölkerung und dem Bodenertrag ist evident, da die Länder des Analphabetismus den geringsten Bodenertrag liefern. Vom Gesichtspunkte der rationalen Wirtschaft ist es irrelevant, ob der Besitz groß oder klein ist. Auf Großgrundbesitzern finden wir gute und schlechte Wirtschaft und auf kleinen ebenfalls. Allein die zerstreuten kleinen Parzellen sind unbedingt nachteilig. Die dritte Art wäre die Vermehrung der Verhältniszahl zwischen Arbeitenden und Nichtarbeitenden. Als Mittel hiezu wären zu erwähnen: die Verminderung der Bürokratie und die Ausschaltung der überflüssigen Vermittler. Hieher gehört die Tatsache, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter Ungarns einen bedeutenden Teil des Jahres ohne Arbeit verbringen; laut eines Ausweises des Ackerbauministers verliert das Land auf diese Weise 120 Millionen Arbeitstage im Jahre. Dem müsse insbesondere durch die Zerstückelung der Großgrundbesitze abgeholfen werden, denn vom Gesichtspunkte der Ausnützung der Arbeitskraft überragt der Kleinbesitz den großen ganz entschieden. Was schließlich die Frage der Arbeitsintensität betrifft, ist diesbezüglich ebenfalls der kleine Besitz im Vorteil. Das größte Hindernis der Entwicklung unserer Landwirtschaft sind die schlechte Entlohnung unseres landwirtschaftlichen Gesindes und der Arbeiter, ihre primitiven Lebensbedingungen, ihr niedriger Lebensstandard. Mit schlecht bezahlten Arbeitern läßt sich eben keine rationelle Wirtschaft betreiben. Auch die Industrialisierung des Landes wäre ein wirksamer Hebel zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität. Nicht die Höhe der Getreidepreise fördert den Bodenertrag, sondern ein hoher Kulturgrad des Landes. — Sodann erörterte Gustav Leopold die Frage der Mehrproduktion in ihrem Zusammenhang mit dem Problem der wirtschaftlichen Annäherung zu Deutschland.

25./II. 1918

96

Die wirtschaftlichen Konferenzen zwischen Österreich und Ungarn. Beratungen über Ernährungsfragen.

Wien, 25. Februar.

In den gestern hier abgehaltenen Konferenzen der österreichischen und der ungarischen Minister sind die zwischen Österreich und Ungarn schwebenden Ernährungsfragen besprochen worden.

Die Absicht ist dahin gerichtet, daß Österreich und Ungarn hinsichtlich der Ernährungsfragen nach möglichstem Einvernehmen vorgehen.

Bei der Bestreitung der Lebensbedürfnisse spielt natürlich auch die Frage des Einkaufes eine wichtige Rolle. Es sind daher die Modalitäten der Beschaffung der Lebensmittel, beziehungsweise des Einkaufes gemeinsam durchgesprochen worden.

Die gestrigen Konferenzen haben den ganzen Tag in Anspruch genommen. Am Vormittag wurde die Frage der Versorgung mit Fleisch, am Nachmittag mit den anderen Nahrungsmitteln verhandelt.

Von ungarischer Seite wurde die Bereitwilligkeit ausgesprochen, der schwierigen Situation in Österreich möglichst gerecht zu werden und den Wünschen nach Anshilfe entgegenzukommen. Zu positiven Abmachungen ist es jedoch nicht gekommen. Die ungarischen Vertreter erklärten, sie müßten erst selbst nähere Erhebungen über die Vorräte in Ungarn pflegen, bevor sie bindende Zusagen machen könnten. Die Stimmung wird jedoch als keine ungünstige bezeichnet und man glaubt, daß in den nächsten Verhandlungen weitere Fortschritte erzielt werden dürften.

Die gemeinsame Ministerkonferenz begann gestern um 4 Uhr nachmittags und währte bis 7 Uhr abends.

Der ungarische Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle und der ungarische Handelsminister Dr. Josef Szerenyi sind gestern nacht von hier nach Budapest zurückgekehrt.

Finanzminister Dr. Popovics und Ackerbau-
minister Graf Szerenyi verbringen auch den heutigen
Tag noch in Wien.

Der Antrag des Reichsritters v. Hohenblum.

Von Herrn Professor Dr. Kobatsch (Wien) erhalten wir die folgende Zuschrift:

Sehr geehrte Schriftleitung!

Zu meinem unter dem Titel „Unsere künftige Wirtschaftspolitik“ geschickten Aufsatze, welcher die Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Graz behandelt, erlaube ich mir folgenden Nachtrag zu senden:

Vom österreichischen Standpunkte aus ist es wohl nicht tunlich, sich mit den Beratungen und Beschlüssen des Bundes ungarischer Landwirte vom 22. d. M. zu befassen, da sie in der Hauptsache innerungarische Angelegenheiten betreffen. Wohl aber darf man vom Standpunkte der österreichischen Wirtschaftspolitik, und auch von dem der Wirtschaftspolitik der Monarchie, zu dem Antrage Stellung nehmen, welchen ein Oesterreicher, Reichsritter v. Hohenblum in der erwähnten Versammlung des Bundes ungarischer Landwirte einbrachte und der dort auch angenommen wurde. Herr v. Hohenblum gehört zu jenen Wirtschaftspolitikern, welche durch den Krieg nicht umgelernt haben, weder in wirtschaftlicher, noch in politischer Hinsicht. Daran mag vielleicht sein hohes Alter schuld sein, was entschuldigend vorgebracht werden soll. In der Sache selbst aber, glaube ich, hat Dr. Graz recht, wenn er nicht die Wiedererneuerung der in der Vergangenheit gegenüber den Balkanstaaten betriebenen Handelspolitik wünscht. Wenn in der Tat die Veterinärverhältnisse in den Balkanländern — und Hohenblum erwähnt insbesondere die Türkei — nicht entsprechend sein sollten, so ist es vor allem anderen auf das entschiedenste zurückzuweisen, diese Angelegenheit gerade jetzt, wo wir mit Bulgarien und der Türkei vereint um unsere gemeinsame Existenz kämpfen, in der Öffentlichkeit zur Sprache zu bringen. Aber auch abgesehen von dieser politischen Bedeutung des Antrages muß angesichts der außerordentlich schwierigen Ernährungsverhältnisse, namentlich angesichts der ungemein großen Fleischknappheit und der außerordentlich hohen Fleischpreise, jeder neuerliche Versuch, die Vieh- und Fleischeinfuhr zu droffeln, rückhaltlos zurückgewiesen werden, zumal dann, wenn der Staatsverwaltung genügend Mittel zur Verfügung stehen, durch Untersuchung den Gesundheitszustand der einzuführenden Tiere oder des einzuführenden Fleisches an der Grenze einwandfrei festzustellen und die etwa berechtigten veterinärpolizeilichen Bedenken dadurch zu entkräften. Die neuerliche Verkündung des Grundsatzes: Keine Lebendvieheinfuhr aus „seuchenverdächtigen“ Ländern, muß aber nicht bloß vom Standpunkte des Konsums, sondern auch von dem der gesamten Volkswirtschaft auf das allerkräftigste abgewiesen werden.

Was nun den Ausgleich betrifft, so wird es der schon vor dem Kriege durch die, damals allerdings noch vergleichsweise bescheidene, Teuerung der Lebensmittel ohnehin auf das empfindlichste getroffenen Bevölkerung der mittleren und unteren Wirtschaftsschichten außerordentlich schwer fallen, in eine Erhöhung der Viehzölle, die wahrlich nicht gering waren, zu willigen, und man wird sich mit dieser Erhöhung nur dann abfinden können, wenn man berücksichtigt, daß inzwischen die Preise so außerordentlich in die Höhe gingen (und auch nach dem Kriege wahrscheinlich nicht ohne weiteres ermäßigt werden), daß die Zölle in der Tat eine verhältnismäßig geringere Belastung der Einfuhr bedeuten als früher. Aber auch als sehr wichtige Verhandlungszölle können erhöhte Viehzölle wenigstens Erklärung finden. Daß aber die extremen Agrarier sich mit dieser Erhöhung nicht zufrieden geben, falls nicht auch die Sperrung der Grenze gegen Lebendvieheinfuhr vereinbart wird, kann unmöglich ein Grundsatz unserer Ausgleichs- und Handelspolitik sein. Das gleiche gilt von dem unter mindestens denselben Ernährungsbedingungen leidenden Deutschen Reich, und es ist nicht anzunehmen, daß das Deutsche Reich die von Hohenblum dargestellte Vieheinfuhrpolitik in der Zukunft betreiben wird. Wenigstens hat der kürzlich tagende Bund der Landwirte seinen Beschluß in diesem Sinne gefaßt. Man muß daher die Beschränkung der Veterinärpolizei auf wirkliche veterinäre Fälle fordern, andererseits aber auch mit Rücksicht auf unsere Waffenbrüderschaft mit der Türkei die Einflussnahme darauf, daß das dortige Veterinärwesen seiner etwaigen Mängel erklidet werde. An diesen Reformen müssen wir bereitwilligst mitwirken, damit der Handelsverkehr mit diesen für uns so wichtigen Gebieten nicht unnötigerweise abermals beeinträchtigt werde.

In vorzüglicher Hochachtung
Wien, 24. Februar 1917.
Professor Dr. Kobatsch.

Ein schlechter Ratschlag.

Wir haben in unserer Sonntagsnummer den „Ratschlag“ der „Arbeiter-Zeitung“ besprochen, die anlässlich der Kürzung der Mehlration für diese Woche der Wiener Bevölkerung riet, einfach bei den Brotkommissionen mehr Brot zu „verlangen“. Zu diesem „Ratschlag“ der „A.-B.“ verlaublich nun das k. k. Volksernährungsamt:

„In einem Wiener Morgenblatte vom 24. d. wurde die Frage erörtert, ob es nicht möglich wäre, sich für den Betrag an Verschleißmehl seiner Brotart Brotmarken ausfolgen zu lassen und so in den Besitz des bisher zugewiesenen Quantum zu gelangen. Da für den Gebrauch der Bäcker und der Mehlverschleißer natürlich nur eine bestimmte Menge Mehl zur Verfügung steht, würde durch eine Steigerung der Brotanforderung die ganze Anordnung paralytisch werden, würde um die Mehlmenge, die sich der eine Konsument in Gestalt von Brot mehr verschafft, ein anderer um so empfindlicher verkürzt werden. Die Brotkommissionen mußten daher angewiesen werden, solche Ansuchen unberücksichtigt zu lassen.“

Kriegswirtschaftsamt Frankfurt a. M.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Minister des Innern, dem Herrn Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten zu Berlin und dem Großherzoglichen Ministerium des Innern zu Darmstadt ist von dem Kriegsamt ein Kriegswirtschaftsamt mit dem Sitz Frankfurt a. M. errichtet worden.

Es führt die Bezeichnung „Kriegswirtschaftsamt Frankfurt a. M.“ und umfaßt das Großherzogtum Hessen, den Regierungsbezirk Wiesbaden — mit Ausnahme des Kreises Biedenkopf — sowie die Kreise Hanau, Selbhausen, Schlüchtern, Fulda und Gersfeld des Regierungsbezirkes Kassel.

Das Kriegswirtschaftsamt hat die Aufgabe, innerhalb des vorgenannten Wirtschaftsgebietes die landwirtschaftliche Produktion zu unterstützen und zu fördern durch:

1. Beschaffung und nötigenfalls militärische Zurückstellung von Betriebsleitern und Arbeitern;
2. Beschaffung von Arbeitspferden;
3. Beschaffung von Maschinen und Betriebsmitteln (Kohlen, Benzol usw.);
4. Fürsorge für die restlose Bestellung der Felder;
5. Fürsorge für die Einbringung der Ernte.

Bei der Erfassung und Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte wirkt das Kriegswirtschaftsamt nicht mit.

Zum Vorsitzenden des Kriegswirtschaftsamtes Frankfurt a. M. ist der Hauptmann d. L. Regierungsrat Emmertling — unter Belassung in seiner Stellung als Vorstand der Abteilung VII des Stellvertretenden Generalkommandos für volkswirtschaftliche Angelegenheiten — ernannt worden.

Für jeden Kreis ist eine Kriegswirtschaftsstelle gebildet worden. Vorsitzender ist der Kreisrat oder Landrat.

Die Diensträume des Kriegswirtschaftsamtes Frankfurt a. M. befinden sich zu Frankfurt a. M., Mainzer Landstraße 52, Telephonruf Amt Taunus 3289—3291. Telegramm-Adresse ist: „Kawa Frankfurtmain“.

Der Stellvertretende Kommandierende General:
R i e d e l, Generalleutnant.

Versammlung der Wiener Marktleute.

Mißglückte liberale Liebeswerbungen.

Die Wiener Marktleute führen seit längerer Zeit einen schweren Existenzkampf, insbesondere gegen die „Geos“, über die der Unmut der Marktleute bereits in mehreren kürzlich abgehaltenen Versammlungen zum Ausdruck kam. Die Wiener Marktleute fanden an den christlichsozialen Vertretern der Gemeinde Wien stets ihre helfenden Freunde und insbesondere für die Naschmarktleute ist von seiten der christlichen Mandatäre des 4. Bezirkes unendlich viel geschehen, wofür ihnen auch erst unlängst im Wiedner Wählerverein und dann in der letzten Genossenschaftsversammlung gedankt wurde. Nur von jenem Herrn, der im Jahre 1911 den Naschmarktleuten das Blaue vom Himmel herunter versprochen hat, hörten die Marktleute bis heute nichts mehr. Erst jetzt berief Abg. Benker durch den demokratischen Verein eine Versammlung der Marktleute ein, um Stellung zu nehmen gegen die „Geos“. Bei der Versammlung, die am Samstag beim Dreher auf der Landstraße stattfand, war auch Dr. Blasfel von der Leopoldstadt dabei. Was die Marktleute am meisten interessierte, zu erfahren, war diejenigen, die in den Zentralen, Banken usw. sind, die das Volk ausbeuten, unter deren Händen die Waren maggotweise verschwinden und was Doktor Blasfel und Abg. Benker eigentlich dagegen zu tun gedenken, darüber hüllten sich die beiden Redner in Schweigen. Die Versammlung entbehrte nicht einiger köstlicher Vorkommnisse. Sie fand unter dem Voritze des Händlers Straßberger statt. Abg. Benker meinte vorerst, daß in dem uns aufgezwungenen Wirtschaftskrieg wohl diejenigen am leichtesten durchhalten werden, die vollgefüllte Magazine und Geldtaschen haben. (Die Juden!) Die ganze Schuld an den wirtschaftlichen Mißverhältnissen lud Benker dem ermordeten Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh auf, der das System der staatlichen Bewirtschaftung viel zu spät eingeführt habe. Auch die Delegationen seien schuld daran, die immer zu viel (!) Kamonen bewilligt, statt für den Wirtschaftskrieg gerüstet hätten. Seit Jahrzehnten habe er (Benker) es gerügt, daß die Verwaltungsräte, Gouverneure usw. aus der Reihe der Aktionäre und hohen Staatsbeamten genommen werden. „Wer sind denn diejenigen, von denen das Volk ausgebeutet wird?“ fragte Benker. (Rufe: „Die Juden!“) Er stelle keinen konfessionellen Freibrief aus, aber die die Gelegenheit nicht ausnützen würden, dürften keine Engel, sondern mühten Götter sein. (Eine saubere Moral!) Auf die Besprechung der Zentralen übergehend erklärte der Präsident der „Organisation der Wiener Presse“, daß die gesamte Wiener Presse im Dienste der „Geos“ stehe, eine Behauptung, die von den christlichsozialen Mandatären für den christlichen Teil der Wiener Presse entrüstet zurückgewiesen wurde. Abg. Benker appellierte zum Schluß an die Versammlung, ihn zu unterstützen. (Ja freilich!)

Abg. Dr. Blasfel bemühte sich, die Marktleute zu versichern, daß er als Bezirksvorsteher sie stets „unterstützt“ habe. Er besaßte sich namentlich mit der Baumwollzentrale und der „Geos“. Verzeichnet soll der Wunsch Doktor Blasfels sein, daß man den Dr. Kurt Schechner von der „Geos“ „schächten“ soll, was stürmischen Jubel bei den Marktleuten auslöste. Den Schluß der Rede Blasfels bildete die Versicherung, daß er „mit den Marktleuten fühle“. (Davon haben sie viel, wenn die ganze Blasfel-Presse, besonders der „Abend“, fort und fort gegen die Marktleute hehlt.)

Abg. Dr. Ferzabet führte nun aus, daß die zum Wohl der Bevölkerung gegründeten, sich aber zu deren Nachteil entwickelt habenden Zentralen so rasch als möglich auf den Zentralfriedhof gehören. (Sehhafter Beifall.) Mit den Rechten, mit denen der Staat die Zentralen so freigebig ausgestattet habe, werde der größte Mißbrauch getrieben. Mit Entschiedenheit müsse Redner die Behauptung widerlegen, daß die „gesamte“ Presse im Dienste dieser Zentralen stehe; es ist nur jene Presse, die wie die „Geos“ auch in Verbindung mit den Banken und Großkapitalistenhäusern stehe. Man müsse, um die Tätigkeit der „Geos“ richtig einzuschätzen, stets im Auge behalten, wer diejenigen sind, die den gewissen Preisen die Geschäfte machen lassen und wer die Schieber der „Geos“ sind. Redner habe in der kriegswirtschaftlichen Kommission

allein von allen Abgeordneten gefordert, daß die „Geos“ ehestens zu verschwinden habe, weil sie am schädlichsten gewirkt hat. (Stürmische Zustimmung.) Man könne heutzutage alles machen: Einbruch, Diebstahl, Schändung und dergleichen, und man wird vom „Volksgerecht“ freigesprochen, weh' einem kleinen Geschäftsmann aber, der um einen Heller über den Höchstpreis verkauft, dagegen eine staatliche Gesellschaft Bücher treiben kann, wie sie will. (Zustimmung.) Man hat immer auf die Transport-schwierigkeit hingewiesen, warum haben es die Leute, die nur mit den Rucksäcken hinauszogen, zu Wege gebracht, sich selbst zu verpflegen, um wie viel eher nur dies dem Staat gelingen! Redner richtete an Dr. Blasfel die freundliche Aufforderung, mit dem Besen, von dem er gesprochen habe, einmal in den Kassehäusern der Leopoldstadt ordentlich auszukehren. (Großer Beifall.) Redner kam dann auf die Ausführungen des Abg. Benker zu sprechen und stellte fest, daß man in der christlichen Presse nie etwas gefunden habe, was gegen die Interessen der Marktleute gewesen wäre. (Zustimmung und großer Beifall.) Es wurde dann eine Entschließung, betreffend die Freigabe des Handels und der Märkte angenommen. Nachdem noch einige Herren gesprochen hatten, wurde die Versammlung geschlossen.

26. II. 1918

100

Kundmachung.

(Abgabe von Schweinefleisch aus der städtischen Schweineübernahmestelle.)

Über Verfügung des k. k. Amtes für Volksernährung vom 21. Februar 1918, Z. 24756, wird gemäß § 9, Absatz 1, lit b der kaiserlichen Verordnung vom 24. März 1917, N.-G.-Bl. Nr. 131, über die Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsgegenständen folgendes verordnet:

1. Jene Fleischselcher (Selchwaren-Verschleißer), die zum Bezuge von Schweinefleisch aus der städtischen Schweineübernahmestelle berechtigt sind, dürfen von der ihnen jeweils übergebenen Menge für Schwund und Eigenbedarf, und zwar bei einem Quantum von zwei Schweinen nicht mehr als 8 Prozent, bei einer größeren Menge nicht mehr als 6 Prozent in Abzug bringen.

2. Der sohin verbleibende Rest ist in Kilopaketten derart rechtzeitig zu verpacken, daß diese Arbeit eine Stunde vor dem Verkaufsbeginn behufs Kontrolle durch die Organe der k. k. Polizei-Direktion und des städtischen Marktammtes beendigt ist.

3. Die Abgabe der Ware hat jeweils an dem dem Bezuge nächstfolgenden Fleischverkaufstage um 8 Uhr früh zu beginnen und ist, solange der Vorrat reicht, ohne Unterbrechung während der üblichen Geschäftsstunden fortzusetzen.

4. Mit Verkaufsbeginn ist an der Außenseite des Verkaufsflokales eine Tafel „Vom Magistrate bestimmte Verkaufsstelle für Schweinefleisch“ aufzuhängen; diese darf erst nach Ausverkauf der Ware wieder abgenommen werden.

5. Sowohl im Geschäftslokale als auch in der Auslage ist der jeweils von der Wiener Vorstenvieh-Kommission festgesetzte Detailverkaufspreis für 1 kg deutlich sichtbar anzuschlagen. Der Preis ist für alle Schweinefleischsorten (Karree, Bauchfleisch etc.) der gleiche.

6. Es ist den betreffenden Gewerbetreibenden verboten, zur Zeit der Abgabe dieses Schweinefleisches derartige Ware anderer Herkunft, insbesondere aus den österreichischen Kronländern, zu erwerben oder in Verkehr zu setzen.

7. Das Schweinefleisch darf nur an unmittelbare Verbraucher abgegeben werden. Der Verkauf solcher Ware an Gast- und Schankgewerbetreibende, Anstalten, Wiederverkäufer etc. ist verboten.

8. Mit Ausnahme der Großmarkthalle darf das Schweinefleisch nur an die im Bezirke der Verkaufsstelle wohnenden Verbraucher abgegeben werden. In allen Fällen darf der Verkauf nur gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufsscheines erfolgen.

Übertretungen dieser Kundmachung werden, sofern die Handlung nicht einer strengeren Strafe unterliegt, gemäß § 11 der kaiserlichen Verordnung vom 24. März 1917, N.-G.-Bl. Nr. 131, von der politischen Behörde I. Instanz mit einer Geldstrafe bis zu 10.000 K oder mit Arrest bis zu sechs Monaten bestraft. Mit der Bestrafung kann auch auf den Verlust der Gewerbeberechtigung erkannt werden.

Die Kundmachung tritt am 1. März 1918 in Kraft.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
als politischer Behörde I. Instanz,

am 22. Februar 1918

26. II. 1918

26

NON

* **Warnung vor dem Handel mit minderwertigen Ersatzmitteln.** Dem Bundesrat liegt, wie bereits mitgeteilt, eine Vorlage über die Einführung der Genehmigungspflicht für Ersatzlebensmittel vor. Für den Fall, daß der Bundesrat dem Verordnungsentwurfe zustimmt, wird im Interesse der bereits im Handel befindlichen Ersatzmittel eine Uebergangsfrist, während der die nicht genehmigten Mittel noch verkauft werden dürfen, vorgesehen werden. Trotzdem empfiehlt es sich, daß der Handel, und zwar sowohl der Großhandel wie der Kleinhandel, beim Einkaufen von Ersatzlebensmitteln schon jetzt größte Vorsicht übt und sich nicht mit ungeprüften oder gar seitens der bisherigen süddeutschen Ersatzmittel-Genehmigungsstellen abgelehnten Waren eindeckt, deren Bewertung während der Uebergangszeit Schwierigkeiten bereiten würde. Die Hersteller guter Ersatzlebensmittel werden schon jetzt im allgemeinen in der Lage sein, den Käufern die amtliche Genehmigungsurkunde bestehender staatlicher oder städtischer Ersatzmittelstellen vorzulegen, mindestens aber Gutachten amtlicher Nahrungsmittel-Untersuchungsämter über Brauchbarkeit, gegebenenfalls auch über Preiswürdigkeit ihres Fabrikats vorzulegen.

Die ungleiche Verteilung der Nahrungsmittel

Wie bevorzugt einzelne Verbrauchergruppen in der Zuweisung von Nahrungsmitteln werden, erzählen uns einige Schreiben von Lesern, die uns in den letzten Tagen zukamen. Da weist ein Einsender darauf hin, daß die Militärbeamten, die Gagen und Offiziere im Militärgeographischen Institut Süßfrüchte, Dörrzweitschen und Marmelade alle zwei Wochen in reichlicher Menge ohne Marken bekommen. Daß sie auch mit den anderen Waren nicht schlecht gestellt sind, ist selbstverständlich. Auch in den Offizierkasinos ist es, wie uns ein anderer Leser erzählt, nicht anders. Da gibt es, wie er selbst sah, weiße Beden, Zitronen, Zuckerln und andere schöne Sachen, die ein gewöhnlicher Zivilist ja doch nicht erreicht. Aber auch die große Zahl der Lebensmittelhändler steht zumeist ohne Kontrolle da. Jeder schaut, daß er etwas für seinen Haushalt auf die Seite bringt. Daß die Lebensmittelhändler auch bei den staatlich bewirtschafteten Waren nicht so knapp gehalten sind wie die Verbraucher, ist längst bekannt. Jeder Fettverkäufer, jeder Mehlhändler, jeder Bäcker vermag es, sich besser zu versorgen als seine Abnehmer. Auch Wirte gibt es, die so wenig oder gar keine Mittagsgäste haben und doch Zuweisungen von Fett, Fleisch und Kochmehl bekommen. Man sieht nicht nach, ob sie das wirklich im Gasthause verbrauchen. Solange die Gasthauskarte nicht eingeführt ist, können die kleinen Wirte und die Besitzer großer Wirtschaften, die im Schleichhandel Waren erstehen, die Allgemeinheit durch Entzug von Lebensmitteln schädigen. Es gelingt vielen Wirten, die ihnen zugewiesenen Waren wieder im Schleichhandel weiterzugeben, wie Fett oder Fleisch, oder sie selbst zu Schachereien zu benutzen. So darbt die Masse, während sich andere aus der Not Vorteile verschaffen.

Die zukünftige Gestaltung des Ernährungsamtes.

Angliederung an das Ministerratspräsidium.

Wien, 27. Februar.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird das Amt für Volksernährung nach erfolgter Annahme des Rücktrittsgesuches des Ministers *G. Höfer* nicht mehr als selbständiges Ressort bestehen bleiben, sondern dem Ministerratspräsidium angegliedert werden.

Für diese Gestaltung wird offiziös in erster Linie die Erwägung als maßgebend bezeichnet, daß eine Reihe von wichtigen Agenden, die dem Amt für Volksernährung zugewiesen sind, zu den aktuellen Fragen der täglichen Politik gehören, in welchen der Ministerpräsident mit den Interessentkreisen auch jetzt schon stets zu verhandeln pflegt. Auch der Umstand, daß bezüglich wichtiger, vom Amt für Volksernährung zu treffender Maßnahmen regelmäßig die ressortmäßig zuständigen Ministerien, insbesondere das Ackerbauministerium, das Ministerium des Innern, das Handelsministerium und das Ministerium für öffentliche Arbeiten an den Verfügungen mitzuwirken haben, lasse es als zweckdienlich erscheinen, die vor einigen Monaten bestandene Absicht, das Amt für Volksernährung zu einem Ernährungsministerium auszugestalten, fallen zu lassen und die bisherige Selbständigkeit dieses Amtes dadurch einzuschränken, daß es dem Ministerratspräsidium unterstellt wird, wie dies schon bei der Schaffung dieser Stelle unter der Regierung *Koerber* geplant war, als der damalige Finanzlandesdirektor *Dr. Kofstein* an die Spitze dieser Einrichtung berufen wurde.

In fachlicher Hinsicht wird darauf hingewiesen, daß das Amt für Volksernährung bei seiner derzeitigen Kompetenzstellung häufig gezwungen war, Maßnahmen zu treffen, die sich zwar, von statistischen Berechnungen ausgehend, rechtfertigen ließen, in der Praxis aber solche Erschwerungen herbeiführten, daß die Regierung in wiederholten Fällen gezwungen war, solche Ausnahmen zu verfügen, daß die ursprüngliche Anordnung fast ganz zwecklos würde. Jedemfalls erwartet man von der Unterstellung des Ernährungsamtes unter das Ministerratspräsidium eine einheitliche Regelung der Ernährungsfragen mit Ausschluß aller politischen und Kompetenzkonflikte. Da Ministerpräsident *Dr. Ritter v. Seidler* in seiner früheren Amtstätigkeit als Sektionschef im Ackerbauministerium mit den wichtigeren in Betracht kommenden landwirtschaftlichen Fragen, insbesondere mit den Produktionsverhältnissen, vertraut ist, will er auch in den Ernährungsfragen die Entscheidungen selbst treffen.

Zugleich mit der Unterstellung des Ernährungsamtes unter das Ministerratspräsidium werden Personalveränderungen vor sich gehen. An die Spitze des Amtes wird, wie verlautet, als Präsident der Hofrat im Eisenbahnministerium *Ludwig Paul* treten, während im Ministerratspräsidium Sektionsrat *Dr. Gärtner* mit den Agenden des Amtes für Volksernährung betraut werden soll. Die Nachricht, daß die Direktoren des Ernährungsamtes, die Abgeordneten *Dr. Freißler*, *Dr. Kenner* und *Fink*, diese ehrenamtlichen Stellen niedergelegt haben, bestätigt sich nicht.

Minister *G. Höfer* wurde, wie bereits gemeldet, Sonntag vom Kaiser in Audienz empfangen. In dieser Abschiedsaudienz überreichte der Monarch dem scheidenden Minister den Orden der Eisernen Krone erster Klasse.

Die organisatorische Frage des Ernährungsdienstes kehrt nunmehr zu ihren Anfängen zurück. Ursprünglich eine Sektion im Ministerium des Innern unter Sektionschef *v. Simonelli*, wurde die Ernährungszentrale später durch Angliederung einer zweiten Ernährungssektion unter Hofrat *Baron Fries* erweitert. Später trat der seither in den Freiherrnstand erhobene Sektionschef *Ritter v. Keller* als Präsident mit *Baron Fries* als Vizepräsidenten an die Spitze des Ernährungsamtes, das noch immer in das Ministerium des Innern ressortierte, dem aber zur rascheren Erledigung der in die Kompetenzen der einzelnen Ministerien fallenden Agenden eine interministerielle Sektionschefs-Konferenz unter Vorsitz *v. Kellers* zur Seite gestellt wurde. *Dr. v. Koerber* betraute, zur Regierung gelangt, den Finanzlandesdirektor *Kofstein* mit der Leitung des Ernährungsamtes, Sektionschef *v. Keller* war sein Stellvertreter und das ganze Ernährungsamt wurde dem Ministerpräsidenten unterstellt. Diese Form der Organisation erhielt sich nur zwei Monate lang und im Januar 1917 wurde, wie bereits erwähnt, Generalmajor *Höfer* mit dem Titel und Rang eines Ministers an die Spitze des Ernährungsamtes gestellt.

Aktuelle Ernährungsfragen.

Die Deckung des Kartoffelbedarfes.

Heute mittags fand im Volksernährungsamt eine Sitzung in Angelegenheit der Kartoffelversorgung für die kommende Epoche statt. Der Aufbringungsplan ist fix und fertig. Auch der Abtransport der für Wien notwendigen Kartoffeln wird nicht allzu schwer sein, da die Verbeibehaltung der bisherigen $1\frac{1}{2}$ Kilogramm Wochenkopfsquote sich der Wochenbedarf auf ungefähr 300 Waggon stellt. Täglich müßten daher 50 Waggon anrollen. Vorläufig ist der Kartoffelbedarf Wiens bis ungefähr 10. März gedeckt. Bis dahin wird man die Lager entsprechend auffüllen müssen. Um heuer auch die Frühkartoffeln der allgemeinen Ernährung zugänglich zu machen, ist, wie wir hören, in Regierungskreisen geplant, diesmal auch diese Bodenfrüchte in die staatliche Bewirtschaftung einzubeziehen.

Die Tätigkeit des Ernährungsrates.

Heute vormittags trat im Landhaus der Sachausschuß des Ernährungsrates für Bodenprodukte zu einer Sitzung zusammen. Diese Sitzung befaßte sich der Hauptsache nach mit der Gebahrung der „Geos“.

Im Laufe des Nachmittags trat der Sachausschuß für die Lebensmittelindustrie zusammen. Hier wurde in erster Linie die Süderzuteilung an den Konsum erörtert.

Morgen um 10 Uhr vormittags wird der allgemeine Arbeitsausschuß des Ernährungsrates tagen, der auch zur Frage der Umgestaltung des Volksernährungsamtes eingehend Stellung nehmen dürfte. Die sich aus einer etwaigen Aenderung der Kompetenzen des umzugestaltenden Volksernährungsamtes ergebenden Veränderungen könnten auch einigermaßen den Ernährungsrat tangieren, dessen gegenwärtige Mitglieder vom Minister Höfer auf drei Jahre ernannt wurden und dessen Präsident vom Kaiser eingesetzt wurde.

Da im Ernährungsrat auch die Konsumenten vertreten sind, wird dieser die in Aussicht gestellte Umänderung auf dem Gebiete des Ernährungsdienstes erörtern, zumal ja auch aus der Mitte des Ernährungsrates heraus wiederholt die Umwandlung des Ernährungsrates in ein Konsumentenministerium gefordert wurde.

Die Kriegskost.

Medizinische Wahrnehmungen über die Folgen.

In den letzten Sitzungen des Medizinischen Vereins in München wurden interessante Wahrnehmungen über die Kriegskost mitgeteilt. Bemerkenswert waren insbesondere die Erörterungen über Abmagerung infolge der Kriegskost und andererseits die günstige Wirkung, welche eben dieselbe Kost auf bestimmte Krankheiten ausgeübt hat.

Die Kriegsernährung zeichnet sich vor allem auch dadurch aus, daß die Eiweißaufnahme recht gering geworden ist, bei der überwiegenden Mehrzahl der Menschen hatte dies keine unangenehmen Folgen, denn es läßt sich durch reichliche Zufuhr von Kohlehydraten viel Eiweiß sparen. Die Abmagerung, die sich bei vielen Leuten zeigte, war hauptsächlich durch die Knappheit in der Zufuhr von Kohlehydraten bedingt, sie führte in München bei den Männern einen durchschnittlichen Körpergewichtsverlust von 15 Prozent herbei, bei Frauen von 10 Prozent, während auf den Dörfern der Gewichtsverlust nur 2 bis 4 Prozent des Körpergewichtes ausmachte. Bei der Abmagerung spielten zuweilen auch psychische Einflüsse eine Rolle.

Die große Mehrzahl der Kinder befindet sich bei der Kriegsernährung gut, Abmagerung zeigen die früher übermäßig ernährten und die kränklichen Kinder. Die Rationen der älteren Schulkinder sollten erhöht, die der Kinder von zwei Jahren könnten eher etwas erniedrigt werden. Kinderreiche Familien sollten mehr berücksichtigt werden, es sollte nicht der Begriff des Haushaltes obenan gestellt, sondern vielmehr die Zahl der Genossen des Haushaltes in Betracht gezogen werden.

Die Knappheit der Nahrungsmittel hat bei einzelnen Krankheiten geradezu günstige Wirkung gezeigt: Sichel- und Alkoholkrankheiten sind verschwunden (erstere wohl auch wegen der verminderten Fleischkost). Manche Nervenkrankheiten, einzelne leichte Herzkrankheiten und leichte Formen von Zuckerkrankheit sind gebessert worden, schwere Fälle wurden zuweilen verschlechtert. Eine Zunahme der Magen- und Darmkrankheiten hat bei der Zivilbevölkerung nicht festgefunden, abgesehen von den zwar unangenehmen, aber harmlosen Blähungsbeschwerden und Breitköllern. Häufiger geworden sind Eingeweidebrüche und Todesfälle an Tuberkulose; auch unter den alten Leuten ist die Sterblichkeit größer als im Frieden.

27. I. 1918

106

* (Neuorganisation des Ernährungsamtes.) Dem Vernehmen nach, soll im Zusammenhang mit den Personalveränderungen das Amt für Volksernährung dem Ministerratspräsidium unterstellt werden. An Stelle des Ernährungsministers *G. Höfer*, der vor wenigen Tagen

seine Demission gab, soll Hofrat Ludwig Paul mit dem Titel eines Präsidenten an die Spitze des Amtes treten. Hofrat Paul hat sich bei der Lebensmittelversorgung für die Staatsbahnangestellten während des Krieges mit Ap-
probationierungsangelegenheiten beschäftigt. Im Minister-
ratspräsidium wird Sektionsrat *Gärtner* die Agenden
des Amtes führen, während die letzte Entscheidung dem
Ministerpräsidenten vorbehalten bleiben soll. Auf Grund
dieser Tatsachen sind die als Direktoren dem Volksernäh-
rungsamt angehörenden Abgeordneten *Dr. Freißler*,
Dr. Kenner und *Dr. v. Strakosch*, die in dem Amt
die Interessen der Konsumenten vertreten, bereits gestern
zurückgetreten.

Zur Verhinderung der Getreide- einfuhr aus der Ukraine.

Ein Spiegelbild sozialdemokratischer „Konsumenten-
politik.“

Die österreichische Bevölkerung muß weiter darben, weil die Sozialdemokraten und sonstigen Feinde des Brotfriedens von Brest-Litowsk es unserer Regierung, die sich gar zu leicht einschüchtern läßt, nicht erlauben, daß wir uns unter militärischer Mitwirkung von den gewaltigen Ueberschüssen an Lebensmitteln aus der Ukraine holen, was wir benötigen.

Nicht immer waren die Sozialdemokraten solche grimmige Feinde der Lebensmitteleinfuhr. Als es noch in Oesterreich selber Lebensmittel in Hülle und Fülle gab, als das Kilogramm bestes Rindfleisch noch in beliebiger Menge ohne jedes Anstellen zum Preise von Kr. 1.20 erhältlich war, als in den Gasthäusern das Gulasch noch 30 bis 40 Heller kostete und die schmachhaftesten Wiener Würste zu 16, 20, 24, 30 und 40 Hellern zu haben waren, als man das feinste Mehl in beliebiger Menge zu 30 bis 40 Hellern bekommen konnte, als die Gemüse- und Obstmärkte täglich mit allen nur erdenklichen Produkten überfüllt waren, als die herrlichsten Kartoffeln, wenn sie mehr als 8 Heller kosteten, von den Käufern kaum angesehen wurden, als man für eine Krone zehn bis zwanzig und mehr Eier bekam und für 3 bis 4 Kr. ein Kilogramm Butter, als das Krügel Bier 20 bis 30 Heller und das Viertel Wein 20, 24, 30 Heller kostete, damals, ja damals schwärmten die Sozialdemokraten für die Einfuhr, damals schrien sie Tag und Nacht nach „Öffnung der Grenzen“, damals mußten Hunderttausende irre-

geführte Arbeiter auf die Ringstraße, um für die Einfuhr von Gefrierfleisch aus — Argentinien zu demonstrieren, weil angeblich das einheimische, in Wien erhältliche Fleisch „unerschwinglich“ sei und die Bevölkerung ohne das Gefrierfleisch aus Argentinien verhungern müßte und weil die heimischen Viehproduzenten, die Bauern und die Fleischhauer und Selcher „lauter Wucherer“ seien, die man mit der Einfuhr aus Argentinien niederkonkurrieren müsse! Ein „roter Revolutionssonntag“ wurde damals im September 1911 für die Einfuhr von Gefrierfleisch aus Amerika veranstaltet, zahllose Reden wurden dafür gehalten, noch mehr Fensterscheiben von Kellerwohnungen eingeschlagen, jugendliche Demonstranten unbedenktlich den Waffen der Sicherheitswache und des Militärs entgegengetrieben und in den Tod gehetzt, zahlreiche andere dem Kerker überliefert. Alles für das Gefrierfleisch, für die Lebensmitteleinfuhr, für die Grenzöffnung. So groß war damals die Begeisterung der sozialdemokratischen Führer für die Einfuhr und für die Niederkonkurrierung des einheimischen bäuerlichen und gewerblichen Mittelstandes!

Jetzt aber, da auch für 8 bis 16 Kr. nur mit Mühe Fleisch erhältlich ist, da die Märkte leer sind, da das Obst ausbleibt, Kartoffeln selten, Kraut unsichtbar und selbst Rüben ein Lederbissen geworden sind, jetzt, da die Bevölkerung pro Kopf und Woche nur ein achtel Kilo Mehl und pro Kopf und Tag nur ein kleines Stückchen Brot bekommt, jetzt, da sich alles nach einer Lebensmittelzufuhr sehnt, weil alles hungert mit Ausnahme der Kriegsschmarozer, jetzt sind die Sozialdemokraten gegen die Lebensmitteleinfuhr!

Noch vor kurzem schwärmte Abg. Dr. Renner im Abgeordnetenhaus sogar für Einfuhrprämien, die der Staat aus den Steuergeldern den Importindustriellen zu ihrem Geschäftsgewinn noch dazuzahlen sollte! Und heute verweigert die nämliche Sozialdemokratie der ausgeplünderten, hungrigen Bevölkerung die Zufuhr von Getreide, Mais, Hülsenfrüchten und Zucker aus der Ukraine! Freilich, die Ukraine liegt nicht in Amerika wie Argentinien, sondern in unserer Nachbarschaft und wenn sich unser Militär ins Mittel legt, müssen die Importindustriellen, denen die Sozialdemokratie Einfuhrprämien zugesprochen hat, leer ausgehen. Auch die Lebensmittelwucherer und Spekulanten würden, sobald die Bevölkerung billig aus den Ueberschüssen der Ukraine versorgt würde, keinen Rebhach mehr machen. Aber denen gegenüber redet die Sozialdemokratie nicht vom „Niederkonkurrieren“, sie sind freilich weder einheimische Gewerbetreibende noch Bauern, sondern zumeist aus dem Osten, aus der Richtung der Bolschewiken zugereifte Kriegsschmarozer.

Als unsere heimischen, bodenständigen Landwirte gegen die Masseneinfuhr fremder Konkurrenzware Einspruch erhoben, weil sie sonst zugrunde gehen müßten, gab es keine Rücksichtnahme, da antwortete ihnen aus dem roten Lager ein Hurongeschrei, obwohl damals kein Bedarf nach Lebensmitteleinfuhr bestand und alles in Hülle und Fülle und zu erträglichen Preisen da war! Jetzt erheben die bolschewikischen Räuberbanden und großrussischen Plündererbanden gegen die vertragsgemäße Einfuhr von ukrainischem Getreide nach Oesterreich Einspruch und sofort legt sich die nämliche Sozialdemokratie ins Mittel und setzt bei der Regierung durch, daß nicht der Wille der österreichischen Verbraucher, sondern der Wille der Bolschewiken erfüllt und unsere darbenende Bevölkerung um die Früchte des Brotfriedens gebracht wird.

Die Wiener, die Oesterreicher werden es nie vergessen, wem sie es zu verdanken haben, daß sie nach dem Brotfrieden weiterhungern mußten und daß gegen sie die österreichische Sozialdemokratie mit den bolschewikischen Räuberbanden Großrusslands gemeinsame Sache machte.

Ministerium für Volksernährung oder Hilfsamt?

Der Schwebeszustand im Ernährungsdienst ist bis zur Stunde aufrecht, obwohl die Versorgung darunter leidet und die jetzt schon fälligen Vorarbeiten für das neue Wirtschaftsjahr verzögert werden. Davon abgesehen, was man über die Pläne zur Neuordnung vernimmt, fordert den schärfsten Widerspruch heraus. Man weicht der Erhebung des Amtes zu einem Ministerium nicht nur aus, man will es zu einer Nebenstelle dritten Ranges erniedrigen, ihm die eigene Entscheidung nehmen, es unter eine eigene neue Abteilung des Ministerratspräsidiums stellen und diese Abteilung soll einem neugeborenen Hofrat anvertraut werden. Dieser Plan ist so grotesk, daß wir an seine Ernsthaftigkeit nicht zu glauben vermögen. Im Ernährungsamt selbst amtieren jetzt Beamte, die rangshöher sind als der auserwählte Leiter; dieser selbst ist rangshöher als sein künftiger Vorgesetzter im Ministerratspräsidium. Wer unsere Bürokratie kennt, weiß, welche Reibungswiderstände eine solche Ordnung der Dinge hervorrufen muß. Gegen sie wird die Aera Kofstein ein Kinderspiel sein. Man kann kaum eine sinnreichere Methode ausdenken, um den Dienst stillzulegen. Aber von den Tugenden unserer Bürokratie abgesehen. Dieser Schatten von einem Amte soll den Landesstellen, den großmächtigen Herren, Statthaltern, imponieren! Dieses

Amte soll mit den Ungarn unterhandeln! Selbst dieses Land hat ein Ernährungsministerium geschaffen und an seine Spitze einen Fürsten Windischgrätz gesetzt. Ihnen sollen junge, bis nun namenlose Bürokraten imponieren! Oder stellt sich der Ministerpräsident, der durch seine politischen Geschäfte weit über seine Kraft in Anspruch genommen ist, wirklich vor, daß er die freie Zeit und den freien Kopf besitzt, die vielen hundert Einzelheiten, die tagtäglich zu entscheiden sind, von denen die meisten keine Stunde Aufschub vertragen, selbst zu erledigen? Haben nicht schon jetzt die drängendsten Erledigungen viele Tage auf sich warten müssen? Der Dilettantismus, mit dem bei uns Staatsgeschäfte behandelt werden, die Gewissenlosigkeit, mit der sich bei uns Vierteltalente, nur um eine Rangsklasse früher zu erreichen, an die schwersten Aufgaben herandrängen, wirkt nachgerade schon herausfordernd. Wir warnen die Regierung noch in letzter Stunde vor solchen Entschlüssen. Wir hoffen, daß der Ernährungsrat auf seiner immer wiederholten Auffassung beharrt, daß der Ernährungsdienst zu einem unabhängigen und vollwertigen Ministerium ausgestaltet wird, und wenn diesem Wunsche nicht endlich Rechnung getragen wird, auf seine weitere Mitarbeit verzichtet. Er wird darin nicht allein bleiben.

Umgestaltung des Ernährungsamtes.

Unterordnung unter das Ministerratspräsidium.
— Hofrat Paul Präsident des Amtes.

Von einer parlamentarischen Seite, die mit den Vorgängen im Volksernährungsamt aufs beste vertraut ist, erhalten wir eine Nachricht, die, wenn sie Tatsache geworden, große Veränderungen auf dem Gebiete unseres Volksernährungswesens mit sich bringen wird. Nach den uns zuteil gewordenen Informationen beabsichtigt die Regierung, im Abgeordnetenhaus heute die Mitteilung zu machen, daß sie das Amt für Volksernährung nunmehr dem Ministerratspräsidium unterstellen wolle. An Stelle des Ernährungsministers **Dr. Höfer**, der bekanntlich vor wenigen Tagen seine Demission gab, soll der in letzter Zeit mehrfach genannte Hofrat **Ludwig Paul** mit dem Titel eines Präsidenten an die Spitze des Amtes treten. Im Ministerratspräsidium wird Sektionsrat **Gärtner** die Agenden des Amtes führen, während die jeweilige letzte Entscheidung stets dem Ministerpräsidenten vorbehalten bleiben soll. Auf Grund dieser Tatsachen haben die als Direktoren dem Volksernährungsamt angehörenden Abgeordneten **Dr. Freißler**, **Dr. Renner** und **Dr. v. Straßisch**, die in dem Amt die Interessen der Konsumenten vertreten, bereits gestern nachmittags ihre Demission gegeben. Auch in den Kreisen der dem Amt zugeordneten Offiziere besteht die Absicht, aus dieser Umwandlung entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

Aus der Geschichte des Volksernährungsamtes, das zum Aufgeben seiner bisherigen Selbstständigkeit berurteilt zu sein scheint, seien folgende Daten festgehalten: Zu Beginn des Weltkrieges wurde der Ernährungsdienst als eine Sektion des Ministeriums des Innern geführt, der damals Geheimrat Sektionschef **Ritter v. Simonelli** vorstand. Im Jahre 1916 wurde im Rahmen des Ministeriums des Innern eine zweite Ernährungssektion geschaffen und als deren Vorstand Hofrat **Baron Fries** berufen. Einige Zeit später erfolgte die Ernennung des Sektionschefs **Ritter v. Keller** zum Präsidenten und des Hofrates **Baron Fries** zum Vizepräsidenten des noch immer dem Ministerium des Innern angegliederten Ernährungsamtes, das durch die Berufung einer Reihe Beamter eine weitere Ausgestaltung erfuhr. Zur rascheren Erledigung der Geschäfte und um das Kompetenzwirrwahl zu beseitigen, wurden interministerielle Sektionschefkonferenzen unter Vorsitz des Sektionschefs **Ritter v. Keller** einberufen.

Unter dem Ministerium **Koerber** wurde dann ein eigenes Ernährungsamt geschaffen und mit dessen Leitung der Finanzlandesdirektor **Kofstein** betraut, dem als Nachmann Geheimrat Sektionschef **Ritter von Keller** beigegeben wurde. Das Ernährungsamt hätte nun direkt dem Ministerpräsidenten unterstellt sein sollen, wodurch **Koerber** eine Vereinfachung in der Leitung der Geschäfte herbeiführen wollte. Die Präsidentschaft **Kofsteins** zählte jedoch nur wenige Wochen. Es folgte am 5. Januar 1917 die Ernennung des damaligen Generalkassobers **Dr. Höfer** zum Ernährungsminister, der auf vieles Drängen der Konsumentenkreise und des Ernährungsrates im Einvernehmen mit dem Kabinett die ersten Schritte zur Umgestaltung des Ernährungsamtes in ein Konsumentenministerium traf.

Nun scheint die von den Anhängern und anderen Interessentenkreisen arg bekämpfte Idee der Umwandlung des Ernährungsamtes in ein selbständiges Ministerium endgültig fallen gelassen zu sein.

Die neue Organisation.

Von anderer Seite erhalten wir folgende Informationen:

Die Unterordnung des Volksernährungsamtes unter das Ministerratspräsidium und die Bestellung eines Präsidenten als Leiter mag in jenen Konsumentenkreisen, die die Errichtung eines Ernährungsministeriums erhofft hatten, zweifellos eine gewisse Enttäuschung und vielleicht sogar die Befürchtung hervorrufen, daß das Amt nunmehr seine Selbstständigkeit einbüßt und in seiner erbietlichen Initiative arg behindert wird. Diefen Befürchtungen ist jedoch nicht unbedingt beizupflichten. Weit eher ist anzunehmen, daß die Intentionen der maßgebenden Stellen dahin gerichtet sind, das Volksernährungsamt den agrarischen Einflüssen und Angriffen, denen es bisher — durchaus nicht zum Vorteil seiner Bewegungsfreiheit — ausgesetzt war, zu entziehen. Auch die Persönlichkeit des Hofrates **Ludwig Paul**, dessen hervorragendes organisatorisches Talent und dessen weitblickende Initiative den sachmännischen Kreisen wohl bekannt sind, dürfte eine Gewähr dafür bieten, daß dem Volksernährungsamt in seiner neuen Gestaltung ein weites Feld für fruchtbringende Arbeit vorbehalten bleibt. Hofrat **Paul** hat seit drei Jahren das Approbitionierungsreferat bei den **L. L. Staatsbahnen** innegehabt, und er hat binnen kurzer Zeit für weit mehr als eine Million Köpfe eine Versorgungsorganisation geschaffen, die einfach als musterträchtig bezeichnet werden muß. Keine Interessentengruppe ist heute mit rationierten Artikeln so flaglos versorgt wie der Riesenkörper der österreichischen Eisenbahnerschaft, deren Mitglieder und deren Familienangehörige alles das, um was der Konsument heute einen so zermürbenden Anstrenkungskampf führen muß, sozusagen auf die Stunde ins Haus gebracht erhalten.

Hofrat **Ludwig Paul** steht noch in jungen Jahren und kann auf ein ziemlich reiches **Abonnement** zurückblicken. Nach **Abolierung**

der Universität im Jahre 1890 in den Staatsbahndienst eingetreten, erwarb er sich seine Praxis zunächst im Streckendienst im Bereich der Staatsbahndirektion **Innsbruck**. Bereits sechs Jahre später wurde er als Sekretär der **Innsbrucker** Direktion zugeteilt und 1901 in das Eisenbahnministerium berufen, wo er alsbald dem Personaldepartement zugeteilt wurde. Im Jahre 1909, nach der Verstaatlichung der Staatseisenbahngesellschaft, wurde er als Direktorstellvertreter der Staatseisenbahngesellschaft zugeteilt. Kurz nach Ausbruch des Krieges wurde er mit der Organisation des Approbitionierungsdienstes betraut, auf welchem Gebiet er sich, wie schon gesagt, hervorragend bewährte.

27. II. 1918

Mo

**Rohstoff- und Lebensmittelmangel in
der Schweiz.**

— Telegramm unseres Korrespondenten. —

Genève, 26. Februar.

Aus Bern wird uns telegraphiert: Der Bundesrat befaßte sich in einer außerordentlichen Sitzung mit der Frage der Rohstoff- und Lebensmittelzufuhr. Es wurde eine Rundgebung an die Alliierten beschlossen, in der diese auf die in der Schweiz bevorstehende Lebensmittelnot aufmerksam gemacht werden sollen. Bis zur Stunde ist von dem von Amerika zugesicherten Brotgetreide kein einziger Waggon über die Grenze gekommen, obwohl bereits für die Monate Dezember, Januar und Februar je 3000 Waggon versprochen worden waren. Nicht nur die Lebensmittelnot, sondern auch ein drückender Rohstoffmangel droht die Schweiz heimzusuchen, so daß schon in der nächsten Zeit ein empfindlicher Arbeitsmangel einsetzen wird. Es hat bereits eine Anzahl von Fabriksbetrieben Einschränkungen bis zu fünfzig Prozent eintreten lassen.

Der Abend
27. II. 1918

AM

Der Krieg und die Lebensmittel

Die nächtlichen Ansammlungen vor der Großmarkthalle wiederholten sich auch heute. Die Gemeinde gab 1500 Kilogramm polnisches Schaffleisch aus, doch waren alle anderen Fleischsorten so knapp, daß damit der allgemeine Mangel nicht behoben werden konnte. Der Geflügelmarkt war nur schwach besucht und selbst die Fortdauer der gegenwärtigen geringen Zuführen ist gefährdet, denn die gewaltigen Höchstpreise genügen, da sie schon acht Tage in Kraft sind, den heilig wachenden ungarischen Ansprüchen nicht mehr. Morgen sollen wieder Seefische kommen; heute gab es nur Karpfen.

Die Beschickung der Gemüsemärkte war etwas mannigfaltiger, doch der Menge nach gering. Eier, die endlich in immer kürzeren Pausen eintreffen, waren auf mehreren Märkten, ebenso Äpfel. Der Baschmarkt hatte 2000 Kilogramm Mohl zu K 1 und ebensoviel Zwiebel zu K 1-64, auf anderen Märkten wieder gab es Kraut.

Die Kartoffelvorräte gehen zu Ende, da nun die Zeit naht, wo die Zuführen, ohne von Frösten gefährdet zu sein, wieder aufgenommen werden können. Die Verbraucher haben Grund, mit den verbleibenden Kartoffeln unzufrieden zu sein, denn diese sind voller Rot, so daß die anhaftende Schmutzkruste erheblich ins Gewicht fällt. Dieser Zustand der Kartoffeln ist darauf zurückzuführen, daß die bei der Entnahme der Kartoffeln aus den Mieten beschäftigten russischen Kriegsgefangenen, mit ihren Gedanken schon in der Heimat, sehr oberflächlich arbeiten. Um die Verbraucher vor Schaden zu bewahren, hat die Marktdirektion angeordnet, daß die Kartoffeln nötigenfalls noch vor dem Kleinverkauf gepuht oder auch gewaschen werden müssen.

m. h.

Der Abend
27. II. 1918

MS

Ein Anschlag gegen das Ernährungs- wesen.

So und nicht anders müssen die Pläne bezeichnet werden, die jetzt nach dem Rücktritt des Generalmajors Göfer, von der Regierung beraten werden. Es rumorte schon seit einiger Zeit. Die Hinterhältigkeit der Bauern bei der Ablieferung des Getreides brachte unsere Versorgung in Gefahr und führte zur Kürzung der Mehlquote in den Städten. Nicht genug damit, die Behörden standen sogar vor der Wahl, auch die gekürzte Ration, von der man sagen kann, daß sie zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel sei, nicht verbürgen zu können, wenn den Landwirten nicht die hohe Selbstverbraucherquote gemindert werde. Man entschloß sich zu diesem Schritt und von diesem Augenblick an gab es keine Ruhe mehr. Die Agrarier kündigten im Parlament die passive Resistenz an, erklärten, weder arbeiten noch liefern zu wollen und sprachen sogar von einer offenen Revolte. Das waren selbstverständlich leere Drohungen, denn zu einer Revolte entschließt sich vielleicht ein verzweifelter Sklave, nicht aber ein Bauer und Grundbesitzer, der sich während der ganzen Kriegszeit immer tüchtig sattgeessen und Monat für Monat die blanken Läufern in die Sparkasse gelegt hat. Einster war die Bühlarbeit, die seit der Kürzung der Selbstverforgerration die agrarischen Wortführer hinter den Kulissen geleitet haben. Man weiß, daß sie immer Feinde der staatlichen Bewirtschaftung und der Höchstpreispolitik waren. Mehl, Kartoffeln und Fett ließen sich jederzeit um das Vierfache des Höchstpreises verkaufen und seit der Schleichhandel über eine so ausgezeichnete Organisation verfügt wie jetzt sind sie überhaupt nicht mehr zu halten. Das Schicksal der Bevölkerung in den Städten ist ihnen allerdings nicht gleichgültig, woran sie denken, das ist nur ihr eigener Vorteil. Mit ihnen haben sich die Händler vereinigt, die die staatliche Bewirtschaftung zum großen Teile ausschaltete und die heute nur auf dem Wege des Schleichhandels ihren Nutzen finden können. Seit einigen Tagen macht sich die „Neue Freie Presse“ zum Wortführer dieser Bestrebungen und wirft dem Staate vor, daß seine Ernährungspolitik verjagt habe. Das Blatt meint, der Staat sei unter allen Umständen unfähig, die Ernährung des Volkes durchzuführen, und verlangt Handelsfreiheit. So steht aber die Sache nicht. Der Ernährungsdienst hat verjagt, nicht weil der Staat ihn führte, sondern weil der Staat unausgesehrt gezwungen wurde, zugunsten der Erzeuger und Händler durch die Finger zu sehen. Es ist vor einigen Wochen hier der Nachweis geführt worden, daß diese dem Staate ausgedrängte Nachgiebigkeit verschuldet hat, daß Millionen Meterzentner Getreide seinem Zugriff und der rationierten Volksernährung entzogen wurden, genau so wie im vorigen Jahre eingestandenermaßen die halbe Kartoffelernte Österreichs verschwunden ist. Diese Fehler sind sowohl von der Kritik wie von Ernährungsamte erkannt worden und man hat deshalb verlangt, daß der Leiter des Ernährungsamtes mit den Vollmachten eines Ministers ausgestattet werde. Wir gehen sogar darüber hinaus und verlangen, daß der Ernährungsminister dem Ministerpräsidenten gleichrangig an die Seite gestellt werde und neben ihm eine Stellung einnehme, wie sie sich der Leiter der auswärtigen Politik und das Armeekommando zu erringen mußten.

Gerade das Gegenteil will aber Herr Dr. von Seidler jetzt tun. Sein Plan geht dahin, das Ernährungsamt als Abteilung des Ministerratspräsidiums einzurichten, an seine Spitze einen Hofrat — Herrn Dr. Ludwig Paul — zu stellen und, damit die Unterordnung nur recht deutlich zum Ausdruck komme, einen Sektionsrat — Herrn Dr. Gärtner — als Verbindungsmann zwischen dem Hofrat und dem Ministerpräsidenten zu ernennen. Das läuft allem zuwider, was die Verteidiger einer gerechten Bewirtschaftung und Verteilung der Lebensmittel verlangen. Der Herr Hofrat, der das Ernährungswesen leiten soll, wird fortwährend Angriffen des Ackerbauministeriums ausgesetzt sein und sich ihnen noch weniger entziehen können als der bisherige Ernährungsminister, schon weil ihm Rang und Ansehen nicht das Gewicht des Generalmajors Göfer verleihen. Der Ministerpräsident Dr. von Seidler soll in allen Streitfällen entscheiden. Wir glauben aber, daß er heute kaum mehr weiß, wo ihm der Kopf steht und daß er auch nicht über die Zeit und Mühe verfügt, sich um das Ernährungswesen zu kümmern. Wir sind ferner der Meinung, daß seine ganze Vergangenheit und auch die Proben, die er bisher von seiner Einsicht in Ernährungsdingen geliefert hat, ihn nicht als den Mann gelten lassen können, den die Bevölkerung als Ernährungsminister braucht. Wir müssen daran erinnern, daß Dr. v. Seidler der Urheber der nach seinem Regierungsantritt veranstalteten Ernährungsfrage ist, bei der die Agrarier das große Wort führten und die in der Folge geradezu verhängnisvolle Maßnahmen herbeiführte. Herr Dr. v. Seidler ist heute bereits in der Lage, den Segen zu überschauen, den die von ihm veranlaßte Änderung der Kartoffelverordnung gebracht hat. Er besteht darin, daß unsere Erdäpfelquote viel kleiner ist, als die deutsche Kartoffelquote, und wenn die

Deutschen sich neben einer ausgiebigen Kartoffelernährung auch einer ungestörten Mehl- und Brotversorgung erfreuen, wir aber unter ständigen Störungen und Stockungen leiden, so ist das ebenso sehr eine Folge der unzureichenden Geldbestellung wie der Nachlässigkeit, mit der die Aufbringung und Verteilung bei uns behandelt wird. Immer wieder muß man es sagen: noch nie hatte der Schleichhandel so großen Umfang wie heute. Wer Geld hat, beschafft sich einfach alles in unbegrenzten Mengen, der Mehrheit der Bevölkerung kann aber nicht einmal die Bürgschaft für eine sichere Zulieferung der Nationen gegeben werden. Wir brauchen einen Ernährungsdictator, aber keinen Ernährungshofrat. Deshalb werden die Pläne des Herrn Dr. v. Seidler die größte Unruhe hervorrufen. Er hat alle Ursache, der Bevölkerung in Ernährungsdingen gerecht zu werden. z.

27. II. 1918

M3

* (Lorbeer-Ersatz.) Es ist, und wahrhaftig mit Recht, der Lorbeeren in den letzten vier Jahren oft erwähnt worden, wenn von unsern braven Soldaten die Rede war, die Lorbeeren selbst aber sind immer seltener geworden. Ein Lorbeerkranz, der vor dem Kriege etwas ganz Gewöhnliches war, ist heute nur sehr schwer herzustellen. Das Kilogramm Lorbeerblätter würde um nicht viel mehr als eine Krone gehandelt, und was rechnet man jetzt für dieses nun so seltene Grün? Nun, schließlich ist der Lorbeer als Lohn für Tapferkeit oder künstlerische Leistungen doch nur ein platonischer. Sagt ja die Köchin Pepi in Nestroys „Frühere Verhältnisse“ mit Recht, daß der praktische Wert der Lorbeerblätter den des „Kuttelkrautes“ kaum überragt. Freilich ist das Kuttelkraut derzeit ebenfalls ganz erheblich wertvoller geworden, als es Anno Nestroy war, und es geht unserm Gaumen ebenso wie der Lorbeer gewiß mehr ab, als der letztere unserm Ehrgeiz. Die lieben Hausfrauen aber und die oft auch lieben Köchinnen, die sonst mit einer wirkungsvoll komponierten „Beiz“ aus einem „Badschunt“ ein „Talmi-Zungenbratt“ schufen und einen zu sehr „abgelegenen Niedbedel“ zu einem „Rehschlegel“ beizten, ihnen fehlt heute der „Lorbeer“, und das ist fast so bitter, als der Lorbeer selbst. Nun gibt es aber, für die Küche wenigstens, einen ganz guten „Lorbeerersatz“ und der ist Tausendguldenkraut. Es ist auch angenehm bitter und hat vielleicht nur die in jetziger Zeit unliebsame Nebenwirkung, daß es — Appetit macht. Aber jedenfalls ist es ein wirksames und unschädliches Ersatzmittel und unterscheidet sich von den meisten Kriegsurrogaten noch dadurch vorteilhaft, daß es nicht teurer ist als das, welches ersetzt werden soll.

27. / 11. 1918

26

M4

Der Nährwert der wichtigsten Lebensmittel

Der städtische Schularzt hat eine Zusammenstellung verfaßt, die vom städtischen Lebensmittelamt herausgegeben wird. Es ergibt sich daraus, daß einige unserer gebräuchlichsten Nahrungsmittel äußerst unrentabel sind, weil ihr Nährwert stark überzahlt wird im Verhältnis zu andern. Der Marktpreis, berechnet auf 100 Wärmeeinheiten (also eigentlich der Preis des Nährwertes), stellt sich folgendermaßen dar:

Mehl und Kartoffeln 2 Rappen, Maismehl und Reis 2,5 Rappen, Brot und weiße Rüben 3 Rappen, Nudeln und Maccaroni 3,5 Rappen, Hafergrütze, Schwarzwurzeln 4 Rappen, Milch 5 Rappen, Bohnen, Erbsen und Linsen 6 Rappen, Kohlrabi 7 Rappen, Butter gelbe Rüben, Äpfel und Birnen, gedörrte Äpfel, Walnüsse 8 Rappen, Fettkäse, Rabis 9 Rappen, Speck, Blutwurst 10 Rappen. Dann folgt der große Sprung: getrocknete Zwetschgen 20 Rappen, Rindfleisch 22 Rappen, Blumenkohl 23 Rappen, Spinat 30 Rappen, mageres Kalbfleisch 39 Rappen, Eier 40 bis 44 Rappen, Schweinefleisch 41 Rappen, Rosenkohl und Sauertraut 50 Rappen, Kopfsalat 66 Rappen.

In der Tabelle, die auch den Gehalt der verschiedenen Speisen an Eiweiß, Fett und Zucker angibt, ist beigelegt:

„Der Mensch braucht nun aber für seinen Körperhaushalt auch eine bestimmte Zusammensetzung der Nahrung. So braucht ein Erwachsener von mittlerer Größe und durchschnittlicher Arbeit täglich: 80 Gramm nutzbares Eiweiß, 50 Gramm Fett und 500 Gramm Zucker-Stärke-stoff (Kohlehydrate). Den Eiweißbedarf deckt der Mensch mit Brot, Milch, Fleisch, Käse, Eiern, Mehl, Reis, Bohnen, Erbsen usw. Den Fettbedarf mit tierischen und pflanzlichen Fetten, Speck, Milch, Fettkäse, Butter, Eidotter, fettem Fleisch, Nüssen. Den Bedarf an Zucker- und Stärkestoffen mit Mehl, Brot, Kartoffeln, Reis, Nudeln, Bohnen, Erbsen, Zucker.

Die grünen Gemüse und Früchte sollen als Zugemüse auch Verwendung finden, da sie viele für den Körperaufbau notwendige Mineralstoffe enthalten. Sie sollen aber nicht die Hauptnahrung bilden.“

Die Lebensmittelversorgung.

Die Einfuhr aus der Ukraine.

Im Herrenhause hat Herrenhausmitglied Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Anfrage an den Ministerpräsidenten eingebracht, in der er darauf hinweist, daß die Hoffnungen der gesamten Bevölkerung auf den Brotfrieden gerichtet waren, den Graf Czernin mit der Ukraine in Brest-Litowsk abgeschlossen hat. Die Bevölkerung sei nun darüber tief beunruhigt, daß die Truppen des verbündeten Deutschen Reiches den Weg in das Gebiet der Ukraine nehmen und sich der dort lagernden Getreidevorräte verschern, während anscheinend seitens unserer Monarchie bisher keine geeigneten Maßnahmen getroffen wurden, um auch uns ausreichende Mengen von Getreide zu sichern und mit aller Beschleunigung herbeizuschaffen. Der Interpellant fragt:

„Welche andere Maßnahmen hat die Regierung vorgesehen, um im Interesse der notleidenden und geängstigten Bevölkerung den Import von Getreide aus der Ukraine zu sichern und innerhalb welcher Zeit sind solche Importe zu gewärtigen?“

Die Schwierigkeiten in der Brotversorgung.

Im Gemeinderat erörterte gestern Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Schwierigkeiten, die sich vergangene Woche in der Brotversorgung Wiens ergaben, und führte aus: In der vergangenen Woche drohte allerdings nicht die Gefahr einer Verordnung, sondern tatsächlich die Gefahr einer Kürzung der Brotquote, und in den letzten Tagen gelang es der Kriegsgetreideverrechnungsanstalt nur mit dem Ausgabot aller

Kräfte und unter teilweiser Verwändung von Weizenmehl und zu Mehl vermahlener Roggengerste, den Mehlbedarf für die Broterzeugung von einem Tag auf den anderen sicherzustellen. (Rufe: Unerhörlich!) Dieser Zustand ist unhaltbar und unerträglich, weil die Versorgung einer Bevölkerung von 2 Millionen Menschen nicht auf den Zufall rechtzeitig oder verspätet einlangender Getreidetransporte bestellt werden kann.

Die systematischen Beruhigungsversuche, die gewissen Schönfärbereien sind wertlos, sie dienen nur dazu, die Bevölkerung zu beruhigen. Es steht vielmehr außer allem Zweifel, daß das staatliche Getreideregime infolge der verhängnisvollen Fehler und Irrtümer im Ausbringungsdienste vollständig zusammengebrochen ist. Ueber das Tor der Kriegsgetreideverrechnungsanstalt könnte ruhig geschrieben werden „Bankrott“. Um so mehr ist es zu bedauern, daß das Volksernährungsamt gegenüber den von allen Parteien des Wiener Gemeinderates einmütig aufgestellten Forderungen taub geblieben ist. Während Niederösterreich seiner Abgabepflicht in vollem Umfange nachgekommen ist, sind die Sudetenländer aus Aktivposten in der Getreideausbringung Passivposten geworden, und da trotz aller Versprechungen Ungarn in der Anlieferung von Edelgetreide überaus säumig ist (Rufe: Hörl!), basiert derzeit die Brotmehlversorgung fast ausschließlich auf den Maiszuschüben aus Rumänien (Rufe: Hörl!), welche unter erheblichen Schwierigkeiten heraufgebracht werden.

Wie mir von berufener Stelle mitgeteilt wurde, sind auch die Maisbezüge aus Rumänien nur mehr für einen relativ kurzen Zeitraum sichergestellt und es bleibt zur Vermittlung des Ueberganges bis zur neuen Ernte nur die Erfassung und Anbringung der in der Ukraine gelagerten Getreidevorräte (Neuerliche Hörl-Hörl-Rufe). Ich weiß nun nicht, welche Maßregeln die österreichische Regierung ergriffen hat, um das so notwendige Getreide in der Ukraine zu sichern und herauszubringen. Aber ich habe mir erlaubt, im Herrenhause eine solche Anfrage an die Regierung zu richten. Wenn die Verhältnisse so weiter fortgehen, sind wir nicht imstande durchzuhalten. Die österreichische Regierung muß wieder Vertreter nach Berlin senden, um Hilfe für die Wiener Bevölkerung zu erbitten. (Rufe: Wer ist schuld daran?) Ich glaube daher wohl, daß ich namens aller Kollegen des Wiener Gemeinderates an die Regierung die mahnende Forderung richten muß, alles daranzusetzen, damit die Getreidevorräte, die nach dem Friedensvertrag für uns bestimmt sind, in der Ukraine erfasst und mit möglichster Beschleunigung hergebracht werden.

Anschließend vertiefte der Bürgermeister auch auf die angekündigte Umgestaltung des Ernährungsamtes und sagte unter anderem: Wir müssen heute an den Ministerpräsidenten die Forderung richten, das Ernährungsamt nicht als Experimentierfeld zu betrachten. Dieses braucht ein strenges Strafenregime. Wir müssen einen Mann an der Spitze haben, der auch mit jenen Machtmitteln ausgestattet wird, um die Ausbringung zu gewährleisten und die gerechte Verteilung zu sichern.

Verlangen nach Aufhebung der „Geos“.

Auf eine Anfrage des Gemeinderates Schäfer, ob der Bürgermeister den berechtigten Wünschen der Grünwaren- und Obsthändler auf Aufhebung der „Geos“ entsprechen wolle, erwiderte Bürgermeister Dr. Weiskirchner, wenn je eine Zentralstelle den Befähigungsnachweis ihrer vollsten Unfähigkeit erbracht habe, so sei dies die „Geos“. Wir haben, sagte er, jedes Vertrauen in diese Zentralstelle verloren und wir können nur mit den Marktleuten, deren Klagen mir sehr gut bekannt sind und denen ich immer ein aufrichtiger Freund und Beschützer war, in den Ruf einstimmen: Hinweg mit der „Geos“!

Die Einlösung der Mehlkartenabschnitte.

Amlich wird mitgeteilt: Anlässlich der Herabsetzung der Mehlquote ist angeordnet worden, daß die Teilnehmer von Gemeinschafts- und ähnlichen Kriegerischen den Küchenleistungen jeweils für zwei Wochen im vorhinein zehn Abschnitte ihrer Mehlkarten abzugeben haben.

Nunmehr sind von verschiedenen Personen bei den Behörden Beschwerden darüber vorgebracht worden, daß einzelne Konsumentenorganisationen, Konsumvereine und Mehlabgabestellen sich weigern, gegen Mehlkarten, die anstatt der vollen zwanzig nur mehr zehn Abschnitte aufweisen, Mehl zu verkaufen.

Dieser Vorgang ist jedoch unzulässig; vielmehr sind auch Mehlkarten, an denen sich nur mehr zehn oder selbst nur fünf Abschnitte befinden, unweigerlich unter Zugrundelegung der Gebühr von 25 Gram Mehl für jeden Abschnitt einzulösen.

Eine Uebertretung dieser Anordnung könnte neben strafgerichtlicher Ahndung den Verlust der Gewerbeberechtigung oder der Anerkennung als privater Konsumentenorganisation usw. zur Folge haben.

Abgabe von 60.000 Kilogramm Geflügel.

In dieser und in der nächsten Woche gelangen nach den Weisungen der Gemeinde aus den Beständen der Wild- und Produktengesellschaft 60.000 Kilogramm Geflügel und Zudans zur Verteilung. Für den Verkauf, der am Samstag beginnt, sind in jedem Bezirk einige Geflügelhändler in Aussicht genommen, deren Lokale durch eigene Aufschriften gekennzeichnet sind. Der Kleinhandelspreis beträgt 16 K. für das Kilogramm, ist also um 3 K. billiger als der gegenwärtige Marktpreis.

28. II. 1918

M9

Die zukünftige Gestaltung des Ernährungsamtes.

Ernennung des Hofrates Ludwig Paul zum Präsidenten.

Wien, 27. Februar.

Der Kaiser hat die Demission des Leiters des Ernährungsamtes Ministers G. M. Anton Höfer genehmigt und den Direktorstellvertreter bei der Direktion der Staatseisenbahngesellschaft Hofrat Ludwig Paul zum Präsidenten des Amtes für Volksernährung ernannt. Dieser Wechsel wird in der morgigen „Wiener Zeitung“ durch folgende Handschreiben des Kaisers verlautbart werden:

Der Wechsel im Ernährungsamt.

„Lieber Dr. Ritter v. Seidler!

In Genehmigung Ihrer Anträge gewähre Ich Meinem Minister G. M. Anton Höfer die erbetene Enthebung vom Amte und von der Leitung des Amtes für Volksernährung. Ferner ernenne Ich den Direktorstellvertreter bei der Direktion für die Linien der Staatseisenbahngesellschaft Hofrat Ludwig Paul zum Präsidenten des Amtes für Volksernährung.

Baden, am 26. Februar 1918.

Karl m. p.

Seidler m. p.“

Das Handschreiben an Generalmajor Höfer.

„Lieber Generalmajor Höfer!

Indem Ich Sie auf Ihre Bitte vom Amte Meines Ministers und von der Leitung des Amtes für Volksernährung in Gnaden enthebe und Mir Ihre Wiederverwendung im militärischen Dienste vorbehalte, spreche Ich Ihnen für Ihre unter den schwierigsten Verhältnissen geleisteten vorzüglichen Dienste Meinen Dank und Meine volle Anerkennung aus. Gleichzeitig verleihe Ich Ihnen Meinen Orden der Eisernen Krone erster Klasse mit der Kriegsdekoration mit Rücksicht der Tage.

Baden, am 26. Februar 1918.

Karl m. p.

Seidler m. p.“

Der Rechtskreis der Stellung des neuen Präsidenten.

Der neuernannte Präsident des Amtes für Volksernährung, Paul, der als Chef dieser Zentralbehörde in die dritte Rangklasse der Staatsbeamten eingereiht wurde, bleibt, wie amtlich verlautbart wird, außerhalb des Kabinetts und mithin außerhalb des politischen Betriebes. Dies versetzt ihn in die Lage, seine ganze Zeit und Arbeitskraft ausschließlich seinen fachlichen Aufgaben zu widmen.

Das Amt für Volksernährung, das im Sinne des § 1 der Gesamtministerialverordnung vom 13. November 1916, R. G. Bl. Nr. 383, unmittelbar dem Ministerpräsidenten untersteht, wird dadurch, daß an seine Spitze nicht ein Minister, sondern ein Präsident tritt, mit der Persönlichkeit des Kabinettschefs in einen besonders innigen Kontakt gebracht. Jegendeine organische Angliederung an das Ministerratspräsidium erfolgt nicht.

Mit der geplanten direkten Unterstellung des Amtes für Volksernährung unter die Einflusssphäre des Ministerpräsidenten sind, wie vorstehend erklärt wird, organisatorische Veränderungen im Volksernährungsamte nicht in Aussicht genommen. Das Amt für Volksernährung bleibt in seiner Organisation selbständig. Der zum Präsidenten des Amtes ernannte bisherige Hofrat Paul bekleidet die Stelle eines Beamten in der dritten Rangklasse und ist dem Ministerpräsidenten direkt unterstellt. Die Schaffung einer besonderen Sektion im Ministerratspräsidium für die Agenden des Volksernährungsamtes unterbleibt. Im Ministerrate wird das Amt durch den Ministerpräsidenten selbst vertreten.

Der Ernährungsrat gegen die Umgestaltung des Ernährungsamtes.

Heute hielt der Sachausschuß für Bodenprodukte und der Jaghausschuß zur Beratung der Zuckerfrage des Ernährungsrates Sitzungen ab. Im erstgenannten Ausschusse wurde über die „Geos“ verhandelt. Direktor Schedner gab auf zahlreiche Anfragen Auskunft, worüber Abgeordneter Schraßl in der Plenarsitzung des Ernährungsrates Bericht zu erstatten übernahm.

In der Sitzung des Ausschusses wurden an den Präsidenten Landeshauptmann Grafen Larisch-Moennich mehrfache Anfragen wegen der bevorstehenden Veränderungen im Amte für Volksernährung gerichtet. Namentlich wurde darauf hingewiesen, daß das Ernährungsamt auf Anregung des Ernährungsrates geschaffen worden ist, so daß der Ernährungsrat auch bei den Veränderungen gehört zu werden verdient. Insbesondere scheine die beabsichtigte Lösung dem wiederholt gestellten Verlangen des Ernährungsrates, das Ernährungsamt zu einem Ernährungsministerium auszugestalten, direkt zu widersprechen. Sowohl die sozialdemokratischen wie die Vertreter des Mittelstandes und der Agrarier gaben der Befürchtung Ausdruck, daß in der Volksernährung chaotische Zustände eintreten könnten.

Die sozialdemokratischen Vertreter kündigten die Niederlegung ihrer Stellen in den Approvisionierungsämtern an. Auch die Agrarier erklärten sich mit der angefügten Lösung der Angelegenheit nicht einverstanden. Namentlich die Abgeordneten Schreiter, Zuleger und Dr. Biskovsky nahmen dagegen Stellung.

Der Präsident Graf Larisch-Moennich wurde aufgefordert, sofort eine Vollversammlung des Ernährungsrates einzuberufen. Morgen tritt der allgemeine Arbeitsausschuß zu einer Sitzung zusammen, in der ebenfalls die Zukunft des Amtes für Volksernährung zur Sprache kommen soll.

28. II. 1918

M9

Der Wechsel in der Leitung des österreichischen Ernährungsamtes.

Wien, 27. Februar.

Die morgige Wiener Zeitung veröffentlicht nachstehende allerhöchste Handschreiben:

Lieber Dr. Ritter v. Seidler!

In Genehmigung Ihrer Anträge genehmige Ich Meinem Minister Generalmajor Anton Höfer die erbetene Enthebung vom Amte und von der Leitung des Amtes für Volksernährung. Ferner ernenne Ich den Direktorstellvertreter bei der Direktion für die Linien der Staatseisenbahngesellschaft Hofrat Ludwig Paul zum Präsidenten des Amtes für Volksernährung.

Baden, 26. Februar 1918.

Karl m. p.,

Seidler m. p.

Lieber Generalmajor Höfer!

Indem Ich Sie auf Ihre Bitte vom Amte Meines Ministers und von der Leitung des Amtes für Volksernährung in Gnaden enthebe und Mir Ihre Wiederverwendung im militärischen Dienste vorbehalte, spreche Ich Ihnen für Ihre unter den schwierigsten Verhältnissen geleisteten vorzüglichen Dienste Meinen Dank und Meine volle Anerkennung aus. Gleichzeitig verleihe Ich Ihnen Meinen Orden der Eisernen Krone erster Klasse mit der Kriegsdekoration mit Rücksicht der Tage.

Baden, 26. Februar 1918.

Karl m. p.,

Seidler m. p.

Der neuernannte Präsident des Amtes für Volksernährung Paul, der als Chef dieser Zentralbehörde in die dritte Rangklasse der Staatsbeamten eingereiht wurde, bleibt außerhalb des Kabinetts und mithin außerhalb des politischen Getriebes. Dies versetzt ihn in die Lage, seine ganze Zeit und Arbeitskraft ausschließlich seinen fachlichen Aufgaben zu widmen. Das Amt für Volksernährung, das im Sinne des § 1 der Gesamtministerialverordnung vom 13. November 1916 (RGV. Nr. 383) unmittelbar dem Ministerpräsidenten untersteht, wird dadurch, daß an seiner Spitze nicht ein Minister, sondern ein Präsident tritt, mit der Persönlichkeit des Kabinettschefs in einen besonders innigen Kontakt gebracht. Jergendeine organische Angliederung an das Ministerpräsidium erfolgt nicht.

Wien, 27. Februar.

Die Blätter melden, daß der König den früheren Ernährungsminister Generalmajor v. Höfer Sonntag in Abschiedsaudienz empfing und ihm den Orden der Eisernen Krone erster Klasse überreichte.

28. II. 1918

120

Die Ernährungsfrage.

Dringende Notwendigkeit einer Abhilfe.

Die gestrigen Mitteilungen im Wiener Gemeinderat zeigen ein Bild, das überall Beunruhigung hervorbringen muß.

Es ist unmöglich, die Versorgung einer Millionenstadt ohne die Anlegung von Reserven und gleichsam von Tag zu Tag, von der Hand in den Mund fortzusetzen. Um so wichtiger ist, daß binnen kürzester Zeit das Eingreifen in der Ukraine folgt und die Friedensverhandlungen mit Rumänien, die vorläufig noch im Stadium der Vorbesprechungen sind, mit greifbaren wirtschaftlichen Ergebnissen zu Ende geführt werden.

Ein anderes Mittel ist vorläufig nicht zu sehen, um der jetzigen Ungewißheit ein Ende zu machen und die Nahrungsfrage auf sichere Grundlagen zu stellen.

11030 11030 11030 Elbrühl
28. II. 1918

121

Der Ackerbauminister über die Veränderungen im Ernährungsamte.

Nachschuß.

Im Laufe der Debatte über den Kunstdünger ergriß auch der Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca das Wort und trat für die Vorlage ein. Auf einen Zwischenruf des Abgeordneten Friedmann, welche Stellung das Ackerbauministerium zu den Veränderungen im Ernährungsamte einnehme, erklärte der Minister, er persönlich könne nur auf das tiefste bedauern, daß Minister Generalmajor Höjer, mit dem er stets in sehr gutem Einvernehmen gestanden sei, sich gezwungen gesehen habe, aus dem Amte zu scheiden. Wer immer dieses schwere Amt auf sich nimmt und wie immer es ausgestaltet werden mag, die Beziehungen zwischen dem Ernährungsamte und dem Ackerbauministerium sind gegeben. Das letztere hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die landwirtschaftliche Produktion nicht erschwert wird. Das Ernährungsamte hat die Pflicht, dem Ackerbauministerium die Möglichkeit zu bieten, diese seine Pflicht zu erfüllen. Aber in die Angelegenheiten des Ernährungsamtes einzugreifen oder eine Verantwortung zu übernehmen, gehöre nicht zu den Aufgaben des Ackerbauministeriums und er lehne ein derartiges Anstinnen dankend, aber entschieden ab.

Der Reichstagsausschuß für Ernährungsfragen.

Im Ausschuß des Reichstags für Ernährungsfragen teilte heute der Vorsitzende Dr. v. Veit mit, daß die Beratungen über den neuen Wirtschaftsplan diese Woche zu Ende geführt werden müßten, da die Frage dringend sei und die Geschäftslage des Hauses dieses erfordere. Nachher sollen dann an Hand der in Vorlage kommenden Denkschrift die übrigen Fragen erörtert werden. — Damit erklärte sich der Ausschuß einverstanden.

Ein Mitglied des Zentrums verlangte, im neuen Wirtschaftsjahr das Hauptaugenmerk auf eine möglichst große Erzeugung von Lebensmitteln zu richten. Wir seien auf uns selbst angewiesen; denn die Verhältnisse auf dem ausländischen Lebensmittelmarkt seien teilweise schlechter als bei uns. Der vorgeschlagene Preiserhöhung für Brotgetreide könne er nur schwer zustimmen. Aber es sei wohl möglich, die Spannung zwischen Mehl- und Brotpreis weiter herabzudrücken und das Brot im gleichen Preis wie bisher zu halten. Die während den Preisänderungen beunruhigten Verbraucher wie Erzeuger. Daher sei eine gewisse Stetigkeit der Preispolitik angezeigt.

Die Braugerste sei höher zu bewerten als gewöhnliche Gerste. Da jetzt ein Teil davon zu Brot verbuden werden sollte, entstünden hier verschiedene Schwierigkeiten, deren Lösung versucht werden müsse. Die Erhöhung des Kartoffelpreises sei unangenehm, aber nötig, um den Kartoffelanbau möglichst zu steigern und die Versorgung zu sichern. Im Hinblick auf den Lebensmittelmarkt sei darauf zu achten, daß die Verfütterung unterbunden und nicht nur das Brotgetreide, sondern auch Gerste und Mais der menschlichen Ernährung zugeführt würden. Die Tierhaltung müsse da zurücktreten, so unangenehm das auch für Erzeuger und Verbraucher sei. Die Herabsetzung der Viehpreise und Fleischpreise, wie sie die Professoren vorschlugen, solle man im Laufe des Frühjahres vornehmen. Die Spannung zwischen Fleisch- und Viehpreis müsse herabgesetzt und dabei energisch vorgegangen werden. Es handle sich hier um sehr ernste Fragen, bei denen volle Einmütigkeit angezeigt erscheine.

Präsident v. Batocki

schloß sich diesem Wunsche an. Die Verantwortung für das kommende Wirtschaftsjahr sei so groß, daß alle anderen Fragen vor der Ernährungsfrage zurückzutreten hätten. Unter Vorlage einer Tabelle ging Redner auf die finanziellen Wirkungen der voraussichtlichen Preisfestsetzungen für die Landwirtschaft ein.

Ein Fortschrittler wandte sich gegen die öffentliche Bewirtschaftung der ganzen Getreideerzeugung; die Wirtschaft der landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetriebe werde dadurch erschwert. Den Erzeugern bis zu 20 Zentnern solle die Gerste belassen werden. Redner empfahl sodann eingehend den Rapsanbau zur Ölgewinnung und zu Futterzwecken. Die Molasse solle in größeren Quantitäten den Zuckerrübenbauern überlassen werden. Mit dem Hochschrauben des Zuckerrübenpreises auf 2,50 M. könne er sich nicht befreunden; der Preis sei so schon um 100 v. H. höher als im Frieden.

Präsident v. Batocki bat, die Verhältnisse der Zuckerrübenbauern nicht an einem einzigen Betriebe zu messen. Den Anbau von Delsrüchten möchte auch er empfehlen. Den vorhandenen Transportschwierigkeiten werde mit allen Mitteln begegnet, darüber werde später noch eingehend zu reden sein. Redner legte eine Tabelle vor über die Preise von Lebensmitteln bei uns und im Ausland. Die Angaben betreffend das Ausland stützen sich allerdings auf nicht immer ganz sichere Mitteilungen.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter verteidigte die öffentliche Bewirtschaftung unserer Lebensmittel; sie müsse die Bedarfsdeckung und nicht den Profit zum Zweck haben. Ein Fehler sei es, die kleinen Erzeuger und Händler wirtschaftlich sichern zu wollen. Das habe auf die Lebensmittel verteuern gewirkt. Zuerst hätte die Erzeugung gemästert werden sollen, dann wäre die Verteilung leichter gewesen. Die Anreizpolitik führe nicht zum Ziele. Daraus müßten die wichtigen Lehren für den neuen Wirtschaftsplan gezogen, einseitliche Grundsätze müßten für die Erzeugung aufgestellt und auch durchgeführt werden.

Ein Redner der Fortschrittspartei glaubte, daß

aus Rumänien

Lebensmittel in ziemlich großen Mengen herangeholt werden könnten. Erfreulich sei, daß der neue Wirtschaftsplan nunmehr nach verständigen Grundsätzen aufgebaut werden solle. Bisher habe man immer übersehen, daß die deutsche Landwirtschaft nicht allein Volk und Vieh ernähren könne. Die starke Förderung der Schweinezucht und die Viehpreistreiber seien falsche Maßnahmen gewesen. Die unrichtige Preisbildung habe das Uebel vergrößert und uns in die jetzige Lage gebracht, sie habe dazu geführt, daß Brotgetreide verfüttert worden sei. Nach den gemachten Vorschlägen werde der Viehstand vermindert und diese Gefahr beseitigt. Das Kriegsernährungsamt müsse mit starker Hand alle ihm sich entgegenstellenden Widerstände zu überwinden suchen. Die Viehhandelsverbände hätten sich ausgewachsen, Erzeuger und Verbraucher litten unter ihrem Geschäftsbetrieb. Ihre Gewinne müßten beschnitten werden.

Präsident v. Batocki besprach eine wertvolle Auffassung über die früheren Vorschriften betreffend den Zuckerrübenbau und die Abnahmebeschränkung für Rüben durch die Zuckerrübenfabriken. Daß Stadtverwaltungen für Rohrüben Preiszuschläge von 500 v. H. zum Händlerpreis „festgesetzt“ hätten, sei nicht richtig. Zuschläge in der Höhe seien zwar genommen, aber dann unterlagert worden. Redner ging dann auf die beklagten Uebertretungen der Bundesratsverordnungen ein und erklärte, es sei wohl kaum zu erwarten, daß sie im vierten Kriegsjahr ganz unterblieben, er hoffe aber auf die verständnisvolle Mitwirkung

aller Beteiligten, der Erzeuger wie der Verbraucher, bei der Durchführung der durch die jetzige Lage möglich gewordenen Maßnahmen. Was die Landeszentralstellen anlange, so seien diese gehalten, den Vorschriften des Kriegsernährungsamtes Rechnung zu tragen.

Ein Redner der Nationalliberalen anerkannte die Ruhe und Gelassenheit der städtischen Bevölkerung gegenüber den stark einschränkenden Bestimmungen im Ernährungswesen, hat aber die Verhältnisse in der Landwirtschaft so anzusehen, wie sie seien. Das Verfügungsrecht sei dem Landwirt fast völlig unterbunden und seine Arbeit sei groß und schwer. Redner verlangte die Berechtigung von Saatgut, insbesondere von Kartoffeln, damit der Anbau gesichert werde. Bei der Herabsetzung der Viehpreise solle mit großer Schonung vorgegangen werden, damit eine größere Beunruhigung der Viehzüchter vermieden werde. Gewisse Vorratsspeicher könnten zur Zeit des Notstandes geöffnet und daraus Lebensmittel an die Bevölkerung herausgegeben werden.

Präsident v. Batocki ging auf die Frage der Versorgung mit Saatkartoffeln ein und teilte mit, daß die Kleie von der Futterstelle ausgetauscht worden sei; die Kleie werde demnächst herausgegeben werden. Die von dem Vorredner erwähnten Vorratsspeicher seien nicht so angefüllt, wie der Vorredner anzunehmen scheint, und Zuschüsse seien daraus nicht zu erwarten.

Ein Redner des Zentrums bemerkte: Durch größere Ausmahlung des Getreides könne das Getreide gestreckt und mehr Mehl gewonnen werden; so sei in Bayern der Versuch gelungen, Getreide bis zu 94 v. H. auszumahlen. Auch der Hafer könne stärker ausgemahlen werden. Auf diese Weise könnte die Heeresverwaltung Mehlaufschüsse für die Zivilbevölkerung herauswirtschaften. Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes müßten Erzeugung und Verbrauch gesondert erfaßt werden. Die allzu vielen Änderungen an den Verordnungen und Preisbestimmungen sollten vermieden werden.

Präsident v. Batocki erklärte, er würde es bedauern, wenn durch die vorgegebene Preisgestaltung die gute Qualitäts- und Braugerste verschwinden würde, es müsse aber auf Erzeugung von Massenware aus den wiederholt erörterten Gründen gesehen werden.

Ein konservativer Redner wies die Angriffe auf die Landwirtschaft zurück und betonte, wenn diese nicht ihre Pflicht getan hätte, dann hätte der Krieg einen für uns ungünstigen Ausgang genommen.

Nach kurzer weiterer Erörterung wurde die allgemeine Aussprache geschlossen. Am Mittwoch wird der Ausschuß in die Einzelberatung des Wirtschaftsplanes treten.

Der Abend
28. II. 1918

123

Die Preise des freien Handels.

M. H. Die Kriegswirtschaftszentralen leiten vom Mangel ihr Dasein ab und so sind sie auch mangelhafte Gebilde, die selbst dann, wenn sie das äußerste leisten, noch viel zu wünschen übrig lassen. Abgesehen von den Mängeln, die mit ihrem Wesen untrennbar verknüpft sind, haben sie in Österreich noch reichlich überflüssige Fehler und man begreift, daß hier die Zentralen sehr unbeliebt sind. Die Händler sind die entschiedensten Gegner der Zentralen, aber nicht wegen deren Unvollkommenheit, sondern weil sie sich der Überwachung, die die Zentralen ausüben, entziehen wollen und nur aus Profitgier preisen sie den freien Handel und versprechen das Unmögliche, daß mit der Einführung des freien Handels die Versorgung der Verbraucher annähernd so werden wird, wie sie im Frieden war. Mittlerweile zeigt sich auf jenen wenigen Gebieten, die noch dem freien Handel überlassen wurden, die schrankenlose Herrschaft des Gesetzes von Angebot und Nachfrage, durch welche bei den heutigen Verhältnissen keine Vermehrung des Angebotes, wohl aber das bewirkt wird, daß das Angebot den Meistbietenden zuschießt und so die Gewinne der Händler gewaltig gemehrt werden.

Wir haben vorgestern berichtet, daß in dem Feinstggeschäft Schinken-Soluska Schwarzenberger Käse um 30 Heller für ein Dekagramm feilgeboten wurde. Das Marktamt hat in diesem Geschäfte Nachschau gehalten und der Inhaber, Johann Schmidt ist sein Name, verantwortete sich damit, daß er für den Schwarzenberger selbst 26 Kronen für das Kilogramm bezahlt habe. Da muß man doch fragen, wie so dieser inländische Käse einen Preis von 26 Kronen erreichen konnte, während die aus dem Auslande auf weiten Wegen eingeführten hervorragenden Hartkäse kaum den dritten Teil kosten. Diese Hartkäse sind staatlich bewirtschaftet, die inländischen Käse aber sind dem freien Handel überlassen und nur dieser Unterschied kann als Grund für die auffällige Preisverschiedenheit angeführt werden.

Die gleiche Erscheinung sieht man beim Zwiebel. Ausländische, schöne und dauerhafte Ware kostet im Kleinhandel K 1.64, während Markter Zwiebel 6 bis 8 K kostet. Dieser wird frei gehandelt, jene staatlich eingeführt.

Auf den ärgerniserregenden Preis des Honigs hat der „Abend“ wiederholt verwiesen. Heute kostet dieses mühelos gewonnene Naturerzeugnis, nur weil sich der freie Handel damit befaßt, bis 30 Kronen! Wahrlich, die Zentralen mögen noch so schlecht sein — dem freien Handel gegenüber sind sie das kleinere Übel.

28. II. 1918

724

* Die Kinos im Dienste der englischen Küche. In Ansehung der Lebensmittelnöte Englands haben sich sowohl die Zeitungen als auch die Kinos in den Dienst der Hausfrauen gestellt, ihnen die Ernährungsvorgen abzunehmen. Noch vor kurzem waren die sogenannten „Hausfrauenecken“ der englischen Blätter wirkliche Ratgeber in der Art der Kochbücher, in denen zu lesen steht „Man nehme“. Doch die „Hausfrauenecken“ wurden von Woche zu Woche spärlicher und trostlos mußten Englands Hausfrauen am 16. Februar in der „Hausfrauenecke“ des „Daily Telegraph“ lesen: „Butter gibt es so gut wie keine mehr, Käse bekommt man nicht mehr zu sehen, künftighin können nur 15 v. H. der vorjährigen Lebensmittelmengen zur Verteilung gelangen. Man hat das Recht für das Quantum Butter, wenn man es nicht erhalten sollte, Speck zu verlangen.“ Aber Speck gibt es leider auch nicht. Die Flucht in die Hotels und Restaurants ist auch nicht lohnend. So äußerte zum Beispiel der Besitzer eines bekannten City-Restaurants in Bishopsgate, daß ihn die Rationierung der Lebensmittel in die bittere Lage versetze, keine Frühstücksmehr geben zu können. Da die Engländerinnen keine besonderen Kochkünstlerinnen sind, Gemüse und Pilze im Lande aber einigermaßen reichlich vorhanden sind, mit denen die englische Hausfrau nicht viel anzufangen weiß, so hat das Kriegswirtschaftsamt angeordnet, daß vom 1. März an, in allen englischen Kinos kriegsgemäßes Kochen demonstriert werde.

31./I. 1918

21

MS

* **Lebensmittelschnuggel mit der Briefpost.** Da es gegenwärtig schwer ist, mit der Paketpost Lebensmittel und insbesondere solche ins Ausland zu senden, die staatlich bewirtschaftet sind, versuchen es Leute, die Briefpost zu benutzen, um solche Waren ins Ausland zu schmuggeln. Auf der Wiener Briefdurchgangsstelle für das Ausland hat man seit längerer Zeit beobachtet, daß bestimmte „Muster ohne Wert-Sendungen“ sich wiederholen. Als man da vier schöne Päckchen besichtigte, die in kurzen regelmäßigen Folgen austauchten, stellte es sich heraus, daß sie sämtlich mit Würfelzucker gefüllt waren. Säuberlich war er zusammengelegt, die Packung seinem Ausmaß angepaßt. Da jedes dieser Päckchen 30 Dekagramm Zucker enthielt, waren es da allein 12 Kilogramm. Wenn man berücksichtigt, daß viele solcher Sendungen im Laufe der letzten Monate aufgefertigt worden waren, so kann man ermessen, wie viel Zucker so in das Ausland kam. Diese Sendungen und alle weiteren gingen sämtlich nach Deutschland. Ein Päckchen, das aus Bieselburg in Niederösterreich kam, enthielt einen Striegel Butter, auf den sich ein deutscher Empfänger freute. Wieder andere Sendungen enthielten Gänsefischmalz, Speck von bester Güte; nicht so schlechten Salzspeck, wie wir ihn hier bekommen. Recht häufig wandern ganze Würste, bis zu 1 Kilogramm schwer, mit der Briefpost, hinaus. Das gewagteste Stück war jedoch ein Brief, der etwa 8 Kilogramm wog und eingeschrieben mit 8 Kronen-Marken versehen war. Als man ihn öffnete, stellte es sich heraus, daß da ein Mann aus Tuzla in Bosnien nach Deutschland mehr als 7 Kilogramm Mehl versenden wollte. Um ganz sicher zu gehen, zahlte er lieber die 8 Kronen für den schwereren „Brief“. Daß man nicht schon längst diesen Schmuggel einstellte, liegt daran, daß sich die Postgewaltigen nicht trauten, dagegen etwas zu unternehmen, weil angeblich dafür keine Vorschriften bestehen, wie Päckchen als „Muster ohne Wert“ und Briefe mit Lebensmitteln behandelt werden sollen. Auch als das Zollamt angerufen wurde, erklärte es, dagegen nichts machen zu können. Da kam mit einemmal vor einigen Tagen ein allgemeiner Aufruf, wieder alle Briefe der Zensur zu überweisen. Jemand ein Umstand, der mit dieser Sache nicht zusammenhing, halte es den Zensurstellen erwünscht erscheinen lassen, alle Briefsendungen nach Deutschland zu überprüfen. Dieser Zufall führte in den drei Tagen, während deren die Zensur eingriff — sie ist seit Wochenbeginn wieder aufgehoben —, dazu, daß es jetzt eine Handhabe gab, solche Sendungen zurückzuweisen. Sie gingen nun als „unzulässig“ an den Aufgeber zurück. Seither scheint wieder den vielen Lebensmittelschmugglern freie Hand gelassen zu werden. Es wäre gewiß Sache der Kammer gewesen, die davon erfahren, nachzuforschen, mit welchem Recht Absender staatlich bewirtschafteter Lebensmittel über solche Vorräte verfügen, daß sie davon immer wieder Mengen ins Ausland liefern können. Man hat ihnen bisher die zurückgewiesenen Mengen einfach ausbezahlt. Wenn

man es den Kettenhändlern so leicht macht, Waren ins Ausland zu liefern, dann ist es begreiflich, daß dieser „Briefverkehr“ einen großen Umfang annahm. Wenn schon wegen der Lebensmittelnot in Oesterreich die Ausfuhr von solchen Waren verboten wurde, dann soll auch dieser Schmuggel mit der Briefpost sorgsam überwacht werden. Man sollte aber auch bei den Versendern solcher Waren Nachschau halten — deren Adressen zumeist angegeben sind —, wenn sie geschäftsmäßig derartigen Schmuggel betreiben.

* (Der Winter unfres Mißvergügens.)
 Heute nimmt der meteorologische Frühling seinen Anfang, und wenn ja, so hat heute das Wort seine Geltung: Der Winter unfres Mißvergügens ist zu Ende. Aber freilich in jedem Betracht nur auf dem Papier. Weiß der Himmel, was uns noch bevorsteht, was wir an Wetter- und Nahrungskalamitäten noch zu ertragen haben werden und in welchen Dauen sich der holde Knabe Frühling noch gefallen wird. Meteorologisch und — wirtschaftlich. Sibirische Kälte werden wir wohl nicht mehr bekommen, sibirische Butter aber wahrscheinlich auch nicht. Von diesem kostbaren Artikel wurden in Friedenszeiten, wie die Statistiker uns belehrt haben, jährlich viele Millionen Pud ausgeführt. Wie wenigen war dies bisher eigentlich bekannt; jetzt wissen es wohl alle, aber das „Objekt“ fehlt. Es geht damit so, wie überhaupt mit idealen Dingen, von denen einst Graf Zaaffe sagte: „Ideal ist das, was man nie erreicht.“ Und solcher Gegenstände gibt es gegenwärtig nur allzu viele. Alle Wege, sagt das Sprichwort, führen nach Rom; aber auf welchem Wege kommen Getreide, Mehl, Fett und Eier aus Rumänien und aus der Ukraine herans nach Wien? Und das ist wohl auch der Sinn der Rede, die der Bürgermeister vorgestern im Gemeinderat gehalten hat, und die wahrlich nicht sehr ermutigend klang. Unter solchen Umständen ist es dem neuen Mann, der jetzt an die Spitze des Ernährungsamtes tritt, doppelt zu wünschen, daß ihm etwas gelingen möge, und zwar so, daß die Millionen, die darauf warten, es auch rasch verspüren. Vielleicht bringen seine Maßnahmen es auch zuwege, daß er alle die Schlupfwinkel entdeckt, wie jene der Bäuerin von Ramsau, von der uns gestern ein Bericht erzählte, daß sie an einer wirklich angenehmen Art der Kriegspsychose leide. Diese brave Frau, die wahre Unschuld vom Lande, bereitete sich für den Empfang ihres noch im Felde befindlichen Mannes damit vor, daß sie unter andern bloß 1070 Kilogramm weißes Doppelmüllermehl, 700 Kilogramm Fett, 30 Kilogramm Bohnenkaffee, 6000 Zigarren und Zigaretten und ähnliche Pretiosen „sammelte“. Das wäre heute eine Auktion im Dorotheum, vielleicht mit noch mehr Zulauf als bei der Auktion Kaufmann in Berlin. Und wie viele solcher Bäuerinnen von Ramsau gibt es noch! Tagtäglich hören wir ja im Parlament, in den Gemeindevertretungen, in den Versammlungen usw. die bitteren Klagen darüber, daß unsre braven Landleute an derselben Kriegskrankheit leiden. Und welcher Diplomatie es manchmal bedarf, um sie zur Deffnung ihrer verschiedenen Lebensmittelverstecke zu bewegen, zeigt drastisch ein ergötzlicher Vorfall in der Nähe von Prag. Eine Frau von dort fuhr in ein nahegelegenes Dorf, in welchem sie viele Vorräte wußte, bemühte sich jedoch vergebens, irgend etwas herauszubekommen. Im Dorfwirtshaus erfuhr sie nun, daß eine der „Ramsauerinnen“ der Umgebung sich mit besonderer Leidenschaft Karten aufschlagen lasse. Rasch entschlossen, informierte sie sich zunächst über Name, Alter und nähere Verhältnisse der Bäuerin, suchte sie auf, stellte sich als die Prager Wahrfagerin Miß Lunac vor, schlug ihr die Karten auf, verblüffte sie durch die genaue Kenntnis ihres Lebens und ihres Hausstandes und erhielt dafür in reichster Fülle Nahrungsmittel. Für diese tüchtige und geistesgegenwärtige Prager Dame ist der Winter ihres Mißvergügens vorüber. Wer kriegt, ob mit Kartenaufschlagen oder andern Kunststücken, aus den tausend Samstern in Stadt und Land die angenehmen Dinge heraus?

Ausgabe neuer amtlicher Einkaufsscheine.

Montag den 4. März beginnt die Ausgabe der neuen amtlichen Einkaufsscheine. Der Tag ihrer Inkraftsetzung wird besonders verlaublich werden. Die neuen Einkaufsscheine der Mindestbemittelten werden in grüner, blauer und gelber Farbe, die anderen in weißer Farbe ausgegeben. Die Besitzer der neuen Einkaufsscheine sind verpflichtet, sich bei ihrem bisherigen Zucker-, beziehungsweise Kaffeeverkäufer, innerhalb zweier Tage nach Erhalt der Einkaufsscheine in die Kundenliste eintragen zu lassen. Bei der Eintragung ist derselbe Vorgang vorgeschrieben, wie das vorige Mal. Die Abstempelung der Einkaufsscheine durch die Verkaufsstellen für Wohlfahrtsfleisch wird mit Anfang April beginnen. Konsumentenorganisationen haben ihren Stempel rechts neben den diesbezüglichen Text beizusetzen. Das quadratförmige Feld oberhalb hat bis auf weitere Weisung freizubehalten. Die Ausgabe der neuen amtlichen Einkaufsscheine findet bei den zuständigen Brot- und Fleischkommissionen, beziehungsweise für Haushalte mit über 14 Personen bei der Konsumtionsamtsabteilung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes statt. Die bisherigen Einkaufsscheine sind mitzubringen. Sie werden nach Entnahme dem Besitzer zurückgestellt und bleiben bis auf weiteres in Kraft.

Die Ausgabe der neuen Scheine findet in der Zeit von 8 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags für die Buchstaben A bis E am 4., F bis H am 5., I bis L am 6., M bis Q am 7., R, S und Sch am 8., St, T bis Z am 9. d. statt.

Die Wirtschaftsfragen.

Debatte über die „Geos“.

In Ausschüssen des Ernährungsrates.

Gestern traten drei Sachausschüsse des Ernährungsrates zusammen. Gegenstand der Beratung des ersten Ausschusses war die Tätigkeit der „Geos“. Von den Mitgliedern Schreiter, Erba, v. Hirtzue, Zuleger, Eidersch, Gräfin Walterkirchen und kaiserlichem Räte Solya wurde eine Reihe von Anfragen an den Direktor der „Geos“ Dr. Schechner gerichtet, die dieser in eingehender Weise beantwortete. Er nahm die Gelegenheit wahr, zahlreiche in Gerüchten und Zeitungsartikeln verbreitete Irrtümer zu zerstreuen, so namentlich, daß die „Geos“ Aufkäufer in Ungarn halte, während der Verkauf in Wirklichkeit nur durch alteingeführte Vertreter des legitimen Handels und deren Vertrauensmänner erfolge. Er widerlegte auch die wiederholte Anschuldigung, daß durch die Tätigkeit der „Geos“ „tausende Waggons“ mit Obst verdorben seien.

Reichsrats-Abgeordneter Schraffl schloß die Verhandlung mit der Feststellung, daß der Ausschuss den Bericht der „Geos“ zur Kenntnis nehme und daß Mitglied E. Freundlich hierüber dem Plenum des Ernährungsrates Bericht erstatten werde.

Der gleichzeitig tagende Sachausschuss für die Lebensmittelindustrien befaßte sich mit der Frage, ob und unter welchen Modalitäten in diesem Wirtschaftsjahre den Haushaltungen Zucker für die häusliche Obstverwertung zugewiesen werden könnte.

Der Abend

1./III. 1918

130

Der Krieg und die Lebensmittel

Es gab wenig Gemüse, wenig Äpfel und an erlaubtsten Würsten sogar sehr wenig, aber Fische und Eier haben das Angebot in außerordentlicher Weise und so gestaltete sich der Marktverkehr sehr lebhaft. Auf dem Fischmarkt sah man nur wenige Karpfen, dagegen Seefische in größerer Menge als sonst, und zwar Schellfische zu K 3 und Kabeljau zu K 6-40. Die Verbraucher balgten sich um die Seefische. Für morgen sollen wieder größere Sendungen eintreffen. Die gestrige größere Sendung von galizischen Eiern haben wir schon erwähnt. Es sollen noch größere Mengen unterwegs sein und nun dürften schon die regelmäßigen Zufuhren einziehen.

Der Kartoffelvorrat der Gemeinde Wien reicht bei der bisherigen Verteilungsmenge nur noch bis zum 9. d. M. und darum hat gestern der Stadtrat empfohlen, die Wochenmenge auf ein Kilogramm für den Kopf herabzusetzen, doch wird hierüber noch der Bürgermeister enogütig beschließen. Da das Brot schlechter und kleiner wurde und man andere Lebensmittel schwer bekommt, wäre es ein harter Schlag für die Verbraucher, wenn die Kartoffelmenge gekürzt würde. Der Wiener Tagesverbrauch beträgt bei einer Abgabe von $1\frac{1}{2}$ Kilogramm 50 Bahnwagen und da die Witterung schon die fortlaufende Zufuhr von Kartoffeln gestattet, demnach die Ansammlung größerer Vorräte nicht mehr notwendig ist, müßte es möglich sein, den Wiener Bedarf durch fortlaufende Zufuhren zu decken. Hoffentlich wird der neue Leiter des Ernährungsamtes dafür sorgen, daß dies geschieht.

Wohlfahrtsfleisch wird morgen wieder abgegeben, und zwar an die erste Buchstabengruppe. Es wird in der Hauptsache Schaflfleisch sein, doch ist eine Ergänzung durch Rindfleisch wahrscheinlich. In den nächsten Tagen soll aus Rumänien Edelmehl kommen. Wir brauchen es notwendig, da sonst in der nächsten Woche nicht einmal ein Achtelkilogramm Edelmehl auf den Kopf abgegeben werden könnte. Weisgrich ist in ausreichender Menge vorhanden.

Von morgen an wird Schweinefleisch auf den Einkaufschein abgegeben. Beim Einkauf in Metzgerläden hat der Einkaufschein als Beweis dafür zu dienen, daß man im gleichen Bezirke wohnt. Bei Käufen in der Großmarkthalle ist dieser Nachweis nicht erforderlich, doch muß man trotzdem den Einkaufschein vorweisen, weil hierdurch verhindert werden soll, daß mehrere Mitglieder eines Haushaltes gleichzeitig um Schweinefleisch anstellen.

Die mit der Dauer der Aufbewahrung steigenden Höchstpreise für Äpfel haben heute die höchste Stufe erreicht, die sie erreichen können, und darum erwartet man, daß jetzt das letzte Obst zum Vorschein kommen wird und die Zufuhren sich noch einmal heben werden. Die neuen Höchstpreise sind um 10 h höher als die bisherigen und betragen im Kleinhandel auf dem Naschmarkt: für Tafeläpfel K 1-60, für Tischäpfel K 1-30 und für Wirtschaftäpfel K 1-17. Auf den übrigen Märkten um 4 h mehr.

* Ein Schwindler. Der heutige „Abend“ behauptet, Bam. Dr. Weiskirchner, der gestern im Gemeinderate die Sicherung der Getreidezufuhren aus der Ukraine forderte, „meine, daß der Einmarsch nur wenig Menschenleben kosten würde“. Dem gegenüber betont der „Abend“, daß „Menschenleben nur für Hinterländer vom Schlage Weiskirchner eine billige Ware sind.“ Wir stellen fest, daß der Jude „W.“, der im „Abend“ die vorstehende Behauptung aufstellt, gelogen hat. Die Rede des Bürgermeisters enthält nicht die leiseste Spur dessen, was das jüdische Sezblatt behauptet. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat vielmehr im Gegenteil ausschließlich zur Rettung der Menschenleben, die durch die Lebensmittelknappheit gefährdet sind, die Sicherung der Getreidezufuhren aus der Ukraine gefordert.

Neue amtliche Einkaufsscheine.

Montag, den 4. März, beginnt in Wien die Ausgabe der neuen amtlichen Einkaufsscheine. Der Tag ihrer Inkraftsetzung wird besonders verlautbart werden. Die neuen Einkaufsscheine der Mindestbemittelten werden in grüner, blauer und gelber Farbe, die anderen in weißer Farbe ausgegeben. Die Besitzer der neuen Einkaufsscheine sind verpflichtet, sich bei ihrem bisherigen Zucker-, bezw. Kaffeeverkäufer innerhalb zweier Tage nach Erhalt der Einkaufsscheine in die Kundenliste einzutragen zu lassen. Bei der Eintragung ist derselbe Vorgang vorgeschrieben, wie das vorige Mal. Die Abstempelung der Einkaufsscheine durch die Verkaufsstellen für „Wohlfahrtsfleisch“ wird mit Anfang April beginnen. Verbrauchervereinigungen haben ihren Stempel rechts neben den diesbezüglichen Text beizusetzen. Das quadratförmige Feld oberhalb hat bis auf weitere Weisung freizubleiben. Die Ausgabe der neuen amtlichen Einkaufsscheine findet bei den zuständigen Brot- und Mehlkommissionen, bezw. für Haushalte mit über 14 Personen bei der Konstriptionsamtsabteilung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes statt. Die bisherigen Einkaufsscheine sind mitzubringen. Sie werden nach Einsichtnahme dem Besitzer zurückgestellt und bleiben bis auf weiteres in Kraft. Die Ausgabe der neuen Scheine findet in der Zeit von 8 Uhr früh bis 11 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags für die Buchstaben A bis E am 4., F bis H am 5., I bis L am 6., M bis Q am 7., R, S, Sch am 8., St, T bis Z am 9. März statt.

Vollwirtschaft und Sozialpolitik.

Die Lebensmittelmärkte. Auch gestern herrschte derselbe Fleischmangel wie alle die vorausgegangenen Tage auf den Märkten und man sah die meisten Fleischläden geschlossen und mit Plakaten versehen, die als Ursache den Fleischmangel bezeichneten. Sehr gering waren besonders die Angebote an Rindfleisch, das schon in den frühen Morgenstunden überall ausverkauft war. Selchfleisch hatte die Gemeinde in einer Menge von 6000 Kilogramm zur Verfügung gestellt, die außerordentlich rasch an den Mann gebracht waren. Die unzureichende Fleischversorgung bewirkte auch gestern eine überaus starke Nachfrage auf dem Geflügelmarkt, dessen Beschickung sich jetzt auch immer unzulänglicher gestaltet. Recht magere Hühner zu teuren Preisen bilden jetzt die Auswahl, dagegen fehlen die Fettgänse. Auch an Fischen reichte gestern das Angebot nicht aus, da selbst die teure ungarische Ware am Vormittag nicht mehr zu bekommen war. Der Gemüsemarkt verfügte gleichfalls über nur geringe Zufuhren an Grün- und Gemüse, während mit Zwiebeln ziemlich gut vorgesorgt war. Eine scheinliche Abnahme verzeichnen jetzt die Zufuhren an Äpfeln, von denen gestern auf dem Ratsmarkt 17.000 Kilogramm vorhanden waren. Für Eier, die noch immer recht spärlich einlangen, hat das Marktamt mit dem heutigen Tage für frische Ware folgende Höchstpreise festgesetzt: für ungarische Eier vom 1. bis 3. d. im Großverkauf für ein Stück 53 Heller, bei Wieberverkäufern im Kleinvertrieb für ein Stück 55 Heller und vom 4. d. bis auf weiteres im Großverkauf für ein Stück 52 Heller und bei Wieberverkäufern im Kleinvertrieb 54 Heller für ein Stück. Die Herkunft der Eier ist bei den Verkaufsstellen ersichtlich zu machen.

Die Aufhebung des selbständigen Ernährungs- dienstes.

Die Entlassung des Ernährungsministers Höfer bedeutet, wie wir schon neulich hervorgehoben haben, nicht bloß einen Personenwechsel. Schon dieser wäre in dieser Zeit außerordentlich bedenklich, da niemand, auch der fähigste und selbst der willensstärkste Mann nicht, imstande ist, ein Amt, das er nicht kennt, ein Amt, das sich in sieben Abteilungen gliedert und außerdem acht große, volkswirtschaftlich bedeutende Zentralen beaufsichtigt, in der Zeit von Tagen oder nur Wochen lernen zu lernen. Der furchtbare Dilettantismus, mit dem bei uns Verwaltungsfragen behandelt werden, erkennt hierbei Schwierigkeiten überhaupt nicht. Wir stehen jetzt vor der vollendetsten Form der Laienverwaltung. Die Messoren werden vergeben nach Laienurteilen, nach zufälligen Privatbeziehungen mit Rücksicht alles sachlichen Verständnisses. Und so hat man sich irgendwo und wann einmal entschlossen, den Direktorstellvertreter der Staatseisenbahngesellschaft, den Hofrat Ludwig Paul, hinterrücks an Höfers Stelle zu setzen, und das schon zu einer Zeit, wo sich Höfer mit Aufgebot aller seiner Kräfte und nicht ohne Geschick bemühte, der unerträglich schwierigen des Ernährungswesens Herr zu werden. Diese Methode der Amtsbesetzung ist an sich in höchstem Grade anfechtbar. Sie scheint sich aber jetzt, wo sich allmählich eine Kamarilla bildet und nach allen Seiten hin ebenso hinterhältig wie gewalttätig verfährt, immer mehr auszubreiten. Es wird immer klarer, daß die Bürokratie weder die sachlichen noch die moralischen Gaben besitzt, die Verwaltung zu leiten, und das parlamentarische Regierungssystem schon technisch unerlässlich wird.

Ein technischer Apparat wie das Ernährungsamt arbeitet an sich unter schrecklichen Reibungswiderständen. Sie waren am kräftigsten zu der Zeit, als der überaus tüchtige Finanzbeamte Koffstein das Amt übernahm, in dem sachlich erfahrene Funktionäre der Ministerien des Innern, des Handels und des Ackerbaues zusammenwirken sollten. Es gelang ihm trotz des hohen Ansehens, das er mitbrachte, nicht, diese Reibungswiderstände zu überwinden. Ein Amtsvorstand, der an Fachkenntnissen nichts mitbringt — und das ist heute jeder neue Mann, weil der Ernährungsdienst durchaus neuartig ist und auf nichts als eben jung erworbener Erfahrung beruht — ist ganz und gar von seinen Referenten abhängig. Heute aber sind diese Referenten zumeist rangälter als der neue Chef. Bei den bekannten Eigenarten unserer Bürokratie vergehen Wochen und Monate, bis der Eisenbahnhofrat die Auel tatsächlich in die Hände

bekommt. Bis dahin haben wir — ausgefordert. Das Experiment dieser Ernennung verrät den Dilettantismus, mit dem man heute die Geschäfte führt. Aber diese Uebel treten noch zurück hinter dem, was man mit dieser Besetzung beabsichtigt hat. Seit einem halben Jahre ist im Ernährungsamt die kaiserliche Verordnung beraten worden, durch die das Ernährungsamt in ein eigenes Ministerium umgewandelt werden sollte. Es bestand die Absicht, neben den Ministerien für Volksgesundheit und für soziale Fürsorge ein Ministerium für Volksernährung zu schaffen, und diese drei Fachministerien sollten den neuen sozialpolitischen Zug in der Verwaltung darstellen. Von diesen drei Staatsämtern ist das Ernährungsministerium zurzeit das wichtigste und ist seit Laagem von der Öffentlichkeit gefordert worden. Als der seinerzeitige Approvisionierungsrat unter Stürgkh zum erstenmale zusammentrat, forderte er einstimmig ein Ministerium für Volksernährung und der spätere Ernährungsrat hat diese Forderung immer wiederholt. Sie entstand nicht aus irgend einem bloßen Prestigebestreben, sondern aus der klaren Erkenntnis, daß der Ernährungsdienst im Kriege nicht zweckmäßig arbeiten kann, wenn er nicht über genügend Unabhängigkeit und nicht über ausreichende Machtbefugnisse verfügt. Aus diesen Gründen haben bereits alle Staaten ohne Ausnahme Ernährungsministerien geschaffen, selbst Ungarn, das gewiß seinen Agrariern nicht weh tun will. Und da Ungarn ein solches Ministerium besitzt, ist schon aus Gründen der Gleichgewichtigkeit bei den Verhandlungen ein Ernährungsministerium in Oesterreich notwendig. In Oesterreich aber widerstreben, wie es scheint, verschiedene Cliquen der Bürokratie noch heute dieser Selbständigkeit. Da ist zunächst eine Clique im Ministerratspräsidium, dann die Clique des Ackerbauministeriums und eine Gruppe im Handelsministerium. Unterstützt werden sie durch die hochagrarischen Kreise des Herrenhauses, die sich einer Nahrungsmittelkontrolle widersetzen. Diese ganz unverantwortlichen Einflüsse scheinen so mächtig geworden zu sein, daß sie den Gedanken eines Ernährungsministeriums direkt umgebracht haben. Es scheint den Agrariern unerträglich, daß die städtische und industrielle Bevölkerung eine Zentralstelle besitzt, die den agrarischen Tendenzen des Ackerbauministeriums und der Produzentenpolitik des Handelsministeriums das Interesse des Konsums entgegenzusetzen könnte. Die städtische und industrielle Bevölkerung hat dadurch eine Niederlage erlitten, die sich erst später beim Abschluß der Handelsverträge fühlbar machen müßte. Wie die Ernährungspolitik unter diesen Umständen und Aussichten geführt werden soll, ist vorläufig unverständlich.

Dazu kommt noch, daß nach der neuen Ordnung der Dinge dem Amte jede selbständige Entscheidung genommen werden soll. Es soll ganz an den Ministerpräsidenten gezogen werden. Nun stelle man sich einmal vor, was das bedeutet. Der Ministerpräsident ist mit politischen Geschäften überbürdet. Er ist an den Sorgenstuhl der nationalen Frage gefesselt und verbringt seine Zeit mit Verhandlungen im Parlament und im Ministerrat. Wenn der Ministerpräsident die Arbeitskraft und die Kapazität besäße, auch nur diese Geschäfte zeitgemäß zu erledigen, könnte man mit ihm zufrieden sein. Nun soll er auch noch die Geschäfte des zurzeit schwierigsten und verantwortungsvollsten Fachressorts in verantwortlicher Weise führen! Das ist eine offenkundige technische Unmöglichkeit. Man darf wirklich erstaunt sein, daß er sich das selbst zumutet. Aber er tut das offenbar nicht aus freiem Entschluß. Offenbar spielen persönliche Gunst und Hintertreppenbeziehungen dabei die entscheidende Rolle und wir sehen, daß ihnen die höchsten Staatsinteressen geopfert werden. Seitdem wir einen staatlichen Ernährungsdienst besitzen, ist kein so verhängnisvoller Fehler begangen worden wie diesmal und die schweren Schäden, die daraus entstehen müssen, werden wir leider sehr bald erfahren.

1. III. 1918

735

Die Neugestaltung des Ernährungsamtes.

Präsident Paul über seinen neuen Wirkungskreis.

Der neue Leiter des Ernährungsamtes Präsident Dr. Ludwig Paul äußerte sich gestern in einer Unterredung über seinen Wirkungskreis und über die Pläne und Absichten, mit denen er sein Amt antritt, wobei er ausdrücklich betonte, daß es sich nicht um ein „papierenes Programm“ handle. Zwei Punkte seien aus diesen Mitteilungen als besonders beachtenswert herausgehoben: Er gedachte an einer Stelle der „schwer leidenden Festangestellten“, denen die eingehendste Fürsorge zugewendet werden müsse. Ferner bemerkte er, daß Verordnungen die Ernährung fördern müssen, aber nicht hemmen sollen. So selbstverständlich letzteres ist, so ist es doch möglich, diesen Grundsatz ausdrücklich festzustellen, da bis dahin leider die meisten Verordnungen tatsächlich eher ein Hemmnis denn eine Erleichterung bedeuteten. Und ebenso erfreulich ist es, daß der neue Mann der Festangestellten, dieser Stiefkinder des Kriegszeitgeschicks, gedenkt und ihnen seine Fürsorge angeeignet zu lassen verspricht.

Der Präsident wies zu Beginn seiner Ausführungen darauf hin, er sei seit Beginn des Krieges mit der Organisation der Versorgung des gesamten Eisenbahnpersonals betraut gewesen und habe daher Gelegenheit gehabt, genauen Einblick in unsere gesamten Ernährungsverhältnisse zu gewinnen. Die gegenwärtig geltenden Verordnungen stellen nach der Ansicht des Präsidenten ebenso wie das ganze darauf beruhende System der Volksernährung gar kein allseits befriedigendes Gebilde dar; im Prinzip sind sie aber richtig. Im Laufe der rasch wechselnden Lage hat manche Verordnung ihre Anpassungsfähigkeit an die jeweiligen Bedürfnisse verloren; da aber die Verordnungen die Ernährung fördern müssen, nicht aber hemmen dürfen, so betrachte er es als seine erste Aufgabe, in diesem Punkte mit aller Kraft und Energie Abhilfe zu schaffen. Die Not des Lages erfordert ein unmittelbares, kräftiges Zugreifen, ein Zusammenfassen aller der Volksernährung dienenden Kräfte unter einer Leitung und mit dem Ziele, nicht einzelnen Schichten, sondern der ganzen Bevölkerung zu nützen. Es soll nicht organisiert und nicht reorganisiert, sondern einfach gearbeitet und ständig verbessert werden.

Die eingehendste Fürsorge muß nach Ansicht des Präsidenten den schwer leidenden Festangestellten und der Arbeiterschaft zugewendet werden, und zwar muß diese Fürsorge hauptsächlich darauf beruhen, die landwirtschaftliche und industrielle Erzeugung möglichst zu fördern und dadurch ihre Leistungsfähigkeit zu steigern. Bis zur nächsten Ernte werden noch die äußersten Schwierigkeiten zu überwinden sein, doch kann durch guten Willen und zielbewusste Arbeit die Lage wesentlich erleichtert werden. Der Präsident hofft auf bereitwillige Unterstützung von Seiten Ungarns und ist der Meinung, daß der Friedensschluß mit der Ukraine eine Entspannung der Lage in absehbarer Zeit bringen wird. Er sei, sagte Präsident Paul, weit davon entfernt, ein „papierenes Programm“ entwickeln zu wollen, er wolle vielmehr ernst und ruhig, ohne Optimismus, aber auch ohne Pessimismus im Verein mit seinen Mitarbeitern und im Einbernehmen mit der konsumierenden Bevölkerung und den Produzenten alles aufbieten, um die schwierige Ernährungsfrage zu erleichtern.

Am Schlusse seiner Mitteilungen stellte Präsident Paul fest, daß in der Organisation und den Machtbefugnissen des Volksernährungsamtes ebenso wie in der des Ernährungsrates keine Veränderung eingetreten sei. Das Amt wurde nur deshalb dem Ministerpräsidenten unterstellt, weil es nicht „in der Luft hängen“, andererseits aber auch irgendeinem anderen Ministerium nicht unterstellt werden kann. Die Selbständigkeit und Handlungsfreiheit des Amtes bleibt vollkommen gewahrt.

2./III 1918.

736²

* **Fahrbare Küchen für Straßenbahnschaffnerinnen.** Daß der gute Kriegsdienst, den die Mehrzahl der Straßenbahnschaffnerinnen leistet, anerkannt wird und das ungehörige Benehmen einzelner nicht der Allgemeinheit schlecht angerechnet wird, beweist das Vorgehen von Menschenfreunden in der Kolonie Grunewald. Dort hat man eigens für die Straßenbahnschaffnerinnen und ihre Kolleginnen und Kollegen von der anderen Plattform „fahrbare Kochlisten“ eingerichtet, aus der sie eine warme Mahlzeit bekommen können, was besonders dann dankbar anerkannt wird, wenn durch die jetzt so häufig vorkommenden Verspätungen oder andere Störungen die Mittagspause ganz knapp ausfallen muß. Die Mahlzeiten werden durch Kriegsverletzte von 12 bis 3 Uhr verabfolgt. Die erste Kochlistenstation ist am Roseneck eingerichtet worden; eine zweite in Holensee folgt. Auch in Neukölln und in anderen Vororten steht man dem Gedanken freundlich gegenüber. Dazu wird uns geschrieben:

Sollten sich nicht recht viele deutsche Frauen finden, die ihre vaterländische Gesinnung in die Tat umsetzen und an dem Fahrküchendienst teilnehmen wollen? Aus dem Dienst an der Fahrküche könne vielleicht, wie von selbst, eine Art Fürsorgestelle für die Straßenbahnschaffnerinnen werden. Mancher Weg der Erleichterung könnte von ihnen minder hart bedrängten Mitschwesteren bereitet werden. Wer sich für die Fahrküchen und deren weiteren Ausbau interessiert, erhält Auskunft im Gesehungsheim, Humboldtdstr. 6a, Grunewald-Berlin.

2. III. 1918

137

Die Stellung des neuen Präsidenten des Volksernährungsamtes.

Ämtliche Erklärungen im Ernährungsrat.

Vorgestern vereinigten sich der allgemeine Arbeitsausschuß und der Sachausschuß IV des Ernährungsrates zu gemeinsamer Sitzung, in der Präsident Dr. Graf Larißch-Woennich dem Vebauern über den Rücktritt des Ministers Generalmajor Höfer Ausdruck gab, der sich durch sein lebenswürdiges und konzilianthes Wesen alle Sympathien im reichsten Maß erworben habe.

Nach längerer Erörterung der veränderten Gestaltung des Ernährungsdienstes infolge der Berufung eines Präsidenten zum Nachfolger des Generalmajors Höfer wurde vom Regierungsrat im Auftrag des Ministerpräsidenten die Erklärung abgegeben, daß sich an der Stellung des Ernährungsamtes insbesondere in seiner Selbstständigkeit und in seinen Befugnissen nichts geändert habe. Nach der Verordnung des Gesamtministeriums vom 13. November 1916, die noch unverändert in Kraft stehe, obliege die Leitung des Amtes für Volksernährung dem Präsidenten, und sei dieses Amt zur Verwaltung aller mit der Volksernährung im Kriege unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Angelegenheiten als Zentralbehörde berufen. Der in der Verordnung umschriebene Wirkungskreis sei in keiner Richtung geschmälert; Präsident Paul besitze die generelle Ermächtigung, ebenso wie sein Vorgänger Verordnungen zu erlassen. An eine organische Angliederung des Amtes für Volksernährung an das Ministerpräsidentium sei niemals gedacht worden; soweit aber eine Unterstellung des Amtes unter den Ministerpräsidenten unmittelbar erfolge, werde diese Maßnahme gewiß nicht zu einer Schwächung der Autorität des Ernährungsamtes führen. Der Grund, warum im Gegensatz zum bisherigen Vorgang ein Präsident und nicht ein Minister mit der Leitung betraut wurde, sei der, daß der Chef des Ernährungsamtes von politischen Geschäften, wie sie mit der Stellung eines Ministers unlösbar verknüpft sind, freigehalten werden soll. Er soll seine ganze Zeit und seine ganze Kraft seinen besonderen Aufgaben widmen können, wofür ihm der Ministerpräsident die politische und staatsrechtliche Verantwortung abnehme. Der Ausschuß des Ernährungsamtes wolle daher dem neuen Leiter des Ernährungsdienstes, der sich in seinen bisherigen, gewiß wichtiger und schwierigeren Bewerbungen voll bewährt habe, Gelegenheit geben, sein Programm zu entwickeln. Jedenfalls möge eine wohlüberlegte Maßnahme nicht von vornherein verurteilt und dadurch dem neuen Leiter des Ernährungsamtes seine sicherlich nicht leichte Aufgabe nicht noch mehr erschwert werden.

Der Ausschuß nahm nach dieser Erklärung eine Resolution der Mitglieder E. Freundlich, Dr. Ritter v. Schwarz-Hiller und Dr. Tausche an, in welcher an der Neueinrichtung Kritik geübt und die Forderung nach baldigster Einberufung des Plenums des Ernährungsrates gestellt wurde. Desgleichen gelangte eine Resolution der Mitglieder Freiherrn v. Pang und Reichratsabgeordneter Schraffl zur Annahme, in welcher die Regierung aufgefordert wurde, ein paralleles Vorgehen im Ernährungswesen Ungarns zu erzielen und namentlich zur Schonung der heimischen Viehbestände die erforderlichen Fleischmengen ohne Rücksicht auf die Valuta aus dem Auslande zu beschaffen.

Lebensmitteleinfuhr aus der Ukraine.

Im Verlaufe der Tagung wurden den Mitgliedern Mitteilungen über die Organisation des geplanten Imports von Lebensmitteln aus der Ukraine gemacht. Das Referat, das dem Ernährungsrate erstattet wurde, entwickelte ausführlich die einzelnen Probleme, die sich seit dem Beginne der Verhandlungen ergaben, insbesondere die Frage der Aufbringung, der Finanzierung und des Transportes. Bei der Aufbringung soll der heimische Handel soweit als nur möglich herangezogen werden, und zwar in erster Linie jene Firmen, die sich schon im Frieden mit dem russischen Geschäfte befaßten. Die betreffenden Handelsfirmen sind größtenteils bereits ausgewählt und die Verträge mit ihnen vereinbart. Alle diese Kommissionär-

firmen werden in Oesterreich zu einer Getreideimportgesellschaft zusammengefaßt, deren Konzentration im Zuge ist. In Deutschland und in Ungarn werden ähnliche Umwandlungen mit dem Handel getroffen werden, und es ist auch bereits für ein entsprechendes Zusammenwirken des österreichisch-ungarischen und deutschen Handels Vorfrage getroffen.

Zur Finanzierung wird von der Oesterreichisch-ungarischen Bank unter Heranziehung der privaten Bankinstitute das Erforderliche vorgesorgt werden. Die Transportfrage wurde als das schwierigste Problem bezeichnet; ein beträchtliches Hindernis sei darin zu erblicken, daß in nächster Zeit in der Ukraine die Schneeschmelze eintritt und dann mehrere Wochen hindurch die Wege unfahrbar sein dürften. Wegen Herstellung der Bahnanschlüsse wird bereits eifrig gearbeitet und zwei dieser Anschlüsse werden schon in Kürze betriebsfähig sein. Summieren muß noch mit großen Hemmnissen im Eisenbahnverkehr gerechnet werden, da in der Ukraine keine Kohle für die Heizung der Lokomotiven verfügbar ist. Der Verkehr auf der Donau ist vollkommen vorbereitet, dagegen konnte eine Bereitstellung der Schiffe auf dem Schwarzen Meere noch nicht erfolgen.

Die Fleischkarte.

Im weiteren Verlaufe der Tagung nahm der Allgemeine Arbeitsausschuß einen Antrag des Mitgliedes Redlich an, betreffend die staatliche Regelung der Fleischversorgung durch Zentralisierung der Schlachtung und Einführung einer Fleischkarte; der Antragsteller wird dem Ernährungsrate bei der nächsten Tagung selbst Bericht erstatten.

Zu gleicher Zeit tagte der Sachausschuß IV über einen Antrag des Mitgliedes des Reichsrates Ruffoni über die Stellung der Hauptpreise. Reichratsabgeordneter Freiherr v. Pang wird über das Ergebnis der Beratung bei der nächsten Plenartagung des Ernährungsrates referieren.

Der Abend
2. III. 1918

138

Besteuerung der Bedürftigkeit.

M. H. Unterm 20. v. M. hat das Finanzministerium die Landesbehörden verständigt, daß die Ansuchen Kranke um Milch, Krankenbrot und Erhöhung der Zucker-, ebenso der Fettgebühr als dem Privatinteresse dienende Eingaben der Stempelspflicht unterliegen. Daher wurde der Magistrat angewiesen, künftig darauf zu achten, daß solche Ansuchen mit einem Stempel von 2 Kronen versehen sind und so werden künftig Kranke, deren Zustand besonderer Nahrung bedarf, vor allem 2 Kronen dem Fiskus opfern müssen, ohne noch sicher zu sein, daß ihr Ansuchen bewilligt wird. Wir beglückwünschen den

Finanzminister, *Wimmer* heißt der Mann, zu diesem Einfall.

Erfreulicherweise hat sich der Bürgermeister entschlossen, gegen ihn anzurufen.

Nach dem Wechsel in der Leitung des Ernährungsamtes.

Heute vereinigten sich der Allgemeine Arbeitsaus-
schuß und der Sachauschuß IV des Ernährungsrates
zu gemeinsamer Sitzung. Vom Regierungstisch wurde
über Austrag des Ministerpräsidenten die Erklärung
abgegeben, daß sich an der Stellung des Ernäh-
rungsamtes insbesondere in seiner Selbstän-
digkeit und in seinen Befugnissen nichts
geändert habe. Nach der Verordnung des Gesamt-
ministeriums vom 18. November 1916, die noch unver-
ändert in Kraft stehe, obliege die Leitung des Amtes
für Volksernährung dem Präsidenten und sei dieses Amt
zur Verwaltung aller mit der Volksernährung im
Kriege unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden
Angelegenheiten als Zentralbehörde" berufen. Der in
der Verordnung umschriebene Wirkungskreis sei in
seiner Richtung geschmälert; Präsident Paul besitze die
generelle Ermächtigung, ebenso wie sein Vorgänger Ver-
ordnungen zu erlassen. An eine organische Angliederung
des Amtes für Volksernährung an das Ministerrats-
präsidium sei niemals gedacht worden; soweit aber eine
Unterstellung des Amtes unter den Ministerpräsidenten
unmittelbar erfolge, werde diese Maßnahme gewiß nicht
zu einer Schwächung der Autorität des Ernährungs-
amtes führen. Der Grund, warum im Gegensatz zum
bisherigen Vorgang ein Präsident und nicht ein Minister
mit der Leitung betraut wurde, sei der, daß der Chef
des Ernährungsamtes von politischen Ge-
schäften, wie sie mit der Stellung eines Ministers
unlösbar verknüpft sind, freigehalten werden
soll. Er solle seine ganze Zeit und seine ganze Kraft
seinen besonderen Aufgaben widmen können, wofür ihm
der Ministerpräsident die politische und staatsrechtliche
Verantwortung abnehme. Der Ausschuß nahm sodann
eine Entschließung an, in welcher an der Neueinrichtung
Kritik geübt und die baldigste Einberufung des Plenums
des Ernährungsrates gefordert wurde. Desgleichen nahm
die Konferenz einen Beschlusantrag der Mitglieder
Schröffl und v. Panz an, in dem die Regierung auf-
gefordert wird, ein paralleles Vorgehen im Ernährungs-
wesen Ungarns zu erzielen und namentlich zur Scho-
nung der heimischen Viehbestände die erforderlichen
Fleischmengen ohne Rücksicht auf die Valuta aus dem
Auslande zu beschaffen. Hierauf nahm der Arbeitsaus-
schuß einen Antrag des Mitgliedes Neblich an, betreffend
die staatliche Regelung der Fleischver-
sorgung durch Zentralisierung der
Schlachtung und Einführung einer
Fleischkarte; der Antragsteller wird dem Ernäh-
rungsrate bei der nächsten Tagung selbst Bericht er-
statten. Zu gleicher Zeit tagte der Sachauschuß IV über
einen Antrag des Mitgliedes des Reichsrates Muffoni
über die Erstellung der Heupreise. Mg. Frei-
herr v. Panz wird über das Ergebnis der Beratung
bei der nächsten Plenarsitzung des Ernährungsrates
referieren.

Der Ernährungsdienst.

Die Umgestaltung des Ernährungsamtes.

Gestern vereinigten sich der Allgemeine Arbeitsausschuß und der Sachausschuß IV zu gemeinsamer Sitzung, in der Präsident Dr. Graf L a r i s h M o e n n i c h dem Bedauern über den Rücktritt des Ministers M. Höfer Ausdruck gab, der sich alle Sympathien in reichstem Maße erworben habe.

Nach längerer Erörterung der veränderten Gestaltung des Ernährungsdienstes infolge der Berufung eines Präsidenten zum Nachfolger M. Höfers wurde vom Regierungstische über Auftrag des Ministerpräsidenten die Erklärung abgegeben, daß sich an der Stellung des Ernährungsamtes insbesondere in seiner Selbständigkeit und in seinen Befugnissen nichts geändert habe. Präsident P a u l besitze die generelle Ermächtigung, ebenso wie sein Vorgänger Verordnungen zu erlassen. An eine organische Angliederung des Amtes für Volksernährung an das Ministerratspräsidium sei niemals gedacht worden; soweit aber eine Unterstellung des Amtes unter den Ministerpräsidenten unmittelbar erfolge, werde diese Maßnahme nicht zu einer Schwächung der Autorität des Ernährungsamtes führen.

Der Grund, warum im Gegensatz zum bisherigen Vorgang ein Präsident und nicht ein Minister mit der Leitung betraut wurde, sei der, daß der Chef des Ernährungsamtes von politischen Geschäften, wie sie mit der Stellung eines Ministers unlösbar verknüpft sind, freigehalten werden soll. Er solle seine ganze Zeit und seine ganze Kraft seinen besonderen Aufgaben widmen können, wofür ihm der Ministerpräsident die politische und staatsrechtliche Verantwortung abnehme. Der Ausschuß des Ernährungsamtes wolle daher dem neuen Leiter des Ernährungsdienstes, der sich in seinen bisherigen, gewiß wichtigen und schwierigen Verwendungen voll bewährt habe, Gelegenheit geben, sein Programm zu entwickeln. Jedenfalls möge eine wohlüberlegte Maßnahme nicht von vornherein beurteilt und dadurch dem neuen Leiter des Ernährungsamtes seine sicherlich nicht leichte Aufgabe nicht noch mehr erschwert werden.

Die Einfuhr aus der Ukraine.

Im Verlaufe der Tagung wurden den Mitgliedern Mitteilungen über die Organisation des geplanten Imports von Lebensmitteln aus der Ukraine gemacht. Bei der Ausbringung soll der heimische Handel soweit als nur möglich herangezogen werden, und zwar in erster Linie jene Firmen, die sich schon im Frieden mit dem russischen Geschäfte befaßten.

Die betreffenden Handelsfirmen sind größtenteils bereits ausgewählt und die Verträge mit ihnen vereinbart. Alle diese Kommissionärfirmen werden in Oesterreich zu einer Getreideimportgesellschaft zusammengeschlossen, deren Konstituierung im Zuge ist. In Deutschland und in Ungarn werden ähnliche Abmachungen mit dem Handel getroffen werden, und es ist bereits für ein entsprechendes Zusammenwirken des österreichisch-ungarischen und deutschen Handels Vorseege getroffen. Zur Finanzierung wird von der Oesterreichisch-ungarischen Bank unter Heranziehung der privaten Bankinstitute das Erforderliche vorgesorgt werden.

Die Transportfrage wurde als das schwierigste Problem bezeichnet; ein beträchtliches Hindernis sei darin zu erblicken, daß in nächster Zeit in der Ukraine die Schneeschmelze eintritt und dann mehrere Wochen hindurch die Wege unfahrbar sein dürften. Wegen Herstellung der Bahnan Anschlüsse wird bereits eifrig gearbeitet und zwei dieser Anschlüsse werden schon in Kürze betriebsfähig sein. Immerhin muß noch mit großen Hemmnissen im Eisenbahnverkehr gerechnet werden, da in der Ukraine keine Kohle für die Heizung der Lokomotiven verfügbar ist. Der Verkehr auf der Donau ist vollkommen vorbereitet, dagegen konnte eine Bereitstellung der Schiffe auf dem Schwarzen Meere noch nicht erfolgen.

Ein Antrag für die Fleischkarte.

Im weiteren Verlaufe der Tagung nahm der Allgemeine Arbeitsausschuß einen Antrag des Mitgliedes Redlich an betreffend die staatliche Regelung der Fleischversorgung durch Zentralisierung der Schlachtung und Einfuhrung einer Fleischkarte; der Antragsteller wird dem Ernährungsrat bei der nächsten Tagung selbst Bericht erstatten.

Die Heranziehung der Genossenschaften.

N. Berlin, 1. März. (Priv.-Tel.) Die amtlichen Mitteilungen des Kriegsernährungsamtes schreiben:

Die Vorschläge des Kriegsausschusses der deutschen Landwirtschaft zur besseren Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse unter Mitwirkung von Erzeugerorganisationen sind im Kriegsernährungsamt, sowohl mit Vertretern der landwirtschaftlichen Genossenschaften wie namhaften Vertretern des Handels, dem Vorstand des Kriegsernährungsamtes und dem Ernährungsbeirat des Reichstages eingehend besprochen worden. Hierbei ist völlige Übereinstimmung aller Beteiligten darüber festgestellt worden, daß mit diesen Vorschlägen weder eine systematische Umgestaltung der Kriegswirtschaft allein auf genossenschaftliche Leistungen, noch eine Ausschaltung des innerhalb der Kriegswirtschaft beschäftigten Handels durchgeführt werden soll. Die Vertreter der Genossenschaften haben nur angeregt, die unmittelbar geschäftliche Betätigung der behördlichen Stellen mehr als bisher privatrechtlichen Geschäftsstellen zu übertragen, für die sie die praktische Mitarbeit der organisierten Landwirtschaft im Unterbau der Ernährungsorganisation angeboten haben. Dies bedeutet keine Aenderung darin, daß die Kommunalverbände und Gemeinden in ihrer behördlichen Organisation für alle Verwaltungsaufgaben und für die volle Erfassung zuständig und verantwortlich bleiben und daß die privaten Geschäftsstellen nur unter ihrer Aufsicht rein kaufmännische Arbeiten erledigen können. Dies bedeutet ferner, daß der Handel ebenso wie bisher in voller Parität mit den Genossenschaften zu diesen Aufgaben herangezogen ist. Das Kriegsernährungsamt hat demgemäß den Bundesregierungen empfohlen, unter diesen Voraussetzungen die Durchführung der kaufmännischen Geschäfte in den Kommunalverbänden und den Gemeinden bei der Erfassung der landwirtschaftlichen Produkte grundsätzlich, sachkundigen Geschäftsstellen zu übertragen, die in Form privatrechtlicher Gründung aus den Kreisen der Genossenschaften und des Handels oder aus beiden Gruppen nebeneinander gebildet werden und damit den rein bürokratischen Handel ersetzen sollen. Dies gilt vorbehaltlich aller bestehenden Bestimmungen, insbesondere der Vorschriften der Reichsgetreideordnung über selbstliefernde Kommunalverbände und wird für die geschäftliche Abwicklung der Erfassung beschlagnahmer Dinge durch Kommissionäre und die Sammlung ablieferungsspflichtiger Waren durch selbständige kaufmännische Geschäftsstellen möglich sein, wie dies mit Erfolg schon vielfach im Reich üblich ist. Nach dem bisherigen Recht konnte sich die Zwangsverwirklichung von landwirtschaftlichen und gärtnerischen Grundstücken nur bis Ende des Jahres 1918 erstrecken. Im Interesse der Verwirklichung brach liegender Grundstücke und zur Förderung des Kleingartenbaues war bei Fortdauer des Krieges eine weitere Hinausschiebung des Endpunktes für die Aufhebungszwang geboten. Eine in diesen Tagen ergangene Bundesratsverordnung sieht daher vor, daß die Aufhebungszwang bis Ende des Jahres 1919 erfolgen kann.

3./III. 1918.

193

Die Nahrungsjorgen der Berliner Bevölkerung.

Berlin, 2. März. Der Arzteausschuß von Groß-Berlin hatte auf Grund einer Denkschrift, die er eingereicht hat, eine Besprechung mit dem Herrn Oberbefehlshaber in den Marken, Excellenz v. Kessel, an der von den Ärzten die Herren Geheimer Sanitätsrat Dr. Raehler und Sanitätsrat Dr. Albert Moll teilnahmen. Vom Oberkommando waren anwesend die Herren Hauptmann v. Bietsch, Hauptmann Kaufmann, Regierungsrat Dr. Cunz, von der Staatlichen Verteilungsstelle Groß-Berlin Herr Geheimer Regierungsrat Hagedorn und von der Kohlenabteilung der Kriegsamtsstelle in den Marken Herr Oberleutnant Körte. Die Ärzte wiesen auf die große Gefahr hin, die sich aus einer mangelhaften Nahrungsversorgung der Berliner Bevölkerung ergeben könnte. Auch die ungenügende Versorgung mit Licht und Kohlen und die Mängel der Müllbeseitigung wurden eingehend erörtert. Die Besprechung zeitigte zunächst ein sehr erfreuliches Ergebnis darin, daß die Wünsche der Ärzte von dem Oberkommando als vollkommen berechtigt anerkannt und nicht nur das: es wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß die Bestrebungen des Oberkommandos sich in derselben Richtung bewegten, wie die der Ärzte. Als wichtigstes Ergebnis kann mitgeteilt werden, daß zurzeit Besorgnisse wegen Ernährungsschwierigkeiten weder für Deutschland, noch für Groß-Berlin begründet sind; man darf wohl hoffen, die Verhältnisse werden sich in dieser Beziehung eher bessern. In der Frage der Kohlenversorgung wurde überzeugend dargetan, daß die viel gesorderte ~~Sandstein~~ noch mehr Unzulänglichkeiten herbeiführen würde, besonders würde das lange Stehen nach Kohlen einen erheblich größeren Umfang annehmen.

Beschau in der Großmarkthalle.

Zugrundegegangene Lebensmittel. — Geflügel, Würste, Fleisch, Kuchen und Eier für den Wafenmeister. — Rote Taschentüchel als Postkoll. — Eine Aktion des Gemeinderates Eder. — Lieber verderben lassen, als den Höchstpreis überschreiten. — Wo bleiben die Steriliserapparate?

Bei der tierärztlichen Beschau in der Großmarkthalle bietet sich jetzt fast ständig ein Bild, das größte Aufmerksamkeit und mit Entrüstung gemischtes Staunen hervorruft. Der Gegensatz zwischen dem Bilde, das man an Tagen besonderer Knappheit leider so oft auf den Wiener Märkten hat, und dem Anblick der für die „Beschau“ bestimmten Lebensmittel in der Großmarkthalle ist zu stark.

Zu vollgepackten Postwägelchen werden die verschiedensten Lebensmittel der Beschau zugeführt, um auf ihre Verwertbarkeit geprüft zu werden. Der Inhalt wird einfach auf den Boden geleert. In zerrißnen Papierhüllen, mit zerfransem Papierspagat halb ungewunden, liegen, zu kleinen Bergen aufgetürmt, die vielen ohne Adresse eingelangten Lebensmittelsendungen, die die Paketpost nicht zu stellen konnte und die deshalb herrenlos geworden sind. Halbverdorbenes Geflügel, ungenießbar gewordenes Fleisch, ebensolches gebratenes Fleisch, in Ölsaft schwimmendes und aufgelöstes Kuchenbrot. In einer Ecke liegt Brot und Obst, einfach in ein rotes Taschentuch eingeschlagen. . . . Dann „Strudel“, die mit Hühnern und frischgeräuchertem Sechfleisch als „Liebesgabe“ zusammen rasiert in Holzpapier gewickelt, die Adresse mit Tintenstift grob darauf gesetzt, zur Post getragen wurden und diese Verpackung natürlich schon bei der ersten Station durchnässten. Verschimmeltes Brot, erfrorene Kartoffeln, zerdrückte „Buchteln“. Und ganz unten, in der ungenügenden Verpackung mit tödlicher Sicherheit zertrümmert — ein Schuß Eier, gänzlich verloren für die Ernährung. Diese Sendungen sind vom Munde abgespart, um den fernem Angehörigen, auch den Lieben, die im Felde stehen, eine Freude zu machen. Die Hoffnung der Adressaten ist zunichte geworden. Mangels entsprechender Sorge der Absender langen die in der Jetztzeit doppelt wertvollen, ja unersetzlichen Güter in verdorbenem Zustand ein. Weder Absender noch Adressat ist mehr aus der verwachsenen, zerfesten Umhüllung zu erforschen und die Veterinäre sind gezwungen, die Reste dem Wafenmeister zu überantworten, soweit sie animalischen Ursprungs sind. Die übrigen verdorbenen Lebensmittel werden einfach — „auf den Mist“ geworfen, bestenfalls werden sie zu Kunstdünger verarbeitet.

Tausende Kilogramme an Nährstoffen wichtigster Art gehen derart verloren und andererseits leidet die Allgemeinheit Not an den unentbehrlichsten Nahrungsmitteln. Unausgesetzt rollen die kleinen Postwagen in die Markthalle zur Beschau, aber höchst selten ist etwas von dem mit den innigsten Wünschen, aber mit leider sehr wenig Sorgfalt und Geschick abgesetzten und verpackten Lebensmitteln zu retten. Und so groß ist die Menge, daß selbst der Wafenmeister „vegetabilisch“ Ueberbleibsel nicht mehr übernehmen kann.

Zum Hinblick auf diese unhaltbaren Vorgänge, die einzig und allein durch Aufklärung des Publikums bekämpft werden können, hat Gemeinderat Ferdinand Eder, wie man uns mitteilt, eine Aktion eingeleitet, um an maßgebender behördlicher Stelle auf die dringende Notwendigkeit der Abhilfe hinzuweisen. Dem Antrage Eders zufolge sollen die Statthaltereien unverweilt an sämtliche Bezirkshauptmannschaften den Auftrag erlassen, im Wege der Bürgermeisterämter des flachen Landes und der Provinzstädte belehrende Kundmachungen zu veranlassen. Die Bevölkerung soll insbesondere über die Wichtigkeit eines ja ch g e m ä ß e n Lebensmitteltransports belehrt werden, „damit solche Pakete auch

wirklich mit genießbarem Inhalt ankommen und nicht der Vernichtung anheimfallen. Aber auch beschlagene Lebensmittel werden sehr oft durch ungenügende oder zu schleppende Maßnahmen dem Verderben überantwortet, weshalb auch diesbezüglich rascheste und zweckmäßigste Verfügung Platz greifen soll.

Bemerkenswert ist, daß früher solche herrenlose Lebensmittel versteigert werden durften, ehe sie durch langes Lagern zugrunde gingen. Es kam wohl hier und da vor, daß zum Beispiel ein Laib Brot bis auf — zehn Kronen hinaufgetrieben wurde, aber konsumiert wurde das Brot schließlich doch und der Erlös wurde für den Eigentümer, falls sich derselbe meldete, hinterlegt. Nun ist jedoch ein Verbot solcher Versteigerungen lediglich wegen dabei erfolgter Ueberschreitungen der — Höchstpreise erfolgt, und das Ergebnis sind dann eben die geschilderten Berge von vernichteten, verdorbenen Lebensmitteln, die man in dieser Zeit liegen läßt, bis sie entweder der — Wafenmeister holt oder bis sie auf den Kehricht oder gar in den Kanal geworfen werden.

Ein Fachmann hat den beachtenswerten Rat gegeben, auch die vegetabilischen Reste zu verwerten, und zwar durch Sterilisation, die ein brauchbares Schweinsfutter ergeben würden. Bis jetzt geschah aber nichts dergleichen. Die herrenlosen, verdorbenen Liebesgaben hätten wohl ein besseres Schicksal verdient, als auf den städtischen Misthaufen zu wandern. Im vierten Kriegsjahre! . . .

* Welche Lebensmittelkarten sind auf die Reise mitzunehmen? Für die jetzt beginnende Reisezeit ist es von Wert, mitzuteilen, welche Lebensmittelkarten auf die Reise mitgenommen werden dürfen und welche abzugeben sind. Hierüber gilt folgendes: Es dürfen mitgenommen werden: die Reichsfleischkarte, die Reisebrotmarken und die Seifenkarte. Die Zuckerkarte darf behalten und der Zucker hierauf in der Wohnsitzgemeinde entnommen werden. Dauert der Reiseaufenthalt aber länger als vier Wochen, so muß die Zuckerkarte gegen eine Zuckertauschkarte eingetauscht werden. Alle übrigen Lebensmittelkarten müssen abgegeben werden. Nur wenn die Verreisenden von dem Gemeindevorstand des neuen Aufenthaltsortes eine Bescheinigung beibringen, daß sie dort mit Lebensmitteln nicht versorgt werden und keine Möglichkeit haben, sich mit Verpflegung einziquartieren, darf ihnen die Groß-Berliner Lebensmittelkarte und die örtliche Lebensmittel- oder Haushaltskarte belassen werden. Den Geschäftsleuten ist es streng verboten, von Verreisenden die Karten abzunehmen und ihnen Lebensmittel bis zur Rückkehr aufzubewahren.

Die Organisation des wirtschaftlichen Verkehrs mit der Ukraine.

Feststellung reicher Vorräte auf dem Vormarsch.

Wien, 4. März.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, ist von der unter dem Vorsitz des Grafen Forgach tagenden Kommission über den wirtschaftlichen Verkehr mit der Ukraine im Einvernehmen mit der deutschen Regierung ein Modus procedendi festgesetzt worden. Wie wir von maßgebender Seite erfahren, bestand ursprünglich der Plan, die Ukraine in wirtschaftliche Sphären zu trennen. Diese Idee ist von beiden Regierungen aufgegeben worden; die Feststellung der Aufkauf und Transport der Vorräte werden einkaufsmäßig erfolgen. Die militärische Vorrückung im Lande wird hierzu die Vorbedingungen schaffen. Es muß selbstverständlich zunächst Ruhe und Ordnung hergestellt werden. Bezüglich der Verteilung der Vorräte wurde ein Schlüssel zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland vereinbart, durch welchen unseren Bedürfnissen nach jeder Richtung Rechnung getragen wird.

Der Vormarsch hat bereits einen ziemlich genauen Ueberblick über die Verhältnisse in der Ukraine und die Bedingungen unserer wirtschaftlichen Aktionen ermöglicht. Die Bevölkerung verhält sich überall sympathisch und leistet uns Hilfe, wo dies nötig ist. Hierdurch erfährt unsere Tätigkeit eine wesentliche Förderung. Diese befriedigende Haltung der Bevölkerung ist uns bei der Feststellung von Vorräten sehr zu statten gekommen. Tatsächlich wurden auch bereits reiche Vorräte festgestellt.

Es ist hierbei zu betonen, daß es sich bei der Aufbringung dieser Vorräte keineswegs um militärische Requisitionen handelt, sondern um eine im Einvernehmen mit der Regierung und den Besitzern erfolgende Verwertung der Vorräte. Hierbei wird uns der Fahrpark, der im Laufe des Vorrückens erbeutet wurde, große Dienste leisten, ebenso der Fahrpark der ukrainischen Bahnen, der uns durch die Regierung der Ukraine in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt wurde. Es ist allerdings noch ungeheure Arbeit zu leisten, ehe die ersten Zuflüsse anlangen können. Es werden jedoch die technischen und wirtschaftlichen Vorbedingungen für eine

stetige Wegschaffung der Vorräte geschaffen, so daß wir hoffentlich in nichtferner Zeit eine dauernde, bleibende Besserung unserer Ernährungszustände zu erzielen begründete Aussicht haben. Diesem Ziele sind die steten Bemühungen des Grafen Czernin gewidmet.

Die Verteilung der Landesprodukte der Ukraina.

* Wien, 4. März. Von informierter Seite wird uns mitgeteilt: Die ursprünglich in Aussicht genommene Art der Verteilung der von der Ukraina zu liefernden Landesprodukte wurde etwas abgeändert. Seinerzeit bestand die Absicht, die Ukraina als Lieferungsgebiet in zwei getrennte Sphären zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland zu teilen. Die unter Führung des Grafen Koraczik stehende Kommission hat auf Grund eines Einverständnisses mit Berlin nunmehr in Aussicht genommen, daß ganz Rußland und die Ukraina ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu bilden haben, in dem alle Vorräte von den Verbündeten einvernehmlich aufgekauft, an die Grenze gebracht und dort nach Maßgabe des Bedarfes nach einem bestimmten Schlüssel zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland verteilt werden. Dieser Schlüssel trägt unseren Verhältnissen vollkommen Rechnung. Die Verteilung der in Rußland und der Ukraina angekauften landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird also ungefähr in der gleichen Weise vorzunehmen werden wie seinerzeit bei Rumänien.

Der Vormarsch der Truppen in Rußland und der Ukraina hat das nützliche Ergebnis erzielt, daß man nunmehr einen genaueren Überblick über die in den besetzten Gebieten herrschenden Verhältnisse gewonnen hat. Die Bevölkerung dieser Gebiete verhält sich den Verbündeten gegenüber sehr sympathisch, und die Behörden kommen uns dort, wo sie bereits funktionieren, in jeder Beziehung zu Hilfe. Die Truppen stellen fest, welche Vorräte sich in den besetzten Gebieten befinden, und schaffen die Voraussetzungen für die an die Arbeit gehenden Einkaufsorganisationen der verbündeten Mächte. Es wäre jedenfalls vollkommen verfehlt, bei den Maßnahmen der militärischen Stellen vielleicht an eine Art militärischer Requisition zu denken; es handelt sich bei diesen lediglich um die Herstellung der Transportwege, der Ruhe, Ordnung und Sicherheit und der anderen Voraussetzungen für einen fließenden Abtransport der Vorräte. Der Vormarsch beschleunigt die Dinge auch dadurch, daß er die richtige Verwendung des vorgefundenen sehr reichen Fuhrparks ermöglicht. Es wird jedenfalls noch einer ungeheuren Arbeit bedürfen, bis die Getreidezufuhr in die Wece geleitet werden kann, doch besteht jede Aussicht und Gewähr dafür, daß sich die Verwendung in der Lebensmittelversorgung immer mehr fühlbar machen wird.

Der Friedensschluß mit Rußland und unsere wirtschaftliche Aktion in der Ukraine.

Wien, am 4. März.

Nach der Auffassung der hiesigen diplomatischen Kreise hat der Friedensschluß mit Rußland in gemeinverständlicher Deutlichkeit gezeigt, daß Oesterreich-Ungarn in genauester Wahrung des vom Grafen Czernin aufgestellten annexions- und kompensationslosen Friedens vor allem die Sicherstellung der wirtschaftlichen Erfordernisse beim Friedensabschluß ins Auge gefaßt hat, d. h. die Vorbedingungen für eine glatte Versorgung aus der Ukraine zu schaffen.

Bezüglich der wirtschaftlichen Aktion in der Ukraine ist nunmehr eine Abänderung zu verzeichnen. Die unter dem Grafen Forgach stehende Kommission hat das Programm ihres Vorgehens im Einvernehmen mit Berlin abgeändert. Zuerst war beabsichtigt, zwei getrennte Gebiete, die durch den Dneiper geteilt gewesen wären, für die Versorgung jedes der beiden Reiche zu bestimmen. Angesichts des Vorgehens der Truppen, des Eingreifens vermischter Verbände und angesichts der Tatsache, daß es sich um einen friedlichen Handel und um eine gemeinsame Ausnützung des Eisenbahnnetzes handelt, hat man von dieser Trennung der Gebiete Abstand genommen.

Das neue Vorgehen ist das folgende: Ganz Rußland bzw. die Ukraine wird als ein ungetrenntes Gebiet betrachtet, aus dem die aufgekauften Vorräte ungeteilt an die Grenze gebracht werden. Von der Grenze aus erfolgt nach Bedarf und Gewicht nach einem Schlüssel, der in den letzten Tagen vorangegangenen Besprechungen festgelegt wurde, die Verteilung, die vollkommen den

Bedürfnissen der Monarchie Rechnung tragen wird. Es stellt sich dasselbe Vorgehen wie bei Rumänien dar.

Der Vormarsch der Truppen gewährt einen Überblick über die noch vorhandenen Vorräte. Die Bevölkerung benahm sich überall sympathisch, die Behörden, soweit solche vorhanden sind, zeigten das größte Entgegenkommen. Die Truppen stellten das Vorhandensein bedeutender Vorräte fest. Es gilt einen freien Handel, der vorbereitet wird, und keine militärische Requisition. Der erbeutete, sowie der ukrainische Wagenpark wird in fieberhafter Raschlosigkeit für die Transporte trotz einzelner Schwierigkeiten, wie der wechselnden Weite der Bahngeleise, für die Transporte bereit gestellt, um einen kontinuierlichen Transport zu sichern. Wir haben die volle Sicherheit, daß so, wenn auch nicht heute und morgen so doch in absehbarer Zeit alle Schwierigkeiten unserer Verpflegung behoben sein werden.

Der Abend

4. III. 1918

149

Der Krieg und die Lebensmittel

Die Zeiten, da man am Montag vom Überfluß des Sonntags zehren konnte, sind für die meisten Haushaltungen vorbei und so war heute die Nachfrage ziemlich stark, das Angebot aber fast null. Fleischläden und Fleischstände blieben meist geschlossen, es gab weder Gemüse noch Obst, und wie schlecht es für die Zivilbevölkerung mit natürlich verwirtschafteten Artikeln bestellt ist, weiß man zur Genüge. Es ist höchste Zeit, daß die Kraftmeter, die unbeugsames Durchhalten empfehlen, auch beifügen, wie die wirtschaftlich Schwachen durchhalten sollen. Auf die Dauer kann Siegeswille allein den Körper, dem die Nahrung fehlt, nicht aufrechterhalten.

In der Großmarkthalle gab es nur bei sehr wenigen Ständen Rind- oder Schaffleisch. An Kälbern wurden fünf Stück ausgehakt. Auf dem Geflügelmarkt gab es sehr wenige Hühner, ein paar Fettgänse und bei der Osterreifeischen Verkaufsgesellschaft eine größere Zahl von Fleischgänsen zu K 14.60. In der Fischabteilung hatten drei Stände Karpfen.

Auf dem Reichmarkt war es so leer wie sonst nicht einmal an hohen Feiertagen. Kein Stück Gemüse, kein einziger Apfel, kein Rindfleisch, sehr wenig Schaffleisch und eine Kleinigkeit Geflügel. Das war das heutige Angebot. Frauen irrten herum, nach Eßbarem vergeblich suchend, und wandten sich schließlich mit bitterer Beschwerde an das Marktamt, das ihnen doch nicht helfen konnte.

Sortkäse, den wir im Februar entbehren mußten, gelangt in dieser Woche wieder zur Ausgabe, und zwar, ein Drittel der Monatsmenge, weil zwei Drittel zur Ausgabe für die Charwoche zurückgehalten werden.

Eier sind abendlich angekommen. Morgen werden gegen 300.000 Stück im Einzelhandel zum Verkauf gelangen.

Unter den Kartoffeln findet man in beträchtlicher Menge erfrorene und faule Stücke.

Mit Rücksicht auf den schlechten Stand der Ernährung gibt die Gemeinde von morgen an Marmeladen aus, doch diesmal ohne Zucker.

In Angelegenheit der Heizstoffe wurden für den Zeitraum vom 8. d. M. bis 6. i. N. folgende Anordnungen getroffen. Der Kaminbrand wird für die ganze Zeit mit höchstens 25 Kilogramm Steinkohle oder 32 Kilogramm Braunkohle bemessen, während der Zimmerbrand für die 1. und 2. Woche mit derselben Menge, für die 3. und 4. Woche aber wegen der zunehmenden Wärme nur mit 20 Kilogramm Steinkohle oder 25 Kilogramm Braunkohle bestimmt wurde. Da Untergündholz mangelt, gibt die Gemeinde solches von heute an auf den Einkaufsschein ab. Weichholz kostet 30 h, Hartholz 22 h für ein Kilogramm, und jeder Haushalt hat das Recht, insgesamt 8 Kilogramm zu beziehen.

Samstag hat im Dreher-Saal eine sehr gut besuchte Versammlung, welche sich mit den kriegswirtschaftlichen Zentralen befaßte, stattgefunden. Die Versammlung war fast ausschließlich von Händlern besucht und deren Profitgier ließ kein gutes Haar an den Zentralen. Obwohl solche Kritik nicht ernst zu nehmen ist, besteht doch bezüglich einiger der vorgebrachten Angriffe die Notwendigkeit, den Sachverhalt aufzuklären. Sehr übel kam die „Geos“ weg und gerade diese Zentrale kann man nicht verteidigen. Allen anderen muß man zubilligen, daß die von ihnen zu bewirtschaftenden Waren kaum vorhanden sind, die „Geos“ aber brachte es zustande, uns im Überfluß hungern zu lassen.

m. h.

5./III. 1918

1750

Beschluß: 1. Die Gemeinde Wien tritt der zu gründenden Großschlachtungs-Gesellschaft m. b. H. unter Zustimmung zu dem vorgelegten Entwurfe der Gesellschaftsstatuten samt Anhang mit einer Stammeinlage von 100.000 K bei; der Stadtrat wird ermächtigt, zur Änderung unwesentlicher Bestimmungen dieses Statuten-Entwurfes, soweit hiezu nicht die gemäß § 55 St. als hiefür berechtigt erklärte Person berufen ist, namens der Gemeinde Wien die Genehmigung zu erteilen.

2. Das Erfordernis von 100.000 K ist unter Verweisung auf den Reservefonds auf einer neu zu eröffnenden Ausgabepost der Gruppe XIII des Hauptvoranschlages des laufenden Verwaltungsjahres zu verrechnen.

5. III. 1918

25

152

**Die wirtschaftlichen Kriegsergebnisse.
Der Warenaustausch zwischen der Ukraine und
den Centralmächten.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Lemberg, 3. März.

Das in Kiew erscheinende Blatt „*Rijesaja Wschin*“ berichtet, die ukrainische Delegation habe die Verpflichtung übernommen, bis zum 15. April d. J. an die Centralmächte 30.000 Waggons Getreide, 2000 Waggons gefrorenes Fleisch und 1000 Waggons gedörrtes Obst zu liefern. Als Gegenleistung hat die Ukraine landwirtschaftliche Maschinen, chemische Produkte und Eisen zu erhalten.

Unsere Stadtplage im Kriege.

Die Leopoldstädter „Märkte“. — Die vermittelnde Kasse.

Man schreibt uns: U. Kunschak hat kürzlich einmal den Rat erteilt, die ganze Leopoldstadt mit einem Militärkordon zu umgeben und dann Nachschau nach verborgenen Lebensmitteln und anderen Bedarfsgegenständen zu halten. Bis jetzt ist dies leider noch nicht geschehen und die unzähligen sogenannten Flüchtlinge aus dem Osten scheinen eine derartige radikale Amtshandlung auch keineswegs seitens der diversen vom Kriegswucheramt ausgeschickten Polizeiagenten und Finanzorgane zu fürchten, denn der Schmuggel mit Waren aller erdenklichen Art wird von Tag zu Tag immer lebhafter und schamloser. Wer etwas braucht, sei es Mehl oder Zwetschken, Leim oder Leder, Hülsenfrüchte, Fleisch, Stoffe, Eier, Milch usw., braucht nur eines der größeren in der Praterstraße gelegenen Kaffeehäuser zu besuchen und kann sich das Gewünschte verschaffen, wenn er entsprechend hohe Preise bezahlt. Die Vermittlung besorgt in der Regel die „Kasse“. Dort meldet man seinen Bedarf an und wird aufgefordert, irgendwo Platz zu nehmen. Die Kassierin merkt sich den betreffenden Tisch und alsbald kommt einer der andern Gäste und setzt sich ebenfalls an den Tisch. Er fragt sofort: „Also, Sie brauchen Milch? Was wollen Sie zahlen?“ Selbstverständlich darf man nicht etwa antworten: „Den Höchstpreis!“, da steht der Galizianer, ohne ein Wort zu reden, auf und geht fort. Sondern man muß ihn fragen, was der Liter oder das Kilo kostet. Erschrecken über den hohen Preis darf man natürlich auch nicht. Handeln ist zulässig, doch nützt dies nicht viel. Selbstverständlich sagt der Galizianer, daß er nicht der Verkäufer sei, sondern bloß der uneigennützig Vermittler. Man erfährt auch weder seinen Namen und Wohnort, noch den des angeblich wirklichen Lieferanten, aber man bekommt auf verschiedenen Umwegen die gewünschte Ware. Wie sicher diese Hände auftreten, beweist der Umstand, daß manche Kassierinnen ganz ungeniert Zettel auf das Büffet legen, auf denen die begehrten oder angebotenen Waren in Schlagworten angeklündigt sind. Es steht z. B. eines Tages auf so einem Büsch das Wort „Zitronen“. Wer diese Früchte wünscht, weiß genug. Ein Beispiel. Ein mir bekannter Tischler benötigte dringend Leim. Der Klebstoff war ihm gänzlich ausgegangen und er konnte nicht weiterarbeiten. Da sagte ihm ein jüdischer Kollege: „Du bist a blöder Kerl. Geh' ins Kaffeehaus soundso und sag' der Kassierin, Du möchtest Leim!“ In seiner Not tat dies der Gewerksmann. In drei Tagen hatte er Leim, aber natürlich zu einem unglaublich hohen Preise. Auf die Menge wäre es aber nicht angekommen, der betreffende Galizianer sagte ihm, er könne kiloweise Leim „verschaffen“. Ein Jüdenbäcker kaufte auf die geschilderte Art Eier, zwei Stück um 2 Kronen.

Wer aber das nicht tun will oder kann? Wer sich über eine solche gefekwidrige Manipulation empört, entrüstet? Gibt es denn wirklich keinen Schutz gegen diese Ausbeuterei?

Obmännerkonferenz beim Bürgermeister.

Mitteilungen über bevorstehende Einführung einer Fleischkarte.

Wien, 5. März.

Heute mittag fand beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Versammlung der Obmänner des Gemeinderates statt. Zu der Sitzung hatten sich die drei Vizebürgermeister, die Vorstände der städtischen Ämter und jene Magistratsräte eingefunden, welche mit der Lebensmittelversorgung der Stadt Wien beauftragt sind. Zuletzt wurde ein Referat erstattet über die Sache der Mobilisierung nach dem Kriege. Die Gemeinde Wien hat ihren Bedarf an Baracken angemeldet, die sie für Spitäler und andere Zwecke zu verwenden gedenkt. Das Referat nahm ungefähr eine Stunde in Anspruch, worauf Gemeinderat Dr. v. Schwarz-Hiller den Bürgermeister ersuchte, seinen Einfluß auszuüben, damit die vom Kriegsministerium geplante Beschlagnahme der Hotels Europe und Continental nicht durchgeführt werde. Der Bürgermeister sagte zu, er werde sich morgen zum Kriegsminister in dieser Angelegenheit begeben.

Sodann wurde den Obmännern mitgeteilt, daß die Arbeiten betreffs Einführung der Fleischzentrale bereits weit vorgeschritten seien. Die Regierung beabsichtigt die Einführung einer Fleischkarte in Wien, um die Doppelversorgung unmöglich zu machen. Es wird jeder Konsument, der Fleisch zu beziehen gedenkt, aufgefordert werden, sich in eine Kundenliste einzutragen, worauf er von dem betreffenden

Fleischhauer eine Fleischkarte ausfolgt bekommt. Mehr als eine Fleischkarte darf ein Konsument nicht für sich in Anspruch nehmen. Die Fleischkarte wird vorläufig ohne Gewichtsbeschränkung gelten. Ueber diese Angelegenheit entwickelte sich eine lange Debatte.

Dann wurde in die Beratung der Kartoffel- und Mehlversorgung der Stadt Wien eingegangen.

(Die diesjährige Eisversorgung.) In der vorgestern abgehaltenen Generalversammlung der Vereinigten Eisfabriken der Wiener Approvisionierungsgewerbe verwies Bezirksbürgermeister Josef Rein zunächst darauf, daß die Eisfabrik der Approvisionierungsgewerbe Wiens durch die Angliederung der Wiener Kristall-Eisfabrik und der Wiener Eiswerke das größte Eiswerk auf dem Kontinent wurde. Der Redner kam sodann auf die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich der Eiszeugung im Jahre 1917 entgegenstellten, zu sprechen. Für einen Wagon Eis müssen heute im alten Werke K. 31.90 und im neuen Werke gar K. 39.50 für Kohle aufgewendet werden. Dieselbe Kohle kostete im Jahre 1916 noch K. 16.90. Die Erzeugung eines Wagons Eis komme heute auf K. 235 zu stehen. Schon mit 1. Mai tritt die Kohlensteuer, die 20 Prozent ab Grube beträgt, in Kraft, womit das Werk im Jahre schon mit K. 124.000 für Kohle allein mehr belastet wird. Die Futtermittelpreise haben noch lange nicht ihren Höchstpunkt erreicht, und das wucherische Treiben gewisser Kreise nimmt kein Ende. Wenn aus der Ukraina nicht genügend Futtermittel kommen, müsse überhaupt der Fuhrwerk-Betrieb gänzlich eingestellt werden. Das Fuhrwerk allein erfordert eine Mehrausgabe von mindestens K. 70.000. Die Mehrausgaben für Steuern und sonstige Kriegsausgaben für das laufende Jahr betragen mindestens K. 100.000. Dazu müsse in Betracht gezogen werden, daß durch die ungünstigsten wirtschaftlichen Verhältnisse eine Menge von Approvisionierungsgewerbebetreibenden, wie Fleischhauer, Selcher, Wirte, Kaffeehäuser usw., zugrunde gegangen sind, so daß der Eisbezug einen nicht unwesentlichen Ausschlag er-

leiden wird. Der Entfall dürfte die Menge von 240.000 Kubikmeter übersteigen. Um nun die investierten Kapitalien ordnungsgemäß zu verwerten, sei bereits in absehbarer Zeit eine Erhöhung der Eispreise von 60 Heller pro Kubikmeter, beziehungsweise 15 Heller pro Block unbedingt notwendig. Allerdings werden die Eispreise sofort wieder herabgesetzt, wenn bessere Verhältnisse eintreten sollten. Um den Mitgliefern den Eisbezug möglichst zu erleichtern, werden Fleischhauer und Selcher, die über Fuhrwerk verfügen und derzeit kein Geschäft haben, in einzelnen Bezirken als Eisverkaufsstellen nominiert. Sie werden mit ihrem Fuhrwerk das Eis in ihren Bezirken an die einzelnen Eisbesitzer zuführen.

Beim neuen Präsidenten des Volksernährungsamtes.

Äußerungen des Präsidenten über die Ernährungsschwierigkeiten.

Heute nachmittag empfing der neue Präsident des Amtes für Volksernährung Hofrat Dr. Ludwig Paul die Vertreter der Wiener Presse, um ihnen seine Hoffnungen und Pläne, die ihn beim Antritte seines schwierigen Amtes erfüllen, darzulegen und durch sie der Bevölkerung einerseits ein ungeschöntes Bild von der gegenwärtigen Lage unserer Lebensmittelversorgung zu geben, andererseits die Bevölkerung aber auch zu versichern, daß er nach Kräften bestrebt sein werde, ihr die Lebensführung zu erleichtern. Die Fühlungnahme mit der Presse war um so notwendiger, als zahlreiche Stimmen hörbar wurden, die behaupteten, mit Hofrat Dr. Paul sei ein Neuling auf dem Gebiete der Approvisionnement an die Spitze des Ernährungsamtes getreten. Hofrat Dr. Paul war schon seit Kriegsbeginn mit der Organisation der Versorgung des gesamten Eisenbahnpersonals betraut, und hatte für mehr als eine Million Menschen, Vertreter fast aller Bevölkerungsschichten zu sorgen. Zudem hatte Hofrat Dr. Paul bereits seinerzeit in der noch vor Errichtung des Amtes für Volksernährung bestehenden interministeriellen Approvisionierungskommission mitgewirkt.

In seinen einleitenden Worten erklärte der Präsident, er sei sich in Anbetracht des schlechten Wirtschaftsjahres 1917 doppelt der schweren Verantwortung, die ihm das Amt aufbürde, bewußt. Die Not des Tages erfordere heute ein Zusammenfassen aller der Volksernährung dienlichen Kräfte unter einer Leitung, die nicht die Schonung der Interessen einzelner Schichten, sondern die möglichste Erleichterung der Lebensführung in allen Bevölkerungskreisen zum Ziele hat.

Die Verordnungstätigkeit.

Sehr bemerkenswerte Äußerungen machte der Präsident über die Verordnungstätigkeit des Volksernährungsamtes, die bekanntlich Gegenstand zahlreicher Angriffe war. Er plant, diese Tätigkeit auf

ein gedeihliches Maß einzuschränken. „Soll eine Verordnung erlassen werden,“ sagte Hofrat Dr. Paul, „so muß dies rasch geschehen, damit nicht durch verspätete Maßnahmen der staatliche Eingriff, anstatt zu fördern, störend, hemmend und schädigend wirkt. Diese Absicht des Präsidenten ist sehr begrüßenswert; denn gerade dadurch, daß man in den letzten Jahren kommende Verordnungen schon ein, zwei Monate vorher ankündigte, wurde dem unlauteren Treiben der Kriegsspekulanten und Wucherer Lär und Tor geöffnet. Wir erinnern da besonders an die Einföhrung der Zucker-, Marmeladen- und Seifenkarten, die immer wieder in Aussicht gestellt wurde, so daß die berufsmäßigen Preistreiber bis zur wirklichen Einföhrung der Karten Zeit genug hatten, die noch vorhandenen Waren aufzukaufen, aufzustapeln und sie dann um ein Vielfaches des Einkaufspreises im Wege des Schleichhandels kartensfrei zu verkaufen. Auch mit der jede Verordnung begleitenden Verlautbarung beschäftigte sich der Präsident. Diese vermittelte der breiten Öffentlichkeit nur zum kleinsten Teile die Kenntnis der Absichten und die Beweggründe der Regierung, er wolle daher in Zukunft die Presse in der Hinsicht genauer unterrichten, damit sie forgesetzt die Bevölkerung in der richtigen Weise aufklären und sie vor unangenehmen Ueberraschungen bewahren könne.“

Die Aussichten unserer Versorgung.

„Bis zur nächsten Ernte haben wir große Schwierigkeiten zu bewältigen“, fuhr Hofrat Dr. Paul fort. „Nur redlicher Wille und zielbewußte Arbeit aller berufenen Faktoren können zur Erleichterung der Lage beitragen. Nach den mir zuteil gewordenen Mitteilungen, darf ich in den maßgebenden ungarischen Kreisen vollstes Verständnis für die Verhältnisse unserer Reichshälfte und jede mögliche Unterstützung erwarten. Der rasche Vormarsch unserer Truppen in Podolien erschließt uns neue Gebiete, deren Bodenschätze zur Entspannung unserer wirtschaftlichen Lage in absehbarer Zeit beitragen werden. Auf dem Gebiete der Mehl- und Brotversorgung sind alle Kräfte am Werke, sie erträglicher zu gestalten. Auch die Kartoffelnot wird bald vorüber sein; sie war ja nur eine Folge der letzten Fröste, die den Antransport der für die Frühjahrsmonate sichergestellten Kartoffelmengen verzögerte. Die Zuschübe rollen bereits wieder. Die Ausgabe von Dürrgemüse ist für die erste Hälfte des Monats in Aussicht genommen, indessen die Verteilung von Sauerkraut und -rüben fortgesetzt wird. Zur Versorgung mit Frühgemüse sind umfassende Vorarbeiten im Süden bereits eingeleitet.“

Gegenüber der in der letzten Zeit vielfach aufgetauchten Meinungen, es hätte das Volksernährungsamt jetzt eine neue Organisation erhalten, erklärte der Präsident auf das entschiedenste, daß dies nicht der Fall sei. Nur ein Wechsel in der Person, aber nicht in irgend einem Belange der Organisation sei eingetreten, weshalb auch die generelle Ermächtigung zur Erlassung von Verordnungen unverändert fortbestehe. Auch die Stellung des Ernährungsrates bleibe vollkommen unberührt.

Präsident Hofrat Dr. Paul schloß mit den Worten: „Der Ministerpräsident hat mir eine schwere Last, die zeitraubenden politischen Funktionen eines Ministers, abgenommen; als Präsident kann ich mich ausschließlich den Agenden der Volksernährung widmen und ich verspreche, im Verein mit den Verbrauchern und Erzeugern im Rahmen des noch Erreichbaren und Möglichen alles aufzubieten, um die schwere Lage, in der sich jetzt unsere Versorgung befindet, zu erleichtern und zu entspannen.“

Die Tätigkeit des Volksernährungsamtes unter seinem neuen Präsidenten.

Außerungen des Präsidenten Dr. Paul.

Wien, 4. März.

Der neue Präsident des Amtes für Volksernährung Doktor Ludwig Paul empfing heute die Vertreter der Wiener Presse und machte über seine nächsten Aufgaben und das Ernährungsamt folgende Mitteilungen, aus denen hervorgeht, daß die Stellung des Amtes für Volksernährung weiterhin unberührt bleibt von Reorganisationen im inneren Verwaltungsapparat und daß für ihn der dankenswerte Vorteil geschaffen wurde, daß er als Präsident des Amtes sich ausschließlich mit den Agenden der Volksernährung befassen könne und nicht durch die politischen Funktionen eines Ministers in zeitraubender Weise von dieser Tätigkeit abgelenkt werde.

Präsident Dr. Paul wies darauf hin, daß er seit Beginn des Krieges mit der Organisation des Ernährungsdienstes für das gesamte Eisenbahnpersonal betraut war und für mehr als eine Million Menschen zu sorgen hatte. Schwer- und Schwerarbeiter, die unter den größten Anstrengungen ihren ausopfernden Dienst versehen, Beamte, die mit ihren sorgten Bezügen den Kampf führen müssen, Arbeiter und Verkehrspersonal aller Art und deren Angehörige, kurz Vertreter aller Bevölkerungsschichten, für die im Kriege besondere Maßnahmen getroffen werden mußten, waren seiner Obhut anvertraut und so sei er auch mit allen im Ernährungsdienst stehenden Gewerben und mit den militärischen und zivilen Stellen in engster Fühlung gewesen. Außerdem habe er Gelegenheit gehabt, die staatliche Ernährungswirtschaft genau kennen zu lernen und die Methoden, wie man die Lebensmittel zu erfassen hat. So habe er auch die Lebensverhältnisse der einzelnen Kronländer und die durch den Krieg hervorgerufenen Veränderungen in denselben genau beobachten können, da die Eisenbahner ein in allen Kronländern verzweigtes Korps bilden. Die Entwicklung des allgemeinen staatlichen Approvisionnementssdienstes sei ihm von allem Anfang an vertraut gewesen, da er bereits vor der Errichtung des Amtes für Volksernährung in der damals bestehenden interministeriellen Approvisionierungskommission mitzuwirken hatte. Er siehe also seinen neuen Aufgaben gegenüber und sei sich der Verantwortung, die er übernommen habe, voll bewußt.

Wenn man auf das vergangene Wirtschaftsjahr zurücksieht, muß man einen allgemeinen Rückgang der Produktion feststellen, der durch die Kriegswirtschaft bedingt wird. Unsere Kartoffel- und Obsterte hat wohl ein günstiges Ergebnis gehabt, Weizen und Roggen brachten nur eine gute Mittelernte, Gerste und Hafer waren schlecht. Die Dürre des vergangenen Sommers hatte eine Missernte in Gemüse und Raupfutter zur Folge. Defizitreich, das auch in Friedenszeiten der Einfuhr aus dem Produktionsausland bedarf, ist auf Ungarn und den Ertrag der okkupierten Gebiete angewiesen. Die Not des Tages erfordert ein unmittelbares und kräftiges Zugreifen, ein Zusammenfassen aller der Volksernährung dienlichen Kräfte unter einer Leitung, die nicht die Schonung der Interessen einzelner Schichten, sondern die möglichste Erleichterung der Lebensführung in allen Kreisen der Bevölkerung zum unverrückbaren Ziel hat. Der Antritt der Präsidentschaft des Volksernährungsamtes durch Dr. Paul sei nicht wegen dessen besserer Einsicht oder zur Durchführung von Reorganisationen erfolgt, sondern er wolle im Verein mit seinen Mitarbeitern mit allen Kräften weiterarbeiten und im Ausbau ständig verbessern. Der angelegentlichsten Fürsorge für die konsumierende Bevölkerung, namentlich die schwerleidenden Festangestellten und die Arbeiterschaft, soll besonderes Augenmerk zugewendet werden, und diese Frage soll Hand in Hand gehen mit der Förderung der landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugung auf allen Gebieten der Lebensmittelbeschaffung. Präsident Dr. Paul sieht eine besondere Aufgabe darin, die Verordnungstätigkeit auf ein richtiges und gedeihliches Maß einzuschränken. Soll eine Verordnung erlassen werden, so muß dies rasch geschehen, damit nicht durch verspätete Maßnahmen der staatliche Eingriff anstatt zu fördern störend, hemmend und schädigend wirkt, da ja gerade auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft jeder staatliche Eingriff von weittragenden Folgen begleitet ist.

Hier erwartet der neue Präsident des Ernährungsamtes die Unterstützung der Presse, da die Bevölkerung aus den Verordnungen selbst oft nicht klug wird und bei den herrschenden Verhältnissen langatmige Kommentare von Amts wegen schwer gegeben werden können. Er betrachte es als seine besondere Pflicht, seinerseits der Presse jede mögliche Auskunft zu erteilen, er wolle über die Ernährungslage und die Erfordernisse des Ernährungsdienstes die Öffentlichkeit jederzeit mit Wahrheit, Liebe und Offenheit informieren, bittet zugleich aber, daß Nachrichten über die Ernährungslage ohne sorgfältige Ueberprüfung des Tatbestandes im Interesse der Allgemeinheit, der Ruhe der Bevölkerung im Hinterlande und des guten Mutes der Krieger im Felde nicht verbreitet werden. Er selbst verspreche, daß er über allfälligen Mangel, über etwa vorkommendes Verderben von Lebensmitteln und dergleichen rückhaltlos Aufschlüsse geben werde, doch solle über diese Angelegenheiten nur die Wahrheit und nichts als die Wahrheit bekanntgegeben werden.

„Wir haben bis zur nächsten Ernte die ernstesten Schwierigkeiten zu bewältigen. Ein immer redliches Wort und zielbewusstes Arbeiten aller berufenen Faktoren kann zur Erleichterung der Lage beitragen.“ Nach den Mitteilungen, die Präsident Paul erhalten hat, darf man in den maßgebenden ungarischen Kreisen volles Verständnis für die Ernährungsverhältnisse unserer Reichshälfte voraussetzen und jede mögliche Unterstützung erwarten. Der Vormarsch unserer Truppen in Podolien erschließt uns neue Gebiete, deren Bodenschätze zur Entspannung unserer wirtschaftlichen Lage in absehbarer Zeit beitragen werden. Es ist bekannt, mit welchen Schwierigkeiten und Störungen die Mehl- und Brotversorgung der letzten Wochen zu kämpfen hatte. Präsident Paul hat sich bereits die Ueberzeugung verschafft, daß in aufopferndster Weise alle Kräfte am Werke sind, um die Versorgung mit diesen wichtigsten Ernährungsmitteleln aufrecht zu erhalten. Das Kartoffelregime des Herbstes hat den Bedarf bisher gedeckt. Die letzten Fröste haben den Abtransport der für die Frühjahrsmonate erliegenden Kartoffeln momentan verzögert. Es ist jedoch bereits der Auftrag ergangen, mit den Zuschüben aus den Produktionsgebieten in die Konsumzentren zu beginnen. Die Ausgabe von Dörrgemüse ist für die erste Hälfte des Monats März in Aussicht genommen. Die Verteilung von Sauerkraut und Sauerrüben wird fortgesetzt. Zur Versorgung mit Frühgemüse sind umfassende Vorarbeiten in den südlichen Gebieten bereits eingeleitet und auch die Frage der Arbeitskräfte und ihrer Verpflegung, die besondere Schwierigkeiten mache, ist zur Lösung gebracht.

„Ernst und ruhig, ohne leichtfertigen Optimismus oder pessimistische Verzagtheit bin ich,“ sagte Präsident Paul, „mit dem von meinem Vorgänger so dankenswert und mühevoll ausgebauten Verwaltungsapparat im Vereine mit der konsumierenden Bevölkerung sowie der Produzenten und der Mitwirkung des Ernährungsamtes voll Vertrauen, daß es gelingt, die schwere Lage zu erleichtern und zu entspannen. Auf das entschiedenste muß ich erklären, daß in der Organisation des Amtes keine Veränderung eingetreten ist. Die generelle Ermächtigung zur Erlassung von Verordnungen besteht ohne Veränderung fort, und es ist bereits heute die erste von mir gezeichnete Verordnung erschienen. Mit meinem Amtsantritt ist nur ein Wechsel in der Person, keineswegs aber in irgendeinem Belange der Organisation eingetreten. Die Stellung des Ernährungsrates bleibt vollkommen unberührt. Der Ministerpräsident hat mir gelegentlich meiner Berufung an die Spitze des Amtes für Volksernährung eine schwere Last abgenommen. Das sind die zeitraubenden und weit über Gebühr in Anspruch nehmenden politischen Funktionen eines Ministers. Als Präsident kann ich mich ausschließlich den Agenden der Volksernährung widmen und das will ich mit allen meinen Kräften tun.“

Die christlich-soziale Partei wird gegen Marktbeamte aufgeboten.

M. H. Das ungünstige Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage in den Gegenständen des täglichen Bedarfs hat den Händlern aller Art eine derartige Macht über die Verbraucher verliehen, daß viele von ihnen jeden Maßstab für Recht und Schicklichkeit verloren haben, während nur sehr wenige Verbraucher den Mut aufbringen durch Anzeigen über Rechtswidrigkeiten sich die Magnade eines Händlers zuzuziehen. In dieser Lage hat die Lebensmittelpolizei eine ungeheure Wichtigkeit erlangt, denn nur sie kann den Übermut der Händler zügeln, sie ist die einzige Stütze der Verbraucher in dem ungleichen Kampfe. In Friedenszeiten haben die Marktbeamten die Lebensmittelpolizei ausgeübt, doch kurz nach Kriegsausbruch erhielt auch die Sicherheitswache den Auftrag in Angelegenheiten der Lebensmittelpolizei einzuzugreifen. Diese Heranziehung der Sicherheitswache wurde damit begründet, daß die Marktbeamten an Zahl nicht ausreichen um ihre sehr vermehrten Aufgaben zu bewältigen, doch in der Bevölkerung sprach man davon, daß dies nicht der einzige Grund sei. Diese Meinung der Bevölkerung stützte sich darauf, daß die Marktbeamten im Dienste der Gemeinde stehen und darum in ihrem Vordankkommen abhängig sind von der herrschenden Partei, die bekanntlich zu den Leudlern besonders innige Beziehungen unterhält, ihre Beschwerden willig anhört und dadurch, daß sie viele der wichtigsten Ehrenämter an Händler überträgt, den Einfluss dieses Standes in der Gemeinde an die erste Stelle gerückt hat.

Viele Stadträte, Gemeinderäte, Bezirksräte, Schulräte, Armenräte sind dem Händlerstande entnommen und die Händler können sich im Rathause viel leichter Gehör verschaffen als die Verbraucher. Es ist begreiflich, wenn die Bevölkerung hieraus schließt, daß die Marktbeamten darauf bedacht seien, den Händlern keinen Grund zur Klage zu geben, denn dies wäre gefährlicher für den Marktbeamten, als wenn die Verbraucher Grund zur Klage haben. Wir wollen an der Rechtlichkeit der Marktbeamten nicht zweifeln, aber sicher ist, daß die angeführten Verhältnisse auf ihren Eifer lähmend wirken müssen, und wenn die Amtshandlung sich gar gegen einen Händler richten soll, der selbst ein Ehrenamt in der Gemeinde bekleidet, da wird wohl niemand erwarten, daß der Marktbeamte etwas tue, was als besonderer Eifer gegen den betreffenden Händler ausgelegt werden und darum dem Beamten sehr teuer zu stehen kommen könnte.

Nichtsdestoweniger sind die Händler mit den Marktbeamten unzufrieden, denn so rücksichtsvoll diese auch ihre Tätigkeit ausüben, einigermaßen sind sie den Händlern doch im Wege, und für die Händler ist dies jetzt besonders unangenehm, weil augenblicklich eine ungehörte Ausnützung der Konjunktur besonders gewinnbringend ist. So nützen denn die Händler den herrschenden Einfluss, den sie im Rathause besitzen, um unangenehme Marktbeamte für ihre Tätigkeit zu strafen. Ganz deutlich trat dies in den letzten Wochen im 9. Bezirke zutage in einer Angelegenheit, die in mehrfacher Hinsicht die Aufmerksamkeit der Verbraucher verdient.

Ein Bezirksrat verkürzt seine Kunden beim Mehl.

Die Verringerung der Mehlgeldgebühr wurde von allen Haushaltungen sehr unangenehm empfunden, und während früher die meisten Verbraucher sorglos das Mehl, das ihnen der Händler gab, ohne Überprüfung verwendeten, fanden sich jetzt Leute, denen das Mehl kostbar genug erschien, um es nachzuwiegen. Einer von diesen Vorsichtigen erstattete beim Marktamt des 9. Bezirkes die Anzeige, daß an dem halben Kilogramm Mehl, das ihm der Bezirksrat Karl Preininger, 9. Bezirk, Rukdorferstraße 94, geliefert hatte, vier Decagramm fehlen und veranlaßte dadurch das Marktamt zur Nachschau im Geschäft des genannten Bezirksrates. Er ging hierauf nochmals in dieses Geschäft und verständigte Preiningers Frau, daß ihr eine behördliche Nachschau bevorstehe, doch scheint dies Frau Preininger nicht erregt zu haben. Man ist doch nicht umsonst Bezirksrat! Als die Marktbeamten das im Geschäft befindliche, in Papierfächchen bereitgehaltene Mehl nachwogen, fanden sie bei allen nachgewogenen Säcken, daß auf ein halbes Kilogramm drei bis vier Decagramm fehlten. Gleichzeitig entdeckten sie aber auch in einem Sack zehn Kilogramm Mehl, über deren Erwerb sich Preininger nicht auszuweisen vermochte, so daß der Verdacht gerechtfertigt ist, daß diese Menge die Erparnisse darstellt, die Preininger durch die Gewichtverkürzung an den 350 bei ihm eingeteilten Mehlkunden gemacht hat. Die Marktbeamten leiteten das Ergebnis ihrer Nachschau im Amtswege weiter, und so hat der Bezirksrat Preininger gerichtliche Mündung seiner Tätigkeit zu erwarten. Hierfür macht der Mann nicht etwa sich und seine Frau, sondern lediglich die Marktbeamten verantwortlich, denn hätten die Marktbeamten ihre Wahrnehmungen über Preiningers Geschäftsführung nicht zur Anzeige gebracht, so wäre für Preininger nichts weiter zu befürchten gewesen und so lehrte sich des Bezirksrates ganzer Born gegen

die Marktbeamten. Als Bezirksrat hat man aber auch Verbindungen in der Partei und die nahm Preininger in Anspruch. Durch Gemeinderäte des Bezirkes ließ er seine Angelegenheit — man kann sich denken, in welcher Darstellung — den christlichsozialen Gemeinderäten und dem Bürgermeister vortragen. Besonders soll ihm hierbei der Gemeinderat Partik, Chef der Firma Mainz u. Partik, an die Hand gegangen sein. Man wird es verstehen, daß sich der Gemeinderat Partik um einen Bezirksrat, der wegen Mehlverkürzung angezeigt wurde, eifrig annimmt, aber wenn die Bebrückung christlichsozialer Würdenträger durch Marktbeamte erwiesen werden soll, ist Herr Partik ein schlechter Wortführer, denn ihn hat die — wenn man so sagen darf — Beaufsichtigung durch das Marktamt nicht daran gehindert, während des Krieges Gewinne anzuhäufen, die auf 8 bis 10 Millionen Kronen geschätzt werden.

Die christlichsozialen Händler haben sich aber mit der Anrufung ihrer Gemeinderäte und des Bürgermeisters nicht begnügt. Sie haben übrigens mit einigen Bestimmung- und Berufsgenossen in Sugels Gasthaus in der Währingerstraße eine Versammlung abgehalten, deren Tagesordnung lautete: „Stellungnahme gegen das unerhörte Vorgehen des Marktbeamten des 9. Bezirkes“.

In dieser Versammlung wurde aber von dem Unflüch, daß den Bezirksrat Preininger betroffen, nicht gesprochen, wahrscheinlich, weil man sich doch schämte, die Handlungsweise Preiningers zu verteidigen, dagegen wurden kleinere Beauftragungen von Händlern durch Marktbeamte angeführt und in solcher Darstellung, wie man sie eben von Händlern erwarten darf. Die Marktbeamten wurden sehr heftig angegriffen und die Versammlung beschloß durch alle ihr zugänglichen Vereinigungen und durch die Gemeindevertreter des 9. Bezirkes eine Beschwerde gegen das übermäßig strenge Vorgehen der Marktbeamten des 9. Bezirkes einbringen zu lassen.

Dazu ist folgendes zu sagen: Die Marktbeamten des 9. Bezirkes haben im abgelaufenen Jahre keine 1000 Anzeigen erstattet, während sicherlich hundertmal soviel Überbortellungen der Verbraucher von Händlern im Bezirke begangen wurden. Wenn Beamte, die Händlern gegenüber soviel Rücksicht an den Tag gelegt haben, wegen übermäßiger Strenge gemahngelt werden sollten, so müßte die Bevölkerung jedes Vertrauen zu der Marktaufsicht verlieren. In jedem Falle ist es höchste Zeit, daß die Ausübung der Lebensmittelpolizei der Gemeinde abgenommen und dem Staate übertragen werde.

Der Einwand, daß dieser Vorschlag einen Angriff gegen die Gemeindeautonomie darstellt, läßt uns kalt, denn eine Gemeindevertretung, die auf Grund des Wiener Wahlrechtes zustande gekommen ist, wollen wir nicht schützen.

Noch ein Kriegsküchenzettel mit Kochvorschriften für Februar.

Von Luise Holle.

Vorbemerkung: Das Erscheinen dieses zweiten Februar-Kriegsküchenzettels hat seinen Grund in den verschiedensten Anfragen nach bestimmten Gerichten, die „ganz besonders dringend und rasch“ beantwortet werden sollen. Und vor allem mein verehrter Hauptmann D., der meinen Rat erbittet, nennt rasche Hilfe sogar ein vaterländisches Wort — wie darf ich da zaudern und zögern, möglichst umgehend ihm zu helfen? Ich kleide die Antworten, da es sich nur um Kochvorschriften bei ihnen handelt, jedenfalls am besten in die Form der bei meinem Leserkreis beliebten Kriegsküchenzettel.

Sonntag: Graupensuppe mit Dörrhagebutten. Fleischpastete mit Pilztunke, Erbschoten Salat, Pfannengebäck mit Fruchtmustunke.

Graupensuppe mit Dörrhagebutten. 150 Gr. dicke Graupen weicht man über Nacht ein, ebenso weicht man 80 Gr. trockene Hagebutten ein. Beides setzt man zusammen auf, kocht es eine Viertelstunde an und stellt es dann drei Stunden in den Gartocher. Man streicht die Suppe durch, kühlt sie nach Geschmack, gibt eine Prise Salz daran und kann, wenn man es hat, zuletzt noch ein Glas Apfelwein zusetzen.

Fleischpastete mit Pilztunke. 375 Gr. rohes Fleisch treibt man zweimal durch die Fleischhackmaschine, reibt die gleiche Menge Kartoffeln fein, und zwar zur Hälfte rohe, zur anderen Hälfte am Tage vorher gekochte Kartoffeln und schmeckt die Masse mit Salz, etwas Pfeffer und geriebener Zwiebel ab. Ein flacher Kochtopf wird ausgefettet, die Masse hineingefüllt und im Wasserbade eine Stunde gekocht. Man stürzt die Fleischpastete und überfüllt sie mit einer Pilztunke, deren Bereitung bekannt sein dürfte. Zu ihr reicht man:

Erbschotensalat. Die Erbschoten büßt man ab, kocht sie in Salzwasser gar, aber nicht zu weich, da sie sich sonst nicht schneiden lassen, zieht sie ab und teilt sie in Scheiben. Man mengt diese mit Essig, etwas Brühwürfelbrühe, Salz, Pfeffer, einer Prise Zucker und gehackter Zwiebel an, läßt sie eine Viertelstunde durchziehen und bestreut sie beim Anrichten leicht mit Petersilie.

Pfannengebäck mit Fruchtmustunke. Ein Ei wird mit drei Löffel Zucker verrührt, man gibt 6 Löffel Wasser, 6 Löffel Mehl, etwas Zimt, Zitronenschalenextrakt, eine Prise Salz und einen Teelöffel Backpulver hinzu. Eine Pfanne reibt man gut mit Fett aus, schüttet den Teig hinein und bäckt ihn bei ganz kleiner Flamme auf jeder Seite zehn Minuten. Man schiebt ihn auf eine heiße Schüssel und gibt ihn mit einer Obstmustunke zu Tisch.

Montag: Graupenaufkäufer mit Sauerkraut, Schneefuß mit eingemachten Kirschen.

Graupenaufkäufer mit Sauerkraut. 250 Gramm Graupen weicht man am Tage vor dem Gebrauch ein, kocht sie mit etwas Salz und einem Brühwürfel in ihrem Weichwasser 10 Minuten an und stellt sie zum Ausquellen drei Stunden in die Kochkiste. 1 Kg. Sauerkraut schmort man auf bekannte Weise gar, worauf man das Sauerkraut mit den dicken Graupen recht gut vermischt und in eine leicht eingefettete Form füllt. Die Oberfläche wird mit gerösteten Brotkrumen bestreut, mit einigen winzigen Butterstücken belegt, worauf man die Speise 40 Minuten langsam bäckt.

Schneefuß mit eingemachten Kirschen. 15 Gr. weiße Gelatine löst man auf, gibt sie an $\frac{1}{2}$ Liter gesüßten Apfelwein, fügt 1 Löffel Arrak oder Rum und eine Prise Salz bei und schlägt davon eine weiße schaumige Sulz. Sowie diese anfängt steif zu werden, mengt man 4 Eßlöffel voll abgetropfte, eingemachte Kirschen darunter und füllt die Sulz in eine Glasschale.

Dienstag: Weißer Schmorkohl mit Erbschotentrüben. Falsche Apfelgrübe.

Weißer Schmorkohl. Einen mittelgroßen Kopf Weißkohl schneidet man fein. $\frac{1}{2}$ Liter Wasser bringt man mit 3 Löffeln Essig, drei in Scheiben geschnittenen, geschälten Äpfeln, etwas Salz, einigen Kümmelförnern und Zucker ins Kochen, gibt den Kohl hinein und kocht ihn eine Viertelstunde an, worauf man ihn 3 bis 4 Stunden in den Gartocher stellt. Man bindet den Kohl zuletzt mit einigen rohen geriebenen Kartoffeln und schmeckt ihn mit Salz ab.

Erbschotentrüben. 2 Kg. Erbschoten kocht man in Wasser weich, zieht sie ab und streicht sie durch ein Sieb, worauf man sie mit der gleichen Menge kalter geriebener Kartoffeln mischt. Man würzt die Masse mit Salz, Pfeffer und geriebener Zwiebel und gibt soviel Mehl daran, daß man Klöße formen kann, die man in Salzwasser langsam gar ziehen läßt. Man gibt diese Klöße entweder zu Schmorkohl oder Sauerkraut, auch gern mit einer Meerrettichsauce. Man kann den Kloßteig auch in eine Form füllen und baden, ihm dann etwas Backpulver zusetzen; er kann in diesem Fall, wenn man die Zwiebel- und Pfefferzutat fehlen läßt, gut zu geschmortem Dörrrost gegeben werden.

Mittwoch: Braune Salzgurkensuppe. Fleischstückchen mit Redinger Mehllöcher (für Herrn Hauptmann D.).

Braune Salzgurkensuppe. In 2 Liter kochendem Wasser löst man vier Brühwürfel. In einer trockenen eisernen Pfanne röstet man 120 Gr. Mehl unter Rühren hellbraun, läßt es abkühlen, rührt es mit etwas Brühe glatt, gibt es dann an die Brühe und kocht die Mehleinbrenne darin eine Viertelstunde. Man würzt die Suppe mit wenig Vorbeerblatt und gibt zuletzt eine gehackte Salzgurke hinein.

Fleischstückchen mit Redinger Mehllöcher. Man kocht das zur Verfügung stehende Fleisch mit nicht zu viel Wasser, etwas Salz, und wenn man es hat, etwas Suppentraut weich, nimmt das Fleisch aus der Brühe und schneidet es in Stückchen. In die kochende Fleischbrühe, aus der das Suppentraut vorher entfernt werden muß, gibt man die Redinger Mehllöcher, die in der Brühe gar ziehen müssen. Diese einfachsten aller Klöße, die bei richtiger Zubereitung tadellos geraten und trefflich schmecken, werden nur aus Mehl, Wasser und Salz bereitet. Man gibt das Mehl mit dem nötigen Salz in eine Schüssel, macht eine Vertiefung in der Mitte und gießt sprudelnd kochendes Wasser — Hauptbedingung zum Gelingen! — an das Mehl, das man unter fortwährendem Hin- und Her schlagen mit einem Messer — also nicht rühren mit einem Löffel! — mit dem kochenden Wasser zu einem glatten Teig vermengt. Will man ihn ganz fein machen, rührt man zuletzt eine Kleinigkeit Fett durch. Man dem Teig werden Löcher abgestochen und in die kochende Brühe gelegt, in der sie etwa 15 Minuten langsam kochen. Die Brühe selbst wird zuletzt mit geriebenen rohen Kartoffeln sämig gemacht, sie kann mit etwas Essig geschärft werden. Die Fleischstückchen macht man in der Tunke heiß und gibt die Klöße dazu. Guten Erfolg und wohl bekomme's, Herr Hauptmann! Haben Sie Wurster oder Habelner Landsleute in Ihrer Kompanie, werden die Redinger Klöße mit Jubel begrüßt werden.

Donnerstag: Kohlrübenkartoffelsalat mit gebratener Blutwurst. Quartklöße mit Rhabarber.

Kohlrübenkartoffelsalat. 1 Kg. Kartoffeln kocht man in der Schale, außerdem kocht man 750 Gramm Kohlrüben

ab und dann in Salzwasser weich, zieht die Kartoffeln ab und schneidet sie in Scheiben und schneidet auch die Kohlrüben in gleiche Scheiben. Beides zusammen gar gekocht sein. Man mischt die Kartoffel- und Kohlrübenscheiben miteinander, mengt sie sofort mit mildem Essig, etwas kochendem Wasser, wenig Mostard, Salz, Pfeffer, einigen Tropfen Appels Speisewürze, geriebener Zwiebel und gehackter Petersilie an. Der Salat muß eine halbe Stunde an warmer Herdplatte durchziehen, er wird beim Anrichten mit gebratenen Blutwurstscheiben im Kranz umlegt.

Quartklöße mit Rhabarber. 250 Gramm Quark wird durchgeseiht, damit man eine recht glatte Masse erhält, man gibt 15 Gr. weichgerührte Butter, 1 Eigelb, 50 Gr. Zucker, etwas Salz, Zimt und soviel Mehl, das man mit einem Teelöffel Backpulver mischt, hinzu, daß man einen zusammenhaltenden Teig erhält, aus dem man mit einem in Wasser getauchten Löffel längliche Klöße absticht. Sie müssen in kochendem Salzwasser gar ziehen, werden mit einem Schaumlöffel auf eine erwärmte Schüssel gelegt und mit geschmortem Rhabarber (eingemachtem) zu Tisch gegeben.

Freitag: Erbschotensuppe. Sauerkraut mit Mehllöcher (für Herrn Hauptmann D.) Einfache Brotorte.

Erbschotensuppe. 1 Kg. Erbschoten und $\frac{1}{2}$ Kg. Kartoffeln kocht man, jedes für sich in Salzwasser weich, hebt Erbschoten wie auch Kartoffeln und reibt beides durch ein Sieb. Der Brei wird mit Brühwürfelbrühe verdünnt, mit ein bis zwei Löffel glattgerührtem Mehl verköstet und mit etwas Appels Krebs-egtrakt zuletzt kurz durchgekocht.

Sauerkraut mit Kloß. Sauerkraut wird mit kochendem Wasser überbrüht, ausgebrückt, mit großer Gabel aufgelockert und in Wasser mit etwas Essig, Zucker, Zwiebel, Salz und Kümmel reichlich halb gar gekocht. Das Kraut muß reichlich Brühe haben. Aus Mehl, das man mit Backpulver mischt, Salz, geriebenen rohen Kartoffeln, geriebener Zwiebel und etwas kalter Knochenbrühe wird ein glatter Kloßteig gemischt, den man auf dem Sauerkraut gleichmäßig verteilt. Man dämpft nun beides zusammen gar, zerteilt den gar gekochten Kloßteig in Stücke und richtet ihn mit dem Sauerkraut zusammen an. Wenn das Kraut zu reichlich Brühe hat, muß man es zuletzt mit geriebenen Kartoffeln binden.

Einfache Brotorte. In wenig Del oder Butter brät man einige dünne Scheiben Kriegsbrot auf beiden Seiten an, legt sie dicht nebeneinander auf einen eingefetteten Tortenboden und bedeckt die Brotscheiben mit Fruchtmus beliebiger Art, worauf man eine zweite Schicht angebratener Brotscheiben folgen läßt. Aus geriebenem Pumpernickel und kochendem Zuckersirup rührt man einen dicken Brei, würzt ihn mit etwas Kardamom und streicht ihn über das Brot. Man träufelt etwas zerlassene Butter darüber, bestreut die Oberfläche mit Zucker und bäckt die Orte eine Viertelstunde bei mäßiger Wärme.

Sonabend: Weiskloßsuppe (Vorschrift ist schon gebracht). Einfacher Kartoffelpudding mit geschmortem Dörrrost.

Einfacher Kartoffelpudding. Man kocht 1 Kg. Kartoffeln und gießt sie ganz trocken ab, worauf man sie heiß durchreibt. Man gibt zu der Kartoffelmasse 250 Gr. Mehl, 100 Gr. feinen Zucker, etwas Zitronenschalenextrakt, Salz, $\frac{1}{2}$ Teelöffel Backpulver und soviel Magermilch oder Wasser, daß ein ziemlich gebundener Teig entsteht. Er wird in eine ausgestrichene Puddingform gefüllt, muß im Wasserbade $\frac{1}{2}$ Stunden kochen. Man stürzt ihn und gibt ihn mit geschmortem Dörrrost.

Leitung: Heinrich Rippler.
Verantwortlich für Politik: L. B. Erich Schwarzer, für Anapolitischen Tagesbericht, Turnen, Sport und Spiel: S. A. Hartig, für Reichshauptstadt und Gerichts-saal: Bernhard Esch, für Kunstleben, Wissenschaft und Hochschule: Ludwig Sternauz, für Handel: Alfred Schütze.
Für den Anzeigenteil: Bruno Ollech, sämtlich in Berlin.

Die Aushilfe an Nahrungsmitteln für Oesterreich aus Ungarn und Rumänien.

Die Wiener Ernährungskonferenzen.

Wien, 9. Februar.

Die Beratungen, die der ungarische Minister für Volks-
ernährung Prinz Ludwig Windisch-Grätz mit dem
Präsidenten des gemeinsamen Ernährungsausschusses
G.M. v. Landwehr und dem Minister G.M. Höfer
über die Möglichkeit größerer Zuschüsse an Getreide, Fett
und anderen Bedarfsartikeln aus Ungarn nach Oesterreich
führte, währten gestern von 5 Uhr nachmittags bis 10 Uhr
abends und wurden heute von 11 Uhr vormittags bis
3 Uhr nachmittags fortgesetzt. Die Beratungen haben eine
erfolgsverheißende Uebereinstimmung der Anschauungen,
jedoch noch kein definitives Uebereinkommen herbeigeführt.

Eine Fortsetzung der Konferenzen wird in
der aller nächsten Zeit stattfinden. Ueber das bis-
herige Ergebnis wird ein amtliches Communiqué verlaut-
bart, das folgendermaßen lautet:

Der Wortlaut der amtlichen Mitteilung.

Die Beratungen über Ernährungsfragen, die
Freitag und Samstag in Wien zwischen dem Vorsitzenden
des gemeinsamen Ernährungsausschusses G.M. v. Land-
wehr, dem österreichischen Minister für Volksernährung
G.M. Höfer und dem ungarischen Minister für Volks-
ernährung Prinzen Ludwig Windisch-Grätz statt-
fanden, werden in der nächsten Zeit fortgesetzt.

Bisher ergaben die Konferenzen eine Ueberein-
stimmung der Auffassungen in Betreff jener
Beschlüsse, die getroffen werden müssen, um die Vor-
räte in beiden Staaten der Monarchie voll
erfassen zu können.

Von allen Seiten wurde hinsichtlich der gegen-
seitigen Aushilfe das loyalste Entgegen-
kommen bekundet, und zwar sollen nicht nur was
Lebensmittel, sondern auch was Industrie-
artikel betrifft, bei weitestgehender Berücksichtigung der
volkswirtschaftlichen Interessen die berechtigten Wünsche nach
Möglichkeit ihrer Befriedigung zugeführt werden.

Die in Aussicht stehenden Zuschüsse
aus Rumänien lassen eine Erleichterung
in den Ernährungsverhältnissen er-
hoffen.

Mitteilungen von unterrichteter ungarischer Seite.

Wie wir hiezu von unterrichteter ungarischer Seite er-
fahren, hat die erste Begegnung des neuen ungarischen
Ernährungsministers Prinzen Windisch-Grätz mit
seinen Kollegen, den Generalmajoren v. Landwehr und
Höfer, den gehegten Erwartungen entsprochen, da das
konziliante und entgegenkommende Wesen des Prinzen
Ludwig Windisch-Grätz die Verhandlungen ohne
Reibungen verlaufen ließ. In der Hauptsache selbst
ergaben sich natürlicherweise Schwierigkeiten, weil der
ungarische Ernährungsminister auf dem bereits von uns

Wirtschaftliche Folgen des Friedenszustandes mit Rußland und des Vertrages mit der Ukraine.

Wien, 11. Februar.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Wirkungen besteht zwischen den Vereinbarungen, die mit Nordrußland und mit der Ukraine getroffen worden sind, ein weitgehender Unterschied. Mit Rußland ist ein formeller Friedensvertrag nicht geschlossen, aber der Kriegszustand für beendet erklärt und die völlige sofortige Demobilisierung der russischen Streitkräfte angeordnet worden. Der Handelsvertrag mit Rußland, der durch den Krieg zerstört wurde, muß wieder durch einen neuen Vertrag in Kraft gesetzt werden und die beteiligten Regierungen sowie die in Petersburg befindlichen Kommissionen der Mächte des Vierbundes, welche letztere wahrscheinlich verstärkt werden dürften, werden über die Gestaltung der konsularischen und wirtschaftlichen Beziehungen miteinander in direkten Verkehr treten. Bei den heutigen Verhältnissen in Rußland würde allerdings auch eine Erneuerung des Handelsvertrages, wenn eine solche schon jetzt zustandegekommen wäre, einen verhältnismäßig geringen praktischen Wert haben. In Nordrußland herrscht gegenwärtig ein Chaos, das einen geregelten wirtschaftlichen Verkehr unmöglich macht. Die Rechtsbeziehungen sind vollständig verwirrt, die Eisenbahnen technisch nicht leistungsfähig, die Disziplin des Personals gelockert. Nach Berichten aus Petersburg machen in den wichtigsten Ämtern nur einzelne Beamte Dienst, niemand weiß, wer Vorgesetzter und wer Untergebener ist, und solche Zustände, die im Innern jede Sicherheit ausschließen, gestatten natürlich noch weniger einen kaufmännischen verlässlichen Warenverkehr nach außen.

Der Handelsvertrag mit Rußland bleibt also für alle Teile des Landes nach wie vor außer Kraft, jedoch mit einer wichtigen Ausnahme: der Ukraine, mit der wir zu einem vollen Friedensvertrage gelangt sind. Mit der Ukraine ist eben ein formeller Friedensschluß erfolgt und in den diesbezüglichen Abmachungen ist in einem Provisorium vereinbart, daß die Vertragszölle, die vor Kriegsausbruch zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland galten, für den Verkehr der Monarchie mit der Ukraine in Kraft treten. Ferner enthält das Provisorium alle anderen wichtigeren Bestimmungen des früheren Handelsvertrages mit Rußland, die auf die Ukraine Anwendung finden können. Der österreichisch-ungarisch-russische Handelsvertrag stammt vom 15. Februar 1906 und ist ein beiderseitiger Tarifvertrag. Rußland hat sich in demselben hauptsächlich für Getreide, Hülsenfrüchte, Saaten, Hopfen, Geflügel, Geflügelei und nicht besonders benannte Holzwaren, in denen Rußland sehr leistungsfähig ist, entsprechende Tarife gesichert. Das gleiche gilt auf österreichisch-ungarischer Seite für Töpfer- und Glaswaren, einige chemische Produkte, wie Natrium- und Holzgeist, Metall- und Papierwaren, Wollfäule, Taschentücher, ganz besonders aber für einen sehr maßgebenden Ausfuhrartikel, nämlich Seiden und andere landwirtschaftliche Werkzeuge, wie Spaten, Gabeln, Rechen und Hauen. Wichtig sind ferner die allgemeinen Bestimmungen des Vertrages über das Passwesen, wonach sich die Angehörigen der beiden Ländergebiete überall aufhalten dürfen.

Um ein sicheres Urteil über die Bedeutung der wirtschaftlichen Vereinbarungen mit der Ukraine zu gewinnen, wird der Wortlaut des sehr langen und ausführlichen Artikels VII, der die künftigen wirtschaftlichen Beziehungen regelt und von dem nur ein sehr knapper Auszug veröffentlicht wird, abgewartet werden müssen. Der Artikel VII enthält eine Verpflichtung der vertragschließenden Teile für die Zeit bis zum 31. Juli, einander die Uberschüsse an landwirtschaftlichen und industriellen Produkten zu liefern. Die Befristung bis zum 31. Juli hat ihren Grund darin, daß das Erntejahr zu diesem Zeitpunkte abläuft. Die Vereinbarung betrifft somit die Uberschüsse der Ukraine aus den früheren Ernten, und für die neue Ernte werden wieder Abmachungen getroffen werden müssen. Eine Kommission, welche die Warenmengen und Preise feststellt, soll, wie der Vertrag bestimmt, sofort zusammentreten. Es werden somit über diesen Gegenstand vor-

her Besprechungen zwischen den Vertretern Oesterreich-Ungarns und Deutschlands in Berlin erfolgen. Die über den Artikel VII publizierte kurze Mitteilung sagt ferner, daß der Austausch teils durch die staatlichen oder vom Staate kontrollierten Zentralstellen, teils im freien Verkehre erfolgen wird. In den Kreisen des Getreidehandels hält man es für wahrscheinlich, daß die ukrainische Regierung, wenigstens in gewissen Gebieten, selbst die Kontrahentin für die Getreideabschlüsse sein will und daß dort der Verkauf des Getreides von Regierung zu Regierung vollzogen werden wird. Hierbei würde ein Kompensationsverkehr Platz greifen, indem die ukrainische Regierung uns einen Kredit für Getreidelieferungen gibt und die Waren, die wir in der Ukraine abgeben, mit dem von dort bezogenen Getreide abgerechnet werden und nur das Saldo ausgeglichen wird. Wo dieses System nicht Platz greift, würde der Austausch im freien Verkehre durch den beiderseitigen Handel erfolgen. Das Getreide wird zollfrei eingeführt werden. Bekanntlich sind durch eine Verordnung vom Oktober 1914 die Zölle für die Getreideeinfuhr bis auf weiteres außer Kraft gesetzt worden. Es ist auch wahrscheinlich, daß man sich eine entgegenkommende Haltung hinsichtlich der beiderseitigen Ein- und Ausfuhrverbote zugesichert hat. Im übrigen müssen auch über die in diesen Richtungen bestehenden Absichten nähere Mitteilungen abgewartet werden. Aus Oesterreich werden zunächst Sensen, Sichel und land-

wirtschaftliche Maschinen nach der Ukraine geliefert werden. In Sensen bestehen Vorräte, die, wenn es die Transportverhältnisse gestatten, sofort dorthin abgehen könnten. Was die weitere Erzeugung an diesen für die Ukraine bestimmten Artikeln betrifft, so ist sie eine Materialfrage, die mit der Seeverwaltung geordnet werden muß, um die Freigabe der für die Produktion erforderlichen Mengen von Eisen zu erzielen.

Nach einer weiteren Mitteilung des Artikels VII wird der gegenseitige Warenverkehr mit der Ukraine durch ein provisorisches Uebereinkommen geregelt. Da die vorliegende Verlautbarung ausdrücklich sagt, daß die gegenseitige Lieferung der landwirtschaftlichen und industriellen Uberschüsse nur bis zum 31. Juli erfolgt, so ist anzunehmen, daß das Provisorium darüber hinaus keine Sicherung für diese Lieferungen enthält, worüber Gewißheit allerdings auch erst auf Grund des Wortlautes des Vertrages zu erlangen sein wird. Was die Geltungsdauer des Provisoriums, das offenbar schon vereinbart ist, betrifft, so reicht die Minimalfrist seiner Wirksamkeit bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Abschluß des allgemeinen Friedens. Wie immer sich die Dinge gestalten mögen: das Provisorium über den gegenseitigen Warenverkehr mit der Ukraine dauert mindestens ein halbes Jahr nach der Perfektion des allgemeinen Friedens fort. Kommt schon vorher oder in einem späteren Zeitpunkte als sechs Monate nach Abschluß des allgemeinen Friedens ein Handelsvertrag mit der Ukraine zustande, so erhebt derselbe das Provisorium, das dann außer Kraft tritt. Es wurde aber in dem jetzigen Provisorium — wenigstens ist dies nach dem Auszuge anzunehmen — auch für den Fall vorgesorgt, als sechs Monate nach Abschluß des allgemeinen Friedens ein Handelsvertrag noch nicht geschlossen worden sein sollte. Um ein Vacuum zu verhüten, ist bestimmt, daß das Provisorium vom 30. Juni 1919 an sechsmonatig kündbar ist. Das heißt: Es bleibt auch in dem Falle, wenn sechs Monate nach Abschluß des allgemeinen Friedens kein Handelsvertrag zustande gekommen sein sollte, bis zum 30. Juni 1919 unkündbar und von da an sechsmonatig kündbar in Kraft. Man hat also für einen endgültigen Handelsvertrag mit der Ukraine mindestens Zeit bis Ende des Jahres 1919, zu welchem Zeitpunkte das Provisorium auf Grund einer sechs Monate vorher erfolgten Kündigung außer Kraft tritt, wenn nicht schon früher ein Handelsvertrag, der das Provisorium ersetzt, vereinbart sein sollte. Das hat den Vorteil, daß man sich zum Abschluß eines Handelsvertrages nicht drängen lassen muß. Auf der anderen Seite ist aber auch der Möglichkeit, daß ein Teil die Vereinbarung eines Handelsvertrages über Gebühr hinauszieht, ein Niegel vorgeschoben, indem sich der andere Teil durch die Kündigung frei macht und von Ende 1919 ab einen vertraglosen Zustand schafft.

Wichtig ist die Zusicherung der freien Durchfuhr nach Asten und insbesondere nach Persien, die bisher behindert war. Das Zugeständnis ist für unseren Ueberlandverkehr nach Persien von Bedeutung. In dieses Hindernis ist nun Breche geschlagen, was auch ein günstiges Präjudiz für den Handelsvertrag mit Rußland bildet.

Die Ukraine hat ferner erklärt, daß sie die Begünstigungen, die Oesterreich-Ungarn an Deutschland oder ein anderes zollverbündetes Land gewährt, nicht beansprucht. Auch in Brest-Litowsk ist darüber gesprochen worden und die russischen Unterhändler schienen nicht abgeneigt, dieselbe Verpflichtung einzugehen. Mit Rußland ist jedoch kein Vertrag zustandegekommen.

GER

36. Jahrgang

eben

Alle Anzeigen die gewünschte telephonische Verbindung herstell.

nuar.

schewisten zum Botschafter ernannte Witwino
revolutionäre Schriften unter die
englischen Munitionsarbeiter ver-
teilt habe, daß die Regierung ihre Aufmerk-
samkeit auf diese Angelegenheit gerichtet hält. —
Es wird bekanntgemacht, daß die dienstpflichtigen
Russen in England vorläufig nicht zum
Militär ausgehoben werden, wie es nach dem bri-
tisch-russischen Abkommen vorgesehen war.

Zur Konferenz über den Wirtschaftsverkehr mit der Ukraine

Von
E. Zudermann.

(Nachdruck verboten.)

Die heute vormittag in Berlin begonnene
deutsch-österreichisch-ungarische Konferenz über
den Wirtschaftsverkehr mit der Ukraine hat eine
Fülle mannigfacher Fragen auf die Tagesordnung
gesetzt, deren erschöpfende Erledigung sehr viel
Zeit beanspruchen muß. Aber so umfangreich
auch das Pensum ist, das diese „Russenkonferenz“
zu erledigen hat, und soviel tüchtige und zielbe-
wußte Kabinettsarbeiter an den Verhandlungen
und deren Stillsitzerungen teilnehmen, so kann man
sich doch schwer von dem, wie ein All drückender
Gedanken befreien, ob denn auch die Verwirk-
lichung all der Beschlüsse in der Praxis diejenigen
Resultate zeitigt, wie sie so versicherungsvoll den
berechtigten Ansprüchen weitester Kreise Deut-
schlands verkündet worden.

Denn die langjährigen Beobachtungen des
deutsch-russischen Handelsverkehrs, der unmittel-
bare Verkehr mit den beteiligten Kreisen,
das eingehende Studium der amtlichen
Handelsstatistik Rußlands, Deutschlands und
Oesterreich-Ungarns, sowie die durch den Krieg
und den Friedensvertrag mit der Ukraine gescha-
ffene Lage bestärken in der Annahme, daß die
Vermittlung Oesterreich-Ungarns zwischen der
Ukraine und Deutschland größer als bisher,
die Möglichkeit der Konsumierung überschüs-
siger Landesprodukte der Ukraine in Deutschland
aber geringer als erhofft sein wird.

Denn das Wirtschaftsgebiet der Ukraine muß
jetzt, so wie die Verhältnisse nun einmal liegen,
als von Deutschland viel weiter abgerückt, an
Oesterreich-Ungarn aber mehr herangerückt an-
gesehen werden. Dadurch fällt Oesterreich-Ungarn
natürlich eine noch größere Vermittlerrolle
zwischen der Ukraine und Deutschland zu, als dies
vor dem Kriege der Fall war. Was sich nun da-
durch für den deutschen Konsumenten ergeben
kann, läßt u. a. die Nr. 1 meiner Handelsstatisti-
schen Blätter erkennen, in der die Vermittlung
Oesterreich-Ungarns beim deutsch-russischen Han-
delsverkehr bezüglich, zahlenmäßig und bildlich
zum Ausdruck gebracht worden ist. Darin heißt
es u. a.:

„Bergleichen man nun in den dort gebrauchten
Tabellen die österreichisch-ungarische Einfuhr
aus Rußland mit der entsprechenden deutschen
Einfuhr aus Oesterreich-Ungarn, kann bemerkt
man, daß so mancher dortin gehende russische
Artikel zum größten Teil mitunter gänzlich wie-
derum von dem deutschen Markt abgenommen
wird, wie z. B. Eier, Fleisch, Arbeitspferde, Holz.
Es ist also klar, daß bei der Ausfuhr Man-
lands von Produkten, die der deutsche Markt be-
nötigt, Oesterreich-Ungarn eine bemerkenswerte
Rolle als Durchfuhrland spielt. Indessen ist eine
solche Vermittlung Oesterreich-Ungarns, trotz der
geographischen Lage, nicht immer unbedingt
nötig und geschieht vielfach nur auf Kosten des
deutsch-russischen Handelsverkehrs, wie dies die
Gegenüberstellung der ermittelten Werte und
Relativzahlen bestätigt.“

Was den für Deutschland so wichtigen Eier-
bezug aus Oesterreich-Ungarn betrifft, so bezug
derselbe im Jahresmittel 1909—1913 relativ — der
Menge nach — 103,16 Prozent der gesamten
Eiereinfuhr Oesterreich-Ungarns; d. h. nur 8,16
Prozent der österreichisch-ungarischen Eierein-
fuhr nach Deutschland wurden der eigenen Pro-
duktion entnommen. Von den übrigen 100 Pro-
zent der österreichisch-ungarischen Eiereinfuhr
erhielten aber 90,80 Prozent auf Rußland. Seht
man die von Oesterreich-Ungarn jeweils aus
Rußland bezogenen Eier als 100 ein, so ist der
Index für die Eiereinfuhr Deutschlands aus
Oesterreich-Ungarn im Jahresmittel 1909—1913 bei
der Menge 117, 112, 117, 120 und 168 und beim
Wert 176, 176, 166, 168 und 148; d. h. Deut-
schland hat für die aus Oesterreich-Ungarn be-
zogenen Eier durchschnittlich 1,45 im Jahre
1910 sogar 1,56 mal mehr zahlen
müssen, als Oesterreich-Ungarn an Rußland
gezahlt hat. Absolut genommen, erhält man

15
49

Volkswirtschaft.

Die Lebensmitteleinfuhr aus der Ukraina.

In der allernächsten Zeit werden die im Artikel VII des Friedensvertrages mit der Ukraina vorgesehene Kommissionen zusammentreten, um die Mengen und die Art der zum gegenseitigen Austausch bestimmten landwirtschaftlichen und industriellen Produkte festzustellen. Dies wird der erste bedeutungsvolle Schritt auf dem Wege des Kompensationsverkehrs sein, der, bis zum 31. Juli d. J. eingeschränkt, sich in den beteiligten Ländern die Deckung der laufenden Bedürfnisse zum Ziele setzt und für die Ernährung der österreichischen Bevölkerung von großer Wichtigkeit sein kann. Befinden wir uns doch gegenwärtig in den kritischsten Monaten, und Eile tut doppelt not, wenn die Zufuhren aus der Ukraina noch rechtzeitig eintreffen sollen, um unsere Lage zu erleichtern. Daher muß von dem Entwerfen weitläufiger Organisationspläne vorläufig abgesehen und die Hauptaufmerksamkeit vor allem auf das möglichst vollständige Erfassen der überschüssigen ukrainischen Vorräte (verschiedene Getreidearten, Futtermittel, Hülsenfrüchte, Samereien u. a.) gelenkt werden.

Dies ist freilich keine leichte Aufgabe. Denn die Ukrainer, ein ausgesprochenes Bauernvolk, sind, wie alle ländlichen Bevölkerungsschichten, sehr leicht misstrauisch und werden mit den vielfach versteckten Vorräten nur dann herausrücken, wenn weite Kreise die Ueberzeugung gewinnen, daß ihnen als Gegenwert hierfür die von ihnen benötigten Waren zur Verfügung, sofort zur Verfügung stehen werden. In dieser Aufklärungsarbeit mitzuwirken, wäre auch die Aufgabe unserer Kommissäre, die nicht nur aus Sachmännern, sondern aus solchen Personen bestehen sollten, die Land und Leute gründlich kennen. Weiter müssen wir aber, sobald nur die Art und die Menge unserer Kompensationsware feststeht, unverzüglich an deren Fertigstellung und Abförderung gehen. Ist unter Tauschobekt früher an Ort und Stelle — was bei der geringen Schwierigkeit des Transportes von Fertigwaren auch leichter durchzuführen wäre —, so wird dies nicht bloß den Abschluß des Tauschgeschäftes wesentlich erleichtern, sondern dem jungen Staate auch den Anreiz dazu bieten, alle Kräfte anzuspannen, um die landwirtschaftlichen Produkte aus dem Innern des Landes an dessen Hafen- und Grenzorte zu schaffen. Freilich stellt dies bei dem trostlosen Stande der Bahnen des bisherigen russischen Reiches ein überaus schwieriges Problem dar, an dessen Lösung wir den Ukrainern wegen der verschiedenartigen Schwierigkeiten unseres Landes nicht im mindesten schenken können. Höchstens käme vielleicht die Umgestaltung der einen oder der anderen ukrainischen Anschlußstrecke auf unsere Schwerte in Frage, so daß wir darauf mit unserem Betriebsmaterial und Fahrpersonal den Dienst versehen könnten.

Die nächste Phase besteht in der Ueberführung der landwirtschaftlichen Produkte aus den ukrainischen Grenz- und Hafenorten in die Heimat. Auch da ist das Augenmerk auf die jetzt verfügbaren Hilfsmittel zu lenken. Die Möglichkeiten, die sich aus einem Friedensschluß mit Rumänien bieten könnten, sollten daher vor der Hand um so mehr außer Betracht bleiben, als wir derzeit gar nicht beurteilen können, wann und in welchem Maße dort auch nach Beendigung des Kriegszustandes ein uneingeschränkter Durchgangsverkehr eröffnet werden dürfte. Um aber mit dem vorhandenen Material auszukommen, ist es notwendig, daß für eine Zeitlang alle Transporte (wenigstens zum größten Teile) zurückgestellt werden, die nicht unbedingt sofort durchgeführt werden müssen. Dies gilt besonders von dem Austausch der Kriegsgefangenen. Das Hinat scheint sehr hart, da es jedem menschlichen Empfinden widerspricht, wenn nicht ohne jede verinante Verzögerung die Befreiung der schon so lange in trauriger Kriegsgefangenschaft schmachten müssen. Auch die militärischen Behörden legen mit Rücksicht auf die leider noch zu gewärtigenden Kämpfe den größten Wert darauf, die große Reserve, die unsere in Gefangenschaft gehaltenen Soldaten bilden, so rasch als möglich für den aktiven Dienst frei zu bekommen. Trotz alledem ist die größte Behutsamkeit am Platze. Denn für beide Arten von Hin- und Rückbeförderungen — Austausch von landwirtschaftlichen Produkten gegen Industrieartikel und Austausch von Kriegsgefangenen — reichen unsere Verkehrsmittel nicht aus. Sie müssen daher in erster Linie der Sicherstellung unserer Ernährung dienen. Die übrigen auch dadurch gefährdet werden könnte, wenn unermittelt, ohne Schaffung eines hinlänglichen Ersatzes, eine allzu große Anzahl von russischen Kriegsgefangenen aus den landwirtschaftlichen Betrieben herausgerissen werden würde. Von den russischen Kriegsgefangenen sollten daher, in sehr langsamem Maße, nur die mit weniger wichtigen Arbeiten Beschäftigten rückbefördert, und von unseren Kriegsgefangenen vor allem die heimbefördert werden, die sich in ungenügend verproviantierten Orten oder in schlecht verwalteten Gefangenenlagern befinden. In allen Fällen gehört aber den Nahrungsmitteltransporten der Vorrang, und dies liegt auch im Interesse der Kriegsgefangenen selber, da es für sie besser ist, wenn sie etwas väter den heimatischen Boden betreten, dafür aber hier auskömmlich ernährt werden können. Mit der Zurückstellung der nicht allerdinglichsten Transporte muß jedoch die Erfassung aller Transportmittel zu Wasser und zu Lande Hand in Hand gehen. Insbesondere auf dem Schwarzen Meere wäre noch sachmännischen Ansichten genügend Schiffsraum vorhanden, wenn man zu den in Rede stehenden Beförderungen auch militärische



Preis der Anzeigen:

Die kleine Zeile 70 g Abendblatt 50 g Reklamen
A 1.50 Abendbl. 1.30 —, 30% Teuerungszuschlag
Stellungsangebote 10% Teuerungszuschl. Familien-
anzeigen Sonderart Platz- u. Datenvorschr. ohne
Verbindlich. — Anzeig. nahm. an Geschäftsstelle
Frankfurt a. M. Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Schiller-
str. 30 Mainz Schillerpl. 2. Straß. 16/18.
Bremen A. Waisenhausstr. 28. München Pernstr. 2.
Osnabrück Biebricherstr. 34. Stuttgart Poststr. 7. Zürich
Nordstr. 63. Unsere Agenturen u. d. Ann.-Exped.
Verlag und Druck der Frankfurter Societäts-
Druckerei G. m. b. H.
Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4436

Genossenschaftliche Erfassung der Nahrungsmittel.

Ein gefährlicher Vorschlag.

Von einem hervorragenden landwirtschaftlichen Sach-
kenner erhalten wir die nachstehenden Ausführungen:

Unsere Freunde von der landwirtschaftlichen Seite, die
im Kriege ihre Vorliebe für den freien Handel entdeckten
und insolgedessen, wie Herr v. Oldenburg bekundete, eben
diesem Handel alles abgaben, was sie ihm früher in die Schuhe
geschoben hatten, finden, daß unsere Ernährungswirtschaft
überhaupt nicht auf ein System aufgebaut sei, sondern ein
buntschiediges Flickwerk darstelle. Nachdem diese Melodie seit
einem Jahr und mehr in allerlei Varianten erklungen ist,
hält man es für an der Zeit, dem Volke zu verstehen zu geben,
daß man gescherzt habe, daß der Handel und überhaupt die
Konkurrenz in Zukunft in dem Verkehr zwischen Pro-
duzenten und Abnehmern nichts mehr zu
suchen habe. Das ist der Sinn des Vortrages des
Bundes der Landwirte und der auf Geheiß des
Bundes einschwenkenden landwirtschaftlichen Ge-
nossenschaften.

Diese Korporationen, zu denen sich bedauerlicherweise auch
die Bauernvereine und die Deutsche Landwirtschafts-Gesell-
schaft gesellt haben, verlangen, wie wir bereits mitgeteilt
haben, eine Umänderung unseres Ernährungssystems dahin,
daß der Unterbau der Erfassung der landwirtschaftlichen Er-
zeugnisse ganz den Genossenschaften ausgeliefert und der
Kommunalverband als Geschäftsträger ausgeschaltet werde.
Die Uberschüsse, die der Kommunalverband jetzt unter Um-
ständen erreicht, und die er in gemeinnütziger Weise ver-
wendet, sollen also in Zukunft den Genossenschaften und ihren
Mitgliedern zufallen.

Der Vorschlag geht davon aus, daß die jetzige Organisa-
tion die vorhandenen Lebensmittel nicht voll erfasse, weil es
an dem Ausbau nach untenhin fehle, und daß der behördliche
Zwang produktionshemmend wirke. Die landwirtschaftlichen
Verbände schlagen daher eine gemeindeweise Organisation
vor, in welcher für die Erzeuger „Gelegenheit zu freiwilliger
Mitarbeit gegeben ist“. Als Geschäftsstelle soll in der Einzel-
gemeinde die Genossenschaft dienen; wo eine solche nicht vor-
handen ist, sind Geschäftsstellen einzurichten, an welche die
Erzeuger zwangsweise anzuschließen sind. Die Vorteile eines
derartigen genossenschaftlichen Unterbaus sollen in der Sicher-
ung der geschäftlichen Abwicklung, in der Entlastung der
Kommunalverbände, in der besseren Erfassung der landwirt-
schaftlichen Erzeugnisse und in einer günstigen Einwirkung
auf die Erzeugung bestehen. In jeder Gemeinde soll ein
Dreimännerkollegium mit einem Landwirt als Führer die
Einschätzung der Landwirte zur Umlage, die Kontrolle der
Ackerbestellung übernehmen, während der Genossenschaftsleiter
als Geschäftsführer der Abkieserstelle fungiert.

Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist zweifel-
los einer der stärksten Hebel zur wirtschaftlichen Hebung der
ländlichen Bevölkerung kleinbäuerlichen Charakters gewesen;
es erstreckt sich deswegen auch allseits größter Verschätzung,
und es ist angesichts der Geschäftsgewandtheit, die sich diese
Genossenschaften im Laufe der Zeit erworben haben, durch-
aus zu verstehen, daß sie selber den Wunsch zur Mitarbeit
in der Ausbringung der Erzeugnisse haben. Ein derartiger
Plan war auch durchaus diskutabel und wird aus Verbrauchers-
kreisen im Interesse der direkten Verständigung zwischen Er-
zeuger und Verbraucher unterstützt, so von der Berliner Deuts-
ten-Wirtschaftsvereinigung und sogar von sozialdemokratischer
Seite, wie ein Artikel in Nr. 13 der „Leipziger Volkszeitung“
beweist. Für den vorliegenden Plan ist jedoch der Name
der Genossenschaft nur die äußere Verbrämung, hinter dem
sich die Ausnützung der Genossenschaften für partei-
politische Zwecke verbirgt. Der Kern des Plans ist
eben weder die Förderung des eigentlichen Genossenschafts-
wesens noch eine bessere Erfassung der Erzeugung, sondern
mehr die Schaffung neuer ländlicher Körperschaften zunächst
mit Zwangscharakter, die unter der Regie des Bundes der
Landwirte und unter dessen politischer Führung stehen. An
der Hand dieser Organisation, die durch staatlichen Zwang in
den Sattel gesetzt ist, würde es dann gelingen, für den Frieden
ein Warenabsatzmonopol landwirtschaftlicher Er-
zeugnisse zu schaffen, bei dem der Handel vollkommen ausge-
schaltet und der Verbrauch diesem Monopol ausgeliefert wird.
Das ist auch vom Handel sehr wohl erkannt und bereits
aller Orten in einen Abwehrkampf gegen diese Gedanken
eintritt. Wenn es sich um ein zwingendes vaterländisches
Interesse für die Kriegsführung dabei handelte, müßten alle
anderen Rücksichten zurücktreten.

Daß dem aber nicht so ist, zeigt eine einfache Ueber-
legung. Für das laufende Wirtschaftsjahr bis zur neuen
Ernte läme die neue Organisation überhaupt nicht in Frage.
Sie würde also, wenn es, was durchaus zu bezweifeln ist,
bis zum Herbst gelungen wäre, sie einigermaßen auf die

Entwurf einer Kriegsernährungsordnung.

Von
Dr. Hans Frey Abraham, Rechtsanwalt am Kammergericht.

Am 8. August des vorigen Jahres hat der Verfasser an dieser Stelle die Grundzüge eines neuen Ernährungsrechts darzulegen gesucht. Das damals entwickelte Programm ging davon aus, daß weder ein System völliger wirtschaftlicher Freiheit, noch ein reines Zwangssystem die Grundlage unserer Ernährungswirtschaft bilden dürfe, vielmehr wurde gefordert, daß im Wege der Umlage den Erzeugern oder Erzeugergruppen ein bestimmtes Maß von Zwangsleistungen auferlegt, dann aber, als Belohnung für die Erfüllung der staatlichen Zwangspflichten, auch eine gewisse wirtschaftliche Freiheit gewährt werden solle.

Von verschiedenen Ausgangspunkten aus sind schon seit den ersten Kriegsmomenten gleichartige Gedanken entwickelt worden. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Konsumvereine und andere Wirtschaftsorganisationen sind mit einem ähnlichen Plan hervorgetreten, in Elßa-Lothringen und im Fürstentum Lippe wurde der genossenschaftliche Gedanke mit Erfolg in den Dienst der Ernährungswirtschaft gestellt. Ergänzen die Vorschläge folgten aus den gesammelten Erfahrungen, und erst vor wenigen Tagen hat in den „Sozialistischen Monatsheften“ Kallisi ein klares Programm im Sinne der hier vertretenen Ideen entwickelt.

Es ist sonach erkennbar, daß das Ernährungsprogramm, das wirtschaftlichen Zwang und wirtschaftliche Freiheit in sinnvoller Weise kombiniert, immer mehr an werdender Kraft gewinnt, so erwächst für den Juristen nunmehr die Notwendigkeit, dem wirtschaftlichen Inhalt die klare rechtliche Form zu geben. Erst eine solche Formgebung zwingt zur kritischen Nachprüfung des eigenen Gedankenganges und bildet gleichzeitig die geeignete Grundlage für eine sachliche Diskussion.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, unterbreite ich der Öffentlichkeit den nachfolgenden Entwurf einer Kriegsernährungsordnung:

Entwurf.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts wird ermächtigt, für das Reichsgebiet, für das Gebiet einzelner Bundesstaaten oder für Teilbezirke von Bundesstaaten Anordnungen zu treffen, wonach die für die öffentliche Bewirtschaftung in Anspruch genommenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Wege eines öffentlich-rechtlich geordneten Umlageverfahrens durch Genossenschaften landwirtschaftlicher Erzeuger aufgebracht und an die Verbraucher weitergeleitet werden.

Im Falle einer solchen Anordnung gelten die nachfolgenden Bestimmungen:

Teil I.

Erfassungsorganisation.

§ 1. Für das gesamte Gebiet, für das die Anordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts ergeht, wird ein Zentralernährungsausschuß gebildet.

Vorsitzender des Ausschusses ist der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts oder ein von ihm bestellter Vertreter.

Die Zusammenlegung des Ausschusses und die Gesamtzahl der Mitglieder bestimmt der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts.

§ 2. Innerhalb des gesamten Erfassungsgebietes werden Unterausschüsse gebildet, und zwar:

- a) sofern die Anordnung für eine Provinz ergeht: Kreisernährungsausschüsse für die Kreise;
- b) sofern die Anordnung für einen Bundesstaat ergeht: Provinzialernährungsausschüsse für die Provinzen und Kreisernährungsausschüsse für die Kreise;
- c) sofern die Anordnung für das gesamte Reichsgebiet ergeht: Landesernährungsausschüsse für die Bundesstaaten, Provinzialernährungsausschüsse für die Provinzen, Kreisernährungsausschüsse für die Kreise.

Mitgliederzahl, Rechtsform und Rechtsfähigkeit der Unterausschüsse regelt der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts.

§ 3. In jeder Gemeinde wird durch Zusammenschluß der Landwirte und Rugtierhalter eine Erzeugergemeinschaft gebildet. Die Bildung derselben kann mit Zustimmung der zuständigen Provinzial- bzw. Landesernährungsausschüsse auch für mehrere miteinander vereinigte Gemeinden (Kirchspiel, Amtsbezirk) erfolgen.

Der Zusammenschluß der Erzeuger soll zunächst in der Form der rechtsfähigen Genossenschaft erfolgen. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts kann indessen auch die Zulassung anderer Rechtsformen anordnen.

Der Beitritt zu der Erzeugergemeinschaft ist ein freiwilliger, unbeschadet der Bestimmungen des § 8 der Verordnung.

Zur Mitgliedschaft in den Erzeugergemeinschaften muß auf Antrag jedermann zugelassen werden, der innerhalb des von der Gemeinschaft umfaßten Gebiets Ackerbau, Gartenbau oder Rughaltung betreibt.

§ 4. Aufgabe des Zentralernährungsausschusses ist es, innerhalb des Staatsgebietes, für das er eintritt, die weitere Organisation durchzuführen und zu überwachen.

§ 5. Aufgabe der Landes-, Provinzial- und Kreisernährungsausschüsse ist innerhalb der ihnen zugewiesenen Gebiete:

- a) die Feststellung und Ermittlung der Anbaufläche,
- b) die Aufstellung der Ernteschätzungen,
- c) die Feststellung der tatsächlichen Ernteergebnisse,
- d) die Herstellung und Fortführung von Viehbestandslisten,
- e) die Feststellung aller Erträge der Rughaltung,
- f) die Durchführung der Zulassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse an die Verbrauchergebiete.

Durch Beschluß des Zentralernährungsausschusses können die Unterausschüsse noch mit weiteren Aufgaben zwecks Anregung, Förderung und Umgestaltung der einheimischen Erzeugung betraut werden.

Teil II.

Umlageverfahren.

§ 6. Zur Ableitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse werden nach § 2 der Verordnung gebildeten Ausschüssen Umlagen auferlegt, die sie innerhalb bestimmter Fristen zu erfüllen haben.

Der Zentralernährungsausschuß bestimmt, für welches Wirtschaftsgebiet die einzelnen Unterausschüsse die Umlagen zu erfüllen

haben, sowie in welchem Zeitraum und Umfang die Leistung zu erfolgen hat. Die Weiterverteilung der Umlagen innerhalb der in Betracht kommenden Gebiete ist Sache der Unterausschüsse.

§ 7. Jede zu einer Umlage herangezogene Stelle (Erzeuger, Erzeugergemeinschaft, Unterausschuß) hat die Umlage vollständig und rechtzeitig an denjenigen zu leisten, der bei der Auferlegung der Umlage als Empfangsberechtigter genannt ist.

§ 8. In den Gemeinden und den gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 gebildeten Bezirken sind nicht nur die Mitglieder der Erzeugergemeinschaften, sondern alle Landwirte und Rugtierhalter zur Erfüllung der ihnen von der zuständigen Erzeugergemeinschaft nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit auferlegten Umlage verpflichtet.

§ 9. Die Umlage ist so zu bemessen, daß dem einzelnen Erzeuger zur Verwendung in seinem eigenen Betriebe ein entsprechender Teil seiner Erzeugnisse belassen bleibt. Er darf hierüber innerhalb seines Betriebs nach seinem Ermessen verfügen.

Die Grundzüge, nach denen der Umfang des den Erzeugern zu belassenden Bedarfsanteils berechnet wird, werden jeweils endgültig und unanfechtbar vom Zentralernährungsausschuß festgesetzt.

§ 10. Die zur Erfüllung der Umlage verpflichteten Erzeuger des betroffenen Gebiets (vgl. § 8 der Verordnung) dürfen unzulässige Erzeugnisse ihrer Landwirtschaft, ihres Gartenbaus und ihrer Rughaltung nur an die für ihre Gemeinden gebildeten Erzeugergemeinschaften verkaufen oder an die ihnen im Wege des Umlageverfahrens zugewiesenen Empfangsberechtigten überlassen.

Will der Erzeuger den ihm gemäß § 9 belassenen Bedarfsanteil nicht im eigenen Betrieb verwenden, so darf er denselben ebenfalls nur durch Vermittlung der Erzeugergemeinschaft verwerthen.

Die Preisbemessung für die freiwilligen Ablieferungen ist nicht an die Höchstpreise gebunden.

§ 11. Für jedes landwirtschaftliche Erzeugnis, das eine Erzeugergemeinschaft im Wege des Umlageverfahrens abführt, hat sie eine Umfahndokumentation von drei vom Hunderter zu beantragen, die die Empfangsstelle neben dem Warenpreise zu zahlen hat.

Ueber die Bewertung und Preisbemessung der von den Erzeugergemeinschaften zu einem gemäß § 10 Absatz 3 erhöhten Preise übernommenen Erzeugnisse trifft der Zentralernährungsausschuß Ausführungsbestimmungen.

Diese Erzeugnisse dürfen auch von den Erzeugergemeinschaften zu einem entsprechend erhöhten Preise an geeignete Empfangsberechtigte (See- und Luftverwaltung, Schwerarbeiter oder Handelsorganisationen) abgegeben werden.

§ 12. Die Genossenschaften können die Gewinnverteilung gemäß § 19 des Gesetzes betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in der Weise anordnen, daß diejenigen Genossen, die ihren Bedarfsanteil gemäß § 9 der Verordnung ganz oder teilweise der Genossenschaft freiwillig zur Verfügung stellen, entsprechend ihrer Leistung vorzugsweise am Gewinn beteiligt werden.

Teil III.

Befreiung der Erzeuger.

§ 13. Die gemäß §§ 2 und 3 der Verordnung gebildete Erfassungsorganisation haftet für die vollständige und fristgerechte Ausführung einer auferlegten Umlage in der Weise, daß für jede Säumnis in der Leistung die Gesamtheit der Erzeuger des säumigen Bezirkes den vollen Nährwert des auferlegten Anteils aufzubringen haben.

Erfüllt ein Erzeuger die ihm obliegende Leistung nicht, so haftet für ihn zunächst die Angehörigen der Erzeugergemeinschaft und die gemäß § 3 zur Erfüllung der Umlage verpflichteten Personen.

Erfüllt eine Erzeugergemeinschaft die ihr obliegende Leistung nicht, so haftet die Gesamtheit der dem zunächst übergeordneten Unterausschuß angehörenden Gemeinschaften. Ueber den Umfang eines Kreises hinaus besteht eine Gesamthaftung nicht.

§ 14. Die öffentlich-rechtlichen Vertreter der empfangsberechtigten Stellen haben den Antrag auf Ersatzlieferung (§ 13) bei dem der säumigen Stelle übergeordneten Ausschusse zu stellen. Die Erklärung der empfangsberechtigten Stelle über Lieferungsfrist, Lieferzeit und Umfang des Lieferungsnerzeuges sind für den Ernährungsausschuß bindend und von diesem nicht nachzuprüfen.

Der Vorsitzende des Ausschusses verfügt auf Grund der vom Empfangsberechtigten mitgeteilten Tatsachen unverzüglich die Verteilung der Ersatzlieferung. Ueber die Art der Verteilung ist zuvor die betroffene Gemeinschaft zu hören.

§ 15. Kommt die von der Ersatzlieferung betroffene Gemeinschaft der gemäß § 14 angeordneten Auflage nicht innerhalb der gestellten Frist nach, so ist der Empfangsberechtigte zur Stellung des Antrages auf Zwangsentnahme befugt. Die Bestimmungen des § 14 der Verordnung finden auf dieses Verfahren entsprechende Anwendung. Der Vorsitzende des Ausschusses verfügt die Zwangsentnahme durch Ersuchen der bürgerlichen oder militärischen Behörden. Die Ausführungsbestimmungen über das Zwangsentnahmeverfahren trifft der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes nach Anhörung des Zentralernährungsausschusses.

§ 16. Im Falle der Ersatzlieferung und der Zwangsentnahme können anstelle der im Umlageverfahren ursprünglich auferlegten Erzeugnisse auch gleichwertige andere Erzeugnisse geliefert bzw. entnommen werden.

Der Vorsitzende des der Ersatzlieferung oder Zwangsentnahme anordnenden Ausschusses trifft insoweit die maßgebenden Verfügungen.

Ueber die ausgleichsweise Bewertung der einzelnen landwirtschaftlichen Erzeugnisse trifft der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes nach Anhörung des Zentralernährungsausschusses Ausführungsbestimmungen.

§ 17. Gegenüber dem säumigen Erzeuger und den säumigen Erzeugergemeinschaften können von der zunächst übergeordneten Stelle Ordnungsstrafen bis zur Höhe des vierfachen Betrages der im Rückstand gebliebenen Umlage verhängt werden. Auch kann die Erzeugergemeinschaft anordnen, daß die Bewirtschaftung des von dem Säumigen verwalteten Besitzes auf Kosten des Säumigen von einem Beauftragten der Erzeugergemeinschaft übernommen wird. Besteres gilt auch dann, wenn der Erzeuger den Vorschriften des § 10 zuwider Erzeugnisse an Dritte überläßt.

Ebenso kann angeordnet werden, daß die Geldstrafe einer säumigen oder ihre Pflichten verletzenden Erzeugergemeinschaft von einem seitens des Unterausschusses bestellten Kommissar auf Kosten der Gemeinschaft geföhrt werden.

§ 18. Gegen die Anordnungen der Ausschüsse und die auf dieser Verordnung beruhenden Beschlüsse der Erzeugergemeinschaften hat jeder Betroffene das Recht der Beschwerde an die übergeordnete Stelle. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Die auf die Beschwerde ergehende Entscheidung kann von dem Betroffenen nicht weiter angefochten werden.

Ueber die Kosten des Beschwerdeverfahrens trifft der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes nähere Anordnungen.

§ 19. Erzeuger oder gesetzliche Vertreter von Erzeugergemeinschaften, die entgegen dem § 10 der Verordnung landwirtschaftliche Erzeugnisse an dritte Personen entgeltlich oder unentgeltlich überlassen oder die bei einer gemäß § 5 der Verordnung erfolgten Bestandsfeststellung Bestände verheimlichen, werden mit Gefängnis und mit Geldstrafen bis zum ...fachen Betrage der dem Erfassungsverfahren entzogenen Erzeugnisse bestraft. Die Erzeugnisse oder der an ihre Stelle getretene Preis unterliegen der Einziehung.

§ 20. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes wird ermächtigt, für bisher innerhalb des Erfassungsgebietes begangene Verstöße gegen Kriegswirtschaftsverordnungen Straffreiheit zu gewähren, sofern der Schuldige bei einer von dem Zentralernährungsausschuß angeordneten Bestandsaufnahme bisher der öffentlichen Bewirtschaftung entzogene Vorräte bekanntgibt. Die Straffreiheit tritt nur dann ein, wenn eine Untersuchung wegen der begangenen Hinterziehung noch nicht eingeleitet war.

Der Zentralernährungsausschuß bestimmt, für welche Bezirke, innerhalb welcher Frist und in welchem Umfang Straffreiheit gewährt wird.

§ 21. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes trifft die erforderlichen Uebergangsbestimmungen für die Ueberleitung in den neuen Rechtszustand, insbesondere bestimmt er, in welcher Weise die bisherigen, für das Ernährungswesen getroffenen Kriegswirtschaftlichen Einrichtungen sich der neuen Erfassungsorganisation einordnen bzw. wann und in welchem Umfang sie zur Auflösung gelangen.

Die Notwendigkeit der Raumbeschränkung verbietet es, an dieser Stelle den Entwurf eingehend zu begründen. Nur folgendes sei hervorgehoben:

Ein agrarisches Attentat wird mit der Begründung einer Erfassungsorganisation, die sich dem Wirtschaftsleben natürlich eingliedert, nicht unternommen. Das durch den Schleichhandel gemilderte Zwangssystem, dessen Wesen und Wirken zur Genüge bekannt ist, bedarf der Reform, nicht zuletzt in Rücksicht auf die Notwendigkeit einer Regelung unserer Lebensmittelwirtschaft nach dem Kriege. Durch Strafverschönerungen und Änderungen anderer Verfügungen kann diese Reform nicht bewirkt werden: die Ausübung des Zwanges, wo er notwendig ist, muß durch die Organisation des Berufsstätigen in Verbindung mit den Kriegswirtschaftlichen Aemtern ausgeübt werden. Als Mittel zur Erreichung der Ziele in der Nahrungsmittelversorgung versagen; auch die Praxis der Erfassungsorganisation kann den Zwang nicht ganz entbehren; aber sie läßt der freien Betätigung über das notwendige Maß der Zwangsanwendung hinaus einen unbeschränkten Spielraum. Schon dadurch, daß der einzelne Produzent bei Erfüllung seiner Ablieferungsfrist für seine Erzeugnisse höhere Preise erlangen kann, erfährt die Produktion eine Anregung, in der die beste Garantie für die Stärkung der Marktnahrung liegt.

Mit der Errichtung von Erfassungsorganisationen soll keineswegs die Tätigkeit des Handels ausgeschaltet werden, denn für den Vertrieb der Lebensmittel sind diese Organisationen weder bestimmt noch geeignet. Der Groß- und Kleinhandel sowie die Konsumvereine werden bei zweckmäßigem Zusammenschluß in Verbindung mit den Kommunalverbänden ein weites und reiches Arbeitsgebiet finden und damit ihre eigentlichen Aufgaben wieder aufnehmen können.

Die Strafjustiz wird auf ihre normale Funktion beschränkt, einzelnen Verfehlungen eine festgesetzte Rechtsordnung zu begegnen; sie wird nicht mehr vor die unlösliche Aufgabe gestellt, Grundmängel eines falschen Systems durch Bekämpfung von Folgeerscheinungen zu heilen.

Mit der Sicherung der Lebensmittelversorgung auf der Grundlage der Selbstverwaltung und der Gesamtfaktung vereinigen sich die Bestrebungen zur Steigerung der Produktion, und dieser Zweck der Erfassungsorganisation erhält seine Krönung durch die planmäßige Zusammenarbeit mit dem Handel und den Verbraucherverbänden. Das ist der Weg zu einer wirklichen Reform unseres Ernährungsrechts.

Der wirtschaftspolitische Wert des Friedens mit Rußland.

Was dem Entgegenkommen und der Geduld der Diplomaten in Brest-Litowsk nicht in zwei Monaten glückte, brachte der Vormarsch der Truppen in zwei Tagen zuwege. Trotzki und Lenin haben sich zum Abschluß des Sonderfriedens mit den Mittelmächten und ihren Verbündeten auf Grundlage der von diesen vorgeschlagenen Bedingungen, die nichts als billig sind und in keiner Hinsicht eine Härte beinhalten, bereit erklärt. Ohne Zweifel hat zu diesem Entschluß auch Stimmung und Haltung des nach Frieden dürstenden Landes beigetragen, das energisch gegen den Abbruch der Brest-Litowsker Verhandlungen protestierte und die weitere Abgabe von Lebensmitteln nach Petersburg einzustellen drohte. Einen andern Umstand von Bedeutung mag die Erwartung gebildet haben, zu einer Verständigung mit der Ukraine und in der Folge zu einem Anteil an den namhaften Lebensmittelüberschüssen, deren Großrußland dringend bedarf, gelangen zu können. Der allfällige russische Wettbewerb in der Ukraine geht uns indessen in keiner Weise an. Vorerst sind wir durch den Friedensvertrag mit der ukrainischen Regierung gesichert, die bekanntlich die Verpflichtung übernahm, uns die Lebensmittelüberschüsse des Landes bis 31. Juli d. J. zur Verfügung zu stellen, und zwar im Austausch gegen Industrieprodukte, die die Ukraine braucht und die Rußland zu liefern gar nicht in der Lage ist. Zum andern ist von zuständiger Seite mitgeteilt worden, die ukrainische Republik verfüge über so bedeutende Exportüberschüsse, daß unsere Transportmittel diesen Mengen absolut nicht gewachsen sind.

So groß auch die politische und militärische Bedeutung des endgültigen Friedens mit Rußland ist, so steht er doch an wirtschaftlicher Tragweite hinter jenem mit der Ukraine wesentlich zurück. Großrußland leidet selbst Mangel, da Anbauflächen und Ernterträge in den innerrussischen und nördlichen Gouvernements während der Kriegsjahre stark zurückgegangen sind. In manchen Gegenden ist dieser Rückgang von amtlicher Seite auf nicht weniger als 50 Prozent geschätzt worden. In großrussischen Gouvernements überwiegt vielfach der Großgrundbesitz, der im Kriege unter dem Mangel an Arbeitskräften weitaus am meisten zu leiden hatte, während in der Ukraine die Bauernwirtschaft vorherrscht, die weit weniger in Mitleidenschaft gezogen wurde. Auch in Großrußland dürften sich in den kleineren Landwirtschaftsbetrieben noch erhebliche Vorräte und Überschüsse befinden, nachdem die Regierung sowohl Kerenskij als Lenin wiederholt versichert hatte, die in den Städten herrschende Nahrungsmittelknappheit sei lediglich eine Folge mangelhafter Organisation und des Versagens des Transportwesens. Hat Großrußland auch vielleicht Überschüsse, wenn nicht an Getreide, so doch an Geflügel und Eiern, an Nachs und Hanf oder Säuten und Fellen abzugeben, so wird die Transportfrage noch weit größere Schwierigkeiten bieten als in der benachbarten Ukraine, mit der wir die vollkommen betriebsfähige Eisenbahnverbindung Kiew-Kowel-Brest-Czernowitz haben.

Auch der Weg über die untere Donau, den die bevorstehenden Friedensverhandlungen mit Rumänien bald freimachen dürften, kommt nicht Großrußland, sondern nur der Ukraine, Bessarabien und dem russischen Süden zugute. Der Ausnutzung der Donaustraße und der Schiffsverbindungen mit den russischen Schwarzen-See-Häfen durch den Handel wird freilich erst der Abschluß des Friedens mit Rußland die Wege ebnen. Von besonderer Wichtigkeit hierbei ist der in Rußland allgemein herrschende Warenmangel, dem wir in mehr als einer Hinsicht abzuwehren imstande sind. Im Austausch gegen Eisen- und Stahlwaren, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Glas und Porzellan, Uhren, Holz- und Papierwaren (wie insbesondere Spielfarten), werden wir auch in Großrußland so manche Rohstoffe, die wir gut brauchen können, erhalten können. Zu

diesem Zusammenhange verdient es Hervorhebung, daß sich erst kürzlich ein Mitglied der gegenwärtigen russischen Regierung, der Unterrichtsminister Lunatscharski, dahin geäußert hat, daß der Außenhandel Rußlands nach dem Kriege einen ganz neuen Charakter erhalten und im vollen Sinne des Wortes Tauschhandel sein werde, nämlich Ware gegen Ware.

Die Vorbedingung dieses Warenverkehrs jedoch ist die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse und Wiedereinrichtung des gänzlich zusammengebrochenen Verkehrswesens in Rußland. In letzterer Beziehung werden sich die Mittelmächte gemiß bereit finden lassen, Rußland nach Tauschweise Hilfe zu leisten, in erster Linie, was die Wiederherstellung der Bahnanschlüsse, weiterhin vielleicht auch, was rollendes Material und qualifizierte Arbeitskräfte anlangt. Die möglichst rasche Steigerung der auf einen Tiefpunkt gesunkenen Leistungsfähigkeit der russischen Eisenbahnen liegt im Hinblick auf die Verbindung mit Sibirien auch im Interesse der Mittelmächte. Außer der Ukraine und allenfalls Bessarabien ist nämlich Sibirien, und zwar sein westlicher Teil das einzige Gebiet des alten russischen Reiches, das auch jetzt beträchtliche Vorräte an Getreide und andern Lebensmitteln besitzt, die es abgeben kann. Vom Kriege weit weniger als das europäische Rußland berührt, hat die starke Ueberschüsse über den Eigenbedarf hervorbringende Kammer Sibiriens, das große Gebiet um Tomsk, seine Produktion nicht allzusehr reduziert, der reiche Viehstand des Landes hat weniger gelitten, und nach vorliegenden Nachrichten wäre Sibirien imstande, sobald der Mangel an Transportmitteln behoben ist, die Ausfuhr in seinen wichtigsten Exportartikeln sofort wieder aufzunehmen. Der Reihe ihrer Bedeutung nach sind dies: Butter (der sibirische Butterexport stellte sich 1912 auf 4.5 Millionen Pud; 1 Pud = 16.3 Kilogramm), dann Felle, Häute und Pelawer, Getreide, Geflügel, Wild, Fleisch (insbesondere Schweinefleisch) und Fischkonserven. Es darf nicht erst besonderer Hervorhebung, um den Wert einer solchen Handels- und Verkehrsverbindung ins rechte Licht zu rücken. Der freie Weg nach Asien wird theoretisch und praktisch das Ende der Blockierung der Mittelmächte durch die Entente bedeuten.

Die wirtschaftliche Lage der Ukraine und die Aussichten auf die Versorgung der Centralmächte.

Von Regierungsrat Roman Salozschj.

Ukraine, bis jetzt ein ethnographischer und geographischer Begriff, hat politische Bedeutung erlangt, beziehungsweise die große Bedeutung, die es im Mittelalter besaß, wiedererlangt. In wirtschaftlicher Beziehung spielte es immer eine große Rolle, einmal durch seinen enormen Bodenreichtum, sodann als Brücke auf der großen Handelsstraße zwischen dem Orient und Okzident, die zwar durch den überseeischen Handel zeitweise ausgeschaltet und in der Interessensphäre des großen russischen Imperiums abgedrängt wurde, nunmehr durch die Vervollständigung des staatlichen Lebens der Ukraine ihre durch die natürlichen geographischen Verhältnisse bedingte Stellung aufzunehmen sich vorbereitet. Für Oesterreich-Ungarn hat dieses wichtige geschichtliche Ereignis eine besondere Bedeutung, denn der neue Staat grenzt im Norden und Nordosten auf einer mehrere hundert Kilometer langen Front an die Monarchie, und schon aus diesem Grunde ist die künftige Gestaltung der wechselseitigen Beziehungen für beide Staaten, für das alte Kaiserreich und die junge Republik, von größter Wichtigkeit.

Wenn man aus den Anfängen auf die künftige Gestaltung der Beziehungen schließen kann, läßt sich die beste Prognose dafür aufstellen. Der Friedensschluß in Brest-Litowsk kann nicht anders als ein Akt bester freundschaftlicher Gestaltung angesehen werden, wobei sich die Vertragsschließenden gegenseitige Vorteile sichern. Die Vierbundstaaten anerkennen die staatliche Souveränität der ukrainischen Republik, gewähren dieser die moralische Stütze in ihren Unabhängigkeitsbestrebungen, und die Ukraine verpflichtet sich zur materiellen Unterstützung, zur Unabhülfe in der durch den Krieg schwer geschädigten Ernährung der Bevölkerung der Centralstaaten.

Die Bedeutung des Wertes und Gegenwertes des Vertrages bedarf keiner weiteren Erläuterung; was jedoch einer näheren Auseinandersetzung bedarf, ist der wirtschaftliche Zustand des einen Staates, aus dem der Gegenwert zu bestreiten sein wird, schon aus dem Grund, weil darüber keine klaren Ansichten bestehen. Man weiß zwar allgemein, daß die Ukraine ein reiches Land ist, daß sie das reichste Gebiet Russlands war, sie wird mitunter die Kornkammer Eurapas genannt, und von der ukrainischen Schwarzerde ebenso wie von den unermesslichen ukrainischen fruchtbaren Steppen erzählen sogar die Schulbücher, aber im allgemeinen weiß man nichts Näheres über ihre Bodenschätze und die Art und den Umfang ihrer Ausbeutung. Ebenso wie das geographische Rußland der Jaren das politische Leben des Reiches nivellierte und russifiziert hat, ebenso verschwand nach außen auch der Unterschied in der wirtschaftlichen Leistung seiner Teile und löste sich im Innern in der Tendenz der rückwärtslosen Ausbeutung der Handlender und der Handwerker zugunsten des großrussischen moskowitzischen Zentrums auf. Daher konnte die Entwicklung der fremdsprachigen und fremdsprachigen russischen Gebiete nur insoweit Platz greifen, als es die russische Raizon d'être zu ließ oder aber kraft des in ihnen wohnenden Entwicklungsstrives trotz russischer Hemmnisse sie sich selbst Geltung verschafften. Zu diesen gehörte in erster Linie das ukrainische Gebiet, dessen wirtschaftliche Entwicklung Gegenstand unserer Betrachtung sein soll.

Das ukrainische Gebiet reicht so weit, als es vom ukrainischen Volksstamm bewohnt ist, und stellt in Rußland ein geschlossenes Siedlungsgebiet von rund 775,000 Quadratkilometer. Bekommt die ukrainische Republik die Grenzen ihrer ethnographischen Ausdehnung, dann entsteht ein Staat von größerem Umfange als die Monarchie, die einen Flächeninhalt von 676,000 Quadratkilometer besitzt. Die Ukraine erbt von dem alten russischen Reich die Vormachtstellung am Schwarzen Meer und die Interessensphäre des ganzen russischen Südens mit den großen Stromgebieten des Dnjepr, Dons und des Dniebr (ukr. Dniro). Ukraine ist das Hinterland der ganzen Nordküste des Schwarzen Meeres, umschließt ganz das Azowische Meer und reicht, unterbrochen

durch eine örtliche sehr enge Zone der dem russischen Volksstamm angehörigen Donkosaken, an die untere Wolga und zupfelförmig an das Kaspische Meer. Westlich schiebt sich die ethnographische Grenze zwischen den Flüssen Weichsel und Bug bis nach Mitteleuropa vor, nördlich bildet das Waldumpfgelände des Poljsje, östlich die kaspische Wüstensteppe die Grenzen der Ukraine, die von mehr als vierzig Millionen Menschen bewohnt wird, darunter mehr als dreißig Millionen Ukrainer.

Das ukrainische Territorium umfaßt in Rußland die Gouvernements^{*)}: Wolhynien, samt benachbarten Teilen von Lublin, Sieblee, Grodno und Minsk, Podolien samt Teilen von Bessarabien, Kiem, Cherson, Tschernihom, Poltawa, Charkow samt den benachbarten Teilen von Kursk, Woronesch und Döngebiet, Jekaterinoslaw, Taurien, Kuban samt benachbarten Teilen von Stawropol, Terel- und Schwarzmeerbistrikt. Das ukrainische Gebiet ist mäßig besiedelt, es entfallen im Durchschnitt 52 Einwohner auf 1 Quadratkilometer, inunterhin doppelt so viel als für das europäische Rußland mit seinen 26 Einwohnern per 1 Quadratkilometer. Am dichtesten bevölkert sind die Gouvernements Kiem und Podolien mit 89 per Quadratkilometer, am dünnsten Taurien mit 31 und Kuban mit 28 Bewohnern per Quadratkilometer.

Ihre große Fruchtbarkeit verbannt die Ukraine dem berühmten „Tschornosom“, der humus-, stickstoff- und phosphatreichen Schwarzerde, die mehr denn drei Viertel der Oberfläche des Landes bedeckt. Nur ein geringer, der nordwestliche Teil des Gebietes liegt im Bereich der minderwertigen russischen Weiberde (Podsolboden) und des polnischen Sandbodens, während der Rest an den Gestaden des Schwarzen und Azowischen Meeres dem gleichfalls sehr fruchtbaren pontischen Steppenboden zugerechnet wird. Es überwiegt in der Ukraine daher das Ackerland, mit einer Anbaufläche von über 45,000,000 Hektar, das ist 58 Prozent der Gesamtfläche. Absolut genommen wird es von keinem europäischen Staate übertroffen, relativ nur von Frankreich, das 56 Prozent Anbaufläche von der Gesamtfläche des Landes besitzt. Der ganze 110,000 Quadratkilometer betragende Rußwäld Ukrainas liegt hauptsächlich im Nordwesten an der Grenze des polnischen und westrussischen Siedlungsbereiches.

Entsprechend der großen Ausdehnung des Ackerlandes ist die Getreideproduktion Ukrainas eine sehr bedeutende und wird trotz der verhältnismäßig noch einfachen Anbaumethoden von keinem europäischen Staate übertroffen. Im Jahre 1910 war der Ernteertrag der zehn ukrainischen Kerngebiete an Weizen, Roggen und Gerste 215 Millionen Meterzentner, und er bewegt sich in neuerer Zeit zwischen den Zahlen 150 und 200 Millionen Meterzentner jährlich. Die erste Stelle unter den Getreidearten nimmt der Weizen mit circa 55 Prozent, die zweite die Gerste mit circa 25 Prozent und die dritte der Roggen mit ungefähr 20 Prozent ein. Daneben steht Hafer mit 30 bis 40 Millionen Tonnen, dann folgt Buchweizen, Hirse und die verschiedenen Bohnenarten — Mais wird nur in Bessarabien, Podolien und Cherson, Flachs in bedeutenden Mengen im Poljsjegebiet und in Jekaterinoslaw gebaut, dagegen ist der Hanf anbau gleichmäßig über das ganze Land verbreitet. Zur Selbsterzeugung dient auch die in der ganzen Ukraine verbreitete Kultur der Sonnenblumen und des Rohns. Diese Pflanzen und auch der Hanf liefern das von der Bevölkerung an Fasttagen benötigte Speiseöl, der Hanf auch die Gespinste, die beide hausindustriell verarbeitet werden, während Flachs auch zur Ausfuhr gelangt. Unter den Industrieerzeugnissen nimmt jedoch die Zuckerrübe den ersten Platz ein. Von der russischen Rübenzuckerproduktion, die in den letzten Jahren vor dem Krieg an 20 Millionen Meterzentner betrug, machte die ukrainische Produktion über 70 Prozent aus, entsprechend einem Zuckerrübenanbau von 100 Millionen Meterzentner bei einer Anbaufläche von rund 500,000 Hektar, hauptsächlich in Kiem, Charkow und Podolien.

Eine wichtige Kultur- und Handelspflanze ist auch der Tabak, der in den Gouvernements Tschernihom, Poltawa, Kuban und Taurien fast 50,000 Hektar Ackerland beansprucht. Rühmendwert wäre auch der Weinbau hervorzuheben an den Gestaden des Azowischen Meeres und in der Krim, außerdem an den Abhängen des Dniprotales und in Bessarabien. Die Weinernte kann infolge des ukrainischen Teiles des Kaukasus auf mehr als eine Million Hektoliter geschätzt werden. Eine geringere Bedeutung kommt in der Ukraine dem Kartoffelanbau zu, ebenso werden Futterpflanzen nur in geringen Mengen angebaut; die ausgedehnten Steppen mit ihrem üppigen Graswuchs haben bei der gleichfalls noch primitiv be-

triebenen Weidenzucht die Notwendigkeit der Futterpflanzen noch nicht erwiesen.

Trotzdem ist die Viehzucht in der Ukraine sehr stark entwickelt. Man schätzt ungefähr 20 Millionen Stück Großvieh, das sind Pferde, Hornvieh, Schafe und Schweine, manche Gegenden, besonders die südlichen Steppengebiete, weisen direkt enorme Verhältniszahlen an Haustieren aller Art auf. Bemerkenswert ist die ukrainische Pferderasse, die unter anderem die Linien, aber starken Kosakenpferde der russischen Armee geliefert hat, und die besonders Pelzschaffrasen in der Krim. Der Merkwürdigkeit halber sei erwähnt, daß in den südlichen Steppen Kamele gezogen werden und Büffel in Bessarabien. Einen großen Platz in der bäuerlichen Hauswirtschaft nimmt die Geflügelzucht ein, ähnlich wie in Galizien und der Bukowina, jedoch in entsprechend größerem Maßstabe, wurden doch im Jahre 1905 über 600,000 Meterzentner Eier aus den ukrainischen Gebieten ausgeführt, davon 90 Prozent über die Grenze. (Ein Schlußartikel folgt.)

^{*)} Ukraine, Land und Volk von Dr. St. Rudnycki, Wien 1916.

Versorgungssorgen

Die Brotration — Landwirtschaftliche Arbeitskräfte —
Der freie Arbeitsmarkt und seine Rückwirkung —
Milch- und Fleischpreise — Bäuerliche Kniffe —
Gemeinwerk und Gemeinfinn

Eine amtliche Mitteilung hat letzter Tage Aufschluß gegeben über den Zustand und die Aussichten unserer überseeischen Getreidezufuhren. Die Lage ist so, daß eine Tages-Brotration von 225 Gramm für den Monat März nur festgehalten werden kann unter teilweiser Verwendung der Reis- und Maisvorräte zur Streckung des Brotgetreides; Maisarten werden nur noch in den Gebirgsantonen (Bern ausgenommen) ausgestellt. Der Mais hat nicht die Verwendung für die menschliche Nahrung gefunden, deren er fähig ist, weil immer noch manche Hausfrauen die schmackhafte Zubereitung nicht verstehen, darum sind die Maisarten vielfach den Haustieren zugut gekommen, nicht nur den Hühnern, sondern auch den Hunden. So ist ja wohl anzunehmen, daß die Beimischung zum Brotmehl eine bessere Ausnützung der Nährwerte des Mais erzielen wird. Aber für manche Familien, besonders in den Städten, ist die Streckung der Maisgerichte vom Küchenzettel doch ein sehr empfindlicher Eingriff. Zu hoffen ist, daß die Klagen aus Berggegenden, die wesentlich an Milchnahrung gewöhnten Leute wüßten kaum, was sie mit ihren Reis- und Maisrationen anstellen sollen, verschwinden!

Die größte Sorge gibt das Brot. Ohne weitere Zufuhren würden wir vom Frühsommer bis zur Verwertung der nächsten Ernte in Not und schwerste Verlegenheit geraten, und darüber hinaus sind wir gezwungen, alles zu tun, um durch Förderung des Landbaues die Klemme zu lockern, in die unsere Volksernährung unweigerlich immer tiefer hineingetrieben wird.

Daß die erst noch zu entsumpfenden Gebiete für den Getreidebau dieses Jahres in Betracht fallen, wird wohl niemand geglaubt haben. (Und war auch nie im „Bund“ zu lesen. Ebenso bekannt ist, daß unser Eintreten für die Vermehrung des Ackerbaues ohne behördliche „Inspiration“ eingeseht hat, lang bevor im Bundeshaus Maßnahmen nach dieser Richtung getroffen wurden. Dies sei in Erinnerung gerufen, um im Vorübergehen ein paar Grimmsche Verdrehungen gradzustellen.) Natürlich sind wir aber für die nächsten paar Jahre erst recht nicht gesichert, wenn wir nur an den Boden denken, der unmitteibar anbaufähig ist. So weit über seine Nase hinaussehen dürfte doch selbst ein sozialistischer Allerweltschulmeister.

Zudem ist die Frage der Arbeitskräfte für den Anbau von 1918 noch lange nicht gelöst. Es war ja leicht genug, am 3. September 1917 einen Mehranbau von Wintergetreide von 50,000 Hektaren zu dekretieren. Nehmen wir an, daß die Landwirtschaft diese Leistung mit eigenen Kräften aufgebracht hat, so bleibt doch immer noch die Frage offen, ob der am 17. Dez. 1917 verfügte Mehranbau von 12,000 Hektaren Kartoffeln ohne Rückführung eines Teils der massenhaft in die lohnendere Industrie desertierten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte möglich ist; mit dem Mehranbau ist noch nicht alles getan; die Kartoffelkulturen müssen bellantlich auch gepflegt werden, und schließlich gibt die Ernte und das Dreschen des Getreides mehr Arbeit als mancher anzunehmen scheint, dem es ein Leichtes ist, mit hohlen Phrasen leeres Stroh zu klopfen. Die Folgen des Hintertreibens einer großangelegten Rekrutierung von landwirtschaftlichen Hilfskräften mag sich nun jeder im Stillen selbst überlegen, und namentlich jeder, dem es rein unmöglich ist, selber etwas anzubauen. Es brauchte da nur noch das Auftreten der Münzenberger, der Refraktäre und Deserteur und ihrer Schirmherren, um die ohnehin durch mancherlei ungewohnte Vorschriften „ertäubten“ Bauern so recht anzufeuern, daß sie 16 statt 8 Stunden arbeiten, um über ihren eigenen Bedarf hinaus Nahrung zu schaffen und in die Städte zu bringen, als Gegengabe für das ihnen in der roten Presse entgegengebrachte Verständnis...

Offenkundig ist, und es braucht schon ein ungewöhnliches Maß von Verstocktheit, es abzuleugnen zu wollen, daß die Versteifung der Sozialdemokratie auf das freie Spiel von Angebot und Nachfrage des Arbeitsmarktes entsprechende Wünsche in der Landwirtschaft außerordentlich gestärkt hat. Wie weit auch das Abflauen der industriellen Hochsaison den Markt der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte beleben mag, immer bleibt doch das Bestreben der Bauern, ihr Arbeitserzeugnis den natürlichen preisbildenden Faktoren zu unterstellen, gehemmt durch eine Menge von Vorschriften, die den Landbau fast zur Zwangsarbeit und seinen Ertrag mehr

oder weniger zu einer reglementsmäßigen Besoldung stempeln. (Womit wir nicht sagen möchten, die Fixbesoldeten, die „am Schatten werfen“ seien besser dran als die Bauern — das ist wieder eine Dummheit, die man gelegentlich von der andern Seite hören konnte.)

Diese ganze Fesselung der landwirtschaftlichen Produktion ist unumgänglich gewesen, und wer die Stimme für „eine Art zeitlichen Flurzwangs“ erhob, zu einer Zeit, als die Behörden davon noch nichts wissen wollten, der muß jetzt erst recht darauf bestehen, aller Erbitterung aus landwirtschaftlichen Kreisen zum Trotz. (Ein thurgauischer Landpfarrer schickt uns ein „Stimmungsbild“, das grau in grau malt, und man sieht wieder, was in solcher Verdroffenheit alles geglaubt wird, wenn es nur gegen die Behörden geht. Und da wagen sozialdemokratische Blätter über „bestenfallsen Groll“ zu spotten.)

Wie jeden Frühling, so kommt auch jetzt wieder die Diskussion über die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, eine Diskussion, die durch das Vorangegangene eine bisher nicht gesehene Lebhaftigkeit erhalten könnte. Leider sind verschiedene Publikationen der letzten Zeit dazu angetan, dem Bestreben nach Aufklärung der Lage ein Bein zu stellen. Da wird in einem von der deutschschweizerischen in die welsche Presse übergegangenen Artikel frischweg behauptet, die Fleischpreise seien durch die letzten Herbst angeordneten großen Abschladungen zur Anlage von Fleischreserven künstlich hoch gehalten worden, und nun wolle man den Milchpreis diesem hochgehaltenen Fleischpreis anpassen, statt umgekehrt den Fleischpreis zu erniedrigen. Solchen Darstellungen gegenüber muß daran erinnert werden, daß mit der Anlage von Fleischreserven die Fleischversorgung, damit auch ein erträglicher Fleischpreis für das Frühjahr, sicher gestellt werden sollte und daß gleichzeitig der Fleischpreis um 60 bis 80 Rappen heruntergesetzt worden ist. Das Abschladeten wurde angeordnet, angesichts der allgemeinen Uebersehung der Ställe bei Futternot, und ausgeführt hat die Schweiz viel weniger Vieh, als die Bauern erwarteten und als man nach den internationalen Abmachungen hätte ausführen dürfen. Alles der Versorgung zuliebe. Warum das vergessen?

In der Bestimmung des Milchpreises ist natürlich zu berücksichtigen, daß die Kraftfuttermittel außerordentlich selten geworden und zum Beispiel die Velsuchen von 20 auf 60 Fr. gestiegen sind, dazu kommt die allgemeine Verteuerung, die den Bauer auch als Konsumenten trifft. Eine Zusage für eine bestimmte Preiserhöhung ist entgegen der Darstellung des „Volksrecht“ von amtlicher Seite den landwirtschaftlichen Verbänden, wie man uns versichert, nicht gemacht worden; nächste Woche sollen die Verhandlungen über diesen Punkt beginnen, und es wird sich zeigen, wieviel von der zu gewärtigenden Erhöhung die Eidgenossenschaft übernehmen kann; möglicherweise wird auch der Fleischpreis einen Ruck nach oben machen, obschon das, was in dieser Beziehung jüngst in einer Versammlung gesagt wurde, doch noch einmal überlegt werden dürfte.

Verschärft wird durch diese Entwicklung noch einmal die Notwendigkeit des sozialen Ausgleichs durch staatliche Finanzmaßnahmen; darüber kommt keiner mehr hinweg. Deshalb stellt sich die eidgenössische Steuerfrage nach und nach in ein anderes Licht. Das „Journal de Genève“ möge uns recht verstehen!

Der Milchpreis ist bekanntlich festgelegt bis 30. April. Es bedurfte letztes Jahr der größten Anstrengungen, um die weitergehenden Ansprüche auf 2 Rp. per Liter zu ermäßigen und die Verteuerung den Konsumenten abzunehmen und auf die Schultern des Bundes zu laden. Gleichzeitig wurde in weitestgehendem Maße das Käsen untersagt, um das nötige Milchquantum zu sichern. Nun werden manche Genossenschaften einen (einstweilen nicht viel Erfolg verheißenden) Anlauf nehmen, um wieder zum Käsen übergehen und so eine lohnendere Verwertung der Milch zu erreichen. Ein Mißverhältnis ist zweifellos da, wenn man sieht, daß Butter billiger ist als Schmieröl und Lederfett, und es soll nicht an Versuchen gefehlt haben, Butter zu denaturalisieren, um sie der Industrie zu verkaufen. Metzger vom Lande wissen zu berichten, daß es gewissenorts zugehe, wie vor hundert Jahren, als man die Milch den Schweinen gab. Gegen solche Vorkommnisse sucht man sich nach Kräften mit Bußen, neuestens auch mit der Veröffentlichung der Namen der Fehlbaren zu wehren. Aber es wird zweifellos innerhalb und außerhalb der Stadtmauern gesündigt. Keine Vorschrift, die nicht so oder anders umgangen werden kann, wenn das nötige Maß von bösem

Willen ist da. Auch gegen die Bestimmung, daß nur Kartoffeln von bestimmter Größe verfüttert werden dürfen, gab es Mitteln, und man berichtet uns, ohne die Namen nennen zu wollen, von einem, der Kartoffeln in ein Runkelrübenloch verstedt, von einem andern, der den Kartoffelpflug zu hoch gerichtet habe, um die Knollen bei der Ernte zu zerschneiden, von einem dritten, der den Kornspeicher abdeckte, um den allzulange nicht abgenommenen Weizen auswaschen zu lassen, so daß die Frucht schließlich nicht einmal mehr mahlfähig war. Was Jama und was Wirklichkeit ist, kann man an solchen Gerüchten leider nicht untersuchen.

Das aber ist sicher, daß ein Blick über die Grenze und die wirtschaftlichen Zustände in Kriegsländern überhaupt jedem den Wunsch nach mehr gegenseitigem Verständnis zwischen Stadt und Land nahelegen muß, weil wir schließlich alle auf einander angewiesen sind und bleiben werden. Kein wirtschaftlicher Stand ist so stark, daß er die absolute Herrschaft in der Schweiz an sich reißen könnte, und wir sind angesichts der alle gleichmäßig bedrohenden äußeren Unsicherheit auch dann nicht zu stark, wenn wir die Kräfte zusammenspannen, statt sie immer mehr gegen einander zu richten.

Das alte Bern hat im 17. Jahrhundert seine Schanzen im Gemeinwerk aufgebaut, zu dem alles Hand anlegte, jung und alt, arm und reich. Die Not und besonders die Gefahr ist so, daß sie uns das große eidgenössische Gemeinwerk hätte lehren müssen. Aber es fehlte immer noch am nötigen Gemeinfinn. Der Streit um die Gewinnung der landwirtschaftlichen Hilfskräfte hat das deutlich gezeigt. Und deshalb wachsen die Versorgungssorgen mehr als eigentlich nötig wäre.

Wechsel in der Leitung des Ernährungsamtes!

Die schweren Gebrechen unseres Ernährungsdienstes haben wir wiederholt untersucht. Eben sind es drei Jahre, seitdem in Deutschland der staatliche Getreidedienst eingerichtet worden ist, und seit diesen drei Jahren sind wir mit jeder Maßregel jedesmal die gerade entscheidenden Wochen und Monate zurückgeblieben und am Ende doch nur mit Halbheiten ägernd gefolgt. Wir haben die Vorräte erst erhoben, nachdem sie zur Hälfte verschleppt, die Weite gebunden, nachdem sie eine unerschwingliche Höhe erreicht hatten. Wir haben uns zweieinhalb Kriegsjahre ohne Organisation des Ernährungsdienstes fortgesetzt und erst mitten im dritten Kriegsjahr ein Ernährungsamt errichtet, und dann erst die Halbheit eines Amtes, ein Ministerium ohne die Rechte eines solchen, ein Hilfsamt mit einem Minister an der Spitze. Wir haben dieses Amt einem Ministerratspräsidium unterstellt, das seine Leitung dreimal in einem Jahre wechselte, das es zu widerprechenden Experimenten zwang, das es zugleich bei jedem ersten Schuß im Stiche ließ und seine selbstverständlichen Maßregeln jeder Zweifelsucht, jeder gehässigen Kritik preisgab. An die Spitze des Amtes stellte man nicht den ersten Volkswirt des Reiches, sondern zunächst einen ausgezeichneten Steuerbürokraten — als ob es sich bloß um Vorratseinkreibung handelte — und dann einen jungen, ungemein arbeitstüchtigen, im Massenverpflegungsdienst von der Truppe her sehr erfahrenen, zu rascher Disposition befähigten General und überließ dabei, daß der Ernährungsdienst tief in die zivile Verwaltung eingreift und politische Erfahrungen voraussetzt. Nach Koervers Plan sollte gerade diese Seite des Dienstes der Ministerpräsident selbst besorgen — seine Nachfolger pfuschten in die Fleisch- und Kartoffelversorgung hinein und überließen es dem General, sich mit den Statthaltereien und Bezirkshauptleuten, mit den Ungarn, mit den politischen Parteien und wirtschaftlichen Klassen herumzuschlagen, das alles in den kostbaren Stunden, wo die Vorrats- und Verteilungsdisposition im Amte auf ihn wartete! So haben wir denn in den dreieinhalb Kriegsjahren ein wirkliches Meisterstück österreichischer Verwaltungsorganisation geleistet, so genossen wir heute die Früchte solcher Organisationskunst! Es wäre wahrhaftig nicht zu wundern, wenn Döfer, das hervorsteckendste Opfer dieser Kunst, als junger, lebensfrischer Mann, in einem Jahre die Kraft seiner Nerven und seines Herzens tatsächlich aufgebraucht hätte, wie jetzt gemeldet wird.

So erstand das Ernährungsamt in seiner äußeren Stellung und Wirkungssphäre. Trotz dieser gehäuften Verläumdungen, trotz der verspäteten Gründung des Amtes, trotz seiner halbgeschlächtigen Machtbefugnisse, trotz des ständigen passiven, teilweise auch aktiven Widerstandes des Ackerbau- und des Handelsministeriums, trotz der beharrlichen Eigengängerei der meisten Statthaltereien und selbst der Bezirkshauptleute, trotz der offenen Auflehnung der ästhetischen Gemeindevormaltungen hat der Minister Döfer binnen zwölf Monaten ein Amt improvisiert, das heute eine unabsehbare Menge von Geschäften bearbeitet und in einer für die Bevölkerung heilagswert langsamen, aber im Vergleich zu allen anderen Hemtern ganz unerhört raschen Weise auch erledigt. Insofern war des Leiters militärische Erziehung, seine Schulung im Felde und der Zwang zur Improvisation für das Amt ein Vorteil. Mitgeholfen hat der Umstand, daß eine Zahl sachlich hochqualifizierter Beamter aus dem Handelsamt und den wirtschaftlichen Ministerien übernommen wurde — das sonstige Personal mußte wahllos zusammengerafft werden, wo und wie der Militär- und der Zivildienst, hier und da auch bürokratische Gunst oder Ungunst jemanden freimachte. Unter schweren bürokratischen Reibungen arbeitete man sich allmählich zusammen.

Klugheit, Takt und Güte des Leiters halfen die Reibungen überwinden und so ist das Amt in seinem inneren Aufbau in Ansehung der zwölf Monate, die es besteht, eine anerkanntswerte, bei österreichischen Verhältnissen sogar erstaunliche Schöpfung. An ihr hat Döfer seinen verdienstvollen Anteil.

Aber wer hat heute die gerecht abwägende Mühe, solche Verdienste anzuerkennen? Die Mühle ist fertig just zu der Zeit, wo das Mahlgut ausgeht — das Amt befriedigt niemanden, die Mühle klappert, aber sie gibt kein Mehl! Es erweckt den Anschein, als ob man das unruhig gewordene Volk damit besänftigen möchte, daß man den Obermüller wechselt. Derlei Versuche werden bei niemandem versagen, werden niemanden über die wahre Ursache des Übels hinwegtäuschen, zum mindesten die Arbeiterschaft nicht. Sie weiß zu genau, warum der Ernährungsdienst beim besten Willen das nicht leisten kann, was trotz des Mangels noch zu leisten wäre. Es ist der absolut gefesselte Sinn unserer besitzenden Klassen, der aus der bestgemeinten Anordnung den reinen Kinderpott macht; es ist die soziale Einsichtslosigkeit der oberen Schichten, die den Zwang zu eigenen Entbehrungen aus Rücksicht auf die unteren Volksklassen nicht begreifen, die über jede Zumutung, in den Restaurants nicht jede beliebige Fleischmenge zu jeder Zeit genießen zu können, entrüstet sind, weil es ihnen gleichgültig ist, daß die große Heberzahl wochenlang überhaupt keinen Bissen Fleisch sieht. Es ist die mangelnde Opferbereitschaft in allen Volksschichten, es ist die nie gebändigte Selbstsucht der Erzeuger und der Händler, die ziellose Erwerbglut der Kriegsgewinner aller Grade, es ist die eingeborne Anarchie der bürgerlichen Produktionsweise selbst, die jeder Regelung widerstrebt und im Interesse des Geldsacks nach der Freiheit des Handels schreit, die zur Stunde für die Massen nichts wäre als die Freiheit, zu verhungern. Diese Umstände fangen an, jeden Ernährungsdienst überhaupt illusorisch zu machen, gerade jetzt, wo die höchste Not hier die höchste Opferbereitschaft, dort die höchste Tatkraft erfordern würde. Diese Umstände finden ihren Ausdruck in den Cnerstreibern der Agrarier, der Zünftler und der Kapitalmagnaten gegen Döfer; und darum glauben wir nicht daran, daß ihn geschwächte Gesundheit allein zur Niederlegung des Amtes veranlaßt: parlamentarische und militärische Zettelleien spielen gewiß mit.

An sich könnten uns die Vorgänge in irgend einem der Staatsämter gleichgültig lassen und am allerwenigsten haben wir für Personalfragen Abzig. Die Arbeiterklasse hat zumal gegen Döfer den ersten Vorwurf, daß er gegenüber den Ansprüchen der Industriellen und der Agrarier viel zu nachgiebig war und alle Maßregeln der Aufbringung wie der Verteilung durch zu viel Entgegenkommen an Agrarier und Zünftler minder wirksam machte. Tragisch für den Mann, daß er durch jene fällt, die er allzusehr verwöhnt hat! Ein tatkräftiger Ernährungsminister wäre uns zu anderen Zeiten erwünscht gewesen. Heute handelt es sich um Personalfragen überhaupt nicht mehr. Wir halten an einem Punkte, wo jeder Wechsel an sich unmittelbare Gefahr bedeutet. In der Sekunde, wo der Kahn schon an die Klippe reicht, kann auch der schlechte Steuermann nicht erlöst werden. Der Ernährungsdienst ist dermaßen verwickelt geworden, ist dermaßen verflochten mit unserer gesamten inneren Verwaltung, mit Gemeinde, Bezirk, Land, mit allen anderen Verwaltungszweigen, mit den tausendfachen Verästelungen unserer gesamten Volkswirtschaft, daß sich ein neuer Mann in Monaten nicht einarbeitet und inzwischen dem Amte die empfindlichsten Störungen verursachen muß. Wir könnten uns zur Not vorstellen, daß das Amt selbst einen Nachfolger stellt oder daß ein tüchtiger, selbst mitarbeitender Landeschef, der die Einzelheiten des Ernährungsdienstes wenigstens aus der Durchführung kennt, halbwegs zutun könnte — aber ihm fehlt der Ueberblick über die Beziehungen zu Ungarn, zu den Verbündeten, zu den Zentralen, zu den wirtschaftlichen Ministerien. Die Fachreferenten sind an das Haus gebunden, sie können nicht als Souffleure mitgehen, wie das bei den landesüblichen Ministern ausreicht. Nicht als ungebetene Anwälte des Staates, sondern mit Rücksicht auf die gefährdeten Interessen der Millionen, die heute leider nichts zu essen haben, als was ihnen die staatliche Bewirtschaftung zuführt, sehen wir uns gezwungen, auf das allerentschiedenste vor Experimenten zu warnen. Wir warnen davon, der inneren Verwaltung ganz fremd gegenüberstehende, mit den Tatsachen des Hinterlandes jetzt ganz unvertraute Militärs oder irgend welche im Amtschimmel ergraute Bürokraten oder etwa gar parlamentarische Streber zu Versuchen zu ermutigen, die der Volksgesamtheit zum Verhängnis werden könnten. Es ist jetzt durchaus nicht die Zeit zu Carrieren, zu Intriguen und derlei Dingen. Wir unsererseits haben mit dieser Warnung unserer Verantwortung Genüge getan; mehr liegt nicht in unserer Pflicht.

Sonntag, 24. Februar
1918

zu lösen, wenn nicht große und gleichwertige Kommunalverbände seinen Unterbau bilden. Je mehr Vorstädte sich aber von den Kreisen lösen werden, desto größer wird die Zersplitterung innerhalb Groß-Berlins, desto schwieriger wird die Gesamtverwaltung.

Es wird immer wieder betont, daß die Kreise die Entwicklung der Vorstadtgemeinden gehemmt haben und hemmen. Dies ist durchaus unrichtig. Wer die Entwicklungsgeschichte nicht nur der einzelnen Kreisgemeinden, sondern auch einzelner früher kreisangehörigen Kernstädte kennt, weiß, daß diese Gemeinwesen im Gegenteil den Kreisen vieles zu danken haben. Gewiß ist das gewaltige Tempo ihrer Entwicklung von dem Tempo der Entwicklung Berlins zur Weltstadt diktiert worden. Aber es gab Zeiten, in denen die Kreise die Forderungen der Zeit besser begriffen als manche Gemeinde, die erst zu ihrem Glücke gezwungen werden mußte.

Wenn die Vorstadtgemeinden aus den Kreisen sich ablösen, so treiben sie Kirchturnpolitik. Jetzt spielen sie Hauptrollen. Treten sie ab und in den Ring der Kernstädte ein, so werden sie trotz aller Selbständigkeit Statisten und mehr oder minder wehrlos dem Wind ausgeliefert, der aus den kleinberlinischen Weiterrücken bläst.

Hauswirtschaftliche Plaudereien.

Von Luise Holte.

Die „Rundschau“-Gemeinde, unter der man in Friedenszeiten wohl nur die männlichen Leser verstand, in sie müssen wir in diesen Kriegsjahren auch die Leserinnen einbeziehen; ihnen auch ist die „Tägliche Rundschau“ unentbehrlich geworden, sie fühlen sich auch untereinander wesenverwandt und suchen sich gegenseitig zu helfen, wo es angeht. So hat sich zuerst zwischen den Hausfrauen und mir ein enges, freundschaftliches Band geknüpft, das wohl einzig dasteht. Allmählich kamen auch Hausväter dazu, die mir ihr Herz ausschütten und um Rat baten; einzeln erst, jetzt aber schon öfter. Fliegen freundliche Briefe von Feldgrauen mir ins Haus, die mir stets so besondere Freude machen — Herrn Hauptmann D's Brief werde ich mir sogar aufheben — und endlich fangen nun die Leserinnen an, mich zum Sprachrohr zu wählen und ihren, ebenso wie sie, hart mit den fargen Mitteln kämpfenden Mitbewertern durch ihre gemachten Erfahrungen zu helfen. Und herzlich gern gebe ich diese Leserinnenmitteilungen wieder, wenn ich sie praktisch erprobt oder sonstwie nachahmenswert finde.

So will ich heute denn auch der jungen Pfarrfrau mitteilen, daß ein Fräulein Apothekerin schreibt, daß sie Wasserglas noch ein zweites Mal zum Einlegen der Eier verwandt habe, und daß dies möglich sei — wenn das Wasserglas noch laugig schmecke; diesen Laugengeschmack stellt man fest, wenn man eine Kleinigkeit Wasserglas entweder mit der Zunge prüft, oder wenn man ein Stückchen rotes Lackmuspapier, das in Apotheken erhältlich ist, hineinhält und dieses sofort geläut wird. Ich selbst habe einen chemischen Sachverständigen befragt, der mir sagte, daß es immerhin ausnahmsweise möglich sein könnte, daß das Wasserglas seine frischerhaltenden Eigenschaften bewahrt habe, daß aber nach längerer Zeit — und meist ruhen die Eier doch ein Jahr im Wasserglas — die Kohlenäure des Wasserglases sich in Kieselsäure verwandelt und dann keine Möglichkeit mehr bestände, Eier darin frisch zu erhalten. Im großen und ganzen muß ich also doch wohl meine Warnung gegen zweimaliges Verwenden des Wasserglases aufrechterhalten.

Dasselbe gilt, und hier ganz besonders eindringlich, vom sauer gewordenen sterilisierten Gemüse, von dessen Verwendung mir mehrere Leserinnen förmlich triumphierend berichten: daß sie es gewässert — Nährwert danach also minimal! — und dann mit Genuß (?) und unbeschadet ihrer Gesundheit genossen haben. Fräulein Apothekerin meint dazu, daß es meist gutartige Bakterien beim Sauerwerden der Gemüse sind, ganz im Gegensatz zu Fleisch, das starke Eiweißgiftstoffe beim Verändern, Sauerwerden oder sonstigem Verderben entwickelt, so daß man die Gemüse genießen kann. Ich sage trotzdem nein, und dreimal nein, und denke dabei an die verhängnisvolle Wirkung, die vor Jahren einmal der Genuß solcher Bohnen in einer süddeutschen Kochschule hervorgerufen hat. Mag sein, daß zweimal der immerhin doch zweifelhafteste Genuß keine schädlichen Folgen zeitigt, daß aber das dritte mal eine böartige Wirkung eintritt; denn welche Hausfrau vermag zu entscheiden, ob es sich um gutartige oder stark giftige Bakterien handelt. Ich erkläre die Verwendung von sauer gewordenem Gemüse für eine falsche Hausfrauenparasamkeit, die böse Folgen haben kann, und rate nach wie vor, wegwerfen jedes irgendwie verdorbene Lebensmittel, Hunger ist immer noch gesünder, als ihr Genuß! Nichts für ungut, liebwerte Apothekerin und ihr anderen drei verehrten Hausfrauen.

Für das bittergewordene Hafermehl, über dessen Verwendung ich in meiner vorletzten Plauderei Rat erteilte, gibt eine westfälische Hausfrau aus Sundwig noch eine erprobte Vorschrift, die ich den „Rundschau“-Leserinnen nicht vorenthalten möchte. Das Hafermehl wird am Abend vor dem Gebrauch mit kaltem Wasser bedeckt, dieses am folgenden Morgen vorsichtig abgegossen, frisches Wasser aufgefällt, damit das Hafermehl einmal aufgekocht. Hat das Hafermehl sich zu Boden gesetzt, gießt man auch dieses Wasser wieder sorgfältig ab, und füllt nun eine Gemüsebrühe, die aus getrockneten Erbsen- und Spargelschalen, Porree

Wasser, es erhält dadurch ein glänzendes Aussehen. Man kann das Brot auch vor dem Backen mit Anis noch bestreuen, an Stelle von Anis auch Kimmel nehmen. Das gesottene Brot ist vorzüglich, es soll besonders magenschwachen Leuten gut bekommen, ich kann zu einem Versuch jedenfalls raten.

Ja, das ist nicht mit drei Worten zu sagen, liebes Dottorsfrauchen, wie es kommt, daß Ihre Kuchen eigentlich nie geraten, dafür kann es mancherlei Gründe geben. Wenn der Kuchen kreisig wurde, ist er entweder angerührt während des Backens, das verträgt kein Kuchen, da alsdann die Luftbläschen im Teig zusammenfallen, oder er ist zu früh und zu rasch aus dem Ofen genommen, auch dann sinkt der Teig plötzlich erschreckt zusammen, endlich aber kann auch zu starke Ofenhitze die Schuld tragen. In diesem Falle steigt die Teigmasse nicht langsam, wie es ordnungsgemäß sein soll, sondern die äußere Schicht erhärtet zu rasch, so daß sich die innere Teigmasse nicht mehr ausdehnen kann und daher fest bleibt. Man soll den zu backenden Kuchen nie direkt auf die heiße Backplatte, sondern stets auf einen Rost oder Dreifuß stellen, dann wird man ein gleichmäßigeres Backen erzielen. Wenn der Kuchen nicht gut genug aufgegangen ist, so kann außer schlechter Triebkraft des Hebemittels — leider taugen viele der käuflichen Backpulver rein garnichts und geben außerdem dem Kuchen noch einen fatalen Belgeschmack — ebenfalls zu heftige Hitze des Backofens die Schuld sein. Ist der Kuchen ungleich hochgegangen, war auch die Hitze im Backofen nicht gleichmäßig verteilt, der Ofen beim Einstellen des Kochens nicht gleichmäßig durchwärmt oder die Backhitze während der Backzeit durch Nachfeuerung unterbrochen. Das Nachheizen soll beim Backen tunlichst vermieden werden, man erzielt dabei auch zu leicht zu starke Unterhitze, so daß der Kuchen zu dunkel wird. Man tut gut, stets bevor man seinen Backofen genau kennt, dessen Hitze vor dem Einschleusen des Kochens zu prüfen, indem man ein Stück weißes Papier in den Ofen legt. Wird es nach einigen Minuten gelb, so ist der Ofen mittelheiß, wird es bräunlich, ist er sehr heiß und nur für Brot, Kartoffelbackwerk, das viel Hitze gebraucht, und für größeres Hefengebäck zu gebrauchen. Die junge Hausfrau muß nun nach diesen Fingerzeigen selbst herausfinden, wo bei ihren Backkünsten der Fehler gelegen hat.

Ich kann Ihre Sorgen wohl begreifen, Frau A. in Gästrow, daß Sie bei der unregelmäßigen Heimkunft Ihres Ehemannes nicht wissen, wie Sie die gekochten Kartoffeln gut und warm halten sollen, die dem Gatten niemals recht munden, wenn sie stehen müssen und Ihnen oft ein unwirksames Wort eintragen. Wie Ihnen dürfte es mancher Hausfrau gehen, und ich hoffe Ihnen mit dem kleinen folgenden Hinweis aus Ihren Nöten helfen zu können. Man deckt die abgegossenen Kartoffeln, die man aber nicht abdampfen und mehlig schütteln soll, sofort mit einem bereitliegenden kleinen Tuch zu und den Deckel recht fest darauf und stellt sie heiß, entweder in eine Wärmeröhre, in die Kochflöte oder auf eine heiße Stelle der Herdplatte. So können sie unbeschadet längere Zeit stehen, sie werden dann, wenn der Ehemann kommt, rasch trocken abgedämpft und geschüttelt und haben dann Aussehen und Geschmack frisch gekochter Kartoffeln. Welch frohe Ueberraschung für den Hausherrn!

Und nun zum Schluß den verschiedenen Blittstellern — Fragesteller kann ich sie wohl nicht gut nennen —, die von mir dringend unter Nachnahme mein Kriegs Kochbuch erbitten, weil sie es nicht aufstreifen können, die Nachricht, daß ich es auch nicht kann. Es ist zurzeit im Buchhandel vergriffen, die neue Auflage befindet sich aber im Druck. Ich selbst habe noch etwa zehn Stück im Hause, will sie auch gern zuschicken, wenn mir 2,30 M. dafür vorher eingekandt werden.

Preisangleich — Preiswucher.

In den Erörterungen, die sich an die gutachtlichen Aufzeichnungen der zwölf landwirtschaftlichen Hochschulpromessoren geknüpft haben, ist von den verschiedensten Seiten betont worden, daß der Präsident des Kriegs-ernährungsamtes im wesentlichen auf dem Boden der von den Gutachtern vertretenen Anschauungen stehe. Es darf daher wohl angenommen werden, daß Herr v. Batocki gleichfalls die bestehende Preisrelation zwischen vegetabilischen und animalischen Erzeugnissen der Landwirtschaft für unrichtig hält und in ihrer Aufrechterhaltung eine ernstliche Gefährdung unserer weiteren Ernährungsmöglichkeit erblickt. Das Mittel, das vorgeschlagen wird, ist eine Ermäßigung der Schlachtviehpreise für Rinder und Schweine — die für Schafe spielt eine verhältnismäßig nicht sehr große Rolle — bei gleichzeitiger Erhöhung der Preise des der Gefahr der Verfütterung unterliegenden Brotgetreides und der Kartoffel. Dabei wird außerdem, um die bisher bestehenden beträchtlichen Preisunterschiede der verschiedenen Getreidearten zu beseitigen und damit den Anreiz zu einseitiger Bevorzugung des Anbaues der höher bezahlten Gerste und des Hafers, für diese beiden Getreidearten eine Herabsetzung von bisher 300 auf 270 bzw. 260 Mark für angemessen erklärt, um so auch die Getreidepreise im ganzen einander anzugleichen.

Die Ursachen für die Erscheinung einer ungesunden, unsere Ernährung erschwerenden und bis zu einem gewissen Grade gefährdenden Preisrelation sind wiederholt hervorgehoben worden. Man hat noch viel mehr als für Getreide die Preise für Vieh ungehindert steigen lassen, und als man dann sehr spät zur Festsetzung von Höchstpreisen schritt, nicht mehr die Energie und den Mut gehabt, wirklich angemessene Preise festzusetzen. Auf das gefährliche Mißverhältnis zwischen Viehpreisen auf der einen und Getreide- und Kartoffelpreisen auf der anderen Seite ist immer wieder mit starkem Nachdruck hingewiesen und eine Milderung verlangt worden. Die fortschrittliche Volkspartei hat im Reichstag in genau formulierten Vorschlägen auf den Weg zur Abhilfe hingewiesen, und das Professorengutachten steht im Grundgedanken auf dem gleichen Boden, auf dem jene Vorschläge standen. Ueber den Weg freilich, der zu dem angegebenen Ziele führt, gibt es verschiedene Meinungen. Die Professoren und das Kriegs-ernährungsamt befürworten eine bessere Ausgleiche der Preise durch Herabsetzungen auf der einen, Erhöhungen auf der anderen Seite, die verbrauchenden Schichten würden einem Ausgleich der Preise, der ihnen eine Entlastung der sehr schwierig gewordenen Lebenshaltung bringt, den Vorzug geben, und rein agrarische Interessen fordern einseitig die Erhöhung der in der Preisrelation bisher zu kurz gekommenen Preise, aber unter voller Wahrung der zu hoch gewordenen.

In allen Erörterungen ist anerkannt worden, daß es vor allem darauf ankommt, die erforderlichen Mengen Nahrungsmittel überhaupt zu schaffen, und unter diesem Gesichtswinkel hat sich selbst in der sozialdemokratischen Presse — man kann beinahe sagen: überraschenderweise — kaum grundsätzlicher Widerspruch gegen die vorgeschlagene, keineswegs unbeträchtliche Erhöhung des Brotgetreides- und damit des Brotpreises erhoben. Vielleicht daß die Erwägung, um wie viel besser rein gelblich der Teil der Arbeiterschaft, der an der Kriegskonjunktur in Gestalt erhöhter Löhne teilnimmt, gegenwärtig gestellt ist, hier hemmend gewirkt hat. Voraussetzung war und bleibt aber auch für diese stillschweigende Duldung, daß nicht eine einseitige Erhöhung der Preise und damit eine weitere starke Verteuerung der Lebenshaltung im ganzen eintritt. Um wie viel mehr muß dieser Vorbehalt für alle die Schichten gelten, die von der Kriegskonjunktur weder unmittelbar noch mittelbar irgend welchen Nutzen haben, deren Einkommen im Gegenteil infolge der gewaltigen Verteuerung aller Waren gegenüber der Friedenszeit kaum noch die halbe Kaufkraft besitzt. Das sind alle die Festbesoldeten in Staat, Gemeinde und Privatunternehmungen, das ist das Heer der kleinen Gewerbetreibenden und Kaufleute, der Arbeiter, die nicht in der Kriegsindustrie beschäftigt sind, der Alten und Schwachen, die von einer kleinen Rente leben müssen. Es ist die große Schicht des gesamten Mittelstandes, deren Lebens- und Existenzinteresse hier mit auf dem Spiele steht und an der man nicht achlos vorübergehen kann und darf.

Um so abstoßender wirken die Versuche, die angeregte Neugestaltung der Preise für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse rücksichtslos und einseitig in der Richtung weiterer Hinausschraubung des gesamten Preisniveaus zu beeinflussen. Von dieser Seite wird ganz kallidäselnd die vorgeschlagene Erhöhung der Roggen- und Weizenpreise sowie der

Preise für Kartoffeln, Rüben, Milch und wie die Vorschläge im einzelnen alle heißen, als etwas ganz Selbstverständliches und durch die Verhältnisse Gegebenes hingestellt und hingenommen, dagegen eine etwaige Herabsetzung der Viehpreise als der Anfang vom Ende bekämpft. Die „Deutsche Tageszeitung“ meinte mit naiver Selbstverständlichkeit, mit der vorgeschlagenen Erhöhung der Getreidepreise werde „nur die weiter veränderten Erzeugungsbedingungen Rechnung getragen“, wogegen die landwirtschaftlichen Hochschullehrer „in ihren Vorschlägen hinsichtlich der Preisfestsetzung für Vieh und Schweine eine offenbar stark vom einseitigen Verbraucherstandpunkt beeinflusste Stellungnahme“ zeigten. Die Preise für Rindvieh sowohl als auch für Schweine hätten sich auch schon bisher als nicht zu hoch erwiesen, und es sei gar nicht einmal erwiesen, daß ein erhebliches Mißverhältnis zwischen den Preisen für Fleisch und denen für Vegetabilien bestehe. In solcher Konsequenz dieses Gedankenganges müßte die „Deutsche Tageszeitung“ eigentlich auch eine Erhöhung der Viehpreise fordern. Dann erst hätte sie, was sie vom Standpunkt einseitiger Interessenvertretung braucht, und das Spiel unzulässiger Preisrelation mit neuen Nutriabilitäten zur Beeinflussung von Preis und Produktion könnte von neuem beginnen.

Daß die vorgeschlagene Erhöhung der Brotgetreidepreise nur als Ausgleich gedacht ist, nicht aber aus den eigenen Produktionsbedingungen heraus abgeleitet werden kann, darüber ist ein Zweifel nicht möglich, und angelehene Landwirte und landwirtschaftliche Sachverständige haben uns das in diesen Tagen aufs neue bestätigt. Wenn dennoch der Widerspruch gegen eine etwaige Erhöhung der Brotgetreidepreise nirgends so laut ertönt ist, wie er es unter anderen Verhältnissen ganz gewiß geworden wäre, so mag dabei die Einsicht mitsprochen haben, daß kriegswirtschaftliche Fehler, einmal begangen, nicht so leicht wieder gutgemacht werden können und daß die vorgeschlagene Korrektur dazu dienen soll diesen Fehler in seinen gefährlichsten Wirkungen möglichst abzuschwächen. Aber diese Fehler, wie es von den Vertretern rücksichtsloser Spekulation der Kriegskonjunktur beswichtigt wird, noch verstärken durch einseitige Aufpumpung immer neuer Preisanschläge, dazu liegt wahrscheinlich jetzt im dritten Kriegsjahr kein Grund vor, auch dann nicht, wenn die im Preussischen Landtag von verantwortlicher ministerieller Stelle aus, offen und verdeckt, jeder denkbare Vorstoß geleistet wird.

Es ist einfach nicht richtig, daß die vorgeschlagene Verteilung der wöchentlichen Fleischration um 10 bis 15 Bsp. einen Ausgleich der Mehraufwendungen für Brot und Kartoffeln bedeute. Alle die, die heute — trotz keiner Ration — nicht in der Lage sind, Fleisch zu kaufen, werden einseitig belastet zu Gunsten der Verbraucher auch von Fleisch. Und es läuft darauf hinaus, was auch ein so gemäßigtes Wort wie die „München-Augsburger Abendzeitung“ ausspricht, daß die wirtschaftlich Schwächsten die Verteuerung der Fleischpreise in verteuertem Brotpreise mit bezahlen helfen. Auch der Einwand, daß es sich im Ganzen um eine Verteuerung der Ernährung nur in mäßigen Grenzen handle, die daher dem Einzelnen nicht sehr fühlbar werde, ist unrichtig. Es gibt eben Zumutungen an das Maß der geforderten wirtschaftlichen Opfer, denen einfach nicht mehr entsprochen werden kann. Sind die neuen Opfer, die verlangt werden, im Interesse der Gesamtheit nötig, dann müssen sie eben gebracht werden, dann aber auch von der Gesamtheit, d. h. in diesem Falle von den Leistungsfähigen. Dann muß eben die Vermögens- und Einkommenslage des Verbrauchers berücksichtigt und eine Staffelung des Brot- und Kartoffel-, vielleicht auch des Fleischpreises, vorgenommen werden, die der verschiedenen gearteten Lage des Konsumenten Rechnung trägt. Der Mann mit kleinem Einkommen kann auf die Dauer nicht die Preise bezahlen, die der Wohlhabende oder gar der Reiche zu entrichten in der Lage ist. Es muß auch dafür gesorgt werden, daß die Zwischenkosten auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher sich nicht unnötig erhöhen. Die stärkere Heranziehung des freien Handels würde hier vielleicht eher verbilligend als verteuern wirken, ganz abgesehen von sonstigen Vorteilen einer auf das zulässige Mindestmaß notwendigen Einschränkung der Bürokratie im Warenverkehr.

Die Entscheidung über die neuen Preise wird bald fallen. Niemand mißdauert es der Landwirtschaft, die Schweres zu leisten hat, daß sie auch den vollen Lohn ihrer Arbeit finde. Wir alle wollen, daß sie in den Verdienstmöglichkeiten, die sich ihr jetzt bieten, ihr gutes und den besonderen Verhältnissen des Krieges obendrein Rechnung tragendes Auskommen findet. Es kann aber nicht zugegeben werden, daß das Gewinninteresse, das von den Befreuten rücksichtslos geltend-

machung der Produzenteninteressen abermals einseitig in den Vordergrund zu schieben versucht wird, nun auch wirklich triumphiere und über vernünftige Betrachtungen und gewissenhafte Erwägungen den Sieg davontrage. In dreifachen Versuchen, das zu erreichen, fehlt es nicht; mögen diejenigen, die die Verantwortung zu tragen haben, gewappnet sein!

österreichischen Brüdern eins fühlen, und diese müssen, ohne von österreichischen Interessen etwas aufzugeben, unsere besonderen nationalen Bestrebungen verfolgen. Der selbständige ungarische Staat im Rahmen der Monarchie ist nicht gegen die Monarchie, sondern stärkt sie vielmehr.

Ich richte an alle diejenigen, denen das Gelingen des Vaterlandes am Herzen liegt, die Bitte, behilflich zu sein, daß die Beziehungen zu Oesterreich brüderliche seien. Ich muß aber auch an die Völker Oesterreichs die Bitte richten, sie mögen unter Beiseiteschiebung kleinlichen Hasses und von Eifersüchteleien von dem Wohlwollen durchdrungen sein, daß sie nur Hand in Hand mit uns, im gegenseitigen Vertrauen und in gegenseitiger Liebe zueinander, den Interessen der Monarchie dienen können. Wir müssen im gegenseitigen Einverständnis in unsern Beziehungen zu dem großen verbündeten Deutschen Reich dastehen. Wir dürfen nicht verschiedene Wege gehen und auf Oesterreichs Kosten uns Vorteile zu sichern trachten oder umgekehrt. Dies wäre keine Politik im Interesse der Monarchie. Nach außen hin gegenüber Dritten müssen wir unter strenger Wahrung unsrer staatlichen Selbständigkeit die Monarchie stärken und mit dem Deutschen Reich solche Beziehungen anknüpfen, die sowohl in politischer wie wirtschaftlicher Hinsicht dem Bündnisverhältnisse entsprechen. Es ist die Frage viel erörtert worden, ob eine Annäherung an das Deutsche Reich auf wirtschaftlichem Gebiete nicht unsere wirtschaftlichen Interessen schädigen werde. Ich kann mir ein Verhältnis, das ungarische Interessen aufgeben würde, nicht vorstellen. Es gibt zwischen Oesterreich, dem Deutschen Reich und Ungarn noch ein auf nationaler Basis beruhendes Band, und zwar die Verteidigung gegen die Strömung, die eine zweite Ursache des Krieges war, nämlich die Hegemonie des slavischen Stammes.

Der Minister sprach sodann von den Beziehungen zu den Balkanvölkern und erklärte, daß nach dem Kriege trotz der Erfahrungen der Vergangenheit uns nicht die Politik der Rache leiten werde.

Schließlich erbat der Minister das Vertrauen der Wählerschaft gegenüber der Regierung.

Die Rede des Ministers wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Wiener Angelegenheiten.

Wiener Gemeinderat.

Die gestrige Sitzung des Gemeinderates dauerte bis in die Nachstunden. Bürgermeister Dr. Weiskirchner schloßerte in großangelegter Rede die Mehlerverorgung Wiens und nahm im Verlaufe seiner Ausführungen Gelegenheit, auf das entscheidendste dagegen Stellung zu nehmen, daß das Amt für Volksernährung durch die Unterstellung unter das Ministerratspräsidium zu einer untergeordneten Bedeutung gelange, während die Gemeinde Wien wiederholt im Interesse der konsumierenden Bevölkerung die Umwandlung des Volksernährungsamtes in ein mit allen Vollmachten ausgestattetetes Ministerium gefordert habe. Dieselbe Forderung stellten auch der Obmann des Fortschrittlichen Parteiverbandes Stadtrat Dr. Hein und Blausbergermeister Doh.

Der Bürgermeister über die Mehlerverorgung Wiens.

Bürgermeister Weiskirchner bringt folgenden zur Kenntnis: Sowohl Stadtrat als auch Obmannkonferenz erkannten bereits im November des Vorjahres die Gefahr einer Kürzung der Ration an Brot und Mehl und haben die Regierung rechtzeitig auf diese Erscheinung aufmerksam gemacht. Bereits in den Jahren 1915 und 1916 wurde immer wieder die Forderung erhoben, daß der Gemeinde ein eiserner Vorrat zur Verfügung gestellt werde.

Nun brohe in der vergangenen Woche allerdings nicht die Gefahr einer Verordnung, sondern tatsächlich die Gefahr einer Kürzung der Ration, und in den letzten Tagen gelang es der Kriegsgetreideverkehrsanstalt nur mit dem Aufgebot aller Kräfte und unter reichlicher Verwendung von Kochmehl und zu Mehl vermahlener Roggarbe, den Mehlbedarf für die Brotverzehrung von einem Tag auf den andern sicherzustellen. (Rufe: Unerhört!) Dieser Zustand ist unhaltbar und unerträglich (Lebhafte Zustimmung), weil die Versorgung einer Bevölkerung von zwei Millionen Menschen nicht auf den Zufall rechtzeitig oder verspätet einlangender Getreidetransporte gestellt werden kann. Die systematischen Versorgungsversuche, die gewissen Tagesfärbereien, die wir von Zeit zu Zeit in den Zeitungen lesen, sind wertlos, sie dienen nur dazu, die Bevölkerung zu betäusch-

Es steht vielmehr außer allem Zweifel, daß das staatliche Getreideregime infolge der verhängnisvollen Fehler und Irrtümer im Aufbringungsdienste vollständig zusammengebrochen ist. Ueber das Tor der Kriegsgetreideverkehrsanstalt könnte ruhig geschrieben werden „Bankrott“. Um so mehr ist es zu bedauern, daß das Volksernährungsamt gegenüber allen Parteien des Wiener Gemeinderates einmütig aufgestellten Forderungen laus geblieben ist. Während Niederösterreich seiner Logabepflicht in vollem Umfang nachgekommen ist, sind die Subetenländer aus Aktioposten in der Getreideaufbringung Passivposten geworden, und da trotz aller Versprechungen Ungarn in der Anlieferung von Edelgetreide überaus säumig ist (Rufe: Höri!), basiert derzeit die Brotmehlvorsorgung fast ausschließlich auf den Maiszufuhren aus Rumänien (Rufe: Höri!), welche unter erheblichen Schwierigkeiten herbeigebraucht werden.

Der Brotfrieden.

Wie mir von berufener Stelle mitgeteilt wurde, sind auch die Maiszufuhren aus Rumänien nur mehr für einen relativ kurzen Zeitraum sichergestellt, und es bleibt zur Vermittlung des Ueberanges bis zur neuen Ernte nur die Erfassung und Aufbringung der in der Ukraine gelagerten Getreidevorräte. (Höri! Höri!) Als ich an der Spitze des Wiener Gemeinderates den Grafen Czernin aus dem Wiener Nordbahnhof bei seiner Ankunft aus Brest-Litowsk zu begrüßen Gelegenheit hatte, da konnte ich ihn wohl bezeichnend als den Bringer des von der Wiener Bevölkerung heiß ersehnten Brotfriedens bezeichnen. Nun bin ich wohl genötigt, darauf hinzuweisen, daß die österreichische Regierung die Bedeutung dieses Brotfriedens im Interesse der Wiener Bevölkerung doch nicht voll erfasst hat. (Rufe: Die hat nicht dürfen.) Während die Truppen des verbündeten Deutschen Reiches ohne jede feindselige Absicht gegen die selbständige Republik Ukraine in das Land marschieren, um die dort lagernden Getreidevorräte zu sichern und nach Deutschland zu schaffen, hat der österreichische Ministerpräsident erklärt, daß unsere Truppen die Front nicht verlassen und nicht zu dem gleichen Zwecke in die Ukraine einmarschieren werden. (Stürmische Wuirwe.) Ich weiß nun nicht, welche anderen Maßnahmen die österreichische Regierung ergriffen hat, um das so notwendige Getreide in der Ukraine zu sichern und herauszubringen. Aber ich habe mir erlaubt, im Herrenhause eine solche Anfrage an die Regierung zu richten. (Stürmische Bravorufe!) Ich gewärtige, daß die Bevölkerung Wiens eine beruhigende Antwort erhalten wird, denn wir haben nichts schönzuarbeiten, wir müssen den Verhältnissen klar entgegensehen, und unsere Bevölkerung muß die volle Wahrheit erfahren. (Lebhafte Beifall.) Wenn die Verhältnisse so weiter fortgehen, sind wir nicht imstande, durchzuhalten. Die österreichische Regierung muß wieder Vertreter nach Berlin senden, um Hilfe für die Wiener Bevölkerung zu erbitten. (Rufe: Wer ist schuld daran?) Ich glaube daher wohl, daß ich namens aller Kollegen des Wiener Gemeinderates an die Regierung die mahnende Forderung richten muß, alles daran zu setzen, damit die Getreidevorräte, die nach dem Friedensvertrag für uns bestimmt sind, in der Ukraine erfasst und mit möglicher Beschleunigung hergebracht werden.

Forderung auf Schaffung eines Ernährungsministeriums.

Ich muß aber schon sagen, daß mich die Zeitungsnachrichten, die ich heute lesen konnte, sehr heftig überrascht haben. Die Wiener Gemeindevertretung fordert seit langer Zeit die Errichtung eines eigenen Ernährungsministeriums mit einem Minister an der Spitze, der beiden Häusern des Reichsrates verantwortlich ist. Jetzt soll aber wieder ein Hofrat an die Spitze des Amtes kommen (Höri! Höri! Rufe), er soll wieder dem Ministerpräsidenten unterstellt werden. Wollen wir denn eine zweite Auflage der Episode Rodstein erleben? Ich glaube, wir müssen an den Ministerpräsidenten die Forderung richten, das Ernährungsamt nicht als Experimentierfeld zu betrachten. Dieses braucht ein strenges Strafenregime. Wir müssen einen Mann an der Spitze haben, der auch mit jenen Machtmitteln ausgestattet wird, um die Aufbringung zu gewährleisten und die gerechte Verteilung zu sichern. Mit dieser Mahnung an den Ministerpräsidenten will ich meine Ausführungen schließen. (Lebhafte, andauernde Beifall.)

Schäfer fragt, ob der Bürgermeister den berechtigten Wünschen der Grünwaren- und Obsthändler auf Anhebung der „Geos“ entsprechen will.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt in seiner Antwort, wenn je eine Zentralstelle den Versorgungsnachweis ihrer vollsten Ausführbarkeit erbracht habe, so sei dies die „Geos“. (Zustimmung.) Wir haben jedes Vertrauen in diese Zentralstelle verloren, und wir können nur mit den Marktrenten, denen Klagen mir sehr gut bekannt sind und denen ich immer ein aufrichtiger Freund und Beschützer war, in den Ruf einstimmen: „Einweg mit den „Geos“! (Lebhafte Beifall.)

Unterredung mit dem Präsidenten Paul.

Der neue Leiter des Volksernährungsamtes. Der als Nachfolger des Ministers Höfer mit der Leitung des Volksernährungsamtes betraute Präsident Ludwig Paul hatte die Liebenswürdigkeit, heute einen Redakteur der „Zeit“ zu empfangen und sich diesem gegenüber über seinen neuen Wirkungsbereich folgendermaßen zu äußern:

„Ich trete dieses Amt, wenn auch nicht sachlich, so doch persönlich unvorbereitet an. Seit Beginn des Krieges mit der Organisation der Versorgung des gesamten Eisenbahnpersonals — ungefähr mehr als eine Million Personen — betraut, stand ich in dieser Eigenschaft fortgesetzt in reger persönlicher Fühlungnahme mit jenen Behörden und Stellen, die für die Durchführung der Ernährung der Bevölkerung in Frage kommen. Diese Tätigkeit hat sich auf alle Provinzen erstreckt, weshalb mir auch die Ernährungsverhältnisse in sämtlichen Kronländern durchaus nicht unbekannt sind. Durch meine Anteilnahme an der Tätigkeit der vor der Errichtung des Volksernährungsamtes wirkenden interministeriellen Approvisionierungskommission habe ich ebenfalls eingehenden Einblick in unsere Ernährungsverhältnisse gewonnen.

Meiner Ansicht nach stellen die gegenwärtig geltenden Verordnungen und die auf ihnen beruhenden Systeme der Volksernährung schon mit Rücksicht auf die sich mannigfaltig widerstreitenden Interessen der verschiedenen Berufs- und Bevölkerungskreise gewiß nicht ein vollendetes und allseits befriedigendes Gebilde dar. Ich halte sie jedoch in ihren Grundlegenden Bestimmungen für richtig, und sehe mich in dieser Überzeugung durch die Ergebnisse der im Sommer 1917 durch den Herrn Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler abgehaltenen Ernährungsenquête und die bisher im Ernährungsrat abgeführten Verhandlungen bestätigt. Es hat aber manche der leider allzuviel und oft auch zu spät erschienenen Verordnungen im Laufe der rasch wechselnden Lage ihre Schmiegsamkeit und Anpassungsfähigkeit an die jeweils wechselnden Bedürfnisse verloren und ist dadurch zu einer bürokratischen Scheuklappe geworden. Hier sofort und mit aller Kraft und Energie abzuheften, betrachte ich als eine meiner Hauptaufgaben. Die Verordnungen müssen die Ernährung fördern, aber nicht hemmen! Das Volksernährungsamt soll eine den Bedürfnissen des Tages, ja dem Gebote der Stunde sich möglichst anpassende Ernährungsstelle sein. Ich lege einen besonderen Wert auf die Schmiegsamkeit und Elastizität des Amtes. Die Not des Tages erfordert ein unmittelbares kräftiges Handeln, ein Zusammenfassen aller der Volksernährung dienenden Kräfte unter einer Leitung, die nicht die Schonung der Inter-

essen einzelner Schichten, sondern die möglichste Erleichterung der Lebensführung der gesamten Bevölkerung zum unverrückbaren Ziele hat. Nicht organisieren und reorganisieren will ich, sondern einfach mit Verständnis und offenem Auge arbeiten und ständig verbessern. Mit allen Produzenten- und Konsumentenkreisen muß stets die eingehendste, regste und lebendigste Fühlung gepflogen werden. Der Produktion und dem legitimen Handel ist innerhalb der Grenzen, die im Interesse der Gesamtbevölkerung gezogen werden müssen, Gelegenheit zur weitesten Betätigung zu geben. Ich kenne jetzt keinen freien Handel. Unter Legitimen Handel verstehe ich hauptsächlich die Handelskreise, die ihre Tätigkeit unter der Aufsicht der Handelsgenossenschaften ausüben. Nicht jeder einzelne soll tun können, was er will, die berufsmäßigen Vertreter müssen für die Tätigkeit ihrer Leute haften.

Die eingehendste Fürsorge, die der konsumierenden Bevölkerung, insbesondere den schwer Leidenden festangestellten und der Arbeiterschaft im besonderen Maße zugewendet werden muß, kann hauptsächlich nur darauf beruhen, daß die landwirtschaftliche und industrielle Erzeugung durch die Ermöglichung der gesteigerten Tätigkeit weitest Förderung findet. Eine fortgesetzte Aufklärungsarbeit soll die Bevölkerung vor unliebsamen Überraschungen bewahren. Und hier rechne ich ganz besonders auf die wertvolle Unterstützung durch die Presse.

Wir haben bis zur nächsten Ernte die äußersten Schwierigkeiten zu bewältigen. Redlicher Wille und zielbewußte Arbeit aller berufenen Faktoren können aber noch viel zur Erleichterung der Lage beitragen. Ich kann erwarten, daß ich bei den maßgebenden ungarischen Kreisen vollstes Verständnis für die Verhältnisse Oesterreichs und bereitwillige Unterstützung finden werde. Die fortschreitende Pazifizierung der Ukraine wird ebenfalls eine Entspannung unserer Lage einleiten.

In klarer Erkenntnis der Verhältnisse würde ich es als ein frevelhaftes Beginnen ansehen, bei meinem heute erfolgenden Amtsantritt ein papierenes Programm zu entwickeln. Ich werde aber ernst und rubig, ohne einen die Verhältnisse überschätzenden Optimismus, aber auch ohne zögernden Pessimismus im Verein mit meinen erprobten Mitarbeitern und im vertrauensvollen Einbernehmen mit der konsumierenden Bevölkerung und den Produzenten im Rahmen des noch Erreichbaren und Möglichen alles aufbieten, die schwierige Ernährungsfrage zu erleichtern und zu entspannen.“

Die Stellung des Ernährungsamtes.

Präsident Paul führte weiter aus: „Entgegen den in den letzten Tagen in die Öffentlichkeit gelangten Nachrichten muß ich erklären, daß ich das Amt für Volksernährung in derselben Organisation und mit denselben Machtbefugnissen, die es unter meinem Vorgänger befüßt hat, übernehme. Das dem Amt volle Selbständigkeit verbürgende Statut vom Januar 1917 bleibt in seiner Gänze aufrecht. Es tritt daher auch in der Organisation und in der Wirksamkeit des Ernährungsrates keinerlei Aenderung ein. In der Überzeugung, daß der Ernährungsrat nicht nur die wichtigste beratende und begutachtende Körperschaft, sondern auch das wirksamste Bindeglied zwischen der Bevölkerung und dem Ernährungsamt ist, muß ich auf eine weitere Ausgestaltung des Ernährungsrates auf Grundlage des von ihm in seiner letzten Tagung aufgestellten Statuts Gewicht legen.

Auch mit den ungarischen und mit den Ernährungsbehörden der verbündeten Mächte werde ich in der Folge selbständig zu verhandeln haben, ebenso mit dem Gemeinsamen Ernährungsaußschuß. Das Amt bleibt deshalb dem Ministerpräsidenten unterstellt, weil das österreichische Ernährungsamt einmal nicht in der Luft hängen und auch nicht irgendetwas anderen Ministerium unterstellt werden kann.

Sind Verbesserungen oder Aenderungen durchzuführen, so wird es geschehen, wozu mir auch von maßgebender Stelle die nötigen Vollmachten erteilt wurden. Ich habe das Amt als Beamter übernommen und werde es auch als solcher führen, wobei ich aber gleichzeitig betonen muß, daß Beamter nicht gleichbedeutend ist mit Bürokrat.“

Der Ernährungsrat.

Kurz nach Zusammentritt des allgemeinen Arbeitsausschusses des Ernährungsrates kam es heute zu lebhaften Ausdrücken der Befremdung über die von der Regierung vorgenommene Aenderung in der Leitung des Ernährungsamtes. Es wurde erklärt, daß der Ernährungsrat hätte zumindest erwarten können, daß man ihn vor der definitiven Lösung dieser Frage zu Rate ziehe.

Zu Beginn der Sitzung verlas der Vorsitzende Graf Lariß die Mitteilungen des Ministerpräsidenten über die Neuorganisation des Ernährungsamtes und erklärte gleichzeitig, daß die Organisation und Stellung des Ernährungsrates keinerlei Veränderung erfahren werde; die Regierung rechne vielmehr mit der weiteren intensivsten Tätigkeit des Ernährungsrates zum Wohle der Bevölkerung.

An der Debatte beteiligten sich die Mitglieder Diamand, Dr. Laufsch, Emmy Freundlich, Vizebürgermeister Hof, Frau

Selene Granitsch, Dr. Ritter v. Schwarz-Siller, Minister a. D. Schreiner, Mathias Eidersch und Wiskowsky.

Die Vertreter der Konsumenten verlangen, daß ein mit allen Machtvollkommenheiten ausgestatteter Minister an die Spitze des Ernährungsamtes gestellt werde und daß das Amt zu einem selbständigen Ministerium ausgebaut werde. Eine diesbezügliche Resolution wurde an die Regierung geleitet.

Darauf erstattete der Regierungsvertreter Sektionsrat Dr. Gärtner einen ausführlichen Bericht über den Stand der wirtschaftlichen Verhältnisse der Ukraine. Die Verhandlungen mit Deutschland bezüglich Beschaffung der Waren, Bezahlung und Aufteilung, sind zu einem befriedigenden Resultat gelangt. Augenblicklich konzentrierte sich das gesamte Interesse auf die Möglichkeiten zur Behebung der Verkehrsnot.

Am Nachmittag werden die Verhandlungen fortgesetzt.

1. III. 1918

129

Verordnung.

(Ausgabe neuer amtlicher Einkaufsscheine.)

Von dem noch besonders zu verlautbarenden Tage an treten neue amtliche Einkaufsscheine in Kraft, auf welchen sich gleichzeitig die für die Monate April bis einschließlich September 1918 geltenden Abschnitte zum Bezuge von Kaffee und Zucker befinden. Die amtlichen Einkaufsscheine für die Mindestbemittelten haben außerdem Abschnitte für den verbilligten Fleischbezug. Die Zuckerzusatzkarten gelangen in der bisherigen Weise zur Ausgabe.

Die Einkaufsscheine der Mindestbemittelten werden in grüner, blauer und gelber (statt bräunlicher) Farbe, die anderen Einkaufsscheine in weißer Farbe ausgegeben.

Behufs Erhaltes der neuen Einkaufsscheine haben sich die Besitzer von Einkaufsscheinen an den unten angegebenen Tagen bei der zuständigen Brot- und Mehl-Kommission, beziehungsweise

Haushalte über 14 Personen bei der Konstriptionsamts-Abteilung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes einzufinden. Die derzeitigen Einkaufsscheine sind mitzubringen.

Die Besitzer der neuen Einkaufsscheine sind verpflichtet, bei ihrem bisherigen Kaffeeverkäufer, beziehungsweise bisherigen Zuckerverkäufer sich innerhalb zweier Tage nach Erhalt des Einkaufsscheines in die Kundenliste, welche (getrennt nach Kaffee und Zucker) anzulegen hiemit die Verkäufer von Kaffee und Zucker verhalten werden, eintragen zu lassen. Die Kundenlisten haben die fortlaufende Nummer, den Vor- und Zunamen, die Wohnungsadresse, die Personenzahl, bei Zuckerkunden auch die Zahl der Zuckerzusatzkarten des Käufers zu enthalten. Weiters werden die Zuckerverkäufer verpflichtet, von dem Einkaufsscheine des Kunden den am rechten unteren Ende befindlichen, mit der Ziffer 1 bezeichneten Abschnitt abzutrennen und in die Kundenliste hinter der Personenzahl des eingetragenen Kunden einzukleben. Die Kaffeeverkäufer werden verpflichtet, den darüber befindlichen, mit der Ziffer 2 bezeichneten Abschnitt abzutrennen und an der vorstehend angegebenen Stelle ihrer Kundenliste einzukleben. Zum Zeichen der erfolgten Eintragung und der Übernahme der Lieferung hat der Kaffee-, beziehungsweise Zuckerverkäufer seinen Namen und Betriebsort oder seinen Geschäftsstempel in den hierfür vorhandenen Raum des Einkaufsscheines einzusetzen. Eine Änderung der Verkaufsstelle, sowie der Rücktritt einer Verkaufsstelle von der Lieferungsspflicht ist mit Ausnahme der Übersiedlung des Inhabers des Einkaufsscheines oder der Schließung der Verkaufsstelle nur mit Zustimmung des magistratischen Bezirksamtes statthaft.

Die mit den Abschnitten Ziffer 1, beziehungsweise 2 versehenen Kundenlisten der Zucker- und Kaffeeverkäufer sind von diesen bis längstens am 14. März 1918 an den ihnen den Zucker, beziehungsweise Kaffee abgebenden Großlieferanten zur Kontrolle zuzumitteln. Die Großlieferanten werden hiemit verpflichtet, nach Prüfung dieser Kundenlisten ihre Gesamtlieferung bis längstens am 18. März 1918 der Zuckerverteilungsstelle (I., Schwarzenbergstraße 3), beziehungsweise Kaffeeverteilungsstelle (I., Schwarzenbergplatz 16) bekanntzugeben.

Bezüglich der Eintragung der Verkaufsstelle für Fleisch für Mindestbemittelte bleibt der bisher vorgeschriebene Vorgang aufrecht.

Wenn für einen Haushalt mehrere Einkaufsscheine ausgestellt werden, so werden sie mit fortlaufenden Zahlen (1, 2 u. s. f.) bezeichnet. Bei der Fleischabgabestelle für Mindestbemittelte sind sämtliche Einkaufsscheine eines Haushaltes gleichzeitig vorzuweisen. Auf Einkaufsscheine mit Nummer 2 oder einer höheren Nummer allein darf Fleisch nicht abgegeben werden.

Der bisherige Einkaufsschein wird dem Inhaber nach Einsichtnahme zurückgestellt und bleibt bis zu dem zu verlautbarenden Tage in Kraft.

A—E	am 4. März 1918	} in der Zeit von 8 Uhr früh bis 11 Uhr mittags und von 2 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.
F—H	" 5. " 1918	
I—L	" 6. " 1918	
M—Q	" 7. " 1918	
R, S,	Seh am 8. März 1918	
St, T—Z	" 9. " 1918	

Jede Veränderung in der Personenzahl oder im Rechte zum Bezuge der amtlichen Einkaufsscheine, sowie Übersiedlungen sind der zuständigen Brot- und Mehl-Kommission anzuzeigen.

Ein Ersatz für abhanden gekommene amtliche Einkaufsscheine kann in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen über schriftliches, stempelfreies Einschreiten durch das zuständige magistratische Bezirksamt erfolgen, doch werden die Duplikat-Einkaufsscheine für Mindestbemittelte ohne Abschnitte für das Wohlfahrtsfleisch ausgegeben.

Der amtliche Einkaufsschein ist eine öffentliche Urkunde und ist unübertragbar. Die Fälschung desselben wird nach dem Strafgesetze geahndet.

Wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird, sofern die Handlung nicht einer strengeren Strafe unterliegt, von der politischen Bezirksbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 10.000 K oder Arrest bis zu sechs Monaten bestraft.

Wird die Übertretung in Ausübung eines Gewerbes begangen, so kann außerdem auch auf den Verlust der Gewerbeberechtigung erkannt werden.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien,
als politischer Behörde I. Instanz,
am 27. Februar 1918.